

Freitag, 16. November 1984 - D * * *
Anzeigenpreis: 10 DM pro Zeile à 10 Buchstaben
Anzeigenannahme: Montag bis Freitag, 10 bis 18 Uhr

TAGESSCHAU

POLITIK

Spenden: NRW-Ministerpräsident
Franz hat erstmals zugege-
ben, daß in seinem Beisein
Mitarbeiter der Landesregierung
mit Vertretern der Flick-Konzerns
über das Veräußerungsverfah-
ren im Zusammenhang mit dem
Verkauf des Mercedes-Benz-
Aktienpakets verhandelt ha-
ben. (S. 7)

Schweizer müssen zahlen: Die
Schweiz hält an Autobahngebüh-
ren (Pkw 30, Lkw bis 3000 Fran-
ken pro Jahr) ab 1985 fest. Ver-
handlungen in Bonn blieben er-
gebnislos. Bonn will jetzt schwei-
zerische Nutzfahrzeuge mit einer
Abgabe belasten.

Rechtsradikale: Wenn die Ver-
teidigung der Rechtsordnung ge-
fährdet, dürfen Freiheitsstrafen ge-
gen Rechtsradikale nicht zur Ver-
weigerung ausgesetzt werden, ste-
lle die Bundesregierung fest. In
Fällen dieser Art sei eine Straf-
setzung mit dem Rechtsempfin-
den nicht zu vereinbaren (AZ:
3 SR 449/84). (S. 10)

Sonderthemen in dieser Ausgabe

Hunger in Afrika: Nicht nur die Dürre ist ein Hauptproblem,
es sind auch die chronischen Fehler der Regierungen. Klaus
Jonas und Wilfried Stolze berichten. Seite 3
Warum nahm die SPD Abschied von Karl Marx? Der Politolo-
ge Professor Konrad Löw nahm Einblick in die Protokolle der
vorbereitenden Ausschüsse des Godesberger Parteitag von
1959 und schrieb eine Analyse für die WELT. Seiten 6 und 7

WIRTSCHAFT

Forschung: Berlin bietet als For-
schungsstandort noch ungenutzte
Vorteile, erklärte BDI-Präsident
Rodenstock auf der Forschungs-
konferenz der deutschen Wirt-
schaft. Die Stadt habe in den ver-
gangenen Jahren spürbar an At-
traktivität gewonnen. (S. 11)

Elektronikindustrie: Der Auf-
schwung im drittgrößten Indus-
triezweig der Bundesrepublik
hält an. Für 1984 wird eine Pro-
duktionssteigerung von etwa sie-
ben, für 1985 von fünf bis sechs
Prozent erwartet. (S. 11)

ZITAT DES TAGES

„Wir hoffen, daß Sie sich uns
bei der kritischen Arbeit anschlie-
ßen werden, die notwendig ist, um
die internationalen Spannungen
zu verringern und eine sicherere
Welt zu erreichen.“

US-Präsident Ronald Reagan in einem
Schreiben an die sowjetische Führung
FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Karikatur: „Lachen tötet“ heißt
ein gängiges Vorurteil - das die
Karikaturisten gut ins Brot setzen.
Aber was bewirken Karikaturen
wirklich in der politischen Aus-
einandersetzung? Um eine Ant-
wort auf diese Frage bemüht sich
die Ausstellung „Bild als Waffe“
im Wilhelm-Busch-Museum in
Hannover. (S. 21)

SPORT

Fußball: Der ehemalige Bundes-
trainer Jupp Derwall ist von sei-
nem Posten als Berater der türki-
schen Nationalmannschaft nach
der 0:8-Niederlage gegen England
zurückgetreten. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Mondkalender: Vietnam will den
mit viel Aberglaube behafteten
traditionellen Mondkalender än-
dern. Für die ländliche Bevölke-
rung ergibt sich daraus ein völlig
neuer Lebensrhythmus. (S. 22)

Blauer Diamant: Für die Rekord-
summe von rund 13 Millionen
Mark wurde in Genf der drittgröß-
te blaue Diamant der Welt mit ei-
nem Gewicht von 42,92 Karat ver-
steigert. Der neue und der bishe-
rige Besitzer sind unbekannt. Das
Juwel war 1916 - vor der Revolu-
tion - aus Rußland gebracht wor-
den. (S. 22)

Wetter: Zunehmende Bewölkung,
vereinzelt Regen. Bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Wie Andreas von Bü-
low die Atomkraft einschätzt -
Reizvoll verknüpft. S. 2
- Späth: Geschichte auf die Schul-
tern nehmen - Ausstellung „Ju-
den in Baden“ eröffnet. S. 4
- Jugoslawien: Komitee kämpft für
Gedankenfreiheit - Kritik an Dis-
sidenten-Prozess. S. 8
- Forum: Personalien und Leser-
briefe an die Redaktion der WELT
- Wort des Tages. S. 8
- Berlin: Die FDP kämpft gegen
einen „Negativ-Katalog“ an - Um-
frageergebnis. S. 10
- Europäischer Stahlmarkt: Frist-
verlängerung für den Abbau der
Beihilfen erwogen. S. 11
- Fernsehen: Sherlock Holmes -
Spezialist für elegante Schurken-
denen statt Action. S. 20
- München: Das Gasteig-Kulturzen-
trum - Zarte Pantomimen in der
Tiefgarage. S. 21
- Bahn-Jubiläum: Vom „Adler“ bis
zum Orient-Express - Von R. von
Wolkowsky. S. 22
- Reise-WELT: Bayerns kleine Ski-
reviere sind ganz groß, Sie warten
auf ihre Entdeckung. S. 1

Moskau setzt Hunger als
„eine Art Folter“ ein

Amnesty International: Sowjetunion sieht in Gefangenen Wegwerfprodukte

DW, Stuttgart
Die Situation der Inhaftierten in
den Gefängnissen und Straflagern
der Sowjetunion kann nach Ansicht
des Generalsekretärs der deutschen
Sektion von Amnesty International
(AI), Bischof Helmut Frenz, nicht
„dramatisch genug“ dargestellt wer-
den. Im Süddeutschen Rundfunk
sagte Frenz, in den Anstalten werde
der Hunger „als eine Art Folter“ ein-
gesetzt.

Nahost: Reparationen in Höhe
von acht bis zehn Milliarden Dol-
lar fordert Libanon in einem Si-
cherheitsplan, der gestern in der
zweiten Runde der Truppenab-
zugsverhandlungen mit Israel vor-
gelegt wurde.

Argentinien: Wegen öffentlicher
Kritik an seiner Weigerung, Mit-
glieder der früheren Militärdiktatur
anzuklagen, ist das Oberste Mi-
litärtribunal zurückgetreten.

Annäherung: Erstmals seit der
Teilung Koreas 1945 sind Dele-
gationen aus Nord und Süd zu Wirt-
schaftsgesprächen zusammenge-
troffen. Dabei schlug Südkorea ein
Handelsvertrag und eine ge-
meinsame Wirtschaftskommis-
sion vor. (S. 8)

Der Al-Generalsekretär schätzt die
Zahl der aus politischen Gründen In-
haftierten auf „mindestens 10 000“.
Mit Blick auf die schwierige Informa-

tionsbeschaffung aus der Sowjetuni-
on fügte er hinzu, es könnten auch
wesentlich mehr sein.

Frenz wies besonders auf die Be-
handlung von Intellektuellen und an-
deren Regimekritikern in psychiatri-
schen Sonderkliniken hin. Amnesty
International habe nach sorgfältigen
Untersuchungen feststellen können,
daß diese Verfahren, die „eindeutig
als Folter“ zu bezeichnen seien, aus-
schließlich dazu dienten, die „Persön-
lichkeit zu zerbauen“. Wörtlich sag-
te er: „Die dort Eingesperrten sind
den Folterknechten im weißen Kittel,
den mit Spritzen und Medikamenten
bewaffneten Folterknechten, absolut
hilflos ausgeliefert.“

Unverändert besorgt zeigt sich
Amnesty International auch über die
Zahl der Menschenrechtsverletzungen
in Afghanistan. In der jetzt in
Bonn veröffentlichten deutschen Fas-
sung eines „Länderberichts Afghanis-
tan“ wird darauf hingewiesen, daß
allein im Pul-e-Charchi-Gefängnis in
der Nähe von Kabul mehrere tausend
Gefangene einsitzen, die aus politi-
schen Gründen inhaftiert wurden.

Aus den Haftzentren der Staats-
sicherheitspolizei (Khad) gebe es im-
mer wieder Berichte über Folterun-
gen und Mißhandlungen.

Praktiken wie Schläge, Elektro-
schocks und Schlafentzug seien in
den acht Vernehmungszentren in Ka-
bul verbreitet. Bei den Gefangenen
seien durch Mißhandlungen schwere
physische und psychische Schäden
wie Stummheit und Taubheit ent-
standen.

Zu den Opfern gehörten auch Be-
amte, Lehrer und Studenten, die le-
diglich wegen des Verdachts opposi-
tioneller Betätigung verhaftet wor-
den seien.

Als weitere Menschenrechtsver-
letzungen verweist der Bericht auf An-
wendung der Todesstrafe bei poli-
tisch motivierten Gewalttaten sowie
auf außergerichtliche Hinrichtungen
durch Regierungstruppen und sowje-
tische Truppen. Erst in dieser Woche
gab es Berichte von westlichen Diplo-
maten, wonach sowjetische Soldaten
vor einem Monat ein Massaker an
rund 450 entwaffneten Widerstands-
kämpfern verübt haben.

DER KOMMENTAR

Todesmaschine

ENNO V. LOEWENSTERN

Es ist nicht nur so, wie Bischof
Frenz zu den Ermittlungen
von Amnesty International über
die sowjetischen Zuchthäuser
und Straflagern sagt: daß die Men-
schen dort „Wegwerfprodukte“
seien. Die sowjetischen Haft-
anstalten sind Vernichtungslager;
die wenigsten überleben sie. Die
Menschen werden dorthin nicht
aus wegwerfischer Gedankenlo-
sigkeit verschleppt. Das ist eine
gezielte Politik der Ausschaltung
Gefährlicher und der Entmuti-
gung aller anderen.

Das Regime hat sein Gesicht
verändert. Wo einst revolutionäre
Gewalt ihren leidenschaftlichen
Ausdruck im brutalen Niedermä-
chen und Niedermähen der Men-
schen fand, arbeitet jetzt die Büro-
kratie der Unterdrückung dumpf
und maschinell vor sich hin. Kei-
ne dramatischen Erschießungen,
kein Crescendo des Schreckens,
sondern der alltäglich real existie-
rende Sozialismus. Im Anfang hat
man den Roten Terror geschwun-
gen, damit gerechtfertigt, daß ei-
nige reaktionäre Späße weggeho-
belt werden müßten, damit das ge-
walttätige Werk des Neuen Men-
schen entstehen könne. Zwei Ge-
nerationen später erweist sich das
System nicht als das versproche-
ne Paradies, aber auch nicht als
„bürokratischer Fehlschlag“,
wie es einige Unentwegte im We-
sten immer noch zu entscheiden
suchen. Es ist wirklich der real
existierende Sozialismus, so, wie
er aussieht, wenn er in die Praxis
umgesetzt wird: die Gesellschaft,
die nicht funktionieren kann und
die daher ihre menschlichen Pro-
duktionsmaschinen insgesamt
mit der nackten Angst gehorsam
hält.

Gehorsam halten muß, flüstert
es aus dem Kreis der Apologeten;
was bleibt ihnen um der Stabilität
willen übrig, als „durchzugrei-
fen“, was bleibt uns um der Stabi-
lität willen übrig, als dieses
Durchgreifen zu sanktionieren
und wegzuschauen? Nein, sie
können sich nicht einmal auf Met-
tern berufen. Der alte Staats-
kanzler - ganz abgesehen davon,
daß seine Welt wirklich anders
war - er hat es nicht besser ge-
wußt.

Heute steht die freie Welt, so-
weit sie sich nicht zynisch an
den Anblick gewöhnt hat, immer
wieder fassungslos vor den Mau-
ern des gigantischen KZs von der
Elbe bis zum Amur, vor dem Bild
der Hunderte Millionen Menschen
aus alten zivilisierten Völkern, de-
nen die Selbstbestimmung ver-
sagt wird im Namen einer angeb-
lich besseren Einsicht in die Ge-
setze der Geschichte. Der Neue
Mensch - in einer Sklaverei, wie
sie keine Epoche unwürdiger
kannte. Man kann es nicht drama-
tisch genug darstellen? Gott sei
geklagt! Man stellt es nicht drama-
tisch genug dar, man wagt es
nicht.

Botschaft
Reagans an
Moskau

DW, Washington

Neue Entspannungssignale wer-
den zwischen Washington und
Moskau gesendet. In einer Botschaft
an das Präsidium des Obersten Sowjets
drückte US-Präsident Ronald Rea-
gan seine Hoffnung aus, in seiner
zweiten Amtszeit die Beziehungen
zur Sowjetunion verbessern zu kö-
nnen. Trotz verschiedener politischer
Überzeugungen und Perspektiven
bei internationalen Problemen sei er
zuversichtlich, daß ein Fortschritt bei
der Sicherung des Friedens und der
Beilegung der Differenzen durch
Diskussionen und Verhandlungen
möglich sei.

Der sowjetische Staats- und Partei-
chef Konstantin Tschernenko sag-
te in einer vom sowjetischen Botscha-
fer Anatoli Dobrynin in Washington
verlesenen Erklärung, es gebe keine
Alternative zur Koexistenz. Er ap-
pellierte an die US-Regierung, alle Ab-
stimmungsvorschläge Moskaus, objektiv
und vorbehaltlos zu prüfen. Gleich-
zeitig warnte er vor einer unkontrollier-
ten Ausweitung des Wettlaufes
auf den Weltraum. Sie würde auch
eine Bedrohung für die Sicherheit der
USA darstellen. Die Sowjetunion sei
bereit, sich mit den Vereinigten Staa-
ten über „eine Reihe von Fragen zu
einigen“.

US-Außenminister George Shultz
hat dem amerikanischen Präsidenten
ein Arbeitspapier vorgelegt. Zum In-
halt des Papiers erklärte der Sprecher
des Weißen Hauses, Larry Speakes,
es handle unter anderem die ame-
rikanisch-sowjetischen Beziehungen
in Fragen der Rüstungskontrolle, den
Nahen Osten und Mittelamerika.

Warschau setzt
Bürgerkomitees
unter Druck

DW, Warschau

Die polnischen Justizbehörden ha-
ben Mitglieder der Komitees zur
Überwachung der Menschenrechte
aus Warschau, Breslau und Krakau
verwarnt. Die Staatsanwaltschaft teil-
te ihnen mit, ihre Tätigkeit sei illegal,
und sie müßten mit Strafen von bis
zu fünf Jahren Gefängnis rechnen,
wenn sie weiter aktiv seien. Ein Mitglied
der Warschauer Menschenrechts-
gruppe sagte, zehn der 14 Mitglieder
des „Bürgerkomitees gegen Gewalt“
seien vorgeladen worden. Aus ande-
ren informierten Kreisen hieß es, den
Komiteemitgliedern sei erklärt wor-
den, ihre Anwesenheit könne aufge-
hoben werden.

Die Komitees waren nach der Er-
mordung des Priesters Popieluszko
von Intellektuellen und Arbeitern
gegründet worden. Sie haben es sich zur
Aufgabe gemacht, Berichte von Über-
griffen der Polizei zu sammeln und zu
veröffentlichen sowie verfolgten Bür-
gern Beistand zu leisten.

Auch der polnische Regierungs-
sprecher Zery Urban hat die Komitees
als illegal bezeichnet. Für die
Gründung einer Organisation sei eine
behördliche Genehmigung notwen-
dig. Die Organisatoren derartiger Ko-
mitees wollten den Weg zur Anarchie
öffnen, sagte Urban.

Das KP-Organ „Trybuna Ludu“
forderte die Behörden auf, die Aktivi-
täten der Komitees zu unterbinden.
„Die Aktionen, die angeblich zur Ver-
teidigung der Herrschaft des Rechts
unternommen werden, dienen in
Wirklichkeit dem Zweck, das Gesetz
zu brechen. Deshalb muß ihnen ein
Ende bereitet werden.“

Seite 2: Frühstück bei Genscher

Dohnanyi glaubt an Rundfunkvertrag

SPD-Führung soll Weg zu Einigung frei machen - sonst wären Arbeitsplätze gefährdet

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg
Der Hamburger Bürgermeister
Klaus von Dohnanyi (SPD) rechnet
damit, daß es trotz vieler Widerstände
aus seiner Partei doch noch zu einem
Staatsvertrag über die Neuordnung
des Rundfunks kommen wird. „Ich
gehe davon aus“, so sagte Dohnanyi,
der Wortführer der SPD-regierten
Länder bei den Verhandlungen der
Ministerpräsidenten in Bremerhaven
war, „daß Parteivorstand und Partei-
rat uns den Weg freimachen werden,
einen Staatsvertrag auszuarbeiten.“
Der Parteivorstand tritt am Montag,
der Parteirat einen Tag später in
Bonn zusammen.

Auch das Parteipräsidium hat sich,
wie der Hamburger Bürgermeister in
einem Gespräch mit der WELT mit-
teilte, hinter den in Bremerhaven ge-
steuerten Kurs der SPD-Länderchefs
und Bürgermeister hielten dabei die
Meinung vertreten, daß die Zielset-
zung von Bremerhaven aus staatspo-
litischen und aus den technischen

Gegebenheiten notwendig war und
ist.“ Jetzt komme es darauf an, die
Einzelheiten zu formulieren, um eine
Verabschiedung des Vertragswerks
in elf Bundesländern zu ermöglichen.
Dazu gehörten auch Korrekturen. Es
sei schließlich kein Zufall - so meinte
der Hamburger Bürgermeister -, daß
vier in der Person so unterschiedliche
Politiker wie Holger Börner, Johan-
nes Rau, Hans Koschnick und er
selbst in Bremerhaven zu einem ge-
meinsamen Ergebnis gekommen
seien.

An die Adresse der Parteifreunde
gewandt, die den Medienkompromiß
der elf Länderchefs zum Teil erbittert
ablehnen, sagte Klaus von Dohnanyi:
„Ich kann denen nicht zustimmen,
die sagen, ‚Bremerhaven ist schlech-
ter als nichts‘. Kein Staatsvertrag -
das würde viele Folgen auslösen, de-
ren Wirkungen heute noch unüber-
schaubar sind.“ Mit Überzeugungen
allein könne man nicht hoffen, eine
aus der Technik sich entwickelnde

Hat das Konzert in Weiß ausgespielt?

DW, Bonn

Im Rahmen der konzertierten Ak-
tion im Gesundheitswesen haben die
Vertreter von Bund und Ländern, der
Krankenkassen und Sozialpartner so-
wie der Anbieter gesundheitlicher
Leistungen mehrere neue Schritte be-
schlossen, um den mit 8,1 Prozent
weit über die dreiproszentige Erhö-
hung der Einnahmen der Kassen hin-
aus gestiegenen Zuwachs der Ausga-
ben wieder einzudämmen. Die Kran-
kenkassen sollen nach einer dazu ver-
öffentlichten gemeinsamen Erklä-
rung aller Beteiligten mit den Anbie-
tern der Leistungen auf Sparsparen
zielende Verträge schließen. Soweit
auch damit die erwünschte Stabilität
nicht erreicht werden kann, soll
durch Änderung des gesetzlichen
Rahmens für die Krankenversiche-
rung weiteren Kostenauftrieb begeg-
net werden.

Vorrang wird Maßnahmen zu
Steuerung der erwarteten Ärzte-
schwinde und zur Sicherung von
Qualität und Wirtschaftlichkeit der
ärztlichen Versorgung gegeben. Als
dringlich wurde auch die Reform der
Krankenhausesfinanzierung mit dem
Ziel eingestuft, mehr Anreize zu wirt-
schaftlicher stationärer Behandlung
zu schaffen und Krankenhäuser so-
wie Krankenkassen stärker an der
Festlegung der dafür geltenden Be-
dingungen zu beteiligen. Die Kran-
kenkassen wollen ihre Versicherten
mehr als bisher über wirtschaftliche
medizinische Versorgung und eigen-
verantwortliche Vorsorge gegen
Krankheit unterrichten.

Zuvor hatte Bundesminister Nor-
bert Blum (CDU) eindringlich an die
konzertierte Aktion appelliert, jetzt
nicht zu versagen. Steigende Beiträge
gefährdeten die Preisstabilität und
auch Arbeitsplätze wegen dann eben-
falls wachsenden Lohnnebenkosten.
Blum hatte gesagt, daß durch die bis
zum vorigen Jahr befolgten Empfeh-
lungen der jetzt zum 15. Mal tagenden
Beratungsrunde in den letzten Jahren
rund 200 Milliarden Mark eingespart

worden seien. Wenn die konzertierte
Aktion jetzt nicht handle, sei sie
nicht überlebensfähig und könnte
auflöst werden. Die Spitzenverbän-
de der Krankenkassen hatten erklärt,
daß schon jetzt eine Reihe von Kran-
kenkassen mit geringen finanziellen
Reserven die Beiträge erhöhen müß-
ten und schon bald sehr viele Kassen
dazu gezwungen wären, wenn nichts
geschähe.

Die Ärzte, Zahnärzte und Kran-
kenkassen werden in der gemeinsa-
men Erklärung angehalten, bei ihren
neuen Verträgen und Vereinbarun-
gen den Ausgabenüberhang aus dem
Jahr 1984 zu berücksichtigen. Die
Kassen der gesetzlichen Krankenver-
sicherung dürfen nach der gemeinsa-
men Erklärung künftig nicht mehr
für Zahnersatz bezahlen, der über das
medizinisch Notwendige hinausgeht.
In allen Schulen und Kindergärten
soll zahnmedizinische Vorsorge ein-
geführt und dauerhaft betrieben wer-
den.

Bonn will Kooperation der EG
mit Asean-Ländern stärken

Forderung nach mehr Investitionen der Europäer in Südostasien

Co.DW, Bonn/Dublin

Bundesaußenminister Hans-Diet-
rich Genscher hat vor der gestern be-
gonnenen zweitägigen Außenmini-
sterkonferenz der Europäischen Ge-
meinschaft und der Asean-Staaten in
Dublin sein Bemühen angekündigt,
die Zusammenarbeit mit der südost-
asiatischen Staatengruppe neue
Impulse zu geben.

In Bonn wird damit gerechnet, daß
die Asean-Länder (Indonesien, Ma-
laysia, Philippinen, Singapur, Thai-
land und neuerdings auch Brunei) ih-
rerseits stärkere Aktivitäten der Eu-
ropäer, vor allem ein Engagement der
Europäischen Entwicklungsbank, in
Südostasien fordern werden.

Genscher, der stets ein Vorreiter
der Kooperation zwischen der EG
und den Asean-Ländern war, hat
zwar Verständnis für die Wünsche
der Asean-Mitglieder. In seiner Um-
gebung wird jedoch darauf hingewie-
sen, daß die positiven Seiten der von
manchen Südostasiaten als enttäusch-
end empfundenen Entwicklung nicht
übersehen werden dürfen. So
habe sich beispielsweise das Handels-

volumen zwischen EG und Asean seit
1975 fast verdreifacht. Ebenso vorteil-
haft verlaufe die enge politische Zu-
sammenarbeit.

Der südostasiatische Staatenbund,
der in Dublin Vorschläge der Euro-
päer für ein größeres Engagement in
Asien erwartet, hofft vor allem, daß
die EG stärker in den Asean-Staaten
investiert. Sie hoffen dabei auch auf
eine größere Kreditwürdigkeit bei an-
deren Geberländern.

Gleichzeitig machen sich die Ase-
an-Staaten für eine größere Marktöff-
nung der EG für ihre Produkte stark.
Die Aufstockungswünsche der
Asean-Staaten - beispielsweise bei
Speerholz, Schuhen und einigen an-
deren Erzeugnissen - waren wieder-
holt von Brüssel als unrealistisch
zurückgewiesen worden, da die EG-
Staaten den Zollschatz für eigene In-
dustrien nicht völlig aufheben könn-
ten. Neben den wirtschaftlichen
Aspekten wollen die Außenminister
der beiden Staatengruppen auch eine
Reihe politischer Fragen erörtern,
darunter Afghanistan, Nahost und die
Ost-West-Beziehungen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Frühstück bei Genscher

Von Manfred Schell

Die Union hat ihren Antrag auf eine aktuelle Stunde über die Lage in Polen nach dem Tod des Priesters Popieluszko zurückgezogen, obwohl die Gesamtfraktion diese Debatte beschlossen und sie für gestern auf der Tagesordnung des Parlaments gestanden hatte. Dieser Vorgang an sich ist beschämend genug.

Die Begründung aber verschlimmert ihn noch: Die Debatte scheiterte, weil Bundesaußenminister Genscher behauptete, er könne aus Termingründen nur einem von zwei Wünschen nachkommen: Entweder mit den Experten der CDU/CSU-Fraktion ein „Vorgespräch“ über seine anstehende Reise nach Warschau zu führen oder aber an der Debatte im Parlament teilnehmen.

Die Union hat sich mit dem Frühstück bei Genscher zufrieden gegeben.

Man muß sich das einmal vorstellen: Im Plenum des Deutschen Bundestages wird seit Wochen der größte Unsinn über Nicaragua debattiert, weil es der SPD und den Grünen in den Antiamerikanismus paßt, aber dieses Parlament schweigt zu dem Mord an dem polnischen Priester und zur dramatischen Entwicklung in Polen. Mehr als ein Beobachter ringt mit dem Verdacht, daß Genschers Termine nur ein Vorwand waren.

Der Außenminister wollte offenkundig nicht, daß seine Reise nach Polen durch eine scharfe Verurteilung der dortigen Vorgänge „belastet“ wird. Derselbe Außenminister, der bei jeder Begegnung die südafrikanische Regierung öffentlich zur Einhaltung der Menschenrechte ermahnt. Da wirkt sein Verhalten gegenüber dem östlichen Regime nicht nur peinlich, sondern als Schwäche.

Und warum eigentlich die zarte Rücksichtnahmen justamt auf das Jaruzelski-Regime? Gerade von dieser Seite wird uns fast tagtäglich „Revanchismusedenken“ vorgeworfen, mischt man sich in jede Vertriebenenversammlung auf deutschem Boden ein. Für unsere Regierung, auch für unseren Außenminister, gilt zuvörderst die Pflicht zur Würde, nicht zur Beflissenheit.

Meeresbodenlos

Von Heinz Heck

Verlobung ja, aber Heirat nur, wenn sich die Dame bis zur Hochzeit von Grund auf verändert. So etwa sieht die Position aus, die Außenminister Genscher bei der unstrittigen Zeichnung der Seerechtskonvention bezieht: Zeichnung mit Vorbehalten vor allem zur Tiefseebereitstellung.

Sie ist für fast alle westlichen Industrieländer so nicht akzeptabel. Denn was eine Mehrheit von Industrie- und Entwicklungsländern in der neunjährigen Mammutkonferenz durchgeboxt hat, würde die wirtschaftliche Gewinn der Meeresbodenschätze verhindern und für andere internationale Streitfragen (Antarktis, Weltraum) gefährliche Signale setzen.

Auch den wohlverstandenen Eigeninteressen vieler Entwicklungsländer, die über keine eigenen Rohstoffe verfügen, läuft die Regelung zuwider. Wenn sie ihr dennoch zustimmen, so vor allem deshalb, weil hier erstmals zentrale Elemente einer protektionistisch angelegten neuen Weltwirtschaftsordnung international vereinbart würden, was bei früheren internationalen Konferenzen vor allem am Widerstand Washingtons, Londons und Bonn gescheitert ist.

Wenn statt Sachargumenten die Tatsache, daß die meisten dafür sind, unsere Haltung bestimmen sollte – auf diese Gefahr hat jetzt zu Recht der CDU-Experte Kittelmann hingewiesen –, dann kann der Westen seine Interessen kaum noch in irgendeinem Punkt vertreten. In Bonn, vor allem im Auswärtigen Amt, ist das Thema Seerecht seit Jahren zu nachlässig behandelt worden. Es geht hier um unsere Interessen, aber nicht nur um unsere Interessen.

Wenn in Nord-Süd-Konferenzen seit einigen Jahren erste Ansätze einer realistischeren Haltung erkennbar sind, so vor allem deshalb, weil zum Beispiel Bonn überzogenen Forderungen nach einem weltumspannenden Rohstoff-Fonds Widerstand geleistet hat, auch auf dem Höhepunkt der Diskussion in den siebziger Jahren. Auch aus Gründen der internationalen Pädagogik haben wir keinen Grund zum Rückzug in die Nachgiebigkeit vor einer manipulierten Weltmeinung. Ein Staatsmann unterschreibt nicht, damit es besser wird, sondern erst, wenn es besser geworden ist.

Herimanns Mehrwert

Von Eugen Wolmarshof

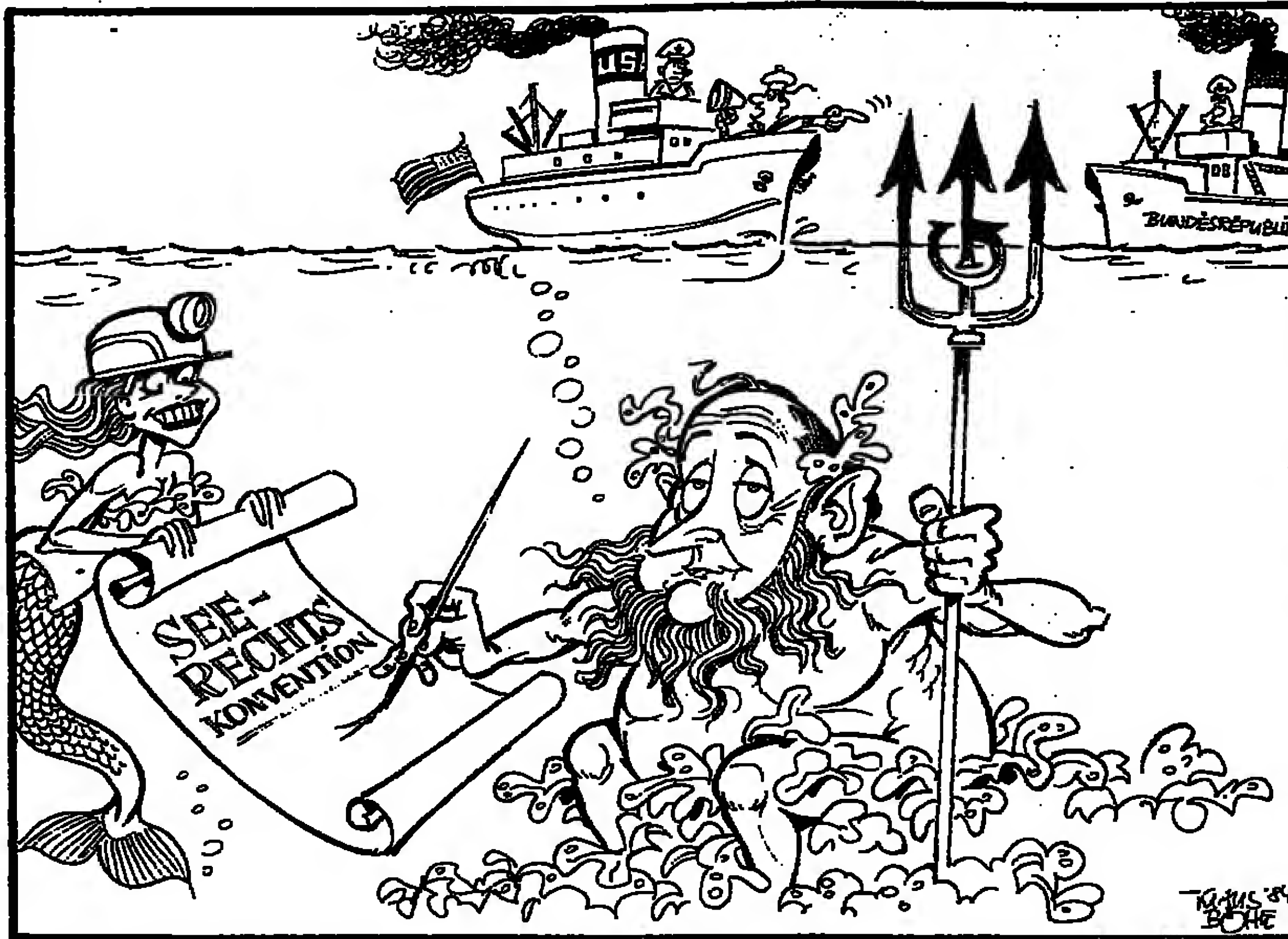
In Bayern wird das Evangelium Heinrichs des Löwen ausgestellt, und schon geht in gewissen Kreisen der Sozialismus um. Da hat das Welfenhaus doch tatsächlich 32,5 Millionen bekommen, flüstert man. Ist das nicht teuer für eine Handschrift, die dem Diktator Herimann vermutlich kaum mehr als Kost und Logis eintrug?

Kühne Taschenrechner kombinieren eine Wertsteigerung von 160 000 Prozent, rekapitulieren Bölls Jammern (anlässlich der Evangelien-Versteigerung) über unterbezahlte Schriftsteller und fragen säuerlich, ob nicht das Evangelium eigentlich Volksvermögen sei.

Je nun, was ist Wertsteigerung, was ist Volksvermögen? Nach der Marx'schen Mehrwerttheorie, die bei allen Neidausbrüchen als Generalbiss im Hintergrund erklingt, dürfte in keinem Kunstwerk mehr stecken als der Ersatz für Kost, Logis, Pinsel und Farben. Das würde auch Bölls Ansprüche nicht befriedigen. Marxens Erben haben zudem nach der Oktoberrevolution allerhand Volksvermögen aus Adelspalästen in den Westen verkauft, aber zu strammen Marktpreisen.

Herimann hätte kaum viel Verständnis für die Klagen der heutigen Künstler; er schuf sein Werk um Gotteslohn. Kein VS-Mitglied vermag nachzufühlen, was ihn bewegte. Heinrich nahm es nicht für städtische Museen entgegen, sondern zur eigenen Erbauung. Erschaffen wurde es, weil große Herren große Klöster finanzierten; erhalten blieb es, weil große Herren ihren Besitz pflegten. Volksvermögen? Weder hat Herimann es so gemeint, noch irgendein anderer Künstler.

Was Volksvermögen genannt werden mag am einstigen Besitz der Welfen oder anderer großer Herren, die sich nicht Herrscher von Völkern, sondern von Gottes Gnaden nannten, ist längst in den Händen des Volkes oder seiner neuen Herren. Heinrich der Löwe freilich ist schon zu Lebzeiten gewaltig enteignet worden. Gerade in Bayern sollte man seiner gedenken als eines gnädigen Landesherrn, auch wenn er den Wittelsbachern Platz machen mußte. Man gedenkt seiner in der Tat mit der gebührenden Achtung. Die mehr oder weniger ehrlichen Mäkler bilden die Ausnahme.



Halb zieht sie ihn, halb sinkt er hin

KLAUS BOEHLE

Der Staat und die Reinen

Von Günter Zehm

Vom Verlauf der heutigen Bundestagsdebatte über die Runden der Parteipendenz hängt viel ab. Sie kann als Gewitter wirken, das noch einmal Blitz und Donner bringt, zugleich aber die politische Atmosphäre reinigt und entspannt. Sie kann jedoch die Atmosphäre auch weiter vergiften, vor allem dann, wenn zu allem entschlossene Säubermänner die Oberhand behalten sollten, die Mini-Savonarolas und Mächtigen-Jakobiner, die allzu beifassen „Selbstreiner“ und „Konsequenzzieher“, denen die Durchsetzung eines abstrakten Prinzips immer mehr bedeutet hat als das Gedeihen eines zwar fehlerhaften, aber im großen und ganzen gut funktionierenden, halbwegs anständigen freien Gemeinwesens.

Hat man eigentlich schon einmal bedacht, daß man sich buchstäblich zu Tode reinigen kann? Es gibt eine Wut des Stöbers und Entlarvers, des Aufdeckers und Reinen-Tisch-Machens, die geradezu in den Selbstmord führt; man betrachte nur Savonarolas Wüten im Florenz des 15. Jahrhunderts. „Absolutes“ Sauberkeit kommt nämlich weder im politischen Leben noch im Leben überhaupt vor, man bringt es immer nur auf Annäherungswerte. Alte Demokratien wie die englische wissen das, weshalb gewisse Affären auf der Insel, die sich zu Staatskrisen ausweiten drohten, stets noch zur rechten Zeit unter den Teppich gekehrt wurden. Beispielsweise die homosexuellen Oxford-Boys in höchsten Staatspositionen, die zu sowjetischen Spionen wurden – ihr Fall enthält seinerzeit ein Sprengpotential, das dem „System“ durch aus hätte gefährlich werden können. Aber gerade weil dem so war, überließ man die Ausschlichtung des Falles der Boulevardpresse, verurteilte, wen man verurteilen mußte, wahrte im übrigen weitgehend Konsens zwischen Regierung und Opposition und ging so schnell wie möglich zur Tagesordnung über. Das war vielleicht typisch britische Heuchelei, doch es war auch ungemein politisch gedacht und half dem Staat, sein Gesicht zu wahren.

Auch in der Bonner Spendenaffäre kommt es in erster Linie darauf an, den Rechtsstaat und das



Vorbild für Eiferer: Girolamo Savonarola

freihändig-parlamentarische System unbeschädigt über die Runden zu bringen, und dieses oberste Ziel setzt dem Herumwühlen in den Sünden der Vergangenheit deutliche Grenzen. Die neue Mehrheit im Bundestag hat mit dem Parteienfinanzierungsgesetz ein Disziplinierungsinstrument geschaffen, das kein Hintertürchen mehr offen läßt und jede Verlockung zur Steuerhinterziehung schon im Keim ersticht. Damit ist die wichtigste Lehre aus den Vorgängen gezogen und in Taten umgesetzt.

Außerdem werden diejenigen, die man beim Hinterziehen unter den alten Bedingungen erwischte, angeklagt und möglicherweise verurteilt. Ob eine Amnestie besser gewesen wäre – darüber zu streiten ist heute vergessene Milch. Die betroffenen Spender werden sich die Lektion jedenfalls merken und die Spenderhosen in Zukunft sehr viel seltener anziehen. Für die Parteien kommen härtere Zeiten, aber das öffentliche Mitleid mit ihnen hält sich in Grenzen. Die Mehrheit der Staatsbürger würde ein Zurückdrängen des Parteinflusses auf das öffentliche Leben, bescheidene Wahlkämpfe, weniger „Studienreisen“ und weniger „Beraterverträge“ sogar begrüßen.

Von einer „Käuflichkeit“ der Republik, wie sie das Fernsehen zumindest per Frageform ins Spiel brachte, konnte indessen im Ernst zu keinem Zeitpunkt die Rede sein.

Die Debatte steht unter der angstvollen Frage, was „die Jugend“ dazu sagt. Nun, junge Leute mögen in der Tat keine Skandale. Aber noch weniger mögen sie Schwäche.

Wie Andreas von Bülow die Atomschwelle einebnet

Mit 300 000 Soldaten ist keine wirksame Vorverteidigung möglich / Von Rüdiger Moniac

Andreas von Bülow's Bereit-schaft, im nächsten Jahrzehnt als Folge des „Pillenknicks“ eine Verringerung des Friedenssumfanges der Bundeswehr von heute 495 000 auf dann 300 000 Mann hinzunehmen, offenbart eine völlige Verkenntung der militärpolitischen Realitäten in Mitteleuropa. Andererseits spricht der Vorsitzende der Kommission Sicherheitspolitik beim Parteivorstand der SPD in Bonn nur aus, was viele seiner Parteifreunde sich in diesem Sinne wünschen. Die Konsequenz einer derart stark verminderten Friedenspräsenz der Bundeswehr wäre militärisch verheerend. Es gäbe keine vom Beginn eines möglichen Angriffs durch den Warschauer Pakt an glaubwürdige und zusammenhängende Vorverteidigung an der innerdeutschen und der Grenze zur CSSR mehr.

Ein Blick auf die militärische Kräfteverteilung der NATO in Mitteleuropa bei den Landstreitkräften verdeutlicht das. Zwischen Ostsee und Donau sind die Verteidigungspositionen in sogenannten

Gefechtsstreifen für insgesamt acht Heereskorps und die verstärkte 6. deutsche Division in Schleswig-Holstein aufgeteilt. Von den acht Korps stellen die Deutschen drei, die USA zwei, Großbritannien, die Niederlande und Belgien je eins. Die Korpsstreifen sind so angelegt, daß von Nord nach Süd zwischen der deutschen 6. Division und dem I. deutschen Korps das niederländische seine Verteidigungspositionen hat. Nach Süden schließt sich rechts vom deutschen Korps das britische an, danach das belgische. Dann folgt weiter nach Süden das III. deutsche Korps, dann zwei amerikanische sowie ganz im Süden mit Anlehnung in der rechten Flanke an die Grenze zu Österreich das II. deutsche Korps.

Schwierigkeiten mit dieser Aufteilung gäbe es nicht, wenn nicht das sogenannte „maldeployment“ wäre. Das sind die Verbände, die in bestimmten Streifen im Verteidigungsfall das Abwehrgefecht zu führen hätten, aber weit davon entfernt ihre Kasernen haben; dazu kommt, daß weitere große Teile vor allem der dänischen, niederländischen, belgischen, aber auch der britischen Truppen aus ihren Heimatländern nach vorn gebracht werden müßten. Zum Teil sind diese Truppen im Frieden demobilisiert. Ihre Mobilisierung braucht Zeit, genau so ihr Transport in die Verteidigungspositionen.

Die Frage, die Bülow zwar auch erwähnt, aber nur verschwommen beantwortet und im Grunde umgeht, lautet: Wer sorgt dafür, daß vom Anfang eines militärischen Angriffs an auch die Korpsstreifen, die erst nach Tagen voll mit ausreichenden Kräften von dem verantwortlichen Großverband gedeckt würden, tatsächlich von Anfang an verteidigt werden? Die Antwort der NATO lautet (und zwar schon seit vielen Jahren): Das müssen die Deutschen machen.

Wie diese Aufgabe der „ersten Stunde“ von den drei deutschen Heereskorps und der 6. Division gemeistert werden könnte, wenn die Bundeswehr Bülow folgte und ihre Friedenspräsenz auf 300 000

IM GESPRÄCH Wolfgang Bergsdorf

Zuständig für Begriffe

Von Detlev Ahlers

Es sei nicht verwunderlich, daß jemand, der mehr mit Worten umgeht als andere, von ihrer Wirkung auch mehr erwartet als andere. Ist es eine Selbstermächtigung, daß Wolfgang Bergsdorf diesen Gedanken Canettis seiner Habilitationsschrift vorangestellt hat? Denn der Ministerialdirektor im Bundespresseamt (Leiter der Abteilung Inland) muß sich täglich in Versuchung fühlen, über die Beeinflussung der politischen Sprache die Politik zu beeinflussen. Jeden Morgen um acht Uhr gehört er zum engsten Kreis (mit Schäuble, Boenisch, Ackermann und Teitschke), der den Bundeskanzler berät.

In dessen Bann zog es Bergsdorf (43) vor dreizehn Jahren. Damals kündigte er seinen Posten als stellvertretender CDU-Sprecher, weil er dem damals neuen Vorsitzenden Barzel nicht zutraute, die CDU an die Macht zurückzuführen. Kohl engagierte ihn für die Bonner Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz und machte ihn zwei Jahre später zum Leiter seines Parteivorsitzenden-Büros. Das blieb er bis zum Machtwechsel, doch Kohl ließ ihm Zeit für seine bisher wichtigste Schrift, die Habilitation über „Herrschaft und Sprache“ in der Bundesrepublik, die 1982 von der Universität Bonn angenommen wurde – mehr als eine Untersuchung über politische Begriffe, fast schon eine Geschichte der Republik. Dafür erhielt er jüngst den Eschenburg-Preis der Stiftung der Deutschen Verlagsanstalt.

Welche Begriffe spielen seit Kohls Machtübernahme eine Rolle – zählt Bergsdorf beispielsweise sich selber zu neu beschworenen „Eliten“? Von der Herkunft her nicht, meint er, überhaupt sei ihm dieser Gedanken noch nicht gekommen. „Leistungsbe-reitschaft ja, auf jeden Fall“, das Wort läßt er für sich gelten. „Aber wir wollen keine Gesellschaft nur von Leistungsträgern.“ Sein Vater war Feinmechaniker, ist im Krieg gefallen. So erzog ihn seine Mutter allein. Die Familie wohnte in Brühl, zwischen Köln und Bonn. Als Student an diesen beiden Universitäten (Politikwissenschaften, Soziologie und Psychologie) heiratete er jung, drei Kinder zwischen 18 und 21 wachsen gerade aus dem Haus.

Das begriffliche Hauptanliegen der Regierung sei es, „Freiheit und Frie-



Gegen den Delegieren von Mit-menschlichkeit: Bergsdorf

FOTO: JUPP DARCHINGER

den“ wieder zusammenzuführen, „als zwei Seiten einer Münze“. Auch die Wörter „Vaterland, Heimat, Deutschland“ könne man heute wieder leichter in den Mund nehmen als vor zwei Jahren. Sie mit einem Europagedanken zu überwälzen, ohne daß eines von ihnen auf der Strecke bleibt, sei Inhalt der jetzigen Politik.

Es ist nach Bergsdorfs Ansicht wichtig, den Begriff „Staat“ zu entmenschlichen. Das gehe nur, wenn der „Bürger“ sich neben seinen Rechten auch seiner Pflichten stärker bewußt werde, auch der Pflicht zum Anerkennen einer Mehrheitsentscheidung. Doch der Bürger müsse sich auch seiner menschlichen Pflichten wieder besinnen, nur dann könne der Staat auf seine eigentlichen Aufgaben reduziert werden. „Die Delegation von Mitmenschlichkeit an den Staat fördert den Egoismus.“

„Es gibt eine Ära Kohl“, meint Bergsdorf. An diesem Manne fasziniert ihn das Gespür für den Unterschied zwischen tagesspolitischen und geschichtlichen Dingen. Die Kießling-Affäre sei das eine, die Festigkeit in der Nachrüstung und das Gegensteuern gegen die partitische Mitbestimmung im letzten Jahrzehnt das andere gewesen.

Wenn die Worte nicht stimmen, kommen auch die Werke nicht zustande, schließt Bergsdorf in seiner Habilitationsschrift aus Konfuzius. Mag sein, daß Kohl ihn vor allem deswegen braucht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie schreibt zu 25 Jahren Godesberger Programm:

Das Godesberger Programm hat die SPD bis 1982 im Sattel gehalten. Nun, auf den harten Banken der Opposition, suchen die Sozialdemokraten nach einer neuen Grundsatzkonzeption. Sie wird ein Bruch mit dem Godesberger Programm sein. SPD-Chef Brandt ist schon deutlich genug geworden. Die neue SPD wird danach nicht vorrangig als Verfechter der NATO, sondern als Protestpartei gegen die „brutalen Drohungen“ der weltweiten Hochrüstung in Erscheinung treten. Sie wird sich als Supergrün präsentieren und Entspannungspolitik durch praktischen Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands definieren.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung beschäftigt sich mit der Tagung der Organisation Afrikanischer Einheit, bei der die Annahme der Republik Sahara zum Anzug Marokkos führt:

In Frage gestellt ist jedenfalls ein Prinzip, das für die OAU von großer Bedeutung ist. Es geht um den Grundsatz, daß nationale Selbstbe-

stimmung in Afrika innerhalb derjenigen Grenzen ausgebaut werden muß, die aus der Kolonialzeit ererbt wurden. Dieses scheint ein paradoxes Prinzip für einen Kontinent zu sein, der stolz darauf ist, seine Unabhängigkeit von den Kolonialmächten erlangt zu haben. Aber es ist entscheidend für die Stabilität, weil die Festlegung der Grenzen vieler historischer, geographischer oder völkischer Gruppen in den meisten Teilen Afrikas nicht leicht vereinbart werden könnte.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zum Technologietransfer merkt die Pariser Zeitung an:

Lenins Spruch, wonach „die Kapitalisten um gegen Kredit das Seil liefern werden, mit dem wir sie aufhängen werden“, kann heute schon fast als prophetische Analyse betrachtet werden. Jeder Versuch, die westlichen Firmen daran zu hindern, gewisse Produkte in den Osten zu exportieren, stößt auf eine unübersehbare Wirklichkeit. Die westlichen Gesellschaften sind Gesellschaften des Handels und der Unternehmungen, die es als Ziel haben, zu verkaufen und nicht ihre Kunden zu sortieren. Die unversämte Ausnutzung durch die Sowjets ist leider das unvermeidliche Gegenstück zur Freiheit.

Nicht nur die Dürre ist ein Hauptproblem des hungernden Afrika, es sind auch die chronischen Fehler der Regierungen

Über den Dörfern im Norden Äthiopiens kreisen die Geier

Von WILFRIED STOLZE

Die Hartnäckigkeit, der „Flugplatz“ von Makale im Norden Äthiopiens ist den Transalpien der Bundesluftwaffe nach drei Wochen fast schon so vertraut wie der Heimatflugplatz im bayerischen Landsberg. Die Besatzungen nahen bei der Landung große Steine und Erdbeben in Kauf, empfindliche Teile an den Maschinen haben sie bereits abmontiert.

Viermal täglich kommen die Zerstörer von Assab, der Hafenstadt am Roten Meer, herüber. Beladen mit Weizen, Milchpulver, Öl, Zucker und Wolldecken. 30 Tonnen am Tag, die die Luftwaffenbesatzungen beim Ein- und Ausladen selbst auf die Schultern nehmen – hier, wo das Elend von Äthiopien am größten ist, in den bisher unerschlossenen Berglandschaften fehlt es auch am primitivsten Transportmaterial.

Die Transalpi-Besatzungen können nur ahnen, welche Szenen sich in den Dörfern abspielen, die sie überfliegen, wie viele abgemagerte Kreaturen das Brummen der Motoren gerade noch wahrnehmen. Die Menschen am Boden sind selbst so schwach, um zu Fuß die nächste Verteilungsstation zu erreichen. Apathisch kauern sie in Erdlöchern, zwischen Baumwurzeln und Weiblichverschlägen. Neben leise wimmernden Kindern Menschen, die kaum noch mehr sind als Knochengerüste, die Gesichter mit Fliegen überzogen, ohne Chance, die nächsten Tage zu überleben. Über den Dörfern Nord-Äthiopiens kreisen die Geier. Die Menschen sterben in Ansdiedungen, die nie ein Helfer erreichen wird.

Wer das gesehen hat, wird es nie vergessen, wie einen Alptraum, sagt eine Rot-Kreuz-Schwester. Die Eltern sind selbst so geschwächt, daß sie ihre Kinder nicht einmal begraben können, die Kleinen werden ein Fraß für die Geier sein. Die Sonne brennt gnadenlos auf das dürre Land, der Leichengeruch ist unerträglich.

Auch UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar findet kaum Worte, er habe schon viel gesehen, unterbricht er sein langes Schweigen beim Anblick des Elends. Auch andere Völker in Afrika hungern, doch diesen Anblick kann ich mir nicht verkraften. Er besuchte das Lager bei Korem, ein Ort der Hoffnung für die Todgeweihten. Die Krankenstation ist eine Lehmhütte, die Schwächsten liegen dort auf Tragen, täglich sterben da etwa 40 Menschen. Überlebenschancen haben vor allem die Jugendlichen. „Ihr Körper hat sich in den vergangenen Jahren an den Hunger gewöhnt, und sie haben auch nachts, wenn es unerträglich kalt wird, noch Widerstandskraft“, sagt eine Schwester. Wie die französische Ärztin Brigitte Vasset arbeiten die Helfer rund um die Uhr, bis zum Umfallen. „Eigentlich sollten wir schon längst durch Kollegen ersetzt werden. Aber ich könnte hier nicht weg. Und wenn wir von sieben Millionen Menschen nur hundert durchbekommen, dann haben wir wenigstens den geholfen.“

Die Ärzte erwarten die Militärtransportmaschinen aus der Bundesrepublik und England genauso ungeduldig wie die hungernden Menschen im Lager. Bevor die Hilfsgüter eintrafen, starben am Tag mehr als hundert. Ohnmächtig verfolgen die Helfer, daß die Hilfsschiffe aus den USA, Kanada und Europa zwar im Hafen von Assab vor Anker gehen, doch nicht gelöscht wurden. Ein Volk droht zu verhungern, weil die äthiopische Regierung das Transportproblem nicht in den Griff bekommt, keine Züge und Last-

wagen bereitstellt. „Wir müßten leider auch feststellen, daß die Lebensmittel in ganz andere Richtungen verladen wurden und vermutlich an Kasernen und Ausbildungscamps verteilt wurden“, sagt der Kanadier George Winnen, dessen Bett im luxuriösen Hilton-Hotel von Addis Abeba steht und der den ganzen Tag ruhelos mit Flugzeug und Jeep im Auftrag der Hilfsorganisation auf Inspektionsreise ist.

Westliche Diplomaten äußern in der Hauptstadt ihren Zorn. „Nachts rollen Munitionstransporte an die Bürgerkriegsfront im Norden, Züge und Lastwagen bringen zwangsrekrutierte Jugendliche in das Kampfgebiet“, sagt Salomon K., ein Medizinstudent aus Addis Abeba, in einem dunklen Gaststätten-Hinterzimmer. Woanders würde er nie so reden. Er hat erlebt, wie Milizen grundlos Freunde festnahmen, weil sie mit westlichen Besuchern sprachen. Am nächsten Tag kamen sie mehr tot als lebendig wieder aus dem Polizei-Gefängnis zurück.

Die Hungerkatastrophe macht auch vor der Hauptstadt nicht halt. Noch bis vor Wochen versuchten der marxistische Staatschef Mengistu und seine Militärs in der Regierung, die Hungersnot ihres Volkes vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Der Mann, den sie vor zehn Jahren bei der blutigen Revolution entmachteten, Kaiser Haile Selassie, hat damals ähnlich gehandelt. Doch inzwischen hat Mengistu erkannt, daß es ihm eines Tages ähnlich ergehen könnte wie dem Löwen von Juda. „Er muß die Hungerkatastrophe bewältigen, sonst ist es auch um ihn geschehen“, versichert ein deutscher Diplomat.

Wie gerne das Links-Regime, das vom großen Bruder in Moskau bisher nur mit Waffen großzügig beliefert wurde, jetzt die Hände nach Westen ausstreckt, erfährt Bonn neuer Botschafter in Äthiopien, Bernd Oldenkott, gleich bei seinem Amtsantritt. Oldenkott zog sich schon den Neid der Ostblock-Kollegen zu, als Mengistu ihn bereits nach drei Wochen mehrmals zu Gesprächen empfing. „Das entspricht bisher nicht den diplomatischen Gepflogenheiten“, wundert sich Oldenkott. Die Bundesregierung zögerte nicht lange und stellte 16,5 Millionen Mark als Soforthilfe bereit. Ungewöhnlich ist auch, daß Bundeswehrmaschinen Lande-erlaubnis in einem vom Ostblock abhängigen Staat erhalten.

In der 1,5 Millionen Einwohner



Ein Gesicht des Hungers

FOTO: ARNAUD DE WILDEBERG/STUDIO X

zählenden Hauptstadt wimmel es von Soldaten, die mit Maschinenpistolen bewaffnet, die staatlichen Supermärkte, Lebensmittelager und Banken bewachen. Von Mitternacht bis fünf Uhr morgens ist Ausgangssperre. Alle jungen Männer zwischen 18 und 30 Jahren werden von der Verwaltung ihres Stadtbezirks einmal im Monat zur Nachtwache verpflichtet. Die Uniformierten lauern nachts unter Bretterverschlägen, hinter Brückenpfeilern, an Kellertreppen, vor Hotels und auf Garagendächern. Sie sollen nicht nur Rebellen abschrecken, die noch mehrere hundert Kilometer entfernt ihre Widerstandsnester haben; sie müssen auch mit allen Mitteln die in Richtung Hauptstadt strömende hungernde Landbevölkerung schon weit vor den Außenbezirken abfangen.

Die Regierung will keine verhungerten Menschen auf den Hauptstadtsstraßen sehen. Die Bevölkerung bekommt den Mangel an den wichtigsten Grundnahrungsmitteln zu spüren. Die Frauen und Kinder stehen schon bei Sonnenaufgang Schlange vor Brotgeschäften – in der Hoffnung, pro Familienmitglied eine Scheibe Brot zu bekommen. Wer Beziehungen hat, der findet sich vormittags in der Halle des Hilton-Hotels ein, wo er sogar Brotspezialitäten auswählen kann.

Am Rande der 2400 Meter hoch gelegenen Metropole existieren bereits riesige Notaufnahmestellen für Zehntausende vom Hungertod bedrohte Äthiopier. In dieser Stadt vertragen ungezählte Menschen in den Wellblech- und Lehmhütten, ohnmächtig gegenüber der moskautürigen Regierung. Die hatte noch zum 10. Jahrestag der Revolution heroische Monumente und Triumphbögen aus dem Boden gestampft, an allen Plätzen blickten überdimensionale Lenin- und Marxköpfe auf die Passanten herab. Student Salomon: „Für die große Parade mußten Kinder, Jugendliche und Erwachsene monatelang marschieren über, in den Fabriken lief in dieser Zeit nichts.“ Das Abschlußfeuerwerk war länger und schöner als das bei den Olympischen Spielen in Los Angeles, bemerkte ein Lehrer an der deutschen Botschaftsschule in Addis Abeba. Mindestens 100 Millionen Dollar, so westliche Diplomaten, hat das Revolutions-Spektakel zu Ehren der linken Militärregierung gekostet. Jetzt regiert sich die Metropole auf dem „Dach Afrikas“ vor der Weltöffentlichkeit ab. Die wenigen Europäer, die über die Piazza, die Haupteinkaufsstraße aus der Zeit der italienischen Besatzung, streifen, dürfen ihre Kameras nicht zücken. Selbst die Helden-Monumente und Mengistu-Bilderwände dürfen genauso wenig fotografiert werden wie das Wahrzeichen der Stadt, der Löwe von Juda, vor der imposanten Bank of Ethiopia, ein architektonisches Meisterwerk aus Kaisers Zeiten.

Es gibt Deutsche, die in dieser Stadt schon lange leben und es nicht verstehen, warum immer nur Journalisten kommen, die über den Hunger berichten wollen. „Die sieht die Regierung natürlich zur Zeit sehr gern“, sagt ein Kaufmann.

„Afrika stirbt“ – dieser Aufschrei verhallte

Von KLAUS JONAS

Wenn der Hunger in die Schlagzeilen gerät, scheint eine Lawine von Hilfsbereitschaft ins Rollen zu kommen. Doch immer wieder zeigt es sich, so auch jetzt in Äthiopien, daß Hilfe aus unerklärlichen Gründen versandet. Und so mutet manches in dieser afrikanischen Tragödie seltsam an.

Die Briten, die zwei „Hercules“-Transporter für Äthiopien im Einsatz haben, wurden aufgefordert, nach Dschibuti auszuweichen. Der Flughafen von Addis Abeba werde für Staatsgäste gebraucht, die an dem Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in dieser Woche teilnehmen.

Für die Landung einer Boeing 707 einer privaten britischen Hilfsorganisation, die Geldfahrzeuge und Wassertanks nach Äthiopien bringen wollte, wurden 6000 Dollar Gebühren verlangt – die Briten verzichteten.

Nach Berichten aus Äthiopien lagerten lange Zeit rund 50 000 Tonnen Getreide im Hafen von Assab, ohne daß mit der Auslieferung begonnen worden wäre. Die Behörden hätten sich mehr um die Feiern zum 10. Jahrestag der Revolution gekümmert. Statt Nahrung für die Armen sei Zement zur Renovierung der Hauptstadt in Assab verladen worden.

Die empfindliche marxistische Führung in Addis Abeba, so hieß es weiter, sei zeitweise verärgert gewesen über „politische Einmischung“, die sich als „rein humanitäre Hilfe verkleidet“ habe. Anlaß seien Vorschläge gewesen, die Rebellengruppen in den arg betroffenen Provinzen Eritrea, Tigre und Wollo in die Vorbereitung zur Verteilung der Hungerhilfe einzubeziehen, da die Behörden dort anscheinend machtlos seien. Die Regierung hat nun zwar die Überfluglaubnis für das gesamte Land gegeben, jedoch die Bedingung gestellt, daß die Flugzeugtypen, die Lande- und Abflugflüge sowie die Anzahl der Flüge in Verhandlungen festgelegt werden müssen.

Mit Lebensmitteln werden Rekruten gelockt

Die ärztliche Hilfsorganisation „Médecins sans Frontières“ beklagt, daß ein Großteil der Hilfe nicht in die Katastrophengebiete gelangt. Sie beschuldigt die marxistische Regierung, das Ausmaß der Hungersnot bewußt bagatelisiert zu haben. In anderen Berichten hieß es, einige Verteilungsstellen für Lebensmittel seien nur eingerichtet worden, um dort von der Armee dringend benötigte Soldaten auszuheben.

Als in dieser Woche die OAU in Addis Abeba tagte, als Zehntausende Hungernde aus dem Norden auf dem Marsch auf die Hauptstadt waren, stand nicht etwa das Thema Hunger im Mittelpunkt. Afrikanische Zwiste wie Tschad und West-Sahara oder der Befreiungskampf im südlichen Afrika beherrschten das Treffen der Staats- und Regierungschefs. Und nicht zuletzt die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und neuer Entwicklungshilfe.

„Afrika stirbt“ hatte der OAU-Generalsekretär Edem Kodjo auf dem afrikanischen Wirtschaftsgipfel 1980 in Lagos gesagt und mit tränenerstickter Stimme den Zustand des Schwarzen Kontinents beschrieben: Elend, Schrecken, Verzweiflung und Katastrophe. „Unser alter Kontinent befindet sich am Rand des Abgrunds, auf eine Konfrontation zulaufend und gefangen hinter dem Gitter des Aufruhrs. Verschwunden sind das Lachen, die Fröhlichkeit des Lebens, abgelöst vom melancholischen und traurigen Gesicht.“

In Afrika gehen die Uhren anders, gefährlich anders. Läßt man einmal Südafrika außer acht, so hat sich kaum eines der Länder den wirtschaftlichen Realitäten gestellt. Wie vor tausend Jahren lebt der Afrikaner in den Tag hinein. Die Dürre dauert jetzt schon drei Jahre, die Hungersnot war lange vorhersehbar. Aber erst als es ans Sterben ging, schlug das Regime in Addis Abeba Alarm.

Hunger hat es in Afrika immer gegeben, ob seinerzeit in Biafra, vor zehn Jahren in Mali, Tschad und Senegal, vor drei Jahren in Uganda – Hunger gibt es heute und Hunger wird es, so ist zu befürchten, in der vorhersehbaren Zukunft weiter geben. Äthiopien steht wieder einmal ganz vorn in der Schlange der Bedürftigen, aber im Würgegriff des Hungers sind auch Mali, Moçambique, der Norden Zimbabwes, wo schwarzen Kindern wegen Elweißmangels rote Haare wachsen. Nach Angaben des Roten Kreuzes hungern rund 150 Millionen Afrikaner oder sind vom Hunger bedroht. Die Welternährungsorganisation FAO stuft 25 Staaten des Kontinents als hungerleidend ein.

Der Hungerzyklus in Afrika ist ein altbekanntes Phänomen, das immer als Schicksal akzeptiert wurde; neu ist allenfalls das Ausmaß des Leidens. Die erste bekannte Hungersnot datiert aus dem 9. Jahrhundert, seit dem 15. Jahrhundert sind derartige Katastrophen registriert.

In äthiopisch-christlicher Tradition beschrieb Kaiser Menelik II. die große Hungersnot von 1888 bis 1892 als eine Strafe Gottes und verlangte von seinen Untertanen, mehr zu beten. Kaiser Haile Selassie, der seine Monarchie auf König Salomon zurückführte, weigerte sich sieben Monate lang, die Hungerkatastrophe von 1972 zur Kenntnis zu nehmen. Das wurde ihm zum Verhängnis.

Daß Dürren und Hungersnöte soziale und politische Umwälzungen auslösen können, ist nichts Neues. Ein guter Teil der 60 Staatsstriche in Afrika seit Beginn der Unabhängigkeitswelle Mitte der 50er Jahre geht auf ihr Konto.

„Watch the butter cup“ (Achte auf die Butterdose) heißt das Motto. Die Regierungen achten darauf, daß es vor allem jenen nicht schlechtgeht, die ihr gefährlich werden könnten: Offiziere und Soldaten, Industriearbeiter, die Bildungselite und die Staatsfunktionäre. In Zeiten des Mangels haben jene Vorrat, die in Schußweite des Präsidentenpalastes wohnen. Die Landbevölkerung hat in der Regel wenig politisches Drohpotential und wird vernachlässigt.

Die politischen Ursachen bleiben meist tabu

Eine Diskussion der politischen Ursachen bleibt in den westlichen Gelehrtenkreisen weitgehend tabu. Sie wäre politisch heikel und allenfalls geeignet, die Hilfsbereitschaft zu lähmen. Eine Ausnahme machte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, der bei der äthiopischen Regierung öffentlich „Fehlverhalten“ vorwarf: „Mit Fehlverhalten meine ich politisches Unvermögen, eine falsche Wirtschaftspolitik, die Vernachlässigung der Landwirtschaft und die Unfähigkeit, den Transport von Hilfsgütern im eigenen Land sicherzustellen“, sagte Warnke.

Nach westlichen Schätzungen gibt die äthiopische Regierung rund 60 Prozent der Exporterlöse für Waffenkäufe aus; bei der UdSSR steht sie mit rund drei Milliarden Mark in der Kreide. Insgesamt wenden die afrikanischen Länder rund 40 Milliarden Mark pro Jahr für Rüstung auf – und

das, obwohl im OAU-Vertrag die Unantastbarkeit der Grenzen in Afrika ausdrücklich festgelegt ist.

Dagegen kann nur ein Viertel der männlichen Bevölkerung lesen, 50 Prozent sind ohne Arbeit. Bis zum Jahr 2000, so wird geschätzt, können nur noch 65 Prozent der Bevölkerung des Kontinents aus eigener Kraft ernährt werden. Afrikas Bruttosozialprodukt entspricht nicht einmal drei Prozent des Sozialprodukts der westlichen Welt. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist weltweit das niedrigste, die Kindersterblichkeit die höchste. Jedes dritte Kind verhungert, bevor es das Schulalter erreicht hat. Um die Jahrhundertwende, so schätzen Experten, werden nur acht der 50 OAU-Staaten ohne fremde Hilfe existieren können. Die reichen Brüder auf dem afrikanischen Kontinent, die Opec-Staaten, haben mit ihrer ruinösen Preispolitik das Chaos noch verschärft.

Die „grünen Revolutionen“ brachten keinen Erfolg

Wenn Afrika seine eigenen Menschen nicht mehr ernähren kann, so liegt das nicht am Wetter, sondern an verfehlter Politik. Nigeria war ein Netto-Exporteur von Agrarprodukten – bis der Öl-Boom kam. Heute müssen Nahrungsmittel eingeführt werden, das Land kann ohne Hilfe der Weltbank nicht mehr leben.

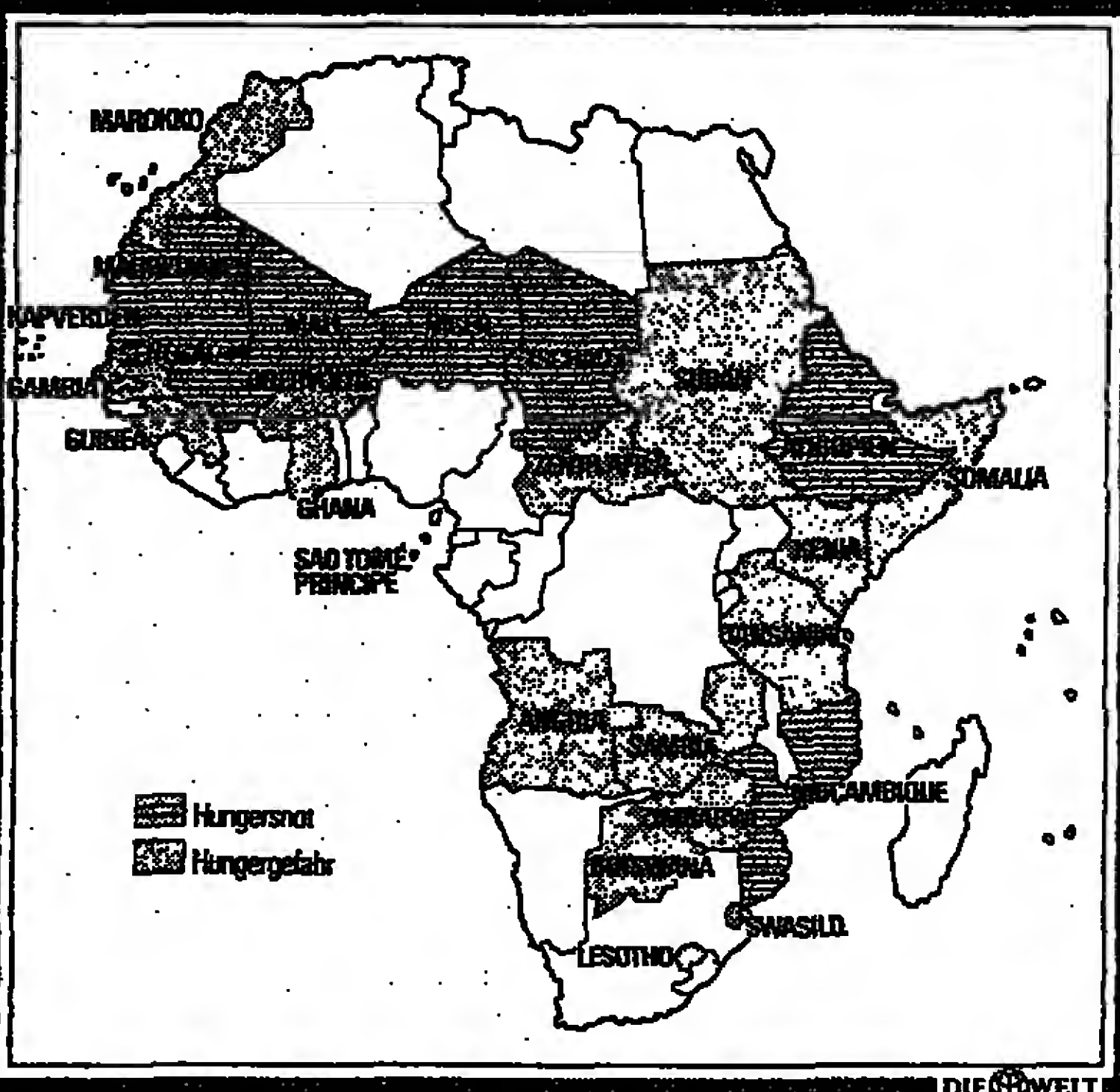
Das demographische Problem in Nigeria, dem volkreichsten Land Schwarzafrikas, ist, wie in den übrigen Ländern, kaum noch lösbar. Die afrikanische Agrarproduktion stieg im vergangenen Jahrzehnt um jährlich knapp zwei Prozent, die Bevölkerungszahl dagegen um drei Prozent. Der Mythos, Kinderreichtum sichere das Altersversorgende, bleibt ungebrochen, ebenso die Illusion, man könne sich nach dem Vorbild des reichen Westens industrialisieren und dafür die Zerstörung der kleinen, seit Jahrhunderten bewährten Strukturen auf dem Land in Kauf nehmen. „Grüne Revolutionen“ wurden gestartet, kaum eine war erfolgreich.

Die Eigenversorgung mit Hirse und Mais wurde vernachlässigt, den Vorrat bekamen „cash crops“ – exportierbare Güter wie Kaffee, Tee, Kakao, Baumwolle, Sisal und Tabak. Je mehr aber der Anbau dieser Exportgüter vorangetrieben wird, desto mehr wird die auf den inländischen Markt ausgerichtete Nahrungsmittelproduktion auf weniger ertragreichen Land verdrängt. Der Boden wird ausgelaugt, die Erträge sinken.

Ein nicht minder gravierendes Problem ist die Verwüstung. Jedes Jahr verwandeln sich in Afrika rund 6 Millionen Hektar in Wüste. Insgesamt zeigen bereits 3,5 Milliarden Hektar Land Verwüstungserscheinungen, und die Lebensgrundlage von 135 Millionen Menschen ist gefährdet. Der geringe Erfolg westlicher Hilfe läßt sich eindrücklich in den Ländern der Sahel-Zone verfolgen. Von 4,8 Milliarden Dollar, die 1981 in das Gebiet in Form von Entwicklungshilfe flossen, wurden nur drei Prozent ausdrücklich für Maßnahmen gegen die Wüstenbildung eingesetzt.

Afrika hat sich an Hilfe von außen gewöhnt, ohne selbst aktiv zu werden. Es entstand eine gewisse Wohlstandsmentalität; vielen Machthabern fehlt das elementarste Verständnis für sinnvolle innere und regionale Entwicklung. Statt dessen gebärden sich die Staatsapparate als Vielfraße.

Hilfe für Äthiopien und die anderen afrikanischen Länder tut not, auch wenn dadurch die Existenz korrupter, unfähiger Regierungen, die ihre Länder ruiniert haben, künstlich verlängert wird.



Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Der Goldene Schwan

Hier ist einer der seltenen Fälle, daß der Mensch ein Tier verehrt, das ihm im herkömmlichen Sinne gar nicht nützlich ist; so kündet keine Speisekarte von gebrauchtem Schwan, es kommen niemals Schwanen-er auf den Frühstücks-, Mittag- oder Abendessen, und er fängt auch keine Mäuse. Aber dennoch: an Älfen und von Brücken wird er gern gefüttert, in der Antike galt er als heiliger Vogel Apollons, und in unserm Raum war er Bote des Friedens, erschienen Eifen und Walküren als Glücksbringer in der prophetischen Gestalt von Schwanen-Jungfrauen; ja sogar ein Sternbild in der Milchstraße ist ihm gewidmet.

Wenn wunder es da, daß auch ein freundlicher Wirt diesen Gänsevogel zum Wahrzeichen seines Hauses erkor – und dann gleich noch gesteigert als Goldenen Schwan. Nun, Glück und Frieden zählen doch wohl zu dem Wichtigsten, was ein gastlicher Gaus bieten sollte, aber noch mandherlei anderes gehört dazu ... und nicht zuletzt auch der Zabach Brakt, dieser große Deutsche Weinbrand aus Rüdesheim am Rhein.

Alsbach Brakt

Im Alsbach Brakt ist der Geist des Weines!

Späth: Geschichte auf die Schultern nehmen

BERNT CONRAD, Bonn
Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hat die Deutschen aufgefordert, mit ihrer Geschichte zu leben und die Toleranz als unverzichtbaren Grundsatz anzuerkennen. Nur die Intoleranz dürfe nicht toleriert werden, sagte der CDU-Politiker bei der Eröffnung einer Ausstellung „Juden in Baden 1809-1984“ in der Bonner Landesvertretung von Baden-Württemberg.

Späth betonte: „Mit dieser Ausstellung wollen wir uns auf unsere Geschichte besinnen, um uns damit in der Gegenwart zu orientieren. Wir sollten uns nicht mit Ausflüchten begnügen. Das Rezept ist nicht, die Geschichte zu bewältigen, wie gängig formuliert wird, sondern sie auf unsere Schultern zu nehmen und sie zu ertragen, sie auch weiterzutragen. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als mit unserer Geschichte zu leben.“ Späth fuhr fort: „In dem Prozess der von uns geforderten Selbstbesinnung kann uns nicht trösten oder leichtsinnig machen, daß andere, von der Geschichte weit weniger hart Betroffene und Belastete vorzuziehen und flüchtiger mit sich selbst umgehen verstehen.“

Das Verderben in diesem Jahrhundert habe seinen Anfang genommen, als immer mehr aufhörten, den anderen in seiner Andersartigkeit anzuerkennen, erklärte Späth. Dies habe zu den Programmen gegen die Juden geführt. „Daran soll uns diese Ausstellung erinnern. Sie soll Erinnerung und Aufforderung zugleich sein.“

Der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, wies darauf hin, daß die Juden im Großherzogtum Baden schon vor 175 Jahren nahezu die volle Gleichberechtigung erhalten hätten. „Wir waren so wagemutig, als Überlebende der Tyrannei an diese Geschichte anzuknüpfen.“ Es sei sehr erfreulich, daß die Ausstellung jetzt in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt werde. 40 000 Besucher hätten sie bereits in sechs badischen Städten gesehen. „Wir fühlen uns darin bestärkt, der Bevölkerung, vor allem der Jugend, die deutsch-jüdische Geschichte aufzuzeigen.“

Nachmann, der gleichzeitig Präsident des Oberrates der Israeliten Badens ist, fügte hinzu: „Die Geschichte der Juden ist für die meisten Bürger verdunkelt oder völlig unbekannt.“ Das jüdische Bild in Deutschland werde von Demütigung und Mord bestimmt. Dieses Bild dürfe nicht verlöschen. Aber es gebe auch noch eine andere Geschichte. „Die Ausstellung soll uns an die guten und die schlechten Tage erinnern“, meinte Nachmann. „Sie soll uns klarmachen, daß nur im Respekt vor dem anderen Freiheit gedeihen kann. Unsere größten Erwartungen setzen wir in die jüngere Generation.“

Die Ausstellung, die in Anwesenheit von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und des neuen Bundesministers im Kanzleramt, Wolfgang Schäuble, eröffnet wurde, zeigt die Geschichte der badischen Juden seit 1809 in Bildern, Graphiken, Dokumenten und erläuternden Texten. Dabei werden der Emanzipationsbewegung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, dem religiösen Leben und der Entwicklung des Zionismus ebenso Raum gegeben wie den Massenmorden in der NS-Zeit und dem Wiederaufbau nach 1945.

Wie aus den Unterlagen hervorgeht, hat das badische Judentum einige besonders markante Persönlichkeiten hervorgebracht, deren Bedeutung weit über das einstige Großherzogtum hinausreicht. Dazu gehört Moritz Ellstätter, der 1888 badischer Finanzminister und damit der erste jüdische Minister in Deutschland überhaupt wurde. Ellstätter bekleidete diesen Posten höchst erfolgreich 25 Jahre lang; er wurde außerdem Bevollmächtigter Badens beim Bundesrat des Deutschen Reiches und Generaldirektor der badischen Eisenbahnen. Aus Baden stammten auch Professor Fritz Haber, Nobelpreisträger für Chemie des Jahres 1918, sowie der Dirigent Hermann Levi und der SPD-Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank, der sich, um seine Verbundenheit mit Deutschland als Jude und Sozialdemokrat zu bekräftigen, 1914 als Kriegsfreiwilliger meldete und an der Westfront gefallen ist.

„Ruf nach 'gläsernen Taschen' muß versachlicht werden“

Wolfgang Bötsch (CSU): Auch Abgeordneter hat Recht auf Persönlichkeitsschutz

MANFRED SCHELL, Bonn
In der Diskussion über eine Neufassung der Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete („gläserne Taschen“), die auch die heutige Spenden-Debatte im Parlament prägen dürfte, wird häufig ignoriert, daß es schon jetzt enggefäßte Verpflichtungen für die Abgeordneten gibt. „Wenn sich jeder an die Verhaltensregeln und die dazu ergangenen Erläuterungen des Bundestagspräsidenten hält, sehe ich keine zwingende Notwendigkeit für Änderungen.“ Diese Auffassung begründete der parlamentarische Geschäftsführer der Unionfraktion, Wolfgang Bötsch, in einem WELT-Gespräch, in dem er zugleich deutlich machte, daß er keine Einwände habe, diese Verhaltensregeln „der Transparenz“ wegen ins Abgeordnetengesetz aufzunehmen. Auch über ergänzende Präzisierungen könne nachgedacht werden.

Schon jetzt seien die Abgeordneten verpflichtet, alle Nebentätigkeiten dem Bundestagspräsidenten anzuzeigen, „wenn die Vergütung aus einer oder mehreren Nebentätigkeiten im Monat 3000 Mark oder im Jahr 25 000 Mark übersteigt“. Alle Verträge mit

Verbänden, Firmen, Organisationen, Einzelpersonen oder Personenvereinigungen über die „Beratung, Vertretung oder ähnliche Tätigkeiten“ müßten gemeldet werden, ebenso Einnahmen aus Gutachten, aus publizistischer Tätigkeit, betonte Bötsch. Dies gelte auch für Spenden eines „einzelnen Sponsors“ für die politische Tätigkeit des Abgeordneten, wenn sie im Jahr den Betrag von 10 000 Mark übersteige. Außerdem müsse hierrüber „gesondert“ Rechnung geführt werden.

Diese Aspekte, so sagte Bötsch, blieben in der aktuellen Diskussion überwiegend unberücksichtigt. „Nachdenken“ könne man durchaus, ob künftig auch zum Beispiel die Beteiligung von Abgeordneten an Gesellschaften oder die „stille rechtliche Beteiligung“ anzeigepflichtig gemacht werden sollten. Er habe den Eindruck, daß der Ruf nach „gläsernen Taschen“ des Abgeordneten bei einer Versachlichtung der Diskussion nachlassen werde. Es wäre absurd, so meinte Bötsch, von Abgeordneten, die freien Berufen angehörten oder Selbständige seien, auch eine Offenlegung ihrer Einkommensverhältnisse abzuverlangen. Dies würde zum

Beispiel bedeuten, daß ein mittelständischer Unternehmer seine Bilanz veröffentlichten müsse. Daraus könnten sich fatale Folgen ergeben. Stünde das Unternehmen in einem Jahr schlecht da oder müsse es für Investitionen Kredite aufnehmen, so hätte dies zwangsläufig Nachteile gegenüber Konkurrenzunternehmen, aber auch für seine politische Arbeit. Verdienne derselbe Mann aber gut, „dann kommt der Neid“, sagte Bötsch. Fragen, „was macht er mit dem Geld“, wären dann eine Folge. Auch der Abgeordnete habe schließlich Anspruch auf „umfassenden Persönlichkeitsschutz“. Bötsch: „Wir reden über Datenschutz bei den Personalausweisen und beim Volkszählungsgesetz, aber für Abgeordnete soll Orwell 1984 geschaffen werden.“ Dies sei nicht akzeptabel.

Spenden an Parteien „waren und sind nicht umstritten“. Niemand solle annehmen, durch Spenden könnten zum Beispiel die Beschlüsse eines Parteitag mit 1200 Delegierten beeinflusst werden. Falsch sei es anzunehmen, wer Geld für demokratische Parteien spende, könne „Druck ausüben“. „Es gibt keine gekaufte Macht“, sagte Bötsch.

Ist diese Republik käuflich?

DETLEV AHLERS, Bonn
Das Motto des „ZDF-Hearing“ am Mittwochabend – „Ist die Republik käuflich?“ – wurde während der 130-Minuten-Sendung nur manchmal gestreift. In diesen Augenblicken ging es darum, ob versucht wurde, einzelne Entscheidungen der Verfassungsorgane mit Geld zu beeinflussen. (Denn was will wer schon mit einer ganzen Republik?) Die Antworten dazu blieben zum Teil im Vagen.

So sagte Helmut Haussmann (FDP) kurz hintereinander, solche Ansinnen seien stets abgelehnt worden – und so etwas sei nie versucht worden. Heiner Geißler (CDU) meinte, es habe „möglicherweise“ Versuche dieser Art gegeben. Klarer waren die Antworten von Theo Waigel (CSU): „Kein einziges Mal unkeusche Anfragen!“ und Rolf Rodenstock (Bundestag der deutschen Industrie): „Mein Anstand hätte mir das verboten.“

Einig waren die Vertreter aller Parteien, daß es bei der Finanzierung von Gesetzesvorhaben gekommen ist. Der verstorbene Schatzmeister Alfred Nau habe sich „unkorrekt“ verhalten, räumte Peter Glotz (SPD) ein, bei der vorgeschriebenen Offenlegung seien „Fehler gemacht“ worden (Waigel) und es wurde gegen dieses „Verfassungsgebot“ verstoßen (Geißler). Doch ebenso einig waren sie, daß das neue Parteienfinanzierungs-Gesetz, das seit Januar gilt, eine saubere Zukunft ermöglicht, auch wenn die SPD bezweifelt, daß die Erneuerung der Parteien zu gemeinnützigen Vereinigungen vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird.

Wie ein roter Faden zog sich die Erinnerung an die Vorkriegszeit durch die Sendung. Glotz verteidigte Nau damit, diese habe die Geheimniskrämerie im Dritten Reich gelernt und habe Angst vor neuerlichen Be-

schlagnahmen gehabt; Glotz beschwor die engen Verbindungen zwischen den „Geldeliten“ und Hitler und deutete an, daß er Ähnliches wiederum befürchte. Rodenstock wies auf eben diese Verbindungen, um anzudeuten, daß die Unternehmer aus ihren Fehlern gelernt hätten und deswegen heute „ungeheuer zurückhaltend“ seien. Und Waigel nutzte das Gesprächsdurcheinander am Schluß, um der Grünen-Partei Otto Schily, der sich wie ein advocatus diaboli an den Fehlern der anderen weidete, faschistoide Tendenzen zu unterstellen.

So blieb wenig Zeit, um auf einen wichtigen Aspekt der aktuellen Diskussion einzugehen: Welche Rolle sollen die Parteien im Staat spielen? Sie überschätzten sich selbst, meinte der Politik-Wissenschaftler Wilhelm Henniss; sie hätten eine „überzogene Position“ und ihr Geldhunger sei ein Zeichen von Abhängigkeit.

Konrad Kujau ist wieder auf freiem Fuß

Auch Heidemann kann mit Haftentlassung rechnen

UWE BAHNSEN, Hamburg
Der Fälscher der Hitler-Tagebücher, der Stuttgarter Militaria-Händler Konrad Kujau, ist gestern nach einem Haftprüfungstermin aus dem Hamburger Untersuchungsgefängnis freigelassen worden. Sein Verteidiger Kurt Groenewold hatte vor kurzem einen bereits gestellten Antrag auf Haftentlassung zunächst wieder zurückgezogen. Dem neuen Antrag gab das Landgericht gestern statt. Mit einer ähnlichen Entscheidung zugunsten des wie Kujau unter Betrugsanklage stehenden früheren „Stern“-Reporters Gerd Heidemann wird in Kürze gerechnet.

Zum Beginn des gestrigen Verhandlungstages hatte der 43-jährige Journalist Thomas Walde, der während der Beschaffung der Hitler-Tagebücher als Ressortleiter der Zeitschrift der Vorgesetzte Heidemann war, den Ursprung des gesamten Projekts und seine eigene Beteiligung daran geschildert. In seiner mit Spannung erwarteten Aussage, in der er gelassen und nicht ohne selbstbewußte Schlagfertigkeit auftrat, berichtete Walde, wie die Existenz von angeblichen Tagebuchauszeichnungen Hitlers zum ersten Mal am 31. April 1980 zur Sprache kam.

An diesem Tag hatte Reporter Gerd Heidemann einige Redaktionskollegen, unter ihnen auch Walde, zu einem Bordabend auf seine Yacht „Carin II“ eingeladen, die einst dem Reichsmarschall Hermann Göring gehört hatte. Heidemann habe damals erzählt, daß er ein von Hitler stammendes Tagebuch gesehen habe. Walde schilderte dem Gericht, daß Heidemann zuvor schon dem langjährigen Stern-Chefredakteur Henri Nannen von Hitler-Tagebüchern erzählt hatte, bei ihm jedoch auf keinerlei Gegenliebe gestoßen sei, und im übrigen zu dem späteren Chefredakteur Peter Koch ein gespanntes Verhältnis gehabt habe. Nach dem Bordabend auf der „Carin II“ sei Heidemann, für den das Thema Hitler-Tagebücher „fast wie eine Obsession“ gewesen sei, definitiv beauftragt worden, diese Sache zu klären – „auch wenn er das Thema totrecherchiert hätte“.

Die nächste Etappe auf dem verhängnisvollen Weg in den Tagebuch-Fälschungsskandal war eine Wanderung, die Thomas Walde Ende Oktober 1980 mit seinem Freund Wilfried

Sorge, dem damaligen stellvertretenden Verlagsleiter der Illustrierten, im österreichischen Mühl- und Waldviertel unternahm. Er vertraute seine bisherigen Kenntnisse über die Tagebücher Sorge an und bat ihn um Rat – insbesondere auch im Hinblick auf eine geplante Reise an den Absturzort der verlorengegangenen Maschine aus der Führerflugstaffel, nach Börsendorf bei Dresden. Dort wollte Walde mit Heidemann die Umstände des Absturzes und den Verbleib der Ladung recherchieren, die nach einer Bemerkung Hitlers gegenüber seinem Chefiloten Generalleutnant Hans Baur sein „Vermächtnis für die Nachwelt“ enthalten habe.

Sorge habe ihm, so berichtete Walde weiter, den Rat gegeben, er solle versuchen, die Tagebücher zu beschaffen. Diese Bemerkung habe jedoch nichts daran geändert, daß er selbst als Ressortleiter die Verantwortung für diesen Vorgang zu tragen hatte. So sei es dann am 15. November 1980 zu der vierstündigen Reise nach Börsendorf gekommen, bei der die beiden Journalisten aus der Bundesrepublik von zwei Mitarbeitern des Ostberliner Staatssicherheitsministeriums begleitet wurden. Er habe die beiden MFS-Mitarbeiter schon vorher gekannt, und dieser Kontakt sei „nicht unproblematisch gewesen“.

Am 27. Januar 1981 seien Heidemanns Recherchen so weit fortgeschritten gewesen, daß man beschloss, nun den Vorstand des Hauses Gruner + Jahr einzuschalten. Mit einer Präsentationsmappe, die die Ergebnisse der bisherigen Nachforschungen enthielt, gingen Heidemann und Walde zum stellvertretenden „Stern“-Verlagsleiter Wilfried Sorge, dann mit ihm zum Vorstandsmittglied Jan Hennsmann, und gleich darauf wurde das Thema dem damaligen Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer vorgelegt. Die Manager hätten sich von dem vorgelegten Material sehr beeindruckt gezeigt. Man sei davon ausgegangen, daß für 27 vermutete Tagebücher rund zwei Millionen Mark zu zahlen seien. Übereinstimmend seien alle Teilnehmer der Besprechung der Meinung gewesen, in diesem Stadium der Sache sei Discretion das oberste Gebot. Waldes Vernehmung wird am Donnerstag kommender Woche fortgesetzt.

Die CSU droht der SPD mit einem Auseinanderbrechen der ARD

Bayerischer Landtag beschließt Mediengesetz / Opposition kündigt Verfassungsklage an

PETER SCHMALZ, München
Vor wenigen Tagen noch attackierten Bayerns Sozialdemokraten den Bayerischen Rundfunk mit dem Vorwurf, er bevorzuge in Wort und Bild die CSU-Landesregierung mit Franz Josef Strauß an der Spitze übermäßig und räume der Opposition kaum Sendezeit ein. Gestern aber, bei der mehrstündigen Landtagsdebatte über das künftige bayerische „Medienprüfungs- und -entwicklungsgesetz“ (MEG), lobte SPD-Sprecher Jürgen Bödlich ausgerechnet diese ihm ansonsten offensichtlich unangenehme Anstalt als den Ort, bei dem die Neuen Medien am besten aufgehoben wären. Worauf Staatssekretär Edmund Stoiber die medienpolitische Haltung der weiß-blauen SPD als „widersprüchliche Hilfslosigkeit“ charakterisierte.

Es war der Tag der Schaufechte. Die Positionen der beiden Parteien wurden in den vergangenen Monaten während der Beratungen in acht Landtagsausschüssen fixiert. Die CSU beschloß das neue Gesetz kraft ihrer Mehrheit und schaffte damit die Voraussetzung für private Funk- und Fernsehprogramme unter öffentlich-rechtlichem Dach, die SPD aber stimmte dagegen und kündigte eine Verfassungsklage an.

„Wir schaffen“, sagte Stoiber gestern, die politischen Voraussetzungen, daß die Technik ihren Beitrag zu

einer menschlichen Welt leisten kann. In unserer Politik verbinden sich die Offenheit gegenüber dem technischen Fortschritt mit dem Vertrauen in die Urteilskraft mündiger Bürger, die keine medienpolitische Gängelung und Bevormundung brauchen.“ Der CSU-Abgeordnete Klaus Kopka nannte das Gesetz gar „wegweisend für einen medienpolitischen Konsens in der Bundesrepublik“.

Danach erhält Bayern im Laufe des nächsten Jahres neben dem Bayerischen Rundfunk eine von diesem unabhängige Landeszentrale als zweite öffentlich-rechtliche Anstalt, unter deren Verantwortung Kabelfunk und -fernsehen möglich wird. Der SPD wäre die alleinige Verantwortung des BR angenehmer. Nach ihren Vorstellungen sollten ihm private Anbieter die neuen Programme „offerieren“. Dagegen Stoiber: „Es ist unsere feste Überzeugung, daß Konkurrenz sich nur entwickeln kann, wenn die Entscheidung über die Konkurrenz nicht dem bisherigen Monopolisten übertragen wird.“

Unterschiedlich blieben auch gestern die Vorstellungen über die Ausgewogenheit der neuen Angebote. Die SPD beharrte auf der „Binnenpluralität“, bei der jedes neue Programm in sich ausgewogen sein muß. Die CSU sprach sich für „Außenpluralität“ aus, wonach die Gesamtheit der Programme ausgewo-

gen sein müsse und die Landeszentrale für die Überwachung bürgt.

Unverändert blieb auch der Zank um die Beteiligung der Printmedien. Sie sollten, so die SPD gestern, „zurückgedrängt, wenn nicht ganz herausgehalten werden“. Nach Stoibers Ansicht sind aber Verlage „geradezu prädestiniert“, zu einer größeren Nachrichten- und Informationsvielfalt beizutragen. Der SPD warf er vor, dort, wo es ihr politisch ins Konzept paßt, sehr wohl private Teilnehmer zu wünschen. In Nordrhein-Westfalen würden die Voraussetzungen geschaffen für „eine Kooperation zwischen WDR und dem medienpolitischen Großkonzern, dessen publizistische Zielrichtung zwischen WDR und dem medienpolitischen Großkonzern, dessen publizistische Zielrichtung durch die Westdeutsche Allgemeine Zeitung geprägt wird“.

Der CSU-Politiker warnte die SPD vor dem Versuch, den Bremerhavener Medienkompromiß der Ministerpräsidenten zu verändern zu wollen, das würde entscheidend zum Auseinanderbrechen der ARD beitragen. Außerdem werden, so Stoiber, die Gewichte zwischen den einzelnen Anstalten in unerträglicher Weise verschoben, wenn NRW dem WDR im Alleingang einen Kanal am Direktsatelliten TV-Sat überträgt und der Hessische Rundfunk Werbung im 3. Fernsehprogramm zuläßt.

Ein ständiger Mahner

Der frühere EKD-Ratsvorsitzende Dietzfelbinger ist tot

HENK OHNESORGE, Bonn
Die Vermengung von Glauben und Politik waren ihm so zuwider wie das, was sich „politische Diakonie“ nennt: Hermann Dietzfelbinger, einstiger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern im Ruhestand, ist im Alter von 76 Jahren in München gestorben.

Der Pfarrersohn aus dem unterfränkischen Eismarshausen war nach dem Studium in Erlangen, Tübingen und Gießen und einigen Jahren als Gemeindepfarrer 1939, in der Zeit der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Hilfsreferent im Münchner Landeskirchenamt geworden. Die Erinnerung an diese Zeit mag ihn bewogen haben, als vier Jahre zuvor gewählter Ratsvorsitzender der EKD im Februar 1971 vor der EKD-Synode in Berlin vor dem in die Kirche eindringenden „modernen

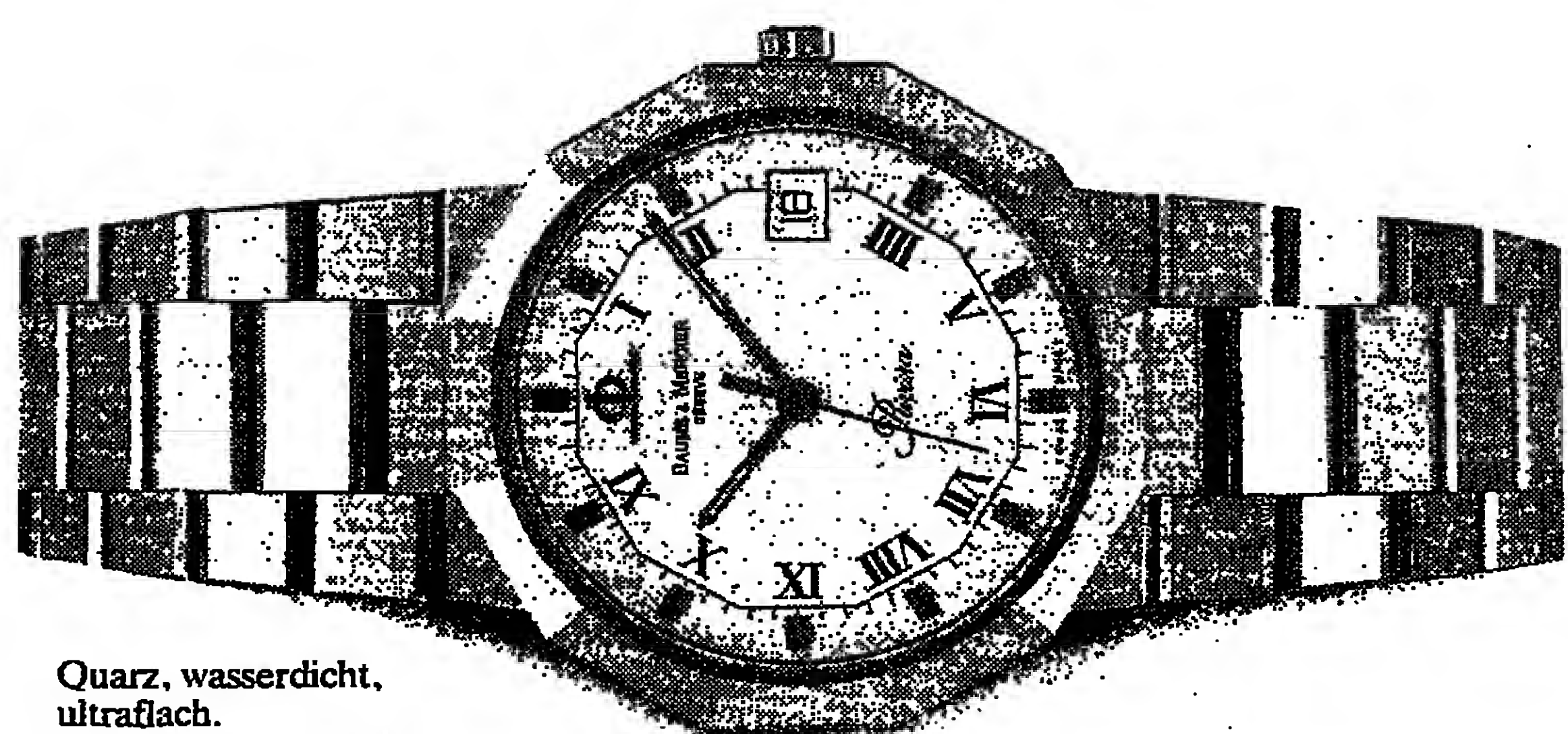
Säkularismus“ zu warnen und von einem neuen Glaubenskampf zu sprechen, im Vergleich zu dem die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Dritten Reich nur „ein Vorhutgefecht“ gewesen sei. Dietzfelbinger, der seiner bayerischen Kirche in vielen Funktionen diente – unter anderem vertrat er 1954 das freiwillige „Diakonische Jahr“ in kirchlichen Pflegeeinrichtungen, aus dem dann später sich das „soziale Jahr“ entwickelte – war ein Lutheraner traditioneller Art. Dementsprechend lehnte er, der 1965 mit 47 Jahren der jüngste Bischof innerhalb der EKD geworden war, die Zulassung von Frauen zum Pfarramt ebenso ab wie die Leutenberger Konradie, die Kanzel- und Abendmahls-gemeinschaft mit reformierten Protestanten. Dietzfelbinger war bis zu seinem Tod als warnender und forschender Theologe tätig.

Bernhard Vogel nicht „gefällig“

AP, Mainz
Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat Vorwürfe des WDR-Magazins „Monitor“ zu angeblichen Gefälligkeiten des früheren Kultusministers und jetzigen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) für den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch zurückgewiesen. Zu der Behauptung, Vogel habe 1975 auf Bitten von Brauchitsch einem Studienassessor eine Lehrerstelle „reserviert“, erklärte Kultusminister Georg Götz (CDU) gestern vor dem Landtag in Mainz, die Entscheidung zur Einstellung dieses Bewerbers sei bereits vor dem Eingang des Schreibens von Brauchitsch gefallen. In Rheinland-Pfalz würden Lehrstellen nach Gesetz und Recht und nicht durch Protektion vergeben. Götz warf dem Magazin die „perfide Absicht“ vor, den jetzigen Ministerpräsidenten „ins Zweifeltücken“ zu wollen. Vogel werde gegenüber dem WDR auf „Richtigstellung“ bestehen.

Piviera
®
-exklusiv-

in führenden
Uhren- und Juwelier-
Fachgeschäften



BAUME & MERCIER
GENEVE
1830

Intervention der Schutzmächte bei Sowjets

H. R. KARUTZ, Berlin

Die DDR mußte gestern offenbar auf sowjetischen Druck die vorübergehende Blockade der Grenzübrücke zwischen West-Berlin und Potsdam (DDR) nach wenigen Stunden wieder aufheben. Über die Glienicker Brücke läuft der gesamte Verkehr der drei alliierten Militärmissionen, die seit 1946/47 nach Vereinbarungen der Siegermächte in Potsdam arbeiten. Volksarmisten hatten die Straßenbrücke nachts mit 14 Betonschwellen verbarrikadiert.

Dieser Anschlag auf gewachsenes alliiertes Recht, auf dem schnellsten Wege aus dem US-Sektor über die Havel ins benachbarte Potsdam zu gelangen, löste noch im Laufe der Nacht vielfältige diplomatische Aktivitäten aus. Ein US-Sprecher bestätigte der WELT, man habe unverzüglich Kontakt mit der Sowjet-Botschaft in Ost-Berlin aufgenommen.

Die „DDR“-Seite und die Sowjets sprechen seit Monaten mit dem Senat und den Alliierten über eine Reparatur des östlichen Teils der ursprünglich von Schinkel entworfenen und nach dem Krieg wiederaufgebauten Verbindung. Der Senat hatte 1981/82 mit Bonner Mitteln den westlichen Teil der sogenannten „Brücke der Einheit“ – der weiße Grenzstrich verläuft in der Mitte – für 1,5 Millionen Mark ausbezahlt. Die östliche Seite verlangte für eigene Reparaturen ebenfalls westliche Gelder und begründete ihre Forderung mit dem alliierten Militärverkehr. Die Brücke ist seit dem Mauerbau für Deutsche aus Ost und West gesperrt. West-Berliner konnten sie schon seit 1952 nicht mehr passieren.

Die Bundesregierung zeigte sich grundsätzlich zur Zahlung bereit, bestand jedoch darauf, die alte Reichsstraße 1 dann auch als zusätzlichen Übergang ins nahe Potsdam zu nutzen. Dies lehnte die „DDR“ ab. – Die Absperrung begann in der Nacht zum Donnerstag, als vier Volksarmisten zunächst eiserne Sperrgitter über die Brücke zogen.

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen berief gestern morgen im Rathaus Schöneberg die unversicherte Lage mit den drei alliierten Vize-Stadtkommandanten (Gesandten). Noch am Vormittag lief die Meldung ein, die Hindernisse würden von der Volksarmee wieder beseitigt. Gegen Mittag fuhr dann als erstes alliiertes Fahrzeug ein Wagen der französischen Militärmision hinüber und wurde wie üblich von sowjetischen Posten kontrolliert.

Plädoyer für Forschung und Wissenschaft

Lothar Späth vor Industriewerkeforum in Tümmendorf

DIETHART GOOS, Tümmendorf

Durch eine neue Ordnungspolitik, die Reform der Infrastruktur des Landes und eine Neubewertung der Naturwissenschaft und Technik kann die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland gesichert und ausgebaut werden. Diese mit starkem Beifall bedachte These vertrat der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gestern auf dem 8. Industriewerkeforum von WELT und „Welt am Sonntag“ in Tümmendorfer Strand. Späth sprach zum Thema „Strategien gegen die Technikfeindlichkeit“ vor zahlreichen Fachleuten der Kommunikations- und Marketingbereiche führender deutscher Wirtschaftsunternehmen.

Späth machte vor allem eine, wie er sagte, „verheerende Bildungspolitik“ seit Ende der sechziger Jahre verantwortlich für die vielen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet in der Bundesrepublik. Das Bildungsniveau sei systematisch nach unten gedrückt worden. Die junge Generation heute war und ist nicht technologiefeindlich, sondern es seien die Eltern, die nicht sagen wollten, „wir geben unserem Sohn eine praktische Lehre und keine Universitätsausbildung“. Als letzten Schritt der Fehlentwicklung im Bildungsbereich nannte Späth die Oberstufenreform. Nach Eingeständnis der begangenen Fehler, und dies sei nicht nur eine Sache der sozial-liberalen Koalition gewesen, sei es jetzt Aufgabe von Politik

und Wirtschaft, einen Umdenkungsprozess in Gang zu setzen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident sprach sich engagiert für eine stärkere Berücksichtigung der Naturwissenschaften in der akademischen und in der praktischen Nachwuchsausbildung aus. Außerdem machte er für die gegenwärtige Vertrauenskrise in breiten Kreisen der Bevölkerung eine „ideologische Komponente“ verantwortlich. Systematisch sei der Konsens und das Vertrauen in der Gesellschaft zerstört worden. Früher sei die Bundesrepublik beispielsweise in der Kernkraftwerkstechnologie die führende Nation gewesen. „Wir hatten dann die Diskussion im Lande, die Franzosen setzten konsequent auf unsere Technologie und die Briten auf das Öl. Wir dagegen drehten uns im Kreise.“

Industrie und Forschung, die nach Späths Worten vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan effektiv zurückgefallen seien, müßten jetzt neu aufgebaut werden. Dazu sei es notwendig, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat neu zu begründen. Späth warnte davor, die amerikanische und japanische Wirtschaft in der Bundesrepublik zu kopieren. Wichtig sei im eigenen Lande eine stärkere Risikobereitschaft auch für den Einsatz von Kapital für Innovation und neue technische Entwicklung. Ein integrierter Wettbewerb sei erforderlich, um die Wirtschaft der Bundesrepublik wieder konkurrenzfähig zu machen.

SPD-Landrat gerät in den Sog der Flickaffäre

Von WILM HERLYN

Mit listigem Hintersinn legte der CDU-Abgeordnete Hartmut Schauerte dem Düsseldorfer Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler eine Anfrage auf den Tisch. Er will wissen, ob Regierungsmitglieder in irgendeiner Weise aktiv geworden seien in Sachen Steuerbefreiung für den Flick-Konzern. Die Frage hat zwei Zielrichtungen: Zum einen bezieht sie sich darauf, daß Ende der 70er Jahre sich der damalige Fraktionschef und heutige Justizminister Diether Haak wie der frühere SPD-Finanzexperte und jetzige Fraktionsführer Karl Josef Denzer für eine Flick-Steuerbefreiung eingesetzt hatten. Auf Bitten des Konzernbetriebsrates der Flick-Tochter Feldmühle AG waren die beiden SPD-Politiker in Bonn vorstellig geworden, damit Flick 200 Millionen Mark steuerfrei dazu verwenden konnte, um im Hager Feldmühle-Werk mit einer Investition von 327 Millionen Mark 340 neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Denzer wie auch Haak betonten jetzt, sie zweifelten nicht an der da-

Auf der anderen Seite klagte der SPD-Politiker, der inzwischen auch als erfolgreicher Versicherungskaufmann tätig war, konkret über die „ruinöse Prämienspolitik“ des Gerling-Konzerns, durch die seine Firma eine Reihe von Aufträgen und Kunden verloren hätte. Wacker – so ist aus den Unterlagen ersichtlich – habe „Besserung“ für die Flick-Tochter Gerling gelobt und im Gegenzug dafür ein positives Engagement Selles für die Steuerbefreiung der Flick-Milliarden aus dem Verkauf der Mercedes-Aktien erwartet. In einer Notiz vom 19. April 1978 schrieb Wacker an von Brauchitsch: „Ich gehe davon aus, daß auch Sie nunmehr die Fähigkeit (die steuerfreie Wiederanlage der Einnahmen aus dem Daimler-Paket d. Red.) für gegeben hält.“

In einer anderen Notiz vom 16. Mai 1978 von Wacker an von Brauchitsch heißt es: „Betr.: 6b – Heute morgen erfahre ich von Herrn von Selles, der von dem Gespräch am 8. 5. 1978 mit ihm, Dr. Haak (SPD-Fraktionsvorsitzender Landtag NRW) und Denzer (finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Landtag NRW) sehr angetan

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

nach gegebenen Berechtigung einer Steuerbefreiung aus volkswirtschaftlichen Erwägungen – Feldmühle sei dafür ein „klassischer Fall“. Sie hätten aber nie Spenden von Flick entgegengenommen. Da Schauerte aber nicht im Plenum des Landtags war, mußte die Anfrage vorerst nicht beantwortet werden.

Die zweite Zielrichtung sollte aber die Vorwürfe und Ungereimtheiten im Fall des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Landtag, Hilmar Selles (SPD), zur Sprache bringen. Der 50jährige Selles, der als früherer Gewerkschaftssekretär Parteikarriere machte, langjährig Mitglied des SPD-Landesvorstandes und an führender Stelle bei der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD tätig, geriet in den Sog der Flick-Affäre, als ruchbar wurde, daß er einer der Meistbegünstigten seiner Partei mit Spenden in Höhe von etwa 110 000 Mark ist. Dabei soll er laut Unterlagen des Flick-Direktors Fritz Wacker – nicht nur Gelder passiv entgegengenommen, sondern auch gemahnt haben, als er bei einer 40 000-DM-Spende einen Tausendmarkschein vermißte. Angeblich soll Selles von 1974 bis 1980 Flick-Spenden bezogen haben. Nach dem Eindruck des Flick-Managers ging der SPD-Politiker auch in Gesprächen in die Offensive. So habe jener – nach einer „streng vertraulichen“ Notiz Wackers – zum Ausdruck gebracht, daß er (Selles) es „für gut hält, wenn wir unsere Haltung gegenüber der Politik“ auf Landesebene überprüfen. Per heute sei diese – aus seiner Sicht – durch ein hohes Maß an Kontaktlosigkeit gekennzeichnet. Ganz im Gegensatz etwa zur ATH (August Thyssen Hütte d. Red.) und anderen vergleichbaren Großunternehmen. Es genüge nicht, wenn Herr von Brauchitsch beim Bundeskanzler (Helmut Schmidt d. Red.) jederzeit einen Termin erhalten könne: man müsse sich vor Augen halten, daß viele Entscheidungen nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben zustande kommen.“ Nicht geklärt ist bei dieser Aussage, ob Selles sich mit diesen Bemerkungen lediglich wichtig machen wollte.

war, daß am 23./24. 6. 1978 das Thema 6b in der „Steuerkommission“ der SPD in Bonn diskutiert werden soll. Selles bat mich um eine kurzgefasste Stellungnahme aus der Sicht der Wirtschaft.“

Ungeklärt ist ebenfalls – Selles läßt sich Tagen nicht sprechen –, warum Wacker mit Betonung in einer Notiz festhielt, daß Selles „mir sagte, er frage sich immer häufiger, warum er sich aus alter Anhänglichkeit zu Dr. F. (Flick d. Red.) und Herrn Kaletsch in einem oft täglichen Kleinkrieg zugunsten unseres Hauses... verschleibe, wenn er gleichzeitig zur Kenntnis nehmen müsse, daß wir anscheinend bewußt auf Distanz gehen.“

Anrühlich scheint darüber hinaus die Verquickung politischer Ämter mit dem Privatleben zu sein. Denn eine große Zahl kreisweiser Gebäude in Siegen sind bei Selles versichert – neben Schulen auch der Siegerland-Flughafen. In Kreuztal, wo er Bürgermeister war, versicherte er das neue Einkaufszentrum, an dem wiederum die Arbeiterwohlfahrt (AWO) beteiligt ist, Vorsitzender der AWO in Kreuztal: Hilmar Selles.

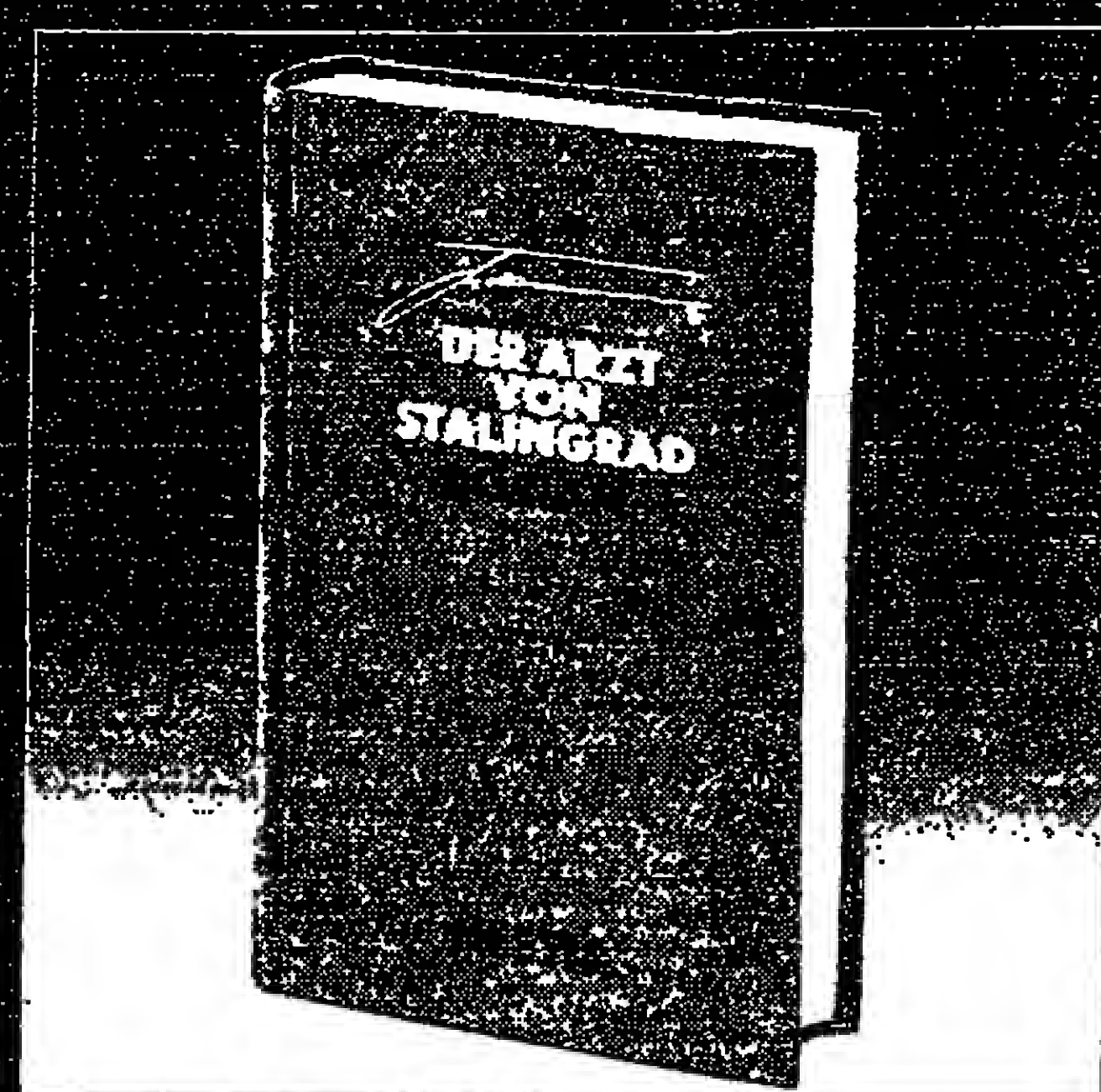
Nach den Berechnungen der „Siegener Zeitung“ beläuft sich der Wert durch die Agentur, in der Selles Geschäftsführer und Mitinhaber ist, auf annähernd 500 Millionen Mark. Stutzig machte aber vor allem das Verhalten der SPD. Denn erst nach dem CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms in einem Brief den gerade erst vor drei Wochen gewählten Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein, Selles, aufforderte, seine Ämter als Abgeordneter bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen zu lassen, ließ sein SPD-Pendant Denzer veröffentlicht. Selles habe ihn schon vier Tage zuvor gebeten, ihn von seinen Pflichten in der Fraktion vorübergehend zu entbinden. Mit großer Betroffenheit mußte die SPD auch zur Kenntnis nehmen, daß Selles jetzt von seinem Amt als Landrat zurücktrat. Er begründete diesen Schritt damit, daß er „seelisch fertig“ sei und auch seine Familie den Druck der Vorwürfe nicht mehr aushalten könne.

Sie ist die letzte Hoffnung der Kranken und Verzweifelten: Corinna, die Wunderheilerin aus dem Münsterland. Unzähligen Menschen hat sie bereits geholfen, hat mit ihren »strahlenden Händen« deren Krankheiten bezwungen.

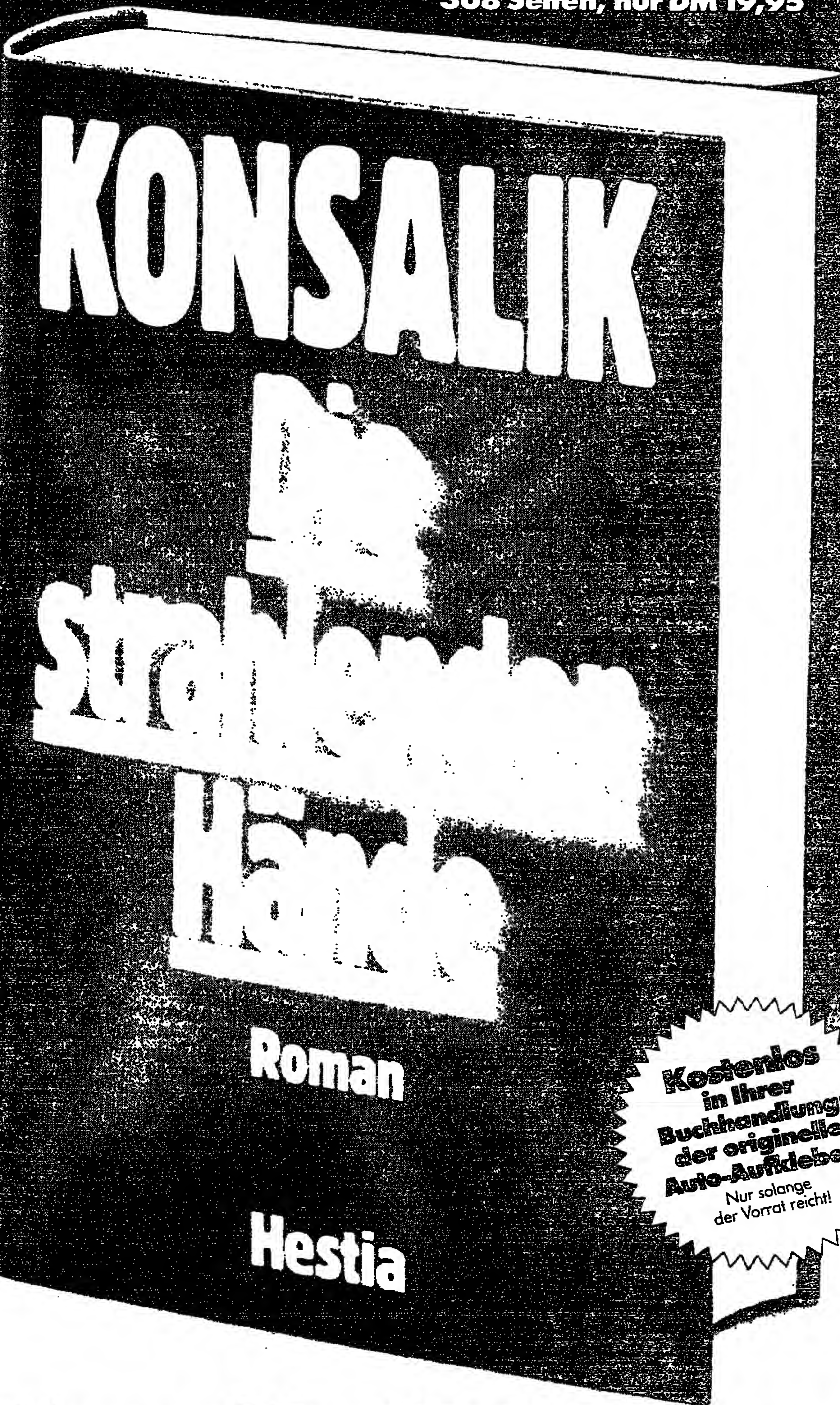
Doch von vielen wird ihr Handeln als »Quacksalberei« abgetan, wird sie selbst als »Kurfürscherin« verleumdet.

Da erkrankt eines Tages ihre Tochter. Das Liebste, was sie auf dieser Welt besitzt. Ärzte geben ihr keine Hoffnung. Nun wird sich ja erweisen, ob sie wirklich Wunder wirken kann...

Die strahlenden Hände, 504 Seiten, DM 36,-



Preiswerte Sonderausgabe: Der »Konsalik«, der KONSALIK zu KONSALIK machte. 368 Seiten, nur DM 19,95



Kostenlos in Ihrer Buchhandlung: der originale Auto-Aufkleber! Nur solange der Vorrat reicht!

»Konsaliks 100. Roman. Nicht nur deshalb ein besonderer Konsalik«.

PHILIPS

ALT GEGEN NEU

Die Alten gut geschätzt – intelligenter Tausch gegen modernste Diktiertechnik von Philips.

Bezugsquellen b. Bürofachhandel, durch Philips Data Systems W 5 05 Bürotechnik, Postfach 10 53 23, 2000 Hamburg 1

Berlin: Chancen für Begabte

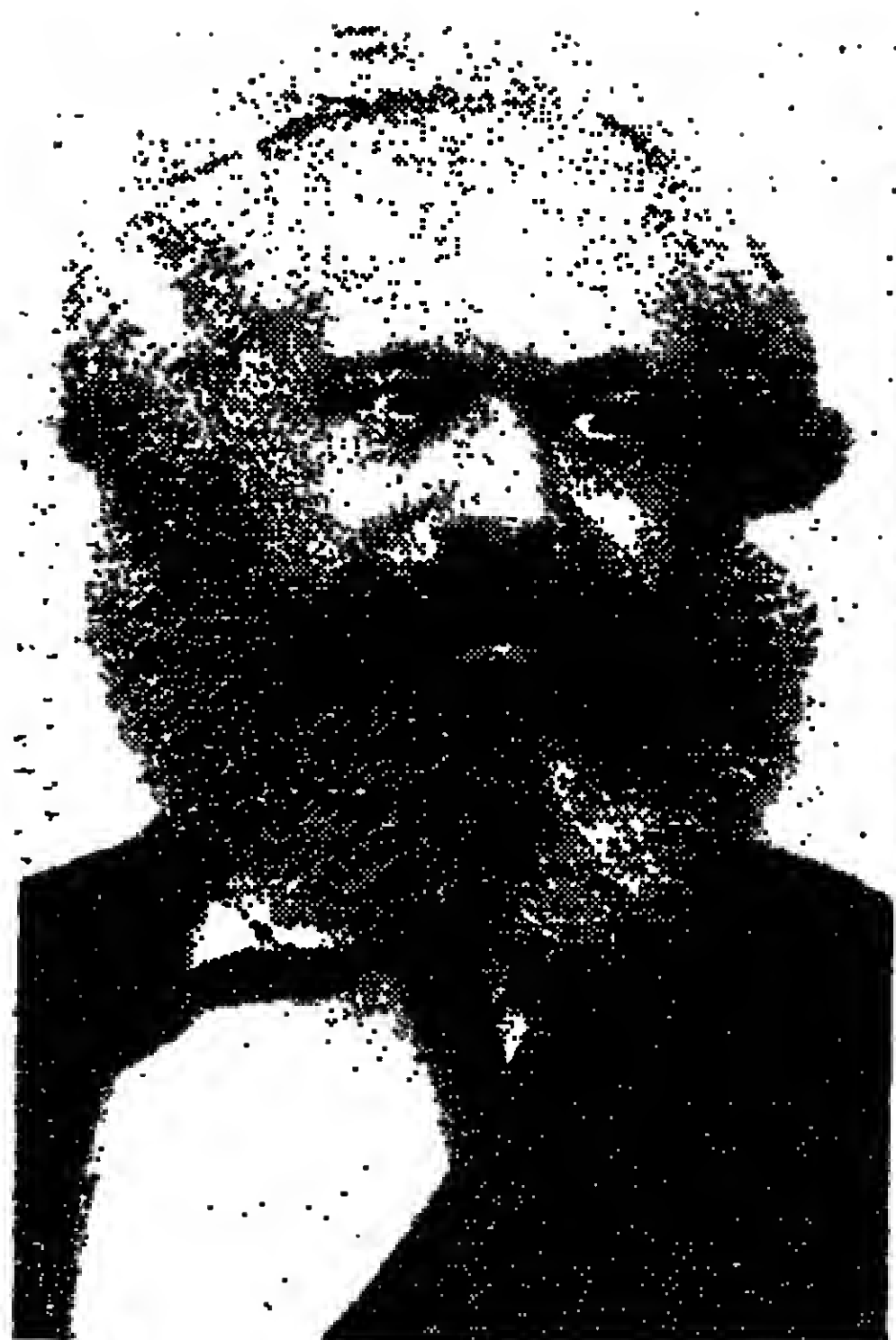
Co. Bonn

In Berlin soll ein privates Informations-Institut zur Förderung der Spitzenforschung und der Ausbildung besonders begabter Informatik-Studenten gegründet werden. Dafür setzen sich Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeiffer (CDU), ein. Der Berliner Senat unterstützt den Gedanken nachhaltig.

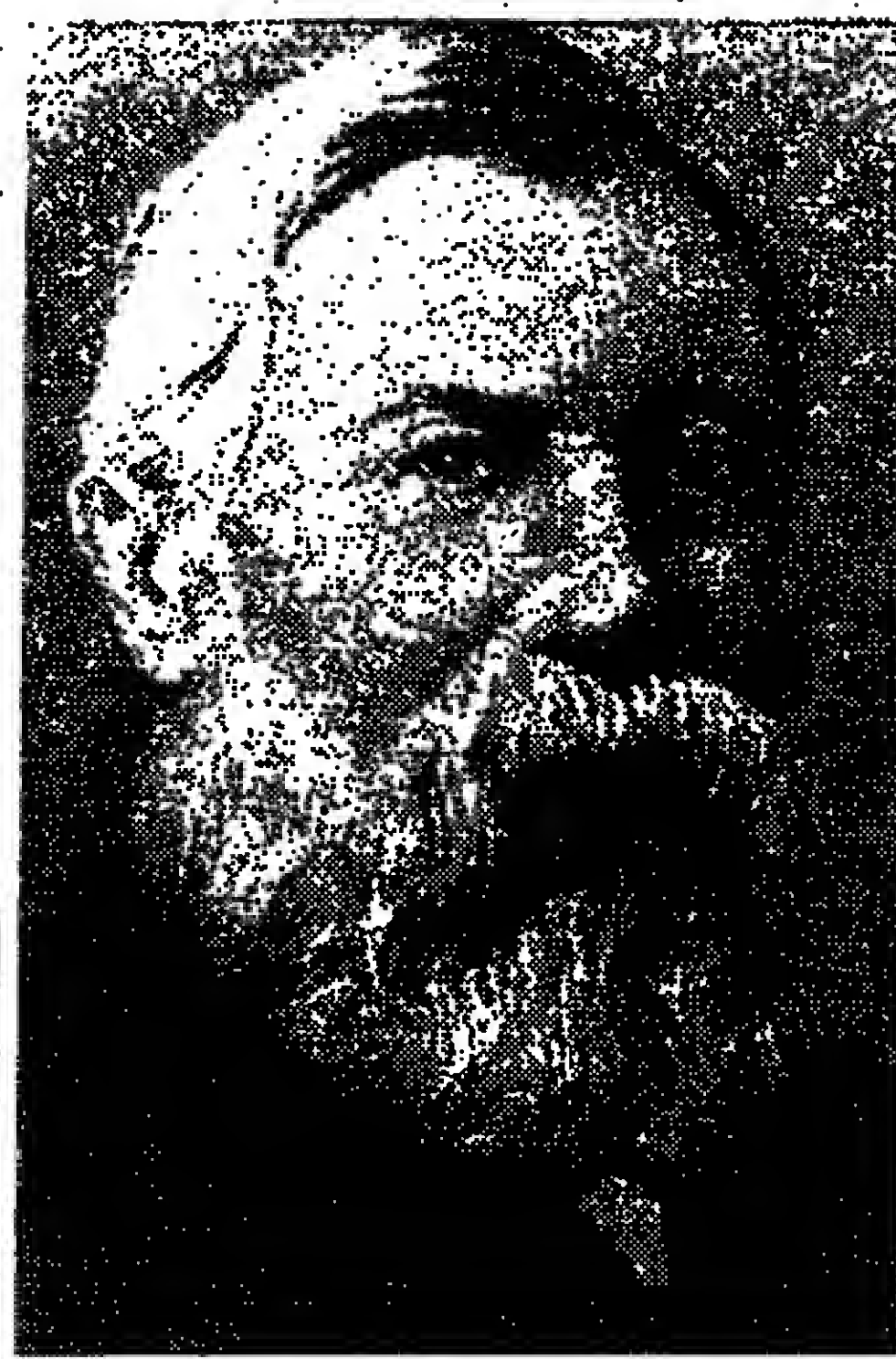
Das angestrebte Informations-Institut soll mit den staatlichen Hochschulen am Ort zusammenarbeiten und damit die Hochschulen unterstützen. Genscher und Pfeiffer haben über ihr Vorhaben schon Gespräche mit Informatik-Professoren und Vertretern der Elektronik-Industrie geführt. Zur Zeit werden mehrere Modelle für ein privates Institut erörtert.

Die ins Auge gefaßte Wahl Berlins als Standort soll nach dem Wunsch der Initiatoren als ein Beweis der Verbundenheit mit dieser Stadt gewertet werden.

Die WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: Die WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Karl Marx (1818-1883): „So finden wir, daß hinter jedem Tyrannen ein Jude, wie hinter jedem Papst ein Jesuit steht.“



Friedrich Engels (1820-1895): „Russenhaß (ist) die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen“

Am 15. November 1959 verabschiedete in Bad Godesberg ein Außerordentlicher Parteitag der SPD ein neues Parteiprogramm. Während alle früheren Programme seit 1891 von marxistischem Geist geprägt gewesen sind, vermeidet das Godesberger Programm jede Anlehnung an Marx. Statt dessen findet, und zwar zum ersten Mal, das Christentum positive Erwähnung. Welche Gründe wurden für diese Kehrtwendung genannt, welche dürften sonst noch eine Rolle gespielt haben? Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewährte Professor Löw Einblick in die Protokolle der vorbereitenden Ausschüsse des Godesberger Parteitages.

Warum nahm die SPD 1959 Abschied von Karl Marx?

Von Prof. KONRAD LÖW

Es verhält sich genau so, wie Willy Brandt anlässlich der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier ausgeführt hat: „Wir wissen, daß Marx einen unmittelbaren politischen Erfolg zu nächst nicht verzeichnen konnte, daß die Arbeiterbewegung etwa bei uns in Deutschland im wesentlichen ohne ihn... zur Massenorganisation wurde. Erst das unermüdliche Wirken von Friedrich Engels und später von Karl Kautsky führten dazu, daß sich die deutsche Partei unmittelbar nach der Aufhebung der Bismarckschen Sozialistengesetze im Erfurter Programm zu wesentlichen Grundausformungen von Marx bekannte.“

sches Ziel“, wie Hermann Weber nachweist. In einer im sozialdemokratischen Parteiverlag 1930 erschienenen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet der Verfasser die Sozialdemokratie „als Erbin und Willensvollstreckerin von Marx und Engels“. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde neuen SPD-Mitgliedern das von Marx und Engels 1847/48 verfaßte „Manifest der Kommunistischen Partei“ überreicht.

Gründe, die man nicht hinausposaunt

Schon ein Jahr zuvor, auf dem Parteitag in Halle 1890, wurde Marx als „unser großer Führer“ angesprochen. Alle Versuche der Revisionisten, insbesondere Bernsteins, den Marxismus in der sozialdemokratischen Theorie abzubauen, scheiterten an Kautsky und seiner Gefolgschaft. Der Erste Weltkrieg führt zur Spaltung der SPD. Doch auch die einzelnen Teile, nämlich KPD, USPD und Mehrheitssozialdemokraten, hielten in ihrer Programmatik an Marx fest. „Nach dem Zusammenschluß von SPD und USPD 1922 setzte sich die Partei mit dem Heidelberger Programm von 1925 erneut ein marxisti-

In der ersten Bundestagswahl, 1949, unterlag die SPD nur knapp den Unionsparteien. Der Unterschied betrug 1,8 Prozentpunkte. 1953 vergrößerte er sich geradezu sprunghaft auf 16,4 Prozent und erreichte 1957 sogar 18,4 Prozentpunkte. Es wird allgemein angenommen, daß diese schweren Niederlagen die geradezu sensationelle „programmatische Wende“ zumindest mitverursacht haben. Dort wo man eine Bezugnahme auf die marxistische Tradition erwartet hätte, heißt es hingegen: „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden...“

1949 äußerte Kurt Schumacher: „Wir haben als Sozialdemokraten gar keine Veranlassung, den Marxismus in Bausch und Bogen zu verdammen und über Bord zu werfen. Einmal wissen ja die Kritiker am Marxismus gar nicht, was Marx ist. Zweitens haben aber die östlichen Entwicklungs- und Entartungsformen des Marxismus gar nichts mit dem zu tun, was die deutsche Sozialdemokratie aus und mit Marx macht.“

In einer Erklärung der Sozialistischen Internationale aus dem Jahre 1951 heißt es: „Die Kommunisten beufen sich zu unrecht auf sozialistische Tradition. In Wirklichkeit haben sie diese Traditionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht.“

Und auf dem Berliner Parteitag 1954 nannte das Vorstandsmitglied Willi Eichler Marx gar einen Vorkämpfer der Freiheit.

Als dann dennoch der Programm-entwurf nicht nur jegliche Spuren des Marxismus vermissen ließ und stattdessen die christliche Ethik ausdrückliche, bejahende Erwähnung fand, hatte der Parteivorstand die Olenhauer einen schweren Stand: „Zur Kritik an der angeblichen Preisgabe der Tradition kommt noch die Kritik an der Haltung zum Marxismus. Zunächst darf man nicht übersehen, daß

die Frage nach dem sogenannten marxistischen Charakter der SPD uns in erster Linie immer wieder von politischen Gegnern aufzudrängen versucht wird, weil sie damit die sachliche Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Inhalt unseres Programms und unseres politischen Wirkens auf ein ihnen genehmteres Feld demagogischer Polemik abschieben möchten. Wir sollten auch in diesem Fall das Spiel der Gegner nicht erleichtern und fördern, indem wir uns in leidenschaftlichen Debatten darüber zerstreuen, ob wir eine marxistische Partei sind oder nicht.“

Kein Außenstehender weiß so recht, warum dem „großen Führer“ früherer Jahrzehnte, dem immer noch Reverenz erwiesen werden muß, nicht zumindest in Gestalt des „Marxismus“ ein bescheidenes Plätzchen in der Reihe der geistigen Ahnen des Sozialismus neben „christlicher Ethik“, „Humanismus“ und „klassischer Philosophie“ zugewiesen wurde.

Die Protokolle und sonstigen Unterlagen der vorbereitenden Ausschüsse des Godesberger Parteitages bilden einen Aktenhaufen von mehr als einem halben Meter. Wider Erwarten befinden sich darunter keine Schriftstücke, in denen die Aufnahme von Marx oder des Marxismus in den Programmentwurf erörtert wird. Und dennoch bestätigen die Akten die Vermutung, daß der Abschied von Marx

nach auf andere als die erwähnten Gründe zurückzuführen ist, Gründe, die man nicht hinausposaunt, die man nicht zu Protokoll gibt, sondern nur im kleinsten Kreis, gleichsam hinter vorgehaltener Hand, denen mitteilt, die es wissen müssen.

„Darüber sollten wir im engsten Kreise sprechen“

Im Protokoll der Sitzung des Unterausschusses „Grundsatzfragen der Programmkommission“ vom 31. Oktober 1955 fragt Professor Gerhard Weisser die sieben anderen anwesenden Mitglieder: „Wie kommt es in unserer Zeit zu totalitären Gesellschaftstypen? Wann stirbt ein solches System und wie stirbt es? Diese Fragen sollten wir einmal gründlich behandeln. Seid Ihr ganz sicher, daß wir mit der These vom ‚vergewaltigten Marx‘ recht haben? Hat nicht die Haßkomponente bei Marx und sein Verlangen nach Rechtgläubigkeit zumindest objektiv-geschichtlich so gewirkt, daß ein konformistisches Denken von da aus seinen Ausgang genommen hat?“ Und Weisser fährt fort: „Auch darüber sollten wir einmal im engsten Kreise sprechen.“

Was kam im engsten Kreise alles, Marx betreffend, zur Sprache? Darüber gibt es verständlicherweise keine Aufzeichnungen, aber geradezu zwingende Vermutungen:

Weisser, ein guter Kenner der Schriften von Marx und Engels, kannte wohl auch alle wichtigen Publikationen über sie, ganz sicher zumindest die zeitgenössischen aus der Feder angesehener sozialistischer Mitstreiter. Zu ihnen zählen Roman Rosdolsky, Edmund Silberner und Siegfried Landshut. Alle drei haben in ihren Marxismusstudien Tatsachen aufgezeigt, die die schlimmsten Erinnerungen an die NS-Ideologie und ihre Folgen wachrufen.

1. Die Zeitschrift der Parteihochschule „Karl Marx“ in Ost-Berlin brachte 1983 scharfe Angriffe auf „grobschlächtige Marxverfälscher, wie sie heute in der BRD durch eine neue Welle des Antikommunismus im Sinne von Reagan und Strauß an die Oberfläche gespült werden, die die ‚Neue Rheinische Zeitung‘ zu diffamieren suchen als ein so infames Blatt, daß die meisten Bundesbürger sie nicht einmal mit der Zunge anfassen würden!“ (Das Zitat im Zitat ist meinem Buch „Die Lehre des Karl Marx – Dokumentation, Kritik“ entnommen). Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ war Karl Marx. Ich schreibe weiter: „Einzelne Menschen und ganze Menschengruppen werden der böswilligsten und unsäglichsten Kritik ausgesetzt.“ In meiner Fußnote heißt es dazu: „Das Archiv für Sozialgeschichte (1964 Band 4) der Friedrich-Ebert-Stiftung hat anerkennenswerterweise eine eingehende Studie von 200 Seiten veröffentlicht: Roman Rosdolsky, Friedrich Engels und das Problem der geschichtslosen Völker.“

Anklageschrift wider den Willen des Anklägers

Rosdolsky, früher Mitglied des ZK der KP der Westukraine, starb 1967 als überzeugter Sozialist. Schon in seiner Dissertation aus dem Jahre 1929 befaßte er sich mit der Einstellung von Marx und Engels zu den slawischen Völkern. Im Frühjahr 1948 hat er die Neubearbeitung unter dem erwähnten Titel abgeschlossen. Jeder der beiden Untertitel und auch der Anhang nehmen Bezug auf die „Neue Rheinische Zeitung“, deren Chefredakteur, wie erwähnt, Marx gewesen ist. 16 Jahre später hat die SPD diese Abhandlung veröffentlicht. Wenn gleich es mir noch nicht möglich ist anzugeben, seit wann führende Sozialdemokraten wie Weisser Rosdolskys Schrift kannten, über den Inhalt haben sie sicher längst vor Erarbeitung des Godesberger Programms Bescheid gewußt.

Rosdolskys Abhandlung, 1979 unverändert als Buch erschienen, ist eine Anklageschrift wider den Willen des Anklägers, die nur mit großer Betroffenheit gelesen werden kann. Gewidmet ist sie Opfern des Stalin-

terrors. Hier nur einige Passagen, um das Gesagte zu verdeutlichen. Sie vermögen nicht annähernd, die Wirkung des ganzen Textes zu ersetzen.

Die Vorbemerkung beginnt: „Der Gegenstand dieser Untersuchung sind die Freiheitsbestrebungen der sogenannten geschichtslosen Völker Österreichs in der Revolution 1848/49, wie sie sich im radikalsten Blatte der damaligen deutschen Linken, der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ und vor allem in den Aufsätzen ihres führenden Redakteurs, Friedrich Engels, widerspiegeln. Als solche geschichtslose Völker betrachtet Engels vor allem die Slawen Österreichs und Ungarns (mit Ausnahme der Polen), d. h. die Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten, Serben und Ukrainer...“

Das Buch ist gespickt voll mit Zitaten aus der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ als Belege. Typisch sind Auslassungen wie die folgende aus der Feder Engels: „Auf die sentimental-Bruderschaftsphantasie, die uns... im Namen der konterrevolutionären Nationen Europas dargeboten werden, antworten wir: daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist; daß seit der Revolution der Tschechen- und Kroatenhaß hinzugekommen ist, und daß wir, in Gemeinschaft mit Polen und Magyaren nur durch den entschiedensten Terrorismus gegen diese slawischen Völker die Revolution sicherstellen können.“

„Man fühlt in Österreich im ganzen Volke, daß das Judentum dort die niederträchtigste Sorte von Bourgeoisie und den gemeinsten Schacher repräsentiert, und darin liegt die ganze Antipathie gegen das Judentum...“

Chefredakteur war, wie bemerkt, Karl Marx, der, was Rosdolsky offenkundig ist, nicht viel von innerer Pressefreiheit gehalten hat. Rosdolsky nimmt ihn in Schutz: „Gewiß, man darf nicht vergessen, daß zu jener Zeit die Redaktionen der Blätter ihren Korrespondenten einen großen Spielraum ließen, als heute... und doch kann man hier nicht die Redakteure der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ von jeder Schuld losprechen. Es ist auch ein Tropfen ihres eigenen Honigs in dem Trank, der

„Dieses Judentum ist indessen noch zehnmal niederrückfälliger als das westeuropäische Bourgeoisium“, schrieb die ‚Neue Rheinische Zeitung‘, in der Mitte des 19. Jahrhunderts das radikalste Blatt der deutschen Linken. Chefredakteur war Karl Marx.

„Daher ‚Kampf, unerbittlicher Kampf auf Leben und Tod‘ mit dem revolutionsverräterischen Slawentum: Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus – nicht im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Revolution.“

Bevor Rosdolsky mit dem Zitieren fortfährt, schiebt er die Bemerkung ein: „Und den Artikel ‚Ungarn‘ schließt Engels mit den herausfordernd harten Sätzen.“ Dann wieder Zitat: „Aber bei dem ersten siegreichen Aufstand des französischen Proletariats... werden österreichische Deutsche und Magyaren frei werden, und an den slawischen Barbaren blutige Rache nehmen. Der allgemeine Krieg, der dann ausbricht, wird diesen slawischen Sonderbund zersprengen und alle diese kleinen stierköpfigen Nationen bis auf ihren Namen vernichten. Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt.“

Rosdolsky selbst fährt fort: „Man muß wohl (besonders nach den schaurigen Erfahrungen unserer Zeit) K. Kautsky beistimmen, daß diese Sätze von Engels nur mit höchstem Befremden“ gelesen werden können...“ Rosdolsky am Ende seiner Untersuchung: „Es ist gewiß nicht erfreulich, nach mehr als hundert Jahren Ansichten eines großen Denkers zu kritisieren, die bereits vom grausamsten aller Kritiker, der Geschichte, unwiderruflich widerlegt wurden.“

2. Als besonders befremdend muß uns heute die Einstellung der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ den Juden gegenüber erscheinen“, bemerkt Rosdolsky am Beginn seiner Betrachtung über die Juden – ein Text, der ebenfalls von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht worden ist. Die Belege, die Rosdolsky anführt, sind eindeutige Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptung. Wieder nur wenige Kostproben:

– „Was Sie Bourgeois nennen, das

sind hier die Juden, die sich der demokratischen Leitung bemächtigt haben. Dies Judentum ist indessen noch zehnmal niederrückfälliger als das westeuropäische Bourgeoisium, weil es die Völker unter der erheuchelten bürgerstempelten Maske der Demokratie betrügt, um sie direkt in den Despotismus des Schachers zu führen.“

– „Entrüstet über die verräterische Feigheit dieser Erbärmlichkeit und niedergeschlagen wegen des himmelstiefen Benehmens des demokratischen Judentums, welches das Steuer (im Reichstag) führt, verließ ich diese Versammlung...“

„Man fühlt in Österreich im ganzen Volke, daß das Judentum dort die niederträchtigste Sorte von Bourgeoisie und den gemeinsten Schacher repräsentiert, und darin liegt die ganze Antipathie gegen das Judentum...“

Chefredakteur war, wie bemerkt, Karl Marx, der, was Rosdolsky offenkundig ist, nicht viel von innerer Pressefreiheit gehalten hat. Rosdolsky nimmt ihn in Schutz: „Gewiß, man darf nicht vergessen, daß zu jener Zeit die Redaktionen der Blätter ihren Korrespondenten einen großen Spielraum ließen, als heute... und doch kann man hier nicht die Redakteure der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ von jeder Schuld losprechen. Es ist auch ein Tropfen ihres eigenen Honigs in dem Trank, der

Btx... und der Handel kann besser handeln.

Bildschirmtext wendet sich nicht nur an den privaten Nutzer. Gerade im gewerblichen Bereich kann Btx eine Lücke schließen, durch die bislang vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt waren. Ihnen bietet Btx die Chance, kostengünstig in die Datenfernverarbeitung einzusteigen. Auch für Landwirte und andere freie Berufe wie Ärzte, Apotheker und Handwerker mit nur gelegentlichem Nutzungsbedarf ist das neue Medium wirtschaftlich interessant.

Bildschirmtext – neue Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Dialogverarbeitung. Und das rund um die Uhr. Bald überall zum Telefon-Nachhelfer.

Hier ein Beispiel aus der Praxis:

Interfunk – eine Einkaufsgenossenschaft der Unterhaltungs-, Elektronik- und Haustechnik – bietet ihren Fachhändlern über Btx die Möglichkeit, von einer zur anderen Sekunde Artikel zu bestellen, mit sofortiger Bestätigung und Hinweis darauf, was davon gleich und was erst später lieferbar ist. Nach Abruf von Lagerbestandsdaten und Sonderangeboten kann jetzt spontaner reagiert werden. Der Fachhändler ist dadurch jederzeit und individuell über den Gesamtstand seiner „Bestellung/Lieferung“ im Bilde. Weitere Anwendung: Btx als aktueller Informationsdienst. Mit Chefinformationen, Warenrundschriften und Seminarmitteilungen. In der Planung, Umsatz- und Kontostandabfrage sowie der Abruf betriebswirtschaftlicher Vergleichszahlen.

Bildschirmtext – damit Sie's leichter haben.



Post



„Dieses Judentum ist indessen noch zehnmal niederrückfälliger als das westeuropäische Bourgeoisium“, schrieb die ‚Neue Rheinische Zeitung‘, in der Mitte des 19. Jahrhunderts das radikalste Blatt der deutschen Linken. Chefredakteur war Karl Marx.

uns heute so bitter auf den Lippen schmeckt.“

Welchen Spielraum hatten die Korrespondenten wirklich? Engels behauptet: „Die Verfassung der Redaktion war! Die einfache Diktatur von Marx.“ Und Marx selbst bestätigt es: „Ich halte es für unumgänglich, daß die ‚Rheinische Zeitung‘ nicht sowohl von ihren Mitarbeitern geleitet wird als daß sie vielmehr umgekehrt ihre Mitarbeiter leitet. Aufsätze wie der berühmte geben die beste Gelegenheit, einen bestimmten Operationsplan den Mitarbeitern anzudeuten. Der einzelne Schriftsteller kann nicht in der Weise das Ganze vor Augen haben als die Zeitung.“

Parallelen zu Julius Streicher

Rosdolsky wehrt sich, die Begründung des Marxismus als eine Art geistige Waffenbrüder von Julius Streicher erscheinen zu lassen, aber er kann nicht umhin, Parallelen zu ziehen: „Der Leser ist sicherlich über die geschmacklosen antijüdischen Korrespondenzen dieses Blattes bestürzt. Welcher trübten Quelle entstammen sie? Welche soziale Klasse meldete sich da zum Wort? Die Antwort ist einfach: die vielstimmige Volksmeinung“, war es, die in diesen Korrespondenzen erklang... Freilich war dieser ‚Volksantijemitismus‘ in bedeutenden Maße antikapitalistisch – so war aber auch der spätere Antisemitismus Stöckers, Lugers und Hitler.“ Gleichwohl erscheint es Rosdolsky fraglich, ob Marx und Engels Antisemiten nennen kann.

Im gleichen Band des Archivs für Sozialgeschichte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt auch der namhafteste Fachmann für die Beziehungen der Sozialisten und Kommunisten zu den Juden zu Wort, nämlich Edmund Silberner. Selbst Jude, hat er sich Jahrzehntlang mit diesem Themenkomplex beschäftigt. Bereits 1955 veröffentlichte er „Western European Socialism and the Jewish Pro-

Fortsetzung Seite 7



Mit einem kleinen Dreh - neue Perspektiven!

ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

Fortsetzung von Seite 6

blem (1800-1918)", und 1962 erschien sein Buch „Sozialismus und Judenfrage“ - ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914. 1983 folgte: „Kommunisten zur Judenfrage - Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus“.

Alles spricht dafür, daß dem brain trust der SPD, der das Godesberger Programm vorbereitet hat, nicht nur Silberner selbst ein Begriff gewesen ist, sondern auch, zumindest in groben Zügen, seine Auffassung und die ihr zugrundeliegenden Fakten, nämlich Marx-Aussagen wie: „So finden wir, daß hinter jedem Tyrannen ein Jude, wie hinter jedem Papst ein Jesuit steht. Während die Gelüste der Unterdrückten wären hoffnungslos, wenn sie nicht durch die Kriege von Jesus, das Denken zu drosseln, und eine Hand voll Juden, die Tischen zu plündern.“

Der letzte Teil des Kapitels, der sich mit Marx beschäftigt, trägt die Überschrift: „Marxens beherrschender Antisemitismus und seine Nachwirkung“. Darin stellt Silberner fest: „Es ist sinnlos, mit jemandem zu argumentieren, der Wunschträume über nachweisbare Tatsachen stellt. Vorangesetzt, daß man mit Antisemitismus Feindseligkeit gegen die Juden meint und keine willkürliche Auswahl der marxischen Aussprüche über die Juden trifft, sondern sie in ihrer Gesamtheit nimmt, kann man nicht nur, sondern muß man Marx geradezu als ausgesprochenen Antisemiten bezeichnen.“

3. In den 60er Jahren hat sich die SPD scharf von allen Formen des Totalitarismus distanziert.

1965 kommt es in Bonn zu einer Sitzung des „Unterausschusses Grundsatzfragen der Programmkommission“, in der das Verhältnis von Marx zum Totalitarismus zur Sprache gebracht wird. Das Protokoll berichtet:

„Eckhart: Die Marx'sche Staatsauffassung spukt im heutigen Bolschewismus noch weiter. Die heutige russische Wirklichkeit ist zwar eine Verfälschung des Marx'schen Willens, aber ihre Vorstellungen gehen auf Marx zurück.“

Borinski: „Zu Marx: Wenn wir die

Wirkung von Marx gerade heute im Totalitarismus sehen, scheint es mir richtig zu sein, was Weisner sagt... (siehe oben, die Red.) Das Menschenbild von Marx ist ein für unsere heutige Zeiterfahrung vereinfachtes und verarmtes. Gewisse Punkte wurden dabei verabsolutiert und von daher Ansatz zum Totalitarismus.“

Gnense: „Ich bin auch der Meinung, daß die Formel vom vergewaltigten Marx nicht ausreicht. Auch schon beim jungen Marx waren Ansätze zum Totalitarismus in seiner Staatstheorie, und noch stärker in seiner Anthropologie und seiner Geschichtsphilosophie. Selbst sein idealer Mensch, der in der klassenlosen Gesellschaft die Entfremdung überwunden hat, ist ein verkürzter, vergewaltigter Mensch. Denn dieser heute oft zitierte Humanismus des jungen Marx ist ein apersonaler Humanismus, es fehlt ihm das Gefühl für Wert und Würde der menschlichen Person.“

Stammer: „Auch ich glaube, daß wir am Marx-Bild selber und an der Marx-Lehre und -ideologie etwas zu korrigieren haben.“

1959 hat, wie erwähnt, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, die Frage nach dem sogenannten marxistischen Charakter der SPD den „für die Geschichte der Partei“ an. Ihn geht es um „die Herabsetzung und die Diffamierung der Partei“.

Aus welchen Gründen auch immer die „Gegner“ der SPD die politische Gretchenfrage gestellt haben: „Wie hältst Du es mit Marx?“, die SPD hat mit dem Godesberger Programm nicht deshalb von Marx Abschied genommen, weil die „Gegner“ den historischen Marx pervertiert, sondern weil die eigenen Freunde, seriöse Marx-Experten, den historischen Marx ausgegraben haben. Daß die Eingeweihten die Logik von Marx fast lautlos und spurlos betrieblen, ist nur zu verständlich, da Marx doch bislang im Herrgottswinkel der Partei getronkt hatte. Doch die Folge der scheinbar grundlosen Preisgabe ist die Rückkehr der Jugend zu den ideologischen Tempeln der Väter.

Professor Dr. jur. Konrad Löw (52) lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bayreuth

OAU-Fonds soll Afrikas ärmsten Ländern helfen

Kampf gegen Hunger und Dürre / Für Abbau der Schulden

DW. Addis Abeba Die Teilnehmer des OAU-Gipfels (Organisation für Afrikanische Einheit) in Addis Abeba haben sich für die Schaffung eines Sonderfonds für die Dürre und Hunger heimgesuchten Länder Afrikas ausgesprochen. Auf einem besonderen Wirtschaftsgipfel soll eine Strategie gegen den Hunger und den Abbau der Schulden erörtert werden.

Die Verschuldung der afrikanischen Länder als Folge der Ausbreitung der Wüste, der wirtschaftlichen Stagnation und der Bevölkerungsexplosion beläuft sich auf insgesamt etwa 450 Millionen Dollar. Das Pro-Kopf-Einkommen ist heute um vier Prozent niedriger als vor 15 Jahren.

ACHIM REMDE, Addis Abeba

Die Redner sparten nicht mit Lob. Kaunda und Nyerere feierten den Gastgeber und scheidenden Vorsitzenden, Genossen Mengistu Haile Mariam, als Retter der OAU (Organisation für afrikanische Einheit), und alle waren sich einig, daß es höchste Zeit sei, die eigentlichen Probleme zu lösen: Katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Afrika, Dürre und Kampf gegen das Rassenregime in Südafrika. Nyerere, der als Vorsitzender übernahm, vertrat die Idee der erleuchteten Versammlung - darunter 26 Staats- und Regierungschefs und UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar - zum anschließenden Empfang aufbrechen, als Nyerere um Nachsicht bat: Da liegt noch eine Wortmeldung des marokkanischen Delegierten vor.

Der Störenfried, der die strahlende Fassade demonstrierter Einigkeit verdunkelte, war Ahmad Reda Guedira, Berater des marokkanischen Königs Hassan. Geduldig hörte man sich seine historischen Ausführungen zum Westsahara-Problem an. Erst als er schließlich eine Botschaft seines Königs verlas, merkte man, daß es um die OAU nicht so gut bestellt war, wie man dazustellen versuchte.

„Die Stunde der Trennung ist da, die Geschichte wird über uns urteilen. Die Vollkommenheit gehört Gott allein“, ließ der Monarch wissen.

Sitz und Stimme für die Sahara-Republik

Mit seiner Argumentation von Legitimität und historischen Ansprüchen hatte er auf verlorenem Posten gekämpft. Mengistu Haile Mariam, Äthiopiens Staatschef, der vor zehn Jahren zu denen gehörte, die Hassan Kollegen, Kaiser Haile Selassie, stürzten, hat aus seiner Antipathie gegen Marokko nie einen Hehl gemacht. Der selbsternannte „Demokratische Arabischen Sahararepublik“ (DASR), deren Teilnahme bis dahin heftig umstritten war, räumte er auf der jetzigen OAU-Versammlung Sitz und Stimme ein. Daß Marokko, das die Westsahara als marokkanisches Gebiet beansprucht und zum Teil auch integriert hat, daraufhin austreten werde, war klar.

Nach Guedira mußten sich die sichtlich ermüdeten Delegierten noch den Vertreter von Zaire anhören, der monierte, daß die Versammlung durch die Teilnahme der DASR mit

einem Fait accompli konfrontiert worden sei. Dies stelle nicht nur eine Verletzung elementarer Höflichkeit, sondern auch einen Verstoß gegen die eigene Satzung dar. Die OAU hätte schon längst das auf seine Unabhängigkeit wartende Namibia unter Führung des anwesenden Swapo-Führers Sam Nujoma als Mitglied aufnehmen müssen - so führte er aus - wenn sie eine Geistesrepublik Sitz und Stimme gewähre. Unter diesen Umständen wolle Zaire bis auf weiteres seine Mitgliedschaft in der OAU ruhen lassen.

Ebenso wie bei der Botschaft Hassans regte sich hier spontaner Beifall. Doch das war das einzige Indiz dafür, daß Marokko Parteigänger hat. Tags zuvor hatte Nigeria die DASR anerkannt.

Diplomatischer Erfolg für die Algerier

Befragt, wie er sich die Lösung des Westsahara-Problems nun vorstelle, erklärte Nigerias, Präsident Buhari vor Journalisten: „Verstärkter Freiheitskampf!“ Er bestätigte damit den Eindruck, daß die meisten OAU-Mitglieder überhaupt keine Vorstellung von den realen Verhältnissen in diesem Wüstenland haben, den keine Macht der Erde den Marokkanern jemals wird abnehmen können. Ein Erfolg der Diplomatie der Algerier, die ihre intensive Afrika-Politik geschickt mit der Anerkennung der von ihnen propagierten DASR verbunden und Hand in Hand mit Mengistu den Überdruck der meisten Schwarzafrikaner gegenüber diesem Problem für ihre Zwecke ausgenutzt haben.

Anzunehmen, daß Afrika nur die eigentlichen Probleme wird lösen können, wäre Euphorie. Doch etwas von dieser Euphorie kommt bei den alljährlichen Gipfelkonferenzen der OAU immer auf. Das massierte Erscheinen von Mercedes-Limousinen der oberen Preisklassen, die phantastischen Uniformen militärischer Potentaten und die bunten Nationalflaggen, die kein DurchschnittsEuropäer kennt, lassen in Addis Abeba vergessen, daß der Hunger nicht vor den Toren der Stadt halt macht.

Schon 1980 hatten die OAU-Mitglieder einen wirtschaftlichen Aktionsplan beschlossen. Schon damals war es bei einem Beschluß geblieben. Die pragmatischeren Führer Afrikas sind in Addis Abeba in der Minderzahl. Die ideologisch gefärbten Töne Mengistus und Nyereres dominieren hier. Brandt-Report und neue Weltwirtschaftsordnung werden wieder bemittelt, die USA als Parteilager Südafrikas zu beschimpfen. „Mit Ausnahme der unmittelbar bedrohten Staaten, vor allem Angola und Mozambique, dürfte kein Land mit Südafrika verhandeln, um diesem den Anflug von Respektabilität zu nehmen“, forderte Nyerere. Es sei eine Schande, daß außerafrikanische Mächte bei der Lösung innerafrikanischer Probleme mitwirkten. Niemand war da, zu erklären, daß Frankreich im Tschad nur widerwillig intervenierte, auf Drängen afrikanischer Staaten, die nicht ohne Grund um ihre staatliche Existenz und die des Tschad gebangt hatten.

England: Pro Tag tausend neue Streikbrecher

Massive Absagen an die Gewalt / Zulauf für Gemäßigte

PETER MICHALSKI, London

Neun Monate nach dem Beginn des längsten und brutalsten Bergarbeiterstreiks der britischen Geschichte meldete die Zeche Agecroft in Swinton bei Manchester gestern gleich zwei Produktionsrekorde: die höchste in einer Woche geförderte Kohlemenge, nämlich 10 634 Tonnen, und das beste Produktionsergebnis, von 3,90 Tonnen pro Mann und Schicht auf 4,07 Tonnen gesteigert. Am selben Tag trat in Sheffield der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft zusammen, zum ersten Mal seit Wochen. Die Kumpelführer unter dem marxistischen Klassenkämpfer Arthur Scargill und seinem Stellvertreter Mick McGeahy, einem eingetragenen KP-Mitglied, beschlossen, den Ausstand fortzusetzen und an ihrem Veto gegen eine Urabstimmung festzuhalten.

Aber die Unterstützung für den Arbeitskampf beginnt abzubrockeln. Seit Wochenbeginn haben sich mehr als 4000 Männer entschlossen, zum ersten Mal seit März wieder einzufahren. Von 178 000 Mann, der Sollstärke in den 174 Zechen, sind mittlerweile 57 000 an die Arbeit zurückgekehrt. In 58 Betrieben wird wieder Kohle abgebaut. Jeder Tag bringt tausend neue Streikbrecher.

Am brüchigsten indes sind in den letzten Tagen die politischen Stützpfiler geworden. Die Spitze sowohl der Labour-Partei als auch des Gewerkschaftsbundes (TUC) distanzieren sich mit zunehmender Deutlichkeit von den militanten Streikführern und ihren „fliegenden“ Streikposten. Die Parteistrategen haben erkannt, daß Sympathisantentum mit Schlägertypen, die im Gewerkschaftsauftrag von Zeche zu Zeche reisen, sich auf die Dauer nicht politisch auszahlt. Das Gegenteil ist der Fall, wie ein gestern veröffentlichtes Umfrageergebnis erwies: Zum ersten Mal seit der Wahl von Neil Kinnock zum Par-

teiführer ist Labour in der Volksgunst um neun Prozent hinter die Konservativen zurückgefallen. Im persönlichen Ansehen liegt Kinnock gar 18 Prozent hinter Premierministerin Margaret Thatcher.

Angelpunkt des Versuchs zur „Schadenslimitierung“ ist die Verurteilung gewalttätiger Zusammenstöße zwischen Streikposten und Polizei. Der erst seit zehn Wochen amtierende TUC-Generalsekretär Norman Willis hat vor einigen Tagen vor streikenden Kumpeln in Wales eine Brandrede wider Molotow-Cocktails, Pfastersteine und katapultgefeuerten Eisenbolzen gehalten. „So etwas tun nur Bergarbeiter, die in der uns gemeinsamen Gewerkschaftstradition Fremdlinge sind“, rief er ihnen ins Gewissen. „Jedem Kumpel, der zu Gewalt Zuflucht nimmt, muß ich sagen, daß er damit weit mehr der Sache der Bergarbeiter schadet als der Entschlossenheit ihrer Gegner.“ Willis entsetzte Buhrufe, Pfiffe und - gemeint als Symbol des Klassenverrats - eine Henkerschlinge, die von der Decke herabgelassen, sekundenlang vor seinem Gesicht baumelte.

Kinnock, der sich mit „Terminschwierigkeiten“ um die Teilnahme an der Veranstaltung gedrickt hatte, stellte sich 24 Stunden später voll hinter Willis. „Er sprach für Millionen von Gewerkschaftern, deren instinktive Unterstützung der Kumpel genau so stark ist wie ihre Ablehnung der Gewaltanwendung“, erklärte er. „Und zu ihnen gehöre ich auch.“ Roy Hattersley schloß sich an: „Norman Willis sprach die Wahrheit mit solcher Klarheit aus, daß eine Minderheit ihn niederschrie.“ Auch im Namen des Parteiführers forderte Hattersley eine Urabstimmung. Auf diese Linie schwenken nun immer mehr Mitglieder des Schattenkabinetts und gemäßigte TUC-Funktionäre ein. (SAD)

Drusen: Syrer sollen abziehen

Delegation der Dschumblatt-Partei zu Besuch in Bonn

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Sozialistische Fortschrittspartei (PSP) des libanesischen Drusenführers Walid Dschumblatt hält sowohl Israel als auch Syrien für Besatzungsmächte, die so bald wie möglich Libanon verlassen sollten. Allerdings macht sie die Einschränkung, daß Israel sich gemäß den UNO-Resolutionen 508 und 509 sofort aus dem Land zurückziehen sollte, während Syrien nach dem israelischen Abzug formell noch von Staatspräsident Amin Gemayel dazu aufgefordert werden müßte. Dafür sieht man in der PSP wegen der „Syrienhörigkeit“ Gemayels jedoch kaum eine Chance. Der syrische Präsident Assad indes habe Gemayel und Dschumblatt versprochen, seine Truppen aus Libanon abzuziehen, sobald Israel das Land verlassen habe. Man glaube ihm. Sollte Assad aber sein Versprechen nicht einhalten, werde man die syrischen Besatzungstruppen, ebenso bekämpfen wie die israelischen heute von den Kräften des nationalen Widerstands in Südlibanon bekämpft wurden.

Diese etwas erstaunliche Erklärung des syrischen Verbündeten machten in einem Gespräch mit der

WELT der in Paris ansässige stellvertretende PSP-Vorsitzende Tarik Schehab und der Leiter der drusischen Radiostation „Voix de la Montagne“, Ghazi Aridi. Die beiden Sozialisten wiesen auch mit Nachdruck auf die „nationale Rolle“ der Drusen und des „von den Syrern ermordeten Märtyrers Kamal Dschumblatt“, des Vaters des jetzigen Parteichefs, hin. Sie sprachen sich ferner für eine „Entkonnfessionalisierung des libanesischen Regierungssystems und für Unabhängigkeit“ aus.

Die sozialistische Delegation war von der Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen worden, die ihr auch ein verhältnismäßig opulentes Programm mit Besuchen im Auswärtigen Amt und bei der SPD organisierte und finanzierte. Die PSP ist Mitglied der Sozialistischen Internationale, Dschumblatt ein Stellvertreter Brandts in dieser Organisation. Die Beiträger Zeitung „L'Orient-Le Jour“ schrieb gestern, das „wahre Ziel des Besuchs“ seien Verhandlungen in der Bundesrepublik, um hochentwickelte Geräte zur Verstärkung des sozialistischen Senders, der keine Lizenz hat, zu erhalten.

González: Nicht eine Peseta von Flick erhalten

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Felipe González hat nicht eine Mark, nicht eine Peseta bekommen. Weder von der Friedrich-Ebert-Stiftung, noch von der SPD, noch vom Flick-Konzern.“ Mit diesen Worten reagierte der sozialistische Ministerpräsident Spaniens, Felipe González, auf eine Anfrage des Generalsekretärs der bürgerlichen Volksallianz, Jorge Verstrynge, vor dem Parlament, ob deutsche Spendengelder an die Sozialistische Partei Spaniens (PSOE) geflossen seien.

Verstrynge zitierte Zeitungsberichte über Aussagen des Flick-Beschäftigten und des sozialdemokratischen Abgeordneten Peter Struck in der deutschen und spanischen Presse. Auf den Einwand, Struck habe längst dementiert, sagte Verstrynge: „Wie kann Struck seine Behauptung, Geld an die PSOE überwiesen zu haben, zurücknehmen, wenn es genug Zeugen dafür gibt?“ González: „Wenn Struck derartige Erklärungen abgibt, dann lügt er. Er lügt, wenn er sagt, daß er mir einen Koffer mit 200 Millionen oder ich weiß nicht wievielen Peseten übergeben hat.“ González zog schließlich ein Telegramm des SPD-Abgeordneten Wischniewski aus der Tasche, in dem dieser beschwört, daß er kein Geld nach Spanien gebracht habe. Es habe keine „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen der SPD und der PSOE mehr gegeben, seit die spanische Schwesterpartei im Jahre 1977 legalisiert wurde.

Der deutsche Generalkonsul in Madrid, Juan Hoffmann, bestätigte dem SAD, seinerzeit dem Vorsitzenden der Volksallianz, Fraga Iribarne, von der CSU Spendengelder in Höhe von 100 000 Mark, ordnungsgemäß in Peseten eingewechselt, überreicht zu haben. Hoffmann dazu: „Parteien aller Richtungen haben damals auch finanzielle Unterstützung zum Aufbau ihrer für die Demokratie notwendigen Organisationen bekommen.“ Er betonte, die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) hätte jedoch nichts damit zu tun. Ähnlich äußerte sich der Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien, Dieter Konecni: „Die Stiftungen müssen auf Heller und Pfennig mit dem Bundesrechnungshof abrechnen. Wenn für einzelne Seminare zusätzliche Spendengelder zur Verfügung gestellt wurden, dann liegt es nicht an der Stiftung, die Herkunft dieses Geldes zu überprüfen.“ Er habe sich jedenfalls nicht als Kofertträger zwischen SPD und PSOE betätigt. Ein Parlamentsausschuß soll sechs Monate lang die Flick-Affäre und deren Auswirkung auf Spanien untersuchen.

„Für nichts gibt niemand Geld, am wenigsten Flick“, warf Verstrynge in die Parlamentsdebatte ein und bezog sich damit auf die Flick-Beteiligung bei Krauss-Maffei und dem spanischen Interesse am Panzer Leopard 2. Tatsächlich aber führte ein Bericht in der WELT schon ein Jahr vor der Regierungsübernahme durch die Sozialisten zu einer Anfrage im Bundestag in Bonn. In diesem Bericht hatte ein spanischer General, verantwortlich für die Panzerfabrik in Sevilla, den bevorstehenden Kauf von Leo-2-Panzern angekündigt. Da Spanien damals noch nicht der NATO angehörte, konnte das Geschäft - bis jetzt - noch nicht abgeschlossen werden. (SAD)

Nur wer präzise steuern kann, beherrscht den Strom

Für diese Aufgaben haben wir zuverlässige Energieverteiler, betriebssichere Steuerungen und bedienungssichere Schaltgeräte entwickelt. Sie nennen uns Ihr Problem, wir liefern Ihnen die Lösung. So einfach ist das für uns; immerhin sind wir seit 85 Jahren auf diesem Spezialgebiet mit Erfolg tätig. Heute ist jedes fünfte in der Bundesrepublik hergestellte

Schaltgerät von Klöckner-Moeller. Über 6000 Mitarbeiter in 22 Werken produzieren leistungsfähige und preisgünstige Produkte vom Drucktaster über speicherprogrammierbare Steuerungen bis zur Energieverteilungsanlage. Unser Angebot reicht von der Maschinenausrüstung bis zur schlüsselfertigen Großanlage.

Rufen Sie uns an - eines von über 300 Technischen Außenbüros im In- und Ausland ist immer in Ihrer Nähe. **Dort finden Sie Ihren Partner mit dem Know-How für Qualität.**

Klöckner-Moeller, Postfach 1880, D-5300 Bonn 1, Tel. 0228/602-1.

KLÖCKNER-MOELLER

denn Spezialisten schalten schneller.



Elektrische und elektronische Anlagen, Systeme und Geräte für Automatisierung und Energieverteilung. Wir planen, bauen, montieren und nehmen in Betrieb.

Ein Komitee kämpft für Gedankenfreiheit

Kritik am Belgrader Prozeß gegen Dissidenten / Appell an die Regierung / Auch KP-Mitglieder in der Gruppe

CARL GUSTAF STRÖM, Wien
Prominente jugoslawische Intellektuelle – darunter elf Mitglieder der angesehenen serbischen Akademie der Wissenschaft – haben ein „Komitee für Gedankenfreiheit und Meinungsäußerung“ gegründet, dem auch mehrere Mitglieder der jugoslawischen KP angehören.

Die 19 Gründungsmitglieder teilen der Belgrader Bundesregierung in einem Schreiben, dessen Kopie westlichen Korrespondenten zugänglich gemacht wurde, mit, das Komitee werde jene Bürger Jugoslawiens unterstützen, die wegen der Äußerung ihrer Meinungen Verfolgungen ausgesetzt seien. Gleichzeitig werde das Komitee für die Befreiung jener Personen eintreten, die wegen ihrer Meinungsäußerungen verhaftet worden seien.

Die Gedanken- und Meinungsfreiheit, so heißt es in dem Brief, sei nicht das Privileg einer Klasse, einer Partei oder der Staatsmacht, sondern ein universales Recht.

Die Mitglieder des „Komitees für Gedankenfreiheit“ bezeichnen die Verurteilung des Soziologiedozenten Wladimir Sesić zu acht Jahren Gefängnis – er hatte ein Manuskript über eine jugoslawische Verfassungsänderung niedergeschrieben, welches als „staatsfeindlich“ ausgelegt worden war – als verfassungswidrig

und als Verletzung der international garantierten Menschenrechte.

In ähnlicher Weise äußert sich das Komitee auch über den zur Zeit laufenden politischen Prozeß gegen sechs Belgrader Intellektuelle.

Während dieses Prozesses hatte einer der Belgrader Angeklagten die Richter aufgefordert, öffentlich mitzuteilen, ob sie Mitglieder der kommunistischen Partei seien. Als KP-Mitglieder seien sie nämlich weisungsgebunden und könnten daher nicht unabhängig Recht sprechen.

Zwei weitere Angeklagte, der Philosophiestudent Gordana Jovanovic und der Übersetzer Pavusko Imirovic, bezeichneten im Gerichtssaal die gegen sie erhobene Anklage als unbegründet. Imirovic erklärte, das Staatsanwaltschaft könne nicht beweisen, daß er an illegalen Aktivitäten beteiligt gewesen sei. Es verbleibe ihm, sagte der Angeklagte, das ein solcher Prozeß 40 Jahre nach dem Sieg des Sozialismus und 35 Jahre nach dem Sturz des Stalinismus in Jugoslawien überhaupt möglich sei.

Imirovic beschuldigte dann die Polizei, einige der Angeklagten „brutal geschlagen zu haben“. Der Tod des 33-jährigen Technikers Radomir Radovic, der am Karfreitag während einer Polizeiaktion gegen 28 Intellektuelle verhaftet worden war und später unter mysteriösen Umständen tot

aufgefunden wurde, sei noch immer nicht aufgeklärt, behauptete der Angeklagte.

Auf die Erklärung des Staatsanwalts, er, Imirovic, habe an 17 illegalen Versammlungen teilgenommen – gemeint sind offenbar die Zusammenkünfte der „fliegenden Universität“ –, antwortete der Angeklagte mit der Gegenfrage: „Wie will der Staatsanwalt beweisen, daß diese Versammlungen illegal waren?“ Imirovic sagte dann, er sei kein Staatsfeind, sondern Anhänger des demokratischen Sozialismus.

Der Belgrader Prozeß gegen die Intellektuellen nimmt einen um so seltsameren Charakter an, als inzwischen in ganz Jugoslawien – und zwar bis tief in die Reihen der Partei und ihrer führenden Funktionäre – genau jene Fragen offen diskutiert werden, deren Behandlung den Angeklagten als staatsfeindliche Aktivitäten zur Last gelegt wird.

So erklärte Jovanovic, der an der Ausarbeitung der jugoslawischen Verfassung maßgeblich beteiligt war, dieses System produziere anstelle von Föderalismus und Selbstverwaltung lediglich „Bürokratie und Technokratie“.

Wörtlich sagte er: „Wir suchen eine freie Gesellschaft, aber in Wirklichkeit wenden wir Methoden des Zwangs, der Begrenzung und der Re-

pression gegenüber der gesamten Gesellschaft an.“ Im jugoslawischen Verfassungssystem gebe es eine ganze Reihe von Widersprüchen, die von interessierter Seite bewußt in den Verfassungstext aufgenommen seien.

Scharf kritisierte Djordjevic die Machtausübung durch verschiedene Führungsgarnituren in den Teilrepubliken: „Die Gesellschaft entwickelt sich im Gegensatz zu ihren Zielen und ihren Bedürfnissen.“ „Anstatt das Denken zu entwickeln, entwickeln sie eine Ideologie, die in Wirklichkeit die Artikulation der Interessen von Einzelpersonen darstellt, welche den größten Einfluß haben.“

Als erster prominenter Spitzenfunktionär stellte der slowenische Altkommunist Mitja Ribicic die Gültigkeit des stalinistischen Systems in Frage. Tito habe aus der Situation heraus gewisse Kompromisse geschlossen, die jetzt die politische Arbeit blockierten.

Grotesk ist, daß die Belgrader Angeklagten wegen ganz ähnlicher Äußerungen vor Gericht stehen und der Soziologiedozent Sesić wegen einer ähnlichen Verfassungs- und Föderalismus-Kritik acht Jahre Gefängnis erhielt. Die Kritik von Ribicic und Djordjevic dagegen wird in der Parteipresse abgedruckt.

Seoul schlägt Pjöngjang einen Handelsvertrag vor

Erstes direktes Wirtschaftsgespräch seit dem Zweiten Weltkrieg / Nordkorea an Joint-ventures interessiert

FRED DE LA TROBE, Tokio

In versöhnlicher Atmosphäre fand gestern in Panmunjon ein erstes Gespräch über die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Vertretern Süd- und Nordkoreas statt. Die sieben Mitglieder starken Regierungsdelegationen standen unter der Leitung hoher Ministerialbeamter.

Die Südkoreaner, die zu dem Treffen eingeladen hatten, schlugen vor, einen Handelsvertrag abzuschließen und ein gemeinsames Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu bilden. Sie legten eine Liste von zehn Produkten vor – einschließlich Autos, Schiffe, Maschinen, Unterhaltungselektronik, Textilien und Pharmazeutika –, die sie dem Norden liefern könnten. Im Austausch dafür erklärten sie sich an Bezügen von Kohle, Eisenerz, Magnesit, Blei, Fischrogen und Gewürzen interessiert.

Die Nordkoreaner stimmten den Exporten eigener Rohstoffe zu, for-

derten aber, daß die gemeinsame Erschließung von Bodenschätzen und Fischvorkommen Vorrang haben solle. Ein weiterer Vorschlag des Nordens betraf eine Eisenbahnverbindung von der chinesischen Grenze über die Demarkationslinie am 38. Breitengrad bis nach Seoul.

Die Vertreter Seouls regten auch Joint-ventures zur Erschließung von Bodenschätzen sowie zur Produktion von elektronischen Geräten, Agrarchemikalien, Pharmaerzeugnissen und Schiffen an. Pjöngjang hat kürzlich ein Gesetz erlassen, das derartige Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Firmen zuläßt. Das erste Projekt unter diesem Gesetz ist der Bau eines 50stöckigen Hotels in der nordkoreanischen Hauptstadt unter Mitwirkung eines französischen Konsortiums.

Die Delegation des Nordens versprach, die Vorschläge zu überprüfen. Eine weitere Konferenz wurde

für den 5. Dezember vereinbart. Die Nordkoreaner schlugen auch ein baldiges Treffen der stellvertretenden Ministerpräsidenten beider koreanischen Teilstaaten vor.

Die Gespräche waren die ersten auf Regierungsebene seit dem Amtsantritt des südkoreanischen Staatspräsidenten Chun Doo Hwan im Jahre 1980. Es waren auch die ersten direkten Wirtschaftsgespräche zwischen Nord- und Südkorea seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Kontakte zwischen beiden Teilstaaten und die spürbare Klima-verbesserung – am Dienstag finden Verhandlungen des Roten Kreuzes statt – führen Beobachter in Seoul und Tokio auf chinesische Einflüsse und die wirtschaftliche Notlage Pjöngjangs zurück. Der nordkoreanische Diktator Kim Il Sung soll sich kürzlich zu einem informellen Besuch in Peking aufgehalten haben.

Die Ziele des Ende dieses Jahres

auslaufenden Siebenjahresplans (1978-84) Nordkoreas sind nach Ansicht gutunterrichteter Kreise weit unterschritten worden. Pjöngjang hatte für diese Periode eine durchschnittliche jährliche Produktionszunahme von 12,1 Prozent vorgesehen, tatsächlich soll die Produktion aber nur um 4,6 Prozent im Jahr gestiegen sein.

Der Mangel an Kapital und moderner Technologie macht sich immer drückender bemerkbar. Die Bevorzugung der Schwerindustrie und der Waffenproduktion hat andere Wirtschaftszweige weit zurückfallen lassen.

Nordkorea ist auch nicht in der Lage, den größten Teil seiner Auslandsschulden in Höhe von 10,5 Milliarden Mark und ausstehende Zinsen termingerech zurückzuzahlen. Von dem Gesamtbetrag kamen 6,9 Milliarden Mark aus westlichen Ländern. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schnell und einmalig

„Leuchtbild: Schnellleuchtende“ WELT vom 29. Oktober

Die von Herrn Stolte in seinem Leserbrief erhobenen Einwände im Zusammenhang mit der Rekordfahrt der neuen Dreihstromlok Baureihe 120 entsprechen nicht den Tatsachen:

● Mit den elektrischen Lokomotiven der Baureihe 120 wird erstmals im Verlauf der über 100jährigen Entwicklungsgeschichte von elektrischen Triebfahrzeugen die nahezu verschleißfreie und universell einsetzbare Dreihstromantriebstechnik (Asynchronmotor) betriebsmäßig eingesetzt. Diese Technologie wurde bisher nur bei der Deutschen Bundesbahn im Hochgeschwindigkeitsbereich verwendet. Daher ist auch die E 120 die erste Dreihstromlokomotive der Welt, mit der die neue Höchstgeschwindigkeit von 265 km/h erreicht wurde. Der von Herrn Schmalk in seinem Beitrag publizierte Weltrekord mit der E 120 (WELT vom 19. Oktober) entspricht nicht den Tatsachen.

● Ein Weltrekord von 210 km/h mit der schon seit langem bestimmten Dreihstromtechnik wurde bereits 1903 mit einem Versuchstriebwagen auf der Strecke Marienfelde-Zossen aufgestellt. Die Weiterentwicklung dieser interessanten Technik scheiterte allerdings damals an der fehlenden Regelbarkeit. Eine technisch und wirtschaftlich sinnvolle Lösung wurde erst möglich durch die Entwicklung der Halbleitertechnologie, insbesondere auf dem Gebiet der Leistungselektronik.

● Bei den französischen Hochge-

schwindigkeitszügen „TGV“, wie sie zwischen Paris und Lyon verkehren, handelt es sich um elektrische Triebwagen, die ausschließlich mit der bislang verwendeten verschleiß- und unterhaltungsintensiven Antriebs-technik (Kommutatormotor) betrieben werden.

● Es ist ferner nicht richtig, daß die Deutsche Bundesbahn wegen ihres bestehenden Stromsystems (16 1/3 Hz – 15 kV) mit dem neuen Hochgeschwindigkeitszug ICE nicht in der Lage sei, die gleichen Geschwindigkeiten zu erreichen wie der TGV in Frankreich. Hohe Geschwindigkeiten sind keinesfalls eine Frage des bestehenden Stromsystems, sondern vielmehr abhängig von der installierten Leistung im Fahrzeug sowie von den vorhandenen Streckenverhältnissen. So ist z. B. auch der ICE technisch für Versuchsgeschwindigkeiten bis 350 km/h ausgelegt. Das Stromsystem ist hierauf ohne Einfluß.

In diesem Zusammenhang ist noch festzustellen, daß es mit der Entwicklung der E 120 und des ICE nicht das Ziel der Deutschen Bundesbahn ist, neue Geschwindigkeitsrekorde aufzustellen. Vielmehr sollen mit den Hochgeschwindigkeitsversuchen die technisch-wirtschaftlichen Reserven und Möglichkeiten des Rad/Schiene-Systems hinsichtlich eines energiesparenden, umweltfreundlichen sowie verschleiß- und unterhaltungsarmen Hochgeschwindigkeitsverkehrs mit Geschwindigkeiten bis 250 km/h ausgeschöpft werden.

Werner Böhm,
Bundesbahn-Zentralamt, München

Programm des Verzichts

„Die Einheit der Nation“ WELT vom 9. November

Sehr geehrte Damen und Herren, warum überhaupt noch so viele Worte darüber? Endlich sollte allgemein zur Kenntnis genommen und deutlich gesagt werden, daß die SPD keineswegs antimilitaristisch, sondern schlicht prussisch geworden ist. Eine immer größere Zahl der Parteimitglieder kann es schon gar nicht mehr abwarten, daß die Bundesrepublik Deutschland möglichst bald unter die warmen Fittiche der russischen Friedensstaube schlüpfen möge, womit dann auch mit einem Schlage die innerdeutschen Probleme zufriedenstellend gelöst sein werden. Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob die durch geschickte Desinformation genährte Affinität zum Sowjetsystem auch in breiten Bevölkerungsschichten den gewünschten Anklang gefunden haben wird.

Mit freundlichen Grüßen
H. Groos,
Düsseldorf 30

Wenige Monate vor dem Umzug in Berlin, NRW und im Saarland dokumentiert die SPD ihre politische und moralische Dekadenz, nachzulesen im Deutschlandpolitischen Positionspapier, das die Handschrift von Brandt, Baer, Ehmke trägt. Die Tendenz dieses „Papiers“, das hoffentlich nur ein Fetzen Papier bleiben wird: Die Spaltung Deutschlands muß geduldet, die Neuverteilung abgeschrieben werden. Festschreibung des Status quo. Das alles um des lieben Friedens willen, der, was den „Papier“-Produzenten ja nicht unbekannt sein dürfte, ein Friede des Unrechts und der Völkervergewaltigung ist.

Es gab einmal eine SPD, die gegen Krieg, Annexion, verlogenen Frieden war. Diese SPD, von Lasalle über Ebert und Weis bis Schumacher und Reuter, begriff sich als eine Partei des Volkes gegen Fremdherrschaft, Diktatur, Imperialismus, das Recht auf soziale und nationale Selbstbestimmung. Unter dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt degenerierte diese Partei zu einer Nomenklatura skrupelloser Opportunisten und

„Fakten“-Anbeter. Nicht Bebel, Mierendorff, Jaksch, Julius Leber heißen ihre Leitbilder, sondern Kerenski und Grotewohl. Bleibt abzuwarten, wann diese untergangswürdige Partei ihr „D“ im Parteianamen streicht. Und das wäre tatsächlich ein Fortschritt.

W. Strauss,
Furti i. Wald

Modernisierung

„Besser Hütten aufbauen“ WELT vom 9. November

Wie wir dem Beitrag entnehmen, wird unser Memorandum zum desolaten Fahrzeugbeschaffungsprogramm der Bahn dort wie auch im Bundesverkehrsministerium: angeblich unter der Rubrik „ständige Klagen und Sonderwünsche“ abgelegt. Solange allerdings die Investitionszuschüsse an die Bahn lediglich zugunsten des Streckenbaus umgeschichtet werden, die restlichen Investitionsbeiträge drastisch zurückgehen und eine umfassende Regelung der Bahnfinanzierung aussteht, erscheint nicht Abhilfe, sondern Wiederverlage die problematische Reaktion. Wir jedenfalls nehmen die Absichtserklärungen zur umfassenden Modernisierung der Bahn ernst und haben diese (noch) nicht unter der Rubrik „ständige Sonntagsreden“ abgehakt.

Wenn tatsächlich seit Jahren annähernd 100 000 Waggons nicht genutzt werden sollten, dann wohl doch deshalb, weil das veraltete Rollmaterial infolge des Strukturwandels auf dem Verkehrsmarkt heutigen Kunden

Wort des Tages

„Die Tür des Glücks geht nicht nach außen auf, daß man auf sie zuellen und sie aufstoßen könnte, sondern nach innen, und darum hat man nichts zu tun.“

Sören Kierkegaard; dänischer Theologe und Philosoph (1813-1855)

Personalien

EHRUNG

Mit dem Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Zeichen in Gold ehrte Berlins Bürgermeister und Innenminister Heinrich Laumann jetzt drei prominente Mitglieder der Präsidenten der Ärztekammer, Dr. Peter Krein, den Chefarzt des Malteser-Krankenhaus, Dr. Josef Böger, sowie den ehemaligen Leiter des Malteser-Hilfsdienstes in Berlin, Christoph Graf von Schmettau. Die Silberstufe des Ehrenzeichens erhielten der Generalvikar des Bistums Berlin, Dr. Johannes Töbel, und Caritas-Direktor Hubert Pohl.

BESUCH

Der neue britische Botschafter in Bonn, Sir Julian Ballard, verband seinen Antrittsbesuch bei Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit einem Besuch bei der Hamburger WELT-Redaktion. Sir Julian, der von Generalkonsul David Junor Young und dem Ersten Botschaftssekretär, Thomas Macan, begleitet war, äußerte sich besonders beeindruckt von der Reaktion der Bevöl-

kerung bei den großen Herbstmanövern, an denen rund 70 000 britische Soldaten teilgenommen hatten und die der Botschafter in Begleitung von Außenminister Sir Geoffrey Howe und Verteidigungsminister Michael Heseltine besucht hatte. Ballard schwärmte: „Das war mehr als Tolorenz – das war Begeisterung.“ Bei seinem Hamburg-Besuch nahm Ballard Gattin Margaret, eine gelernte Buchbinderin, Gelegenheit, eine Hamburger Buchbinderin zu besichtigen. Sir Julian: „Meine Frau kennt inzwischen fast alle berühmten Bibliotheken in der Bundesrepublik.“

VERANSTALTUNG

Als „Ostfrie“ im Bundeskabinett empfahl sich jetzt Wirtschaftsminister Martin Bangemann. Eigentlich ist der liberale Politiker „gelernter Ostfrie“. Geboren in Wanzleben in der Nähe von Magdeburg, wurde er als Elftjähriger nach dem Krieg nach Emden verschlagen, wo den Jungen ein Bauer aufnahm. Martin Bangemann

wünschen nicht mehr genügt und eigentlich auf den Schrottplatz gehört. Darüber braucht sich auch niemand zu wundern, denn die meisten der insgesamt 283 000 Güterwagen sind 30 Jahre und älter; bei 30 000 davon ist auch nach Meinung der DB die Nutzungszeit abgelaufen. Sie bringen nicht nur keinen Ertrag, sondern blockieren auch – gewollt oder ungewollt – längst fällige zukunftsgerichtete Investitionsentscheidungen.

Bedarf und Bedarfsdeckung können sich nicht am Bestand ungeeigneter Fahrzeuge, auch nicht an den Vorstellungen in irgendwelchen Amtsstuben, sondern nur an der unternehmerischen Einschätzung künftiger Marktchancen orientieren. Dabei wäre sicherlich die Kenntnis darüber, welche Verladewünsche heute schon wegen unzureichenden Angebots nicht zum Zuge kommen oder von vornherein gar nicht erst geäußert werden, sicherlich sehr hilfreich.

Mit freundlichen Grüßen
I. Walz,
Geschäftsführung des Verbandes der Waggonindustrie e.V., Frankfurt

Nicht konform

„Leuchtbild: Falsches Bild“ WELT vom 16. Oktober

Frau Dr. Salscia Landmann beanstandet meine Kritik an der deutschen Fassung des jiddischen Romans von I. B. Singer „Die Familie Moschkat“ (Geistige WELT vom 29. September 1984). Mit den Bemerkungen von Frau Landmann gehe ich nicht konform.

Es gibt einen deutsch-jiddischen Sprachgebrauch, der in der beanstandeten Übersetzung nicht berücksichtigt wurde: Leirhaus (und nicht Lernhaus) ist ebenso wie Chamukka-Leuchter (und nicht Chanukka-Lampe) als Terminus technicus in der einschlägigen Literatur belegt. Mischpoke wurde im Nazi-Jargon verwendet (statt Mischpoche) und hat daher einen üblen Klang. Nicht beanstandet habe ich den Eigenamen Buser (statt Oiser), da es sich hier um eine phonetische Wiedergabe, mit nur geringer Differenzierung, handelt.

Schalom Ben-Chorin,
Jerusalem

Hiernit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion

Flick-Ausschuß

„Besser Hütten aufbauen“ WELT vom 9. November

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihrem Herrn Enno von Loewenstern kann man für seine vorzüglichen Artikel nur gratulieren. Zunächst war es am 6. November unter der Überschrift „Brandts Auftritt“ ein vernichtendes Urteil über den SPD-Vorsitzenden und sein Auftreten im Bonner Hofgarten bei den sogenannten Friedensbewegungen, wo er zum Glück eine ziemliche Abfuhr bekam.

Jetzt ist es der Artikel über die Flick-Spenden und Steuervergünstigungen auch an die SPD und deren Eintreten, um Flick in steuerlicher Hinsicht zu begünstigen, damit Flick das Geld frei für Spenden. Wie ist es Ihrem Herrn von Loewenstern möglich, solche scharfen Angriffe gegen die SPD zu starten, und die CDU/CSU steht schweigend daneben und unternimmt überhaupt nichts? Warum?

Ein eigenartiges Gefühl überkommt einen, wenn die SPD auch im Flick-Ausschuß sich durchwinden kann. In wenigen Minuten sind die SPD-Funktionäre vom Ausschuß entlassen, Herr Kohl dagegen fragt man sieben Stunden aus. Warum werden die SPD-Mitglieder im Flick-Ausschuß nicht für befangen erklärt, wenn sie u. a. vor Kohls Vernehmung schon in die Welt hinausposaunen, Herr Kohl möge sich vor der Befragung „warm anziehen“?

Mit freundlichen Grüßen
H. R. Klippert,
Neubulach

DHL läßt in 5 Kontinenten 10.000 Fachleute für Sie rennen.

Wer hat das schon, was DHL hat?

Über 10.000 internationale Experten, die sich auf schnellstem Weg um alles kümmern: um alles, was schnell und sicher von Schreibtisch zu Schreibtisch muß. Rund um die Welt.

DHL hat ein Weltnetz von über 550 Niederlassungen in 128 Ländern der Erde. DHL hat alle 5 Kontinente als Aktionsfeld. Und DHL hat eine weltweit gültige Philosophie, die beispielhaft ist: Was wir tun, tun wir persönlich. Wir holen persönlich. Wir liefern persönlich. Wir geben erst am Ziel aus der Hand, was uns persönlich anvertraut ist. Wen wundert's da, daß DHL so oft gerufen wird, wie kein anderer Flugkurier in Deutschland.



Mit DHL können Sie ganz sicher sein, daß eine rasend eilige Sendung von Deutschland nach Houston schnell ankommt.

DHL WORLDWIDE EXPRESS

Wir fliegen von Schreibtisch zu Schreibtisch.

Rufen Sie DHL: z.B. Düsseldorf 02102/474081, Hamburg 040/55410, Frankfurt 06107/754222, München 089/909058, Wien 222/846538.

TURKEI/ Derwall als Berater zurückgetreten

Die Zeitungen fragen: „Schämt er sich nicht?“

sid/apa, Istanbul
Fünf Monate nach seinem Rücktritt als Bundestrainer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft hat Jupp Derwall auch seine Beraterfunktion für das türkische Nationalteam aufgegeben. Anlaß für seinen plötzlichen Rücktritt war die blamable 0:2-Niederlage der Türkei im Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel in Istanbul gegen England.
Mit dieser Mannschaft und so ungeschickten Spielern will ich nichts mehr zu tun haben. Es hat keinen Sinn, mit Spielern anzutreten, die so leichtsinnig sind, erklärte der Berater von Nationaltrainer Candan Tarhan. In der Presse und in der Öffentlichkeit wurde Jupp Derwall in erster Linie für die Niederlage verantwortlich gemacht. Vor Wochen war der deutsche Trainer, der noch die Vereinsteammannschaft von Galatasaray Istanbul betreut, als Spion zum Spiel England gegen Finnland (5:0) gereist, um die Gruppenspieler zu studieren. Auf der Tribüne in Istanbul fragten Journalisten jetzt, ob Derwall sich nicht schämt, angesichts solcher

FUSSBALL / Bochum nun schon seit acht Spieltagen ohne Niederlage. Schützenfest in Bremen

Kölns große Blamage gegen Mönchengladbach Schnelle Resignation, niemand sorgt für Ruhe

HEINZ STUMM, Köln
Der Sekt um Mitternacht schmeckt süß - Geschäftsführer Michael Meier spendierte den Schauspielern zu seinem Geburtstag - doch die Stimmung war mit „sauer“ nur unzureichend zu beschreiben. Wieder einmal wurde im Kölner Klubheim „Zum Geißbock“ eine Niederlage begossen, die weder mit dem abgegriffenen Klischee vom alten Angstgegner Borussia Mönchengladbach noch mit der Standardausrede vom fehlenden Glück entschuldigt werden kann. Und auch der fälschliche Hinweis von Trainer Hannes Löhr, es gebe schon mal Tage, an denen man sich eher den Finger in der Nase bricht als das Tor zu treffen, hat nur Alibi-Charakter.
Das 1:5 gegen den alten Niederrhein-Rivalen ist eher eine Zustandsbeschreibung der Mannschaft, die immer dann, wenn sie zu Höhenflügen ansetzt, gleich wieder auf den rauen Boden der Mittelmäßigkeit zurücktaumelt. „Früher“, so bemerkte der Alt-Nationalspieler Bernd Cullmann zu später Stunde, „früher haben wir auch schon mal 0:4 gegen Gladbach verloren, aber da hatte die Borussia noch eine große Mannschaft, und wir brauchten uns nicht zu schämen.“

typischer Fall für Kölner Mittelfeldschwächen. Statt sich intensiv um Uwe Rahn zu kümmern, ließ er dem Jung-Nationalspieler freie Hand (wofür sich dieser mit zwei herrlichen Toren bedankte) und dann noch seine Wut über eigene Unzulänglichkeiten an ihm aus. Erst als er verwirrt wurde, holte Trainer Hannes Löhr Hartwig vom Platz. Zu diesem Zeitpunkt stand 0:4, hatten die Kölner längst die weiße Fahne gehißt und durch Engels und Alofs zwei Elfmeter vergeben, über deren Berechtigung sich durchaus streiten läßt. Immer wenn die Gladbacher gegen Köln antreten, geht etwas besonderes in ihnen vor. Indiz dafür mag der Ausspruch des alten Kämpfers Wilfried Hannes sein, der auf die Frage: Ich denke Sie sind verletzt, so reagierte: „Gegen Köln tut mir nie was weh.“

Sehr viele Tore, aber gibt es auch guten Fußball?

DW, Bonn
Wieder gab es 33 Tore in acht Spielen der Fußball-Bundesliga. Ein Beweis für die Qualität der Spiele? Frankfurts Trainer Dietrich Weise ist da skeptisch: „Wenn viele Tore fallen, bedeutet das noch lange nicht, daß guter Fußball geboten wird.“ Das liegt er auf einer Linie mit dem Kollegen, dessen Mannschaft die meisten Treffer erzielt hat. Bremens Otto Rehhagel nach dem 7:1 über Aufsteiger Karlsruher SC: „Es hätten viel mehr Tore sein müssen. Meiner Mannschaft fehlt einfach der Killerinstinkt.“ Auch hier also Kritik an einer Mannschaft, die an der Spitze der Tabelle liegt. Das reicht sich ein in die Betrachtungsweise von Uli Hoeneß, der aus der klaren Führung des FC Bayern in der Tabelle lediglich herausliest, daß seine Mannschaft noch lange nicht Spitzenklasse ist.

Die Ergebnisse

Köln - Mönchengladbach	1:5 (0:4)
Bremen - Karlsruhe	7:1 (4:1)
Bielefeld - K'lauren	1:1 (0:0)
Düsseldorf - Frankfurt	3:1 (1:1)
München - Bochum	2:2 (2:2)
Uerdingen - Leverkusen	2:1 (2:0)
Dortmund - Braunschweig	3:1 (2:1)
Stuttgart - Hamburg	1:1 (1:0)
Mannheim - Schalke	verlet auf den 26. Januar

Die Tabelle

1. München	12	8	3	1	27:13	19:5
2. Bremen	13	5	6	2	35:22	16:10
3. K'lauren	13	5	6	2	21:16	16:10
4. Bochum	13	4	7	2	22:19	15:11
5. Hamburg	13	4	7	2	21:18	15:11
6. M'gladbach	12	5	4	3	37:23	14:10
7. Uerdingen	13	6	5	2	26:21	14:12
8. Stuttgart	15	3	5	3	34:24	13:13
9. Köln	12	5	5	2	28:29	13:12
10. Leverkusen	13	3	6	4	29:22	12:14
11. Frankfurt	13	4	4	5	30:33	12:14
12. Karlsruhe	13	3	6	4	22:28	12:14
13. Mannheim	11	3	4	4	14:20	11:11
14. Schalke	12	3	5	4	23:25	11:13
15. Düsseldorf	13	3	4	6	24:28	10:16
16. Dortmund	13	4	1	8	15:24	9:17
17. Bielefeld	13	1	7	5	13:30	9:17
18. Braunschweig	13	4	0	9	21:36	8:18

Anzeige

**erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.**

Die Vorschau

Samstag, 17. November, 15.30	
Hamburg - Mannheim	(2:3)
Frankfurt - Dortmund	(2:2)
Braunschweig - Bielefeld	(2:0)
Kaiserslautern - Bremen	(3:3)
Karlsruhe - Uerdingen	(-:?)
Leverkusen - München	(1:5)
Bochum - Köln	(2:3)
Mönchengladbach - Stuttgart	(2:0)
Schalke - Düsseldorf	(-:?)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.	

NACHRICHTEN

Bunge und Pfaff weiter

Düsseldorf (sid) - Bettina Bunge (Cuxhaven) und die Frankfurterin Eva Pfaff haben beim internationalen Tennisturnier in Brisbane (Australien) das Viertelfinale erreicht. Bunge besiegte die Südafrikanerin Rosalyn Fairbank 6:2, 6:7, 6:3. Pfaff setzte sich gegen Corinne Vanier (Frankreich) mit 4:6, 7:6, 6:1 durch.

Winkelbeck muß warten

Neustadt/Weinstraße (sid) - Im Rechtsstreit zwischen Manfred Winkelbeck und seinem früheren Arbeitgeber ATS hat sich das Arbeitsgericht Ludwigshafen verurteilt, weil es die Zuständigkeit nicht klären konnte. Winkelbeck hat ATS nach seiner Entlassung auf Zahlung von 300.000 Mark Gehalt und anteiliger Preisgeld verlangt.

Golf: Langer Zweiter

Miyazaki (sid) - Bernhard Langer belegt nach der ersten Runde eines Golfturniers in Miyazaki (Japan) mit 69 Schlägen gemeinsam mit drei Japanern den zweiten Platz. Er führt Johnny Miller (USA/88 Schläge).

Formel 1 nicht in Monaco

Monte Carlo (dpa) - Im nächsten Jahr gibt es in Monaco weder einen Formel-1-Lauf noch die Rallye Monte Carlo. Dies erklärte Jean-Marie Balestre, Präsident des Internationalen Motorsport-Verbandes (FISA), nach einer Krisensitzung in Monte Carlo. Im Streit um Fernsehrechte und Straßennutzungsgebühren hatten sich FISA, der Automobil-Club von Monaco nicht einigen können.

Squash: Norman Meister

München (sid) - Der Neuseeländer Ross Norman wurde durch einen 3:0-Erfolg über den Australier Glen Brumby in München Internationaler Deutscher Squash-Meister.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation Gruppe 2

Portugal - Schweden						1:3
1. Portugal	3	2	0	1	4:4	4:2
2. Schweden	4	2	0	2	7:4	4:4
3. Deutschland	1	1	0	0	2:0	2:0
4. CSSR	2	1	0	1	5:2	2:2
5. Malta	2	0	0	2	0:8	0:4

Gruppe 3

1. England	2	2	0	0	13:0	4:0
2. Nordirland	3	2	0	1	5:4	4:2
3. Finnland	4	2	0	2	4:8	4:4
4. Rumänien	1	0	0	1	2:3	0:3
5. Türkei	2	0	2	1	1:10	0:4

Gruppe 5

Österreich - Niederlande						1:0
1. Ungarn	2	2	0	0	5:2	4:0
2. Österreich	3	2	0	1	4:4	4:2
3. Niederlande	2	0	0	2	1:3	0:4
4. Zypern	1	0	0	1	1:2	0:3

Gruppe 6

Dänemark - Irland					3:0	
1. Schweiz	2	2	0	0	2:0	4:0
2. Dänemark	3	2	0	1	4:1	4:2
3. Norwegen	4	1	1	3	2:3	3:5
4. Irland	3	1	0	2	1:4	2:4

Gruppe 7

Gruppe 1						
Schottland - Spanien						3:1
1. Schottland	2	2	0	0	6:1	4:0
2. Spanien	2	1	0	1	4:3	2:2
3. Island	3	1	0	2	2:5	2:4
4. Wales	3	1	0	2	2:5	2:4

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 7. Spieltag: Düsseldorf - Recklinghausen 20:18, Großwallstadt - Schwabing 23:18, Hüttenberg - Essen 20:20.

BASKETBALL

DBB-Pokal der Damen, Achtelfinale: Köln - Düsseldorf 79:49, Forst/Hennef - Leverkusen 84:70, Aschaffenburg - Oppenheim 48:44, Barmen - Frankfurt 70:47.

TISCHTENNIS

Europaliga „Superdivision“, Nachholspiel vom 3. Spieltag: Jugoslawien - Holland 7:0. - Tabellenspitze: 1. CSSR 6:0, 2. Deutschland 4:2, 3. Schweden 2:0.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 2. 7, 25, 27, 30, 33, 34. Zusatzzahl: 4. - Spiel 77: 5428149. (Ohne Gewähr).

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: Klasse 1: 605 411,10, 2: 60 541,10, 3: 6776,90, 4: 94,00, 5: 7,00. (Ohne Gewähr).

Tatsächlich ist das 1:5-Debakel vom Mittwochabend aus Kölner Sicht ein beschämendes Ereignis, denn Gladbach, das beleidigt man Trainer Jupp Heynckes keinesfalls, hat nicht annähernd die Qualität des Teams aus den Meisterjahren, in de-

nem der Trainer noch selbst auf Torjagd ging.
„Was mir auffiel, ist, daß die Kölner gleich den Kopf hängen lassen, wenn der Gegner aggressiv zupackt“, sagte Heinz Flohe, den Hannes Weisweiler Ende der 70er Jahre noch zu einem kämpferischen Vorbild für die Mannschaft trimmte. Wie Wolfgang Overath, Hans Schäfer und Jupp Röhrig - alles Größen aus denkwürdiger Vergangenheit - verließ Flohe entgegen sonstiger Gepflogenheit, die Stütze der Demütigung vorzeitig. Sichtlich enttäuscht darüber, wie wenig hier eine Mannschaft, die noch vor drei Wochen „Fußball vom allerfeinsten“ (so ein Frankfurter Reporter nach dem 4:1 der Kölner im Waldstadion) zeigte, gegen einen drohenden Untergang ankämpfte.

Köln gab sich ganz schnell auf, nachdem in der ersten Halbzeit alles daneben ging. „Keiner reißt dann mal die Initiative an sich und sorgt für Ordnung. Deshalb werden wir immer solche Einbrüche erleben“, fürchtet Flohe, der sich über die Einkaufspolitik für die Schatzmeister Thielens zu ständig ist, nicht beruhigen kann. „Erst hat man mich und dann Herbert Neumann verjagt, dann auch noch den Bernd Schuster verkauft und als Ersatz dann den Bonhof geholt, als der nichts mehr drauf hatte, und in diesem Jahr den Jimmy Hartwig, der genauso kaputt ist.“

Jimmy Hartwig, für 770.000 Mark beim HSV ausgelöst (Ernst Happel war froh, daß er ihn los war) ist ein

2. Liga

Trotz des Sieges gegen Freiburg will Aachens Trainer Werner Fuchs mit der Mannschaft ein „erstes Tor reden“. Um die Spitze im Spiel bei Portuna Köln verteidigen zu können, muß seiner Ansicht nach eine erhebliche Leistungssteigerung her. Tiefpunkt des Spieltages war die 15. Rote Karte (Stoeking/Hannover 96).

Die Ergebnisse

BW Berlin - Saarbrücken	2:2 (1:1)
Darmstadt - Kassel	1:0 (1:0)
Solingen - Hannover	3:2 (2:1)
Wattenscheid - Duisburg	2:4 (0:3)
Aachen - Freiburg	1:0 (1:0)
Oberhausen - Köln	2:0 (1:0)

Die Tabelle

1. Aachen	15	9	4	2	31:17	22:8
2. Saarbrücken	15	8	4	3	35:17	20:10
3. Hertha BSC	14	8	3	3	26:30	19:9
4. Hannover	15	8	3	4	30:24	19:11
5. Kassel	15	7	4	4	28:24	18:12
6. Wattenscheid	15	8	2	5	24:23	18:12
7. Solingen	15	8	1	6	29:28	17:13
8. Nürnberg	15	7	2	6	25:21	16:14
9. Birstadt	15	7	1	7	26:22	15:15
10. Offenbach	15	6	3	6	20:23	15:15
11. Köln	15	5	4	6	22:26	14:16
12. Darmstadt	15	5	4	6	21:25	14:16
13. Homburg	14	6	1	7	25:34	13:15
14. Ulm	15	3	7	2	23:28	13:17
15. Oberhausen	15	4	5	6	23:27	13:17
16. Freiburg	15	4	4	7	18:22	12:18
17. BW Berlin	15	4	3	8	23:30	11:19
18. Duisburg	15	3	4	8	22:34	10:20
19. Stuttgart	14	4	1	9	15:23	9:19
20. St. Pauli	14	2	9	3	19:31	8:20

Die Vorschau

Samstag, 17. November, 15.30
Hamburg - Mannheim (2:3)
Frankfurt - Dortmund (2:2)
Braunschweig - Bielefeld (2:0)
Kaiserslautern - Bremen (3:3)
Karlsruhe - Uerdingen (-:?)
Leverkusen - München (1:5)
Bochum - Köln (2:3)
Mönchengladbach - Stuttgart (2:0)
Schalke - Düsseldorf (-:?)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Deutschlands Meistverkaufter PALcolor 540 stereo.

+++ Für 1.999,- Mark jetzt sogar mit Videotext+++
+++ Für 1.999,- Mark jetzt sogar mit Videotext+++



● Videotext, der brandaktuelle Informations-Dienst von ARD und ZDF, der als kostenlose Zugabe parallel zu den laufenden Sendungen ausgestrahlt wird. Nur ein paar Tastentipps auf Ihrer Fernbedienung und Sie sind im Bild: über die jeweils neuesten Tagesereignisse (auch in englisch), Wetteraussichten bis zu 6 Tage im voraus, Lottozahlen, Sportereignisse z. B. die Fußball-Bundesliga, Warentest-Ergebnisse, Wechselkurse, Theaterprogramme, Ausstellungstermine, über die täglichen Fernseh-Programme inklusive kurzfristige Änderungen und vieles Interessante mehr. Ein Extra-Service, den 90% aller bisherigen Videotext-Empfänger nicht mehr missen möchten. Und als angenehme Beigabe: Digital-Uhranzeige ins Fernsehbild einblendbar.

PALcolor 540 stereo, Deutschlands Meistverkaufter durch Besonderheiten wie:
● APD-Raumklang-Schaltung
● objektive, nachprüfbare Daten
● Telefon-Doppelgarantie
● ausgezeichnetes Design
● Videotext
● scharf kalkulierter Barpreis.
Echt vergoldet können Sie ihn auch gewinnen.
Teilnahme-Karten gibt's beim Telefonkassen-Partner. Oder schreiben Sie die 6 hier genannten Vorteile an Telefonkassen, Göttinger Chaussee 76, 3 Hannover 91. (Rechtsweg ist ausgeschlossen.) Für 5.000,- DM können Sie den goldenen 540er auch kaufen.

**TELEFUNKEN
UNSER WORT GILT.**

Genscher: Streit über Seerecht belastet die Koalition nicht

BDI-Präsident Rodenstock gegen Zeichnung der Konvention / SPD neuerdings dafür

Co./H. H. Bonn
Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, hat die Überzeugung geäußert, daß die Bonner Koalition die Frage der Seerechtskonvention sachlich erörtern und entscheiden werde. Dafür würden die Freien Demokraten, die das Pro und Kontra mit gewichtigen Argumenten diskutierten, ein Beispiel geben. Ganz sicher würden auch in den Unionsparteien unterschiedliche Betrachtungen angestellt. Darum könne von einer Belastung der Koalition keine Rede sein.

Nach vorliegenden Informationen sieht der Außenminister in den derzeitigen Differenzen schon deshalb keine Koalitionskrise, weil er die Entscheidung des Bundeskabinetts, wie immer sie ausfallen möge, auf jeden Fall akzeptieren will. Die Diskussion darüber hält er für völlig normal. Ebenso normal sei, daß er seine eigene Meinung in dieser Sache vertreten, sonst könnte es hinterher heißen, der Außenminister habe nicht rechtzeitig vor den negativen Folgen einer Nichtzeichnung der Seerechtskonvention gewarnt.

Das für heute geplante Koalitionsgespräch zwischen CDU/CSU und FDP ist wegen der Teilnahme Genschers an der Außenministerkonferenz der EG- und der ASEAN-Staaten in Dublin kurzfristig abgesagt worden und soll möglicherweise in der kommenden Woche nachgeholt werden. Damit kann die Frage der Zeichnung auch in der nächsten Kabinettsitzung, die wegen des Buß- und Bettags auf Dienstag vorgezogen wird, noch nicht entschieden werden. Die Zeichnungsfrist für die Konvention läuft am 9. Dezember ab.

Damit hat Genscher auch Zeit gewonnen, seine Partei im Bundeshauptauschuss am Samstag in Mainz für seine Befürwortung der Unterzeichnung zu gewinnen, bevor eine Festlegung in der Koalition stattfindet. Die Haltung der FDP ist unverändert gespalten. Das zeigte sich auch am Mittwoch im Auswärtigen Ausschuss. Dort hatte die Unionsfraktion die Erörterung des Themas von der Tagesordnung abgesetzt, da sie befürchtete, die FDP-Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher und Helmut Schäfer würden zusammen mit der SPD für Zeichnung plädieren.

Außenminister Genscher wies gestern darauf hin, daß die Bundesregierung nicht nur über die Zeichnung der Seerechtskonvention durch die Bundesrepublik zu entscheiden habe, sondern auch darüber, ob die Bundesrepublik eine Zeichnung durch die EG als Gemeinschaft ermöglichen oder verhindern wolle. Fünf EG-Mitglieder haben bisher die Seerechtskonvention gezeichnet, drei weitere (Belgien, Luxemburg, Italien) warten noch ab, neigen aber ebenfalls zur Unterzeichnung. Damit bleiben die Bundesrepublik und Großbritannien übrig. London hat die Absicht angedeutet, sich ebenso wie die USA nicht der Seerechtskonvention anzuschließen. soll

aber neuerdings in dieser Haltung schwankend geworden sein.

In einem Schreiben an den Bundeskanzler hat sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, nachdrücklich gegen eine Bonner Zeichnung ausgesprochen. Ausschlaggebend auch für Rodenstock ist das Kapitel über den Tiefseebau. Hier würden die Weichen gestellt, schreibt Rodenstock, „die schon in naher Zukunft Auswirkungen auf die internationale Wirtschaftspolitik hätten. Ich befürchte, daß es für uns sehr schwer würde, uns gegen dirigistische Wirtschaftskonzepte in den Vereinten Nationen und anderen Organisationen zur Wehr zu setzen, wenn wir mit der Seerechtskonvention ein auf andere Gebiete übertragbares Modell für Eingriffe in eine Neue Weltwirtschaftsordnung akzeptierten.“

Die SPD, die sich bis zum Regierungswechsel im Herbst 1982 gegen die Zeichnung ausgesprochen hatte, plädiert jetzt dafür, so gestern in der Debatte des Bundestages über die Nordseeschutz-Konferenz. Die Unterzeichnung sei im Interesse der Bundesrepublik und speziell der Küstländer unabdingbar, betonte der SPD-Abgeordnete Günther Jansen. Wenn die Bundesregierung nicht unterzeichne, könne sie nicht länger behaupten, daß sie Wirtschafts- und Umweltinteressen gleichrangig behandle.

Seite 2: Meeresbodenlös

Bundestag billigt den Nachtragsetat

HEINZ HECK, Bonn

Die SPD hat der Bundesregierung gestern vorgeworfen, mit der Erhebung der Zwangsanleihe die Öffentlichkeit bewußt getäuscht zu haben. In der Bundestagsdebatte über den Nachtragshaushalt erklärte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walther (SPD): „Dieser Zwangsanleihe war von Anfang an der Stempel der Verfassungswidrigkeit so aufgedrückt, daß man den Versuch, trotzdem dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit diese Zwangsanleihe als einen Akt der sozialen Ausgewogenheit im Verhältnis zu den dramatischen Einschnitten im sozialen Netz darzustellen zu wollen, als einen Akt der Täuschung sowohl des Parlaments als auch der deutschen Öffentlichkeit anprangern muß.“

Diese von seinen Fraktionskollegen Hajo Hoffmann und Helmut Esters im Verlauf der Debatte wiederholten Beschuldigungen wurden von Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Sprechern der Koalitionsfraktionen zurückgewiesen. Mit Koalitionsmehrheit wurde der Nachtragshaushalt in Höhe von 650 Millionen Mark verabschiedet. Er sei, wie Stoltenberg betonte, notwendig geworden, um die drohende Zahlungsunfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern. Dieser deutsche Beitrag zur Schließung der EG-Finanzlücke von rund 2,2 Milliarden Mark wird durch Einsparungen bei Zinsen (400) und Bürgschaften (250 Millionen Mark) finanziert. Zugleich wurde der Ansatz für den Bundesbankgewinn im Haushalt von neun auf 11,4 Milliarden Mark erhöht.

Berliner FDP kämpft gegen einen „Negativ-Katalog“ an

Eine demoskopische Momentaufnahme: Sehr gute Note für die politische Arbeit der CDU

hrk. Berlin

Die Berliner schätzen die Chancen der FDP, am 10. März 1985 die Wahlen zu überleben, nicht besonders günstig ein, halten ihr Überleben jedoch offenbar für möglich. Im Falle eines Ausscheidens der FDP sprachen sich nach den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage des Senders Freies Berlin (SFB) in den ersten beiden Novemberwochen 56 Prozent von 1000 befragten Berlinern für eine Große Koalition aus. 35 Prozent für eine SPD/AL-Bündnis.

Die Ergebnisse dieser vom Institut für Markt- und Medienforschung (IMM) im Auftrag des Senders Freies Berlin vorgenommenen Umfrage teilte der Chef der kommunalpolitischen Sendereihe „Stadtgespräch“, Harald Karas, nach einer Diskussionsrunde mit FDP-Politikern mit. Danach erklärten auf die sogenannte „Sonntagsfrage“ lediglich 3,1 Prozent der Berliner, am 10. März die Liberalen wählen zu wollen. Die CDU käme danach auf 45,7 oder 2,3 Prozent weniger als Richard von Weizsäcker im Mai 1981. Auch die SPD müßte Einbußen hinnehmen und sich unter Führung ihres Spitzenkandidaten Hans Apel mit 35,8 Prozent (minus 2,5) zufriedengeben. Dagegen könnten die Alternativen ein Plus von 7,4 Prozent und insgesamt 14,6 Prozent oder doppelt soviel Stimmen wie vor vier Jahren erwarten.

Diese demoskopische Momentaufnahme – die jüngste überhaupt vor-

handene Befragung in Berlin – verschiebt sich zugunsten der FDP, aber zu Lasten der CDU, wenn man die Aussagen der Berliner über den von ihnen „geschätzten“ Wahlausgang zugrunde legt: Bei dieser Umfrage sahen die Berliner die Union bei 44,6 Prozent (minus 3,4), die SPD bei 39,5 (plus 1,2), die FDP bei 4,6 (minus ein Prozent) und die Alternativen bei glatten zehn Prozent (plus 2,8).

Die Liberalen müssen in den kommenden vier Monaten gegen einen durch die Bonner Ereignisse belasteten Negativ-Katalog ankämpfen: Denn immerhin würde es jeder vierte Berliner „sehr bedauern“, kehrte die Partei nicht mehr ins Abgeordnetenhaus zurück. 26 Prozent meinten auf die entsprechende Frage, sie bedauerten dies „weniger“, falls es mißlänge. Jeder zweite Befragte erklärte jedoch, er würde das Scheitern „überhaupt nicht bedauern“.

Bemerkenswert sind die Trends, die sich auf die Frage nach den denkbaren Koalitionen nach einem eventuellen Scheitern der FDP ergeben: Danach sprachen sich 56 Prozent der Befragten für ein Zusammengehen von SPD und CDU aus, 35 Prozent bevorzugten eine SPD/AL-Koalition, fünf Prozent konnten sich sogar ein CDU/AL-Senat vorstellen.

Bei einem Vergleich der Wiederkehr-Chancen von FDP und AL ins Parlament schnitten die Liberalen ungünstiger ab: 14 Prozent der in dieser Umfrage um ihre Meinung gebete-

nen Berliner sehen die FDP „ganz bestimmt“ wieder im Abgeordnetenhaus. 82 Prozent erklärten dies für die AL „wenig wahrscheinlich“, nicht dies im Falle der FDP 59 Prozent (AL: sechs). Ansonsten liegen die Möglichkeiten der Liberalen im Feld der bisher Unentschiedenen, denn „nicht sicher“ waren sich bei der FDP 27 Prozent (AL: zwölf), also jeder vierte Berliner.

Bei der Bewertung der politischen Arbeit der Parteien gaben die Befragten der Union in der Rubrik „sehr gut bis gut“ 30 Prozent der FDP, neun der SPD 16 und der AL 18 Prozent. „Befriedigend bis ausreichend“ empfanden die Teilnehmer der Umfrage die Arbeit der CDU zu 40 Prozent, die FDP schritt mit demselben Ergebnis gut ab; 59 Prozent sagten dies von der SPD und 40 Prozent von der AL. Ausgesprochen „mangelhaft bis ungenügend“ fanden 27 Prozent die Leistung der CDU, 50 Prozent das Resultat der FDP, 23 Prozent die Oppositionstätigkeit der SPD und 40 Prozent das Ergebnis von dreifacher AL-Tätigkeit.

In Schulnoten ausgedrückt erreichte die CDU mit der Note 3,4 nur ein um 0,2 Punkte besseres Resultat als die SPD (3,6). Dahinter platzierten sich die AL (4,1) und die FDP (4,4).

Auf die Frage, ob die FDP „noch zu retten“ sei, gaben Vize-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe und Landeschef Walter Rasch optimistische Einschätzungen ab.

Strauß meldet erhebliche Zweifel an

Ein kämpferischer CSU-Chef vor dem Untersuchungsausschuß: Attacken gegen die SPD

STEFAN HEYDECK, Bonn

Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß bestätigt, daß er die von ihm geführte CSU vom Flick-Konzern Spenden bekommen haben. Er bestritt jedoch ausdrücklich, daß derartige Zuwendungen im Zusammenhang mit der steuerbegünstigten Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets erfolgt seien. Wiederholt meldete er Zweifel an den mit „wg. FJS“ in den Listen des ehemaligen Chef-Buchhalters Rudolf Diehl notierten Zahlungen an, nach denen er zwischen 1975 und 1979 insgesamt 950 000 Mark erhalten habe. Er könne „dazu nichts sagen“ und wisse auch nicht, ob in den Diehl-Vermerken die Zuwendungen enthalten seien, die er von dem Konzern bekommen hat.

Friedrich-Karl Flick habe der CSU über ihn Spenden zukommen lassen. Barzahlungen seien innerhalb der Partei ordnungsgemäß verwandt worden. Flick und CSU-Schatzmeister Karl-Heinz Spilker hätten ausgesagt, daß Strauß „zwei bis drei Mal“ Bargeld in Kuverts erhalten hätte. Zu zwei 1978 und 1979 von Diehl

vermerkten Spenden über je 500 000 Mark an die Staatsbürgerliche Vereinigung Köln mit dem Hinweis „wg. Strauß“ sagte er, wenn dies bedeuten solle, daß diese Summen „an oder über mich“ an die CSU geleitet werden sollten, dann sei „das falsch“. Er bestätigte, daß die Hanns-Seidel-Stiftung 280 000 Mark in vier Raten (laut Diehl zwischen 1977 und 1980) von dem Konzern erhalten hatte.

Die CDU habe „von vielen Seiten“ Zuwendungen erhalten: „Deshalb bin ich nicht in der Lage, mich an Einzelheiten zu erinnern.“ Sie brauche, so Strauß weiter, für einen Wahlkampf zehn Millionen und für die Parteiarbeit 18 Millionen Mark im Jahr. Wegen dieser Gesamtkosten meinte er zu der Frage, ob er von Flick eine Spende in der Größenordnung von 250 000 Mark bar erhalten habe, im Vergleich dazu sei dies „kein außergewöhnliches Ereignis in einem Leben“. Im übrigen habe die Partei von dem Konzern seit 1949 „immer wieder“ Zuwendungen „für ihre mannigfaltigen Aufgaben“ erhalten. Nicht nur deshalb gebe es „keinen sachlichen Zusammenhang“ mit der Steuerbefreiung. Es gebe auch keinen zeitlichen.

Strauß, der sich bei seiner Verneh-

mung kämpferisch gab und immer wieder Geschäftsordnungsdebatten auslöste, attackierte gleich zu Beginn die SPD und die damalige Bundesregierung. So meinte er, daß es im Ausschuss um die Frage gehe, ob Flick „zu Recht oder Unrecht“ Steuervorteile bewilligt worden seien. Er wies darauf hin, daß die SPD die Diehl-Liste als „giftiges Phantasieprodukt“ bezeichnet hat, weil dort Spenden unter anderem mit dem Vermerk „wg. Brandt“, „wg. Lahnstein“ oder „wg. Halstenberg“ verzeichnet worden sind. Außerdem habe der verstorbene SPD-Schatzmeister Alfred Nau für seine Partei 6,7 Millionen Mark unbekannter Herkunft unter dem eigenen Namen eingezahlt und die Friedrich-Ebert-Stiftung 2,7 Millionen Mark „im Zeitraum“ der Bewilligung der Steuerbegünstigung erhalten.

Vor ihm hatte der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Rolf Böhme (SPD), erneut den Wahrheitsgehalt der Notizen des ehemaligen Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch bezweifelt. Er, so Böhme, sei Gegner des Steuerabschreibungs-Paragrafen 6b gewesen, habe sich aber nicht von dem Konzern beeinflussen lassen.

Rechtsradikale: keine Bewährung

DW. Karlsruhe

Wenn die Verteidigung der Rechtsordnung der Bundesrepublik es gebietet, dürfen Freiheitsstrafen gegen Rechtsradikale nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. Das hat der Bundesgerichtshof in einem Revisionsverfahren auf Antrag der Stuttgarter Staatsanwaltschaft festgestellt. In diesen Fällen sei eine Strafaussetzung mit dem Rechtsempfinden nicht zu vereinbaren. Sie könnte von der Bevölkerung als ungerechtfertigte Nachgiebigkeit gegenüber dem Rechtsradikalismus empfunden werden.

Ein Neonazi hatte über einen längeren Zeitraum hinweg neonazistisches Propagandamaterial mit antisemitischer und gegen Ausländer in der Bundesrepublik gerichteter Hetze verbreitet und zwar auch durch Aufkleben an öffentlichen Gebäuden. Er war deshalb vom Landgericht Stuttgart u. a. wegen Volksverhetzung, Verbreitens von Propagandamitteln sowie Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu zwei Gesamtfreiheitsstrafen von je einem Jahr verurteilt worden. Das Landgericht hatte die Vollstreckung dieser Strafen jedoch zur Bewährung ausgesetzt.

IG Metall: Macht konsequent nutzen

Gewerkschaft sieht in der jetzigen Bonner Koalition kaum „politische Verbündete“

GÜNTHER BADING, Mannheim

Die Gewerkschaften müssen nach Ansicht des IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr ihre Macht konsequent nutzen, um eigene gesellschaftspolitische Vorstellungen umzusetzen. „Ohne Macht kann man in dieser Gesellschaft nichts verändern“, sagte Mayr gestern in Mannheim vor der Vertrauensleutekonferenz seiner Gewerkschaft. Macht sei „nichts böses“. Es gelte, die Macht der Gewerkschaften auszubauen und „sinnvoll“ anzuwenden. Mayr forderte seine Organisation auf, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch „in der Region durch Einbeziehung der anderen Gewerkschaften, der Öffentlichkeit und der regionalen Politiker“ für zusätzliche Mobilisierung zu sorgen. „Die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft hängt auch davon ab, daß wir politische Verbündete gewinnen. Sie sind in der gegenwärtigen Koalition dünn gesät. Wir können uns nicht auf die Mobilisierung der Arbeitnehmer mit dem Ziel eines Regierungswechsels in Bonn beschränken.“

Die Angriffe auf die Koalition der Mitte zogen sich wie ein roter Faden durch Mayrs fast emotionslos vorgebrachte und nur dann und wann mit Beifall der Delegierten quittierte Re-

de. So sprach er unter Hinweis auf die von Regierungseite in der Diskussion um die 35-Stunden-Woche vor dem Streik im Sommer geäußerten Sorgen von einer „Koalition aus Kabinett und Kapital“, die den „Klassenkampf von oben“ gegen die IG Metall und ihre Arbeitszeitforderung geführt habe.

Der Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaft ließ keinen Zweifel daran, daß er Arbeitgeber und Regierungskoalition als gemeinsame „Gewerkschaftsgegner“ betrachte. Durch die schlimme Arbeitslosigkeit würden, die Konservativen in die Vorhand gebracht und die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt. Die Beschäftigungskrise schüre bei den Arbeitnehmern „die Angst um den eigenen Arbeitsplatz und die Furcht vor persönlichen Nachteilen bei einem offenen Bekenntnis zu den gewerkschaftlichen Zielen“. Dies werde verstärkt „durch die gewerkschaftsfeindliche Grundstimmung. Sie geht von der Bundesregierung und dem Arbeitgeberlager aus.“

In dem in Gewerkschaftsreden derzeit obligatorischen Abschnitt über die Parteiloyalität verglich Mayr Bonn mit Weimar. „Die heutigen Re-

gierungsparteien haben sich sehr um das Vertrauen der Wirtschaft bemüht. Sie haben dabei das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie auf Spiel gesetzt.“ Die Weimarer Republik sei „auch“ durch Spenden an die Totengräber „der Demokratie“ zu Grunde gerichtet worden.

Zwar sprach sich auch Mayr wie wenige Tage zuvor im selben Kongress der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Günter Volkmar, für die Teilnahme an konkreten Gesprächen mit der Regierung und dem Bundeskanzler aus. Nötigend seien jedoch konkrete Gespräche zu konkreten Sachfragen. Sie dürften sich nicht in einer „Besichtigung des Kanzlerpalais“ erschöpfen. Mayr erinnerte Kohl daran, daß er vor der Wahl die Prüfung der IG Metall-Vorstellung zur Bewältigung der Stahlkrise zugesagt habe.

Scharf kritisierte Mayr die Vorstellungen in der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Dies sei der Versuch einer Schwächung der Gewerkschaften durch Spaltungspolitik und die Stärkung unternehmerischer Elitetruppen unter dem Vorwand des Mitarbeitereschutzes.

DINGLAUBLICH!
WERTE FAST NULL GESCHMACK FULL FLAVOUR

KING SIZE

MURATTI NO.1

0,1/1
mg NIKOTIN, mg KONDENSAT
(DURCHSCHNITTSWERT NACH DIN)

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,1 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Tar). (Durchschnittswerte nach DIN)

ZÜRICH
Firmengründungen, Geschäftsführung, Deutsches Sprachniveau, Verwaltungen, Steuerberatung in renommierter, steuerünstiger Züricher Vorortgemeinde. Deutsche Geschäftsleitung. Baumgärtner Treuhänder. Hinterstrasse 13. CH-8903 Rüschlikon ZH. Tel. 00 41 / 1 / 7 24 24 84

Frise-Vertriebsgruppe oder Einzelkäufer
für neuen Anlagekäufer gesucht. „GRIFFIK“ GmbH. Tel. 0 28 21 / 6 92 39-5

Ihre Geschäftsadresse in Frankfurt
Büroservice, Sprachbüro, Sekretariat, Telefon, Telefax, Schreibautomat u. Postverteilung usw. Tel. 0 69 / 58 38 47, Fax. 4 70 194

Schreiner-Montage-Team
mit 18-Werkstatwagen führt Schreiner-Montagen im Bundesgebiet und im Ausland aus. Fa. JURO-MONT. Sägewerk 5/1. 7252 WEIL DER STADT. Tel. 0 70 33 / 79 94

PRODUKTIONSANLAGEN - ENGINEERING - KNOW-HOW
zur Herstellung gewerblicher, industrieller Wasch- u. Reinigungsanlagen. Weltweit. Vertriebsgesellschaft GmbH. Postfach 11 51, D-7187 Metzingen. T. 0 71 42 / 90 51 / 53, Telefax 7 24 474 telex d

Verkaufsfördernde Radio-Werbung
Mit unserer gezielten, fachkundigen Unterstützung einer Radio-Werbung im Ausland (Spanien) steigern auch Ihre Umsatzzahlen. Ihr täglicher Werbepotential in Deutsch, Englisch oder Spanisch von 20 Sek. - Kosten pro Monat 1000,- DM. Dazu bieten wir noch eine Bonusentschuldung in Höhe von 300,- DM. Zuschriften unter R. 11270 an WELT-Verlag, Postfach 10 00 95, 4300 Essen

Gut Gemeint

Es ist vielleicht gut gemeint, was Innenminister Zimmermann dem Bundesrat heute in Sachen Abfallbeseitigung vorschlägt. Der Lebensmittelhandel soll verpflichtet werden, Einwegpackungen, deren Beseitigung die Umwelt belastet, nach Gebrauch zurückzunehmen. Überdies will man ihn zwingen, pro Einwegpackung etwa Milch in der Tüte – eine bestimmte Menge des gleichen Lebensmittels in Mehrwegpackungen anzubieten. Ob das so aber gut ist? Es kann nicht gut sein, wenn ein Lebensmittelgeschäft als Zwischenlager für Hausmüll erhalten bleibt – etwa der Supermarkt in der Fußgängerzone oder die Lebensmittelabteilung im Warenhaus. Wo sollen denn die Platz hernehmen? Es wäre doch viel einfacher, Sammelstellen nach Art des Glascontainers für diesen Sondermüll einzurichten.

Es ist auch nicht gut, wenn einem Kaufmann die Zusammensetzung seines Sortiments vorgeschrieben wird. Darüber entscheidet der Markt. Auch wenn der Minister nicht weiter will als eine Verordnungsmaßnahme, die er dann als Druckmittel einsetzen kann, um Handel und Hersteller zum freiwilligen Verzicht auf Einwegpackungen zu zwingen. Erstens ist es nicht Sinn solcher Ermahnungen, die im Ernstfall Be-

troffen zu erpressen, und zweitens weiß auch der Innenminister nicht, ob bei anderen politischen Mehrheiten fanatische Umweltschützer mit einer solchen Ermahnung nicht Unfug anstellen, indem sie sie etwa auf leere Konserven Dosen ausdehnen. Doch vielleicht kommt ja dem Bundesrat heute die Erkenntnis, daß „gut gemeint“ meist das Gegenteil von „gut“ ist.

Clever

adh. – Nun fahren sie wieder um die Wette, die um den Rumm wetteifern, den Beaujolais primär als erste in ihr Heimatland zu bringen. Wenn man von der Tragik jenes verunglückten Sportflugzeuges absteht, das auf dem Rückweg nach Irland abstürzte, für alle Beteiligten offenbar eine vernünftige Sache. Nur: Was ist eigentlich daran, an dem jungen Wein aus Frankreich, der die Leute in Bewegung bringt? Eigentlich nichts Besonderes, versichern die Kenner. Für den wahren Weintrinker allenfalls eine interessante Nuance neben anderen, höheren Genüssen. Allerdings haben cleverere Werbestrategen des französischen Weinbaus es geschafft, den „Primeur“ in aller Welt begehrt zu machen. Das sollte die deutschen Winzer aufhorchen lassen und zu neuen Ideen anspornen. Wie es geht, hat der Präsident des deutschen Weinbauverbandes vorerzählt. Er konnte sich vor Bestellungen für seinen jungen Portugieser kaum retten.

Schöne Bescherung

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Weihnachtsgeld für Milchbauern – das ist kein Witz. Denn die EG-Agrarminister haben sich dafür eingesetzt, die erste Zahlung der Milchprämie für die Überschreitung der Garanzmenge von November auf Februar 1985 zu verlegen. Bereits gezahlte Abgaben sollen rasch zurückgezahlt werden. Eine schöne Überraschung.

„Bedanken“ können sich die Bauern bei den Franzosen. Sie sehen sich nicht in der Lage oder halten es nicht für nötig, die Abgabe schon jetzt zu erhöhen. Und da auch andere Regierungen Ängste mit ihren Landwirten haben, wird die Sache verschoben. Auf die lange Bank.

Anfang April ist die Quotenregelung auf dem Milchmarkt in Kraft getreten. Danach erhalten die Bauern in der Bundesrepublik den garantierten Preis nur noch für eine Menge, die im bis zum 31. März laufenden Milchwirtschaftsjahr um 6,7 Prozent niedriger ist als 1983. Gestaffelt von zwei bis 12,5 Prozent: wunde jedem Betrieb sein spezieller Abzug und die Menge mitgeteilt, für die er den Preis von rund 70 Pfennig je Liter erhält. Liegt er mehr bei den Milchleuten an, dann sollte er dafür eine Abgabe von 52,5 Pfennig bezahlen.

„Damit die Bauern nicht zu kräftig „gebetet“ würden, hatte die Bundesregierung zuvor schon einen Härteausgleich beschlossen. Danach sollte der Abzug für das erste Halbjahr höchstens die Hälfte des Milchgeldes für Oktober ausmachen, der Rest sollte in den nächsten Monaten verrechnet werden.“ Wenn jetzt der Termin auf den Februar verschoben wird, dann setzen die Befürworter auf eine längere Anpassungsfrist für die Betriebe, darauf, daß im Winter weniger Milch produziert wird. Nur: Dies war immer schon so.

Wahrscheinlicher ist doch, daß die Abgabenteilung, die sich bis zum neuen Termin aufgestaut haben wird, noch gewaltiger wird, daß sie dann allerdings, wenn überhaupt, zeitlich noch länger gestreckt würde, wenn sie für die Betriebe verkäuflich bleiben soll. Immerhin sinken, am 1. Januar die Preise für Marktordnungsgegenstände auf Grund des Abbaus des Grenzgleiches um fünf Prozent. Dafür wird zwar bereits seit Juli eine Kompensation aus der Staatskasse gezahlt. Aber die Bauern sind immer

noch unzufrieden. Den Politikern nutzt der Zeitgewinn wenig.

Auch die Zahlen sprechen eher gegen als für eine Lockerung. Zweifellos zeigt die Quotenregelung Wirkung. Von April bis Oktober ist die Milchproduktion bereits um 5,1 Prozent gesunken. Wenn das vereinbarte Ziel erreicht werden soll, dann müßte die Erzeugung von November bis März um zwölf Prozent zurückgehen werden. Und selbst dann wird noch zu viel Milch erzeugt, rund 15 Prozent in der EG.

Diese Durchschnittszahlen verdeutlichen, daß es neben Betrieben, die sich angepaßt haben, auch solche gibt, die sich um die Neuregelung nicht geschert haben. Sollen sie jetzt auch noch dafür belohnt werden? Selbst wenn später zurückgezahlt werden sollte, dann haben sie zumindest den Zinsvorteil.

An dieser Neuregelung wurde in der Bundesrepublik bereits so viel herumgedokt, daß unter dem Strich die Mengenreduktion nur dem entspricht, was mit staatlichen Mitteln, vor allem durch die Milchrente, aus dem Markt herausgekauft wird. Dies mildert schon jetzt die Anpassungslast der Bauern gewaltig.

Jedenfalls schwindet doch das Vertrauen darauf, daß es mit der Umorientierung in der Agrarpolitik zu mehr Sparsamkeit hin wirklich ernst gemacht ist. Dieses ist gefährlich, denn nicht nur bei Butter und Magermilchpulver gibt es unverkäufliche Überschüsse, auch bei Wein und Getreide muß die Produktion gedrosselt werden. Die Erwartungen der Steuerzahler sollten nicht zu hoch geschraubt werden. Die eigentlich für April bereits beschlossene Preissenkung für Getreide um fünf Prozent wird bereits jetzt in Frage gestellt. Und der Februar-Termin liegt in der Nähe der nächsten Preisrunde. Zeit für neue Kompensationen?

Eine Verschiebung wäre dann sinnvoll, wenn die gesamte Regelung noch einmal auf den Prüfstand gehoben werden sollte. Dies ist jedoch nicht beabsichtigt. Zwar wird darüber spekuliert, ob in der Bundesrepublik die Milchleuten die Verteilung der Quoten übernehmen sollten, weil so ein Ausgleich zwischen den Betrieben leichter ist. Aber dieses ist Zukunftsmusik. Erst einmal kommt Weihnacht mit all den schönen Geschenken.

ELEKTROINDUSTRIE / Produktionsplus sieben Prozent – 20 000 Neueinstellungen

Der Erfolg der Branche stützt sich vor allem auf neue Technologien

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die deutsche Elektroindustrie erwartet ein erfreuliches Abschneiden für das gesamte Jahr 1984. Voraussichtlich wird ihre Produktion preisbereinigt um etwa sieben Prozent auf 109 Mrd. DM wachsen, der Umsatz um rund zehn Prozent auf 135 Mrd. DM. Für das kommende Jahr rechnet die Branche wieder mit einem Produktionsplus von fünf bis sechs Prozent.

Damit wäre nach Einschätzung von Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), die Branche wieder in der Lage, 20 000 bis 25 000 Mitarbeiter neu einzustellen. Schon im bisherigen Verlauf dieses Jahres wurden fast 20 000 Arbeitsplätze wieder geschaffen, nach Jahren des Personalabbaus eine erfreuliche Wende.

Dahinter steht eine erfreuliche Expansion, die von den Arbeitskämpfen der ersten Jahreshälfte nur kurzfristig und nicht nachhaltig unterbrochen wurde. Wie stark die Branche und ihre Kunden sich darum bemühen, die Streikfolgen wieder aufzufüllen, wird an der Nachfrageentwicklung deutlich: Im Juli, dem Monat nach dem Streik, wuchsen die Auftragsgänge sprunghaft um gut 28 Prozent.

Damit lag die Zuwachsrate doppelt so hoch wie im Dreivierteljahresdurchschnitt, in dem sie gut 14 Prozent erreichte. Kräftigen Schub erhielt die Nachfrage aus dem Ausland, das 20,5 Prozent mehr orderte als in den ersten neun Monaten 1983. Die Inlandsaufträge nahmen um elf Prozent zu.

Die Auftragspolster erreichten da-

mit wieder eine Reichweite von 5,2 (4,9) Monaten. Die vergleichsweise geringe Steigerung signalisiert es bereits: Ein guter Teil der Orders wurde umgehend abgearbeitet. Dadurch nahm auch der Branchenumsatz in den ersten neun Monaten um 9,4 (real: 8,2) Prozent zu.

Während es bei den Investitionsgütern (plus elf Prozent) und den Bauelementen (plus 24 Prozent) flott bergauf ging, stagnierte das Gebrauchsgütergeschäft, vor allem durch den Rückgang der Unterhaltungselektronik-Umsätze um sechs Prozent – die Hausgeräte kamen auf ein kleines Plus von zwei Prozent.

Auch im Umsatz spiegelt sich die Auslandsbelegung wider. Bis Ende September stieg der Export um 17 Prozent auf 42,7 Mrd. DM und erreichte damit 54 Prozent der damit vergleichbaren Produktion. Einen wichtigen Beitrag dazu leistete der dynamische US-Markt in Verbindung mit dem exportfreundlichen Dollarkurs. Mit einer Steigerung ihrer Käufe um gut 50 Prozent auf rund 3,5 Mrd. DM schoben sich die USA in der Rangliste der deutschen Kundenländer vom fünften auf den dritten Platz.

Sowohl im Export als auch im Inlandsgeschäft hatten die „neuen

Technologien“ wesentlichen Anteil am Erfolg: Die Datentechnik kam auf den Auftragsplus von 28 Prozent, die Auftragsgänge der Nachrichtentechnik nahmen um 15 Prozent und die der Bauelementhersteller sogar um 43 Prozent zu. 1983 hatten Produkte der Kommunikationstechnik und der Unterhaltungselektronik (einschließlich der Unterhaltungselektronik) mit 47,6 Mrd. DM bereits einen Produktionsanteil von rund 47 Prozent.

Im Vergleich zu den „Innovationsprodukten“ schnitten die klassischen Bereiche der Elektrotechnik wie die – inzwischen freilich auch elektronisch geprägte – Starkstromtechnik (6,5 Prozent höhere Aufträge) oder die Beleuchtungstechnik (plus zehn Prozent) bescheidener ab. Dennoch lag die Kapazitätsauslastung im Branchenschnitt des dritten Quartals mit 83 Prozent um fünf Prozentpunkte höher als vor Jahresfrist.

Diese Verbesserung und die Produktivitätssteigerung, (für das Gesamtjahr rund sechs Prozent) verbesserten auch die Ertragslage. Nachdem die Elektrounternehmen 1983 1,6 Prozent ihrer Umsätze (nach Steuern) verdient hatten, kamen sie schon im ersten Halbjahr „wahrscheinlich“ auf eine Rendite von zwei Prozent.

Die gute Auslastung wird auch wieder zu Erweiterungsinvestitionen führen. Das Investitionsvolumen der Branche, in diesem Jahr zwischen sechs und sieben Mrd. DM, könnte 1985 acht Mrd. DM erreichen.

FORSCHUNGSTAGUNG IN BERLIN

BDI: Enge Kontakte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft

th. Berlin

Berlin ist ein Pionierfall im ganzen Ablauf der Strukturveränderungen in der deutschen Industrie, erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Prof. Rolf Rodenstock, gestern vor Journalisten in Berlin. Anlässlich der Forschungstagung der deutschen Wirtschaft sagte er, der Forschungsstandort Berlin hat in den vergangenen Jahren spürbar an Attraktivität gewonnen. Die Voraussetzungen und Zielsetzungen sowie die neuen Initiativen in der Stadt seien beispielhaft und nachahmenswert.

Die Standortvorteile Berlins liegen, so Rodenstock, darin, daß die Kontakte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft hier wieder enger geworden sind. Und die Wirtschaft nehme das wachsende Angebot der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute auch wieder in zunehmendem Maße an. Das Echo auf die Konferenz bezeichnete der BDI-Präsident als positiv. Die Ziele, zusätzliche Impulse für wissenschaftlich-wirtschaftliche Kooperationen zu geben, seien erreicht.

Daß Berlin auf dem richtigen Weg ist, unterstrich Berlins Wirtschaftssekretär Elmar Pieroth. Er erinnerte daran, daß mit über 2500 neuen Arbeitsplätzen bis September der Arbeitsplatzmangel in der Industrie abgebaut worden sei. Außerdem sei fast monatlich ein neues Projekt im Bereich Forschung und Entwicklung in der Stadt entstanden. Ebenso seien

neue Unternehmen angesiedelt und zukunftsreiche Produktionen ausgebaut worden.

Im Haushalt des Bundesforschungsministers sind die Mittel für Berlin von knapp 87 Millionen DM im Jahr 1984 auf jetzt eine Viertel-Milliard gestiegen, betonte Minister Heinz Riesenhuber. Berlin sei ein guter Ausgangspunkt dafür, daß nicht nur die Innovationshöhe gehalten werde, sondern auch das Innovationsstempo. Berlin sei nämlich schneller geworden. Er unterstrich gleichzeitig die hervorragende Infrastruktur der Stadt mit der hohen Zahl wissenschaftlicher Institute. In der Stadt gebe es neuen Schwung, einen neuen Geist und Offenheit für neue Probleme.

Auf die lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der Stadt wies Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm A. Kewenig hin. Diese Kooperation sei nicht in Silicon Valley erfunden worden, sondern habe in Berlin erste Triumphe gefeiert. Von Seiten der Wirtschaft wurde darauf verwiesen, daß eine Verlagerung oder ein Ausbau von Forschungsaktivitäten in der Stadt nicht unbedingt ein Vorstandsmitglied für Forschung nach sich ziehen müsse. So schalte zum Beispiel SEL in Berlin von Elektrotechnik auf hochmoderne Kommunikationstechnik um, schicke aber den Finanzvorstand an die Spree, sagte SEL-Vorstandsmitglied Gerhard Zeidler.

AUF EIN WORT



Manfred Rommel, Oberbürgermeister von Stuttgart. FOTO: RUPP DÄCHINGER

„Auch im Umweltschutz werden die Kosten dem Bürger in Form der Preise begegnet. Das ist auch gar nicht so schlimm, aber wir müssen das durchsetzen.“

Möglichst geringe Abgabenbelastung

Mk. Bonn

Die Regierungen der Bundesrepublik und der Schweiz wollen die Belastung des Lastkraftwagenverkehrs mit Abgaben so gering wie möglich halten. In den dreitägigen Gesprächen auf Beamtenebene, an der auch das Gewerbe teilnahm, über die neue Schwerlastabgabe der Schweiz wurden die Erwartungen der Steuerzahler sollten nicht zu hoch geschraubt werden. Die eigentlich für April bereits beschlossene Preissenkung für Getreide um fünf Prozent wird bereits jetzt in Frage gestellt. Und der Februar-Termin liegt in der Nähe der nächsten Preisrunde. Zeit für neue Kompensationen?

Eine Verschiebung wäre dann sinnvoll, wenn die gesamte Regelung noch einmal auf den Prüfstand gehoben werden sollte. Dies ist jedoch nicht beabsichtigt. Zwar wird darüber spekuliert, ob in der Bundesrepublik die Milchleuten die Verteilung der Quoten übernehmen sollten, weil so ein Ausgleich zwischen den Betrieben leichter ist. Aber dieses ist Zukunftsmusik. Erst einmal kommt Weihnacht mit all den schönen Geschenken.

EG-MILCH-QUOTENREGELUNG

Die Erhebung der Abgabe soll verschoben werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission hat noch nicht darüber entschieden, ob die europäischen Milchherzeuger einen weiteren Zahlungsaufschub für die bei Überschreitung ihrer Produktionsquoten fällige „Superabgabe“ erhalten. Sie wird sich indes einem entsprechenden Beschluß kaum entziehen können, nachdem bereits acht Mitgliedstaaten dafür eingetreten.

Wie ein Sprecher der Behörde gestern mitteilte, ist eine Entscheidung für kommenden Mittwoch vorgesehen. Die Mehrheit der Agrarminister hatte die Kommission praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt. Ausgehend von einer Erklärung des französischen Landwirtschaftsministers Michel Rocard, wonach Paris noch nicht über die für die Eintreibung der Abgabe erforderlichen verwaltungstechnischen Voraussetzungen verfüge,

hatten sich auch mehrere andere Minister für eine Verschiebung des ersten Erhebungstermins um weitere drei Monate ausgesprochen.

Ursprünglich war vorgesehen, die Strafsteuer in Höhe von 75 Prozent des Milchrichtpreises der 75 Prozent des Milchrichtpreises der Garantiemengen-Regelung – also zum 1. Juni 1984 – abzuführen. In mehreren Ländern gab es jedoch Schwierigkeiten bei der Einführung von Härteregeungen. Als neuer Termin wurde daher der 15. November beschlossen. Jetzt hat die Kommission diese Frist bis zum 23. November hinausgeschoben.

Das Hin und Her macht deutlich, daß in den meisten Mitgliedsländern der Druck auf die Regierungen in Richtung auf eine Verzögerung oder Verbesserung der im Frühjahr beschlossenen Maßnahmen gegen die Milchüberschüsse wächst.

FINANZMÄRKTE

Friderichs sieht Spielraum für Senkung der Zinsen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bei sinkenden US-Zinsen und einem leichteren Dollar sieht Hans Friderichs, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, zusätzlichen Manövrierespielraum für die Bundesbank, der für Zinssenkungen genutzt werden könnte. Auf einer Vortragsveranstaltung in Augsburg empfahl der Bankier den wichtigsten Industriestärken, in Erwägung zu ziehen, auch in der Fiskalpolitik wieder auf eine expansive Linie umzuschwenken; in der Bundesrepublik könnte dies durch ein Vorziehen der geplanten Steuerreform geschehen. Auf diese Weise würden die sich abschwächenden Konjunkturimpulse aus den USA kompensiert. Außerdem wäre dies für eine Verstärkung des nach Friedrichs Auffassung noch keineswegs gefertigten weltwirtschaftlichen Aufschwungs angezeigt.

Skeptisch beurteilt der Bankier die

Aussichten für eine Reduzierung der hohen amerikanischen Defizite in der Leistungsbilanz und im Haushalt bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in den USA. Nach seiner Auffassung kann sich selbst eine so große Wirtschaft wie die der USA einen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu hohen Dollarkurs nicht mehr lange leisten. Bezieht er unter Hinweis auf die Arbeitsplatzverluste in zahlreichen Branchen als Folge der Importkonkurrenz und die verstärkte geforderten protektionistischen Maßnahmen.

Für 1985 rechnet Friderichs bei einer sich abschwächenden Wirtschaftstätigkeit und sinkendem Kreditbedarf der Wirtschaft mit einer Ausweitung des Spielraums für eine Zinssenkung in den USA, und er sieht Chancen für monetäre Lockerungen und eine Abschwächung des Dollars.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Raffaellenbanken: Preise bleiben weiterhin stabil

Bonn (dpa/VWD)

Die in den letzten Monaten erreichte Preisstabilität wird nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) auch in den kommenden Monaten anhalten. In seinem gestern veröffentlichten jüngsten Konjunkturbericht rechnet der Verband im Durchschnitt des Jahres 1985 mit einer Preissteigerungsrate von rund zwei Prozent. Druck beteure nur bei Importpreisen, die den Verbraucherpreisen vorgelagert sind – aufgrund des starken Dollars. Die Preisstabilität werde zu einer wichtigen Basis für die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr. Die Arbeitsmarktpolitik könne nach Ansicht des Verbandes durch eine expansive Geldpolitik ganz sicher nicht gelöst werden.

Für einstufige Reform

Bonn (VWD)

Die von der Bundesregierung beschlossenen Steuerreformen sollten nach Meinung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) nicht in zwei Stufen 1986 und 1988, sondern in einem Schritt bereits zum 1. Januar 1986 in Kraft gesetzt werden. Außerdem würde die Entlastungswirkung der Tarifreform verstärkt durch eine die Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen fördernde Maßnahme.

Sparkassen-Konsortium

Frankfurt (adh)

Eine 200 Millionen DM-Weltbank-Anleihe, die als Privatplatzierung untergebracht werden soll, hat erstmals die europäischen Sparkassen als Konsortium unter einen Hut gebracht – unter Federführung der Bayerischen Landesbank Sparkassen oder -zentralinstitute aus 10 europäischen Ländern. Die Anleihe mit sieben Jahren Laufzeit soll zum Kurs von 100 Prozent mit 3/8 Prozent angeboten werden.

Besser bewertet

Frankfurt (DW)

Die Standard + Poor's Corp., New York, hat das Rating von Schuldverschreibungen der Continental Illinois Corporation, der Holding der Continental Bank, ver-

bessert. Das Unternehmen, für das im Juli der amerikanische Staat zu einer Rettungsaktion antreten mußte, die zu einer 80prozentigen Verstaatlichung führte, wurde gleichzeitig von der sogenannten „Creditwatch“-Liste der Marktbeobachter gestrichen. Die Continental-Geschäftsleitung trat erneut Gerüchten entgegen, das Institut habe neuen Refinanzierungsbedarf.

Keine Beschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD)

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat gestern – wie erwartet – keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt, teilte die Deutsche Bundesbank mit. Der Diskontsatz bleibt damit bei 4,5 Prozent und der Lombardsatz bei 5,5 Prozent.

Privatbank in Portugal

Lissabon (dpa/VWD)

Als erste Privatbank seit der Verstaatlichung der Banken in Portugal 1975 hat die Manufacturers Hanover Trust eine Filiale in Lissabon eröffnet. Die gegenwärtige Mitte-Links-Regierung von Mario Soares öffnet den Bankensektor vorsichtig wieder der Privatinitiative. Bislang erhielten außerdem die Chase Manhattan und eine portugiesische Bank eine Lizenz.

Zwangsgabe geplant

Stockholm (dpa/VWD)

Die schwedische Regierung will auf die Unternehmensgewinne des Jahres 1985 eine Sonderabgabe von zehn Prozent erheben. Das geschätzte Aufkommen von fünf bis zehn Mrd. Kronen (1,75 bis 3,5 Mrd. DM) muß zinslos bis in eine Verordnung. Die Unternehmen dürfen das Geld später nur wieder in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Entwicklung investieren.

Zinstender 5,1 Prozent

Frankfurt (VWD)

Die Deutsche Bundesbank bietet vom 18.11. bis 17.12. ein neues Wertpapier-Pensionsgeschäft an. Es handelt sich um einen Zinstender, wobei der Mindestbeteiligungssatz 5,1 Prozent beträgt, teilt die Bundesbank auf Anfrage mit. Gebots- und Zuteilungstermin ist heute.

EUROPÄISCHER STAHLMARKT

Fristverlängerung für den Abbau der Beihilfen erwogen

WILHELM HADLER, Brüssel
Die EG-Kommission will dem Ministerrat vorschlagen, Beihilfen für die europäische Stahlindustrie auch nach 1985 zuzulassen. Sie hält jedoch an dem Beschluß fest, daß sämtliche öffentlichen Subventionen spätestens Ende nächsten Jahres auslaufen müssen.

Der Kommissionsvorschlag soll am kommenden Donnerstag in einer Sitzung der Industrieminister diskutiert werden. Bisher sah der „Subventionskodex“ der Gemeinschaft vor, daß Beihilfen für den laufenden Betrieb nur noch bis Ende 1984 zulässig sein sollten. Mehrere Mitgliedsstaaten haben dem Vernein nach eine Fristverlängerung erbeten.

Um eventuellen Wünschen nach einer Verlängerung des Gesamtbeihilfensystems vorzubeugen, denkt die Kommission offenbar daran, den im

März 1983 beschlossenen Gesamtrahmen der zulässigen Subventionen für einige Länder aufzustocken. Entscheidend bleibe jedoch, daß die staatlichen Zuwendungen der Umstrukturierung dienen und daß die betroffenen Unternehmen lebensfähig seien.

Bisher hat keine Regierung um eine Verlängerung der Fristen für den Abbau der Beihilfen nachgesucht. Frankreichs Staatspräsident Mitterrand hat jedoch bereits im April dieses Jahres öffentlich angekündigt, daß Paris seinen Umstrukturierungsplan für die Stahlindustrie auch nach 1985 fortführen müsse.

Einstellen will die Kommission vom 1. April an die Gewährung von zusätzlichen Produktionsquoten für Unternehmen, die besondere Anstrengungen bei der Stilllegung überschüssiger Kapazitäten machen.

FÜHRUNGSKRÄFTE / Nachwuchs-Schwemme macht immer größere Probleme

Erfahrene Krisen-Manager gefragt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Schon heute sei es keine Seltenheit, daß die Annahme einer attraktiven Nachwuchsposition etwa in einem renommierten Großunternehmen zwischen 150 bis 200 Bewerbungen bringe. In den nächsten fünf bis zehn Jahren werde das Gebot drängen mit der steigenden Zahl von Jungkadern, ob Wirtschaftswissenschaftler, Ingenieure oder Juristen, gewiß noch größer.

Und größer auch das Problem der Firmen, mit rationalem Arbeitsaufwand aus der Angebotschwemme für Neueinstellungen wie für das Herausfinden von Karrierekandidaten „die Perlen herauszufischen“.

Jochen Kienbaum, als Juniorchef in Vaters Unternehmensberatung Gruppe für die „Personalberatung“ und damit für knapp ein Viertel vom Gesamtgeschäft der Gruppe verantwortlich, macht solche Bemerkungen natürlich nicht ohne den Hinweis,

daß man dem Kunden „nach letztem internationalen Entwicklungsstand“ ausgefeilte Beurteilungsmethoden für den Nachwuchs an die Hand geben könne. Doch die Reklametrommel klingt da eher vorsorglich.

Mit einem erwarteten 1984er Umsatz von 15,5 (14,3) Millionen DM aus „reiner Beratung“ hat die Kienbaum-Personalberatung nach eigener Einschätzung ihre „Position des deutschen Marktführers“ deutlich behauptet. Der Markt ist auch lebhafter geworden, wie Kienbaum auch aus eigenem Haus mit der für 1984 erwarteten Besetzung von 470 (nach 350) Management-Positionen aus entsprechenden Kundenaufträgen demonstriert.

Aber es ist wieder einmal ein gespaltenes Markt. Stark und oft über das Angebot hinaus von den Firmen nachgefragte Positionen sind derzeit nach Kienbaums Erfahrung beispielsweise erfolgserprobte Ge-

schäftsführer und Vorstände, die Unternehmen aus kritischen Situationen herausführen können; ferner hochkarätige Vertriebs- und Marketingmanager, Entwicklungs-, Konstruktions- und Projekttechniker (letztere für Automatisierungstechnik). Betrachtliches Bewerber-Überangebot um offene Stellen herrsche, dagegen bei Personalleitern und Personalreferenten und bei kaufmännischen Führungspositionen.

Den bisherigen Erfolg des „Personalgeschäfts“ im eigenen Haus betrachtet Kienbaum auch mit der verstärkten Firmen-Nachfrage nach Vergütungsberatung. Da mache man die in Deutschland „am weitesten verbreiteten“ Gehaltsstruktur-Untersuchungen. Deren jüngstes Resultat: Die Grundgehälter deutscher Manager sind 1984 um vier Prozent gestiegen und dürften 1985 die gleiche Wachstumsrate haben.

Anzeige

„Eine Flasche Harveys Bristol Cream krönt jeden Anlaß.“

Aktienmarkt ohne Anregungen

Kurse gaben überwiegend leicht nach

DW - Frühzeitig in diesem Jahr beginnt die Tendenz des Aktienmarktes durch die begrenzten Aufwandsarbeiten bestimmt zu werden. Weder Banken, noch Verlage werden den noch größten Bestand an Aktien vor. Das dürfte auch der Grund dafür sein, dass Vermittlung wurden Kaufaufträge aus dem Ausland. Die wieder aufgekommene Zinssicherheit in den USA und die damit verbundenen Folgen auf den Dollarkurs haben die Anleger zurückgeworfen. Die seit Anfang 1984 beobachtenden Käufe einiger Publikumsfonds wurden sehr behutsam fortgesetzt. Möglicherweise haben davon VW, die sich am stärksten, die sich entgegengesetzten allgemeinen Trend etwas verbessert. Auch bei den AEG waren wieder übergehende kurzfristige Käufe zu beobachten. Zur Schluss neigten auch die Einzelhandelswerte, während Bankaktien nur geringfügig abschwächen. Aktienmarkt gaben bis zu fünf DM nach.

so positive Zwischenberichte, wie sie jetzt von Höchst veröffentlicht worden sind, überhaupt keine Wirkung zeigen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Ertragskraft in diesem Fall hochgeschätzt werden und die eigentliche nur bestätigt worden sind.

Ver. Rumpfs 10 DM. Büfner und Hagen Batterien stiegen um 2,50 DM auf und Keramag um 4 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Muenchen Bet. 5 DM, Allianz Lebens 30 DM und Allianz Vers. 31 DM.

Frankfurt: Franconia Rück stieg um 10 DM auf 370 DM. Velt Pirelli um 12 DM auf 262 DM und Bielefeld um 10 DM auf 238 DM. KPS verbesserten sich um 3 DM auf 162 DM. Hartmann & Braun Vz gaben um 15 DM nach.

Hamburg: Markt und Kühlfahrer setzten ihre Auswärtskäufe um 5 DM auf 380 DM. HEW waren bei 8,50 DM gut behauptet und NYK-Vz lagen mit 180 DM 1 DM fest. Unverändert blieben Bielefeld mit 380 DM. Phoenix Gummi gaben um 5 DM nach. Weiter rückläufig waren Kühlturms mit 750 DM (mit

aus 20 DM. Hapag Lloyd wurden mit 81 DM gehandelt.

München: Agrob Vz stiegen um 1 DM, Audi NSU und Wanderer um je 5 DM. Heltit um 8 DM und Strubach Coburg um 15 DM auf Otto Stumpf gewannen 130 DM. Nachgekauften haben Aigner um 3 DM, Brau AG Nürnberg um 5 DM, Fliegensch um 1 DM und Bertschmann um 1 DM. S&W Chemie verminderten um 9 DM.

Berlin: DeTeWe und Berthold zogen um je 10 DM und Rheinmetall um 9 DM an. Oresten lagen um 2 DM. Herta Vz um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Freundlicher, Schering und Spinnereid wurden je 5 DM und Kempinski 2,50 DM ein.

Nachrichten unvollständig.

WEST-Aktienindex: 167,3 (157,4)

WEST-Aktienindex: 228 (232)

Inland

Frankfurt

Hamburg

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

15.11.	14.11.	15.11.	14.11.	15.11.	14.11.	15.11.	14.11.	15.11.	14.11.
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50

Aktienumsätze

15.11.	14.11.	15.11.	14.11.	15.11.	14.11.	15.11.	14.11.	15.11.	14.11.
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50
100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50	100,75-50

DM-Anleihen

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

Hamburg

München

Frankfurt

ft · Das Wirtschaftsmagazin **am Kiosk**

Lebensversicherungen

Verbraucherschutz und Kommerz

RAK. Seit vor einigen Jahren ein führender Versicherungsvertreter in der Vertretung der Versicherer eine einträglichere Marktlinie witterte und eine eigene Organisation schuf, hat der traditionelle Verbraucherschutz lautstarke Konkurrenz bekommen. Strategie dieser Organisation, die sich „Bund der Versicherten (BdV)“ nennt mit Polemik und flotten Sprüchen Aufmerksamkeit erregen, zahlende Mitglieder gewinnen und damit ein Umfeld schaffen, das sich verkaufsfördernd für Broschüren und Bücher nutzen lässt.

Die groß angekündigte erste Versammlungskonferenz Ende September in Hamburg war alles andere als eine Sternstunde des Verbraucherschutzes. Sie geriet zur mühsamen Werkschau des Geschäftsführers des Bundes der Versicherten, Hans Dieter Meyer, der sich immer mehr zu einem Don Quixotte unter den Verbraucherschützern entwickelt. Solche harten Worte fanden die Verbraucherschutzzentralen Rheinland-Pfalz und Hessen für die erste größere Veranstaltung, die dem Bund der Versicherten wieder einmal Publizität verschaffen sollte.

Das gelang auch, doch freilich nur, weil der Geschäftsführer hinter dem Rücken der Teilnehmer eine Presseerklärung herausgab, die den Ablauf völlig falsch darstellte. Die Aufregung der Verbraucherschutzzentralen war berechtigt, tatsächlich geriet die Konferenz zu einem Fiasko für Meyer.

Sämtliche von ihm und seinen

mitbewerben Experten bei beiden gesellschaftsrechtlichen Formen nach den gleichen Regeln. Und die eingezahlten Prämien seien in jedem Fall Eigentum der Gesellschaft. Einziger Unterschied: Beim Verein habe der Versicherte Ansprüche nach dem Vereinsrecht, bei einer AG nach dem Schuldrecht.

Die zweite Forderung, die Prämien nach Verwaltungskosten, Risiko- und Sparanteil aufzuschlüsseln, fand auch bei den anwesenden Verbraucherschützern wenig Anklang. Anstelle einer einzigen Zahl gäbe es dann drei, mit denen sich der Laie auseinanderzusetzen müsse. Dies schaffe mehr Verwirrung als Transparenz.

Auch mit seiner Meinung, Lebensversicherte sollten alle fünf Jahre die Ertragsfähigkeit eines Unternehmens überprüfen und sich dann bei einer anderen Gesellschaft versichern können, blieb der BdV-Geschäftsführer allein. Dabei stellte sich heraus, daß sich der sonst als kundig gebende Meyer die Konsequenzen gar nicht durchdacht hatte. Der Hinweis, daß sich das durch höhere Abschlussbeträge für den Versicherten nachteilig auswirken müsse, ließ ihn ratlos.

Die Veranstaltung dürfte die Fronten zwischen den Verbraucherschutzorganisationen und dem „Bund“ weiter verhärtet. So distanzieren sich mehrere Verbraucherschutzzentralen bereits „nachdrücklich von solchen unseriösen Veranstaltungen“.

Tatsache ist, daß das Gespräch zwischen Versicherungswirtschaft und Verbraucherschutz schon lange und regelmäßig gepflegt wird. Hier besteht, so übereinstimmend die Vertreter der Assekuranz und der Verbraucherorganisationen, die Möglichkeit, sachlich miteinander zu diskutieren und gegenseitiges Verständnis zu erzielen.

SPARPLÄNE MIT VERSICHERUNGSSCHUTZ / Angriff einiger Versicherer

Wettlauf ums Geld der Sparer

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die einen, wie der Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Georg Büchner, nennen es – US-Werbetexten entlehnt – „das größte Comeback seit Lazarus“, die anderen feiern es als ein Zeichen besonderer Innovationsfreudigkeit des Kreditgewerbes, das bei einigen Versicherern eine gewisse Unterstützung erfahren hat. Es geht um den „Sparplan mit Versicherungsschutz“ der Deutschen Bank in Kooperation mit der Berliner Lebensversicherung und seine Folgeprodukte. Zwar ist ihre Zahl noch nicht groß, doch einige Versicherer sind schon zum Gegenangriff angeregt: Gerling und Deutsche Ring bieten mit angeschlossenen Investmentfonds eigene Vermögensaufbaupläne an.

Das Deutsche-Bank-Modell besteht aus einem Sparplan mit Laufzeiten zwischen acht und 25 Jahren, dessen monatliche oder vierteljährliche Sparbeiträge wie Spareinlagen mit vierjähriger Kündigungsfrist (zur Zeit sechs Prozent) verzinst werden. Am Ende der Vertragsdauer erhält der Anleger einen Bonus, je nach Anlagedauer zwischen zwei und 30 Prozent. Die Höhe des Bonus ist garantiert, der Normalzinssatz nicht. Über das Verzugsziel, nicht etwa – wie oft angenommen wird – über das Leben des Sparerers kann eine Risiko-Versicherung abgeschlossen werden. Die Rendite erreicht günstigerfalls sieben Prozent, wobei jedoch die Zinserträge zu versteuern sind.

Eine gemischte Kapital-Lebensversicherung braucht den Vergleich mit diesem Modell nicht zu fürchten, dessen Absicht es ist, gegen den über Jahre erkennbaren Schwund von Sparanlagen privater Haushalte zu Gunsten der Lebensversicherungen einen Damm zu errichten. Der Quell munter sprudelnder Spargelder soll wieder auf die Sparkonten und dann – in Kredite umgewandelt – wieder der Wirtschaft zukommen. Die Gesamtrendite von Lebensversicherun-

gen (unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen Quote derjenigen Versicherer, die die Vertragsdauer nicht erleben) beträgt selbst bei einem Einkommensteuersatz von nur 22 Prozent bei 15-jährigen Verträgen zwischen 7,59 und 11,33, bei 30-jährigen Verträgen zwischen 8,09 und 9,86 Prozent.

Dies ist vor allem eine Folge der seit über hundert Jahren im Sinne des Vorsorgedenkens der Versicherer geltenden Steuerprivilegien: Einmal sind die Beiträge zu mindestens zwölf Jahren laufenden Verträgen steuerbegünstigt, zum anderen sind die Versicherungsleistungen steuerfrei. Beim Sparplan der Deutschen Bank sinkt bei 30 Prozent Einkommensteuersatz der gutgeschriebene Zinssatz von acht auf 5,6 Prozent.

Eine dritte Säule

Nicht ganz so alt wie das Steuerprivileg für Vorsorgeaufwendungen sind Sparpläne mit Versicherungsschutz; sie gibt es schon seit 1931 unter wechselnden Namen. Doch keinem der Angebote, von wem auch immer auf den Markt gebracht, war besondere Aufmerksamkeit beschieden. Dennoch: Die Aufregung unter den Versicherern ist groß, ihre Gelassenheit zum Teil recht vorgerückt. Sicher, sie wollen es sich nicht mit den Banken verderben. Seitens der Werbung das neue Produkt als Beitrag zur Vorsorge oder gar als ein Baustein zur dritten Säule der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge angepriesen wird. So GDV-Präsident Büchner. Und weiter:

„Der Sparplan kann schon deshalb den meisten Interessenten nicht als Altersvorsorge dienen, weil er es in der Langfristigkeit mit der kapitalbildenden Lebensversicherung nicht entfernt aufnehmen kann. Und als Hinterbliebenenvorsorge ist er vollends unterlegen, weil eben die be-
gepackte Risikoversicherung eindeu-

tig den Charakter einer Restschuldversicherung hat.“

Büchner rechnet den Banken auch vor, daß sie es bei ihrem Zinsänderungsvorbehalt an Deutlichkeit fehlen lassen: „In den letzten 25 Jahren lagen die Zinsen für Spareinlagen mit vierjähriger Kündigungsfrist die längste Zeit unter, lange sogar weit unter sechs Prozent.“ Bei sinkenden Sparplan-Zinsen kann es mit der Attraktivität schnell vorbei sein.

Besonders ärgerlich empfindet Büchner die Behauptung, beim Sparplan verdopple sich der Aufwand in etwa 20, bei der Lebensversicherung verdopple sich die Versicherungssumme erst in etwa 30 Jahren. Hier sieht der GDV-Präsident „Äpfel mit Birnen verglichen“, nämlich Sparaufwendungen mit Versicherungssummen, obwohl letztere mit den Einzahlungen des Versicherten keineswegs identisch sind, sondern weit darüber liegen.

Und schließlich die Gebühren: Der von den Banken vermittelte Eindruck der Kostenlosigkeit sei nur eine optische Täuschung. Das mit sechs Prozent verzinst Spargeld werde doch zu neun Prozent an Kreditnehmer weitergegeben und die Zinsmarge zur Kostendeckung und als Gewinn „eingestrichen“. Büchner: „Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden, solange dem Kunden die Kostenlosigkeit nicht vorgespiegelt wird.“

Wie der Wettkampf der Giganten, Banken gegen Versicherer, auch weitergehen mag, aus der Assekuranz haben sich einige Unternehmen bereits aus der anfänglichen Phalanx verabschiedet. Die R+V-Versicherungsgruppe arbeitet mit neun Volks- und Raiffeisen-Sparkassen zusammen und einige Sparkassen mit bislang elf öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungen. Nürnberger Lebensversicherung, Vita Leben, Berlinische Leben und DBV-Leben haben sich zusammengesetzt und werden mit der Commerzbank zum Monatsende ein weiteres Modell präsentieren.

NACHRICHTEN

Italien erhöhte Deckungssummen

Bonn (DW.) – In der Autohaftpflichtversicherung Italiens wurden die gesetzlichen Mindestdeckungssummen verdoppelt. Für Auto- und Motorrad (über 150 cm) stehen ab 1. September pro Schadenfall 484 000 Mark zur Verfügung. Pro verletzte Person können maximal 161 000 Mark Entschädigung gezahlt werden. Der Ersatz für Sachschäden wurde auf 48 400 Mark begrenzt. Gemessen an deutschen Verhältnissen (bis zu 1,5 Millionen Mark für Personenschäden) sind die italienischen Summen noch gering.

49 000 Bildschirmgeräte

Düsseldorf (Py.) – In den Unternehmen der Versicherungswirtschaft sind zum Jahresende etwa 49 000 Bildschirmgeräte aufgestellt; vor einem Jahr, 1983, waren es erst 41 000, 1979 lediglich 13 000 Geräte. Zwei Drittel von ihnen sind in den Hauptverwaltungen, ein Drittel in den Niederlassungen der Versicherer installiert. Etwa 62 000 Beschäftigte, 43 Prozent der Inendienstangestellten, arbeiten an Bildschirmterminals.

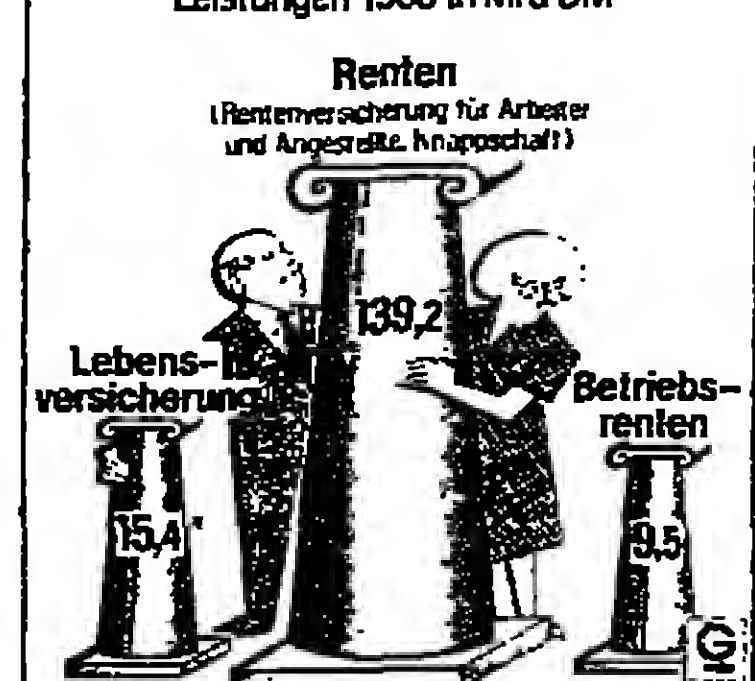
Rabatt-Retter

Düsseldorf (Py.) – Die für die Kfz-Haftpflichtversicherung ab 1. Januar beabsichtigte Rückstufung von Fahrern, die sich in der höchsten Schadenfreiheitsklasse (13) befinden und nach einem Unfall künftig zurückgestuft werden können, stößt bei einigen Versicherern auf Widerspruch. Die Gothaer Versicherungsbank VVag und die Gothaer Allgemeine wollen auch künftig beim Rabatt-Retter bleiben, den sie als erste vor zehn Jahren eingeführt hatten.

43 Versicherungspleiten

Rom (DW.) – Seit 1974 wurden in Italien 43 Versicherungsgesellschaften liquidiert. In der Bundesrepublik wurde seit 1929 erst einer deutschen Gesellschaft die Zulassung entzogen, im August dieses Jahres der Güterverkehrs-Versicherung.

Die drei Säulen der Alterssicherung



Die finanzielle Sicherheit ruht auf drei Säulen: Die wichtigste, die Rentenversicherung, zahlte 1983 über 139 Milliarden Mark aus. Die Betriebsrenten sind in letzter Zeit etwas ins Stocken geraten. Die Ertragslage der Unternehmen ließ keine üppigen Pensionszusagen zu. Zwei Millionen Rentner bezogen 1983 rund 9,5 Milliarden Mark. Die Lebensversicherung hat dagegen Konjunktur. Die Leistungen erreichten 1983 rund 15,4 Milliarden Mark. GRAFIK: GLOBUS

Rauchersabschlag

Johannesburg (DW.) – Beim Abschluß von Lebensversicherungen besteht in Südafrika verstärkte Tendenz zur Rabattgewährung an Nicht-

raucher und bei gleichzeitig teilwei-

ser Anhebung der Tarife für Raucher.

Die Besserstellung der Nichtraucher soll mit zunehmendem Alter allerdings abnehmen.

ALBINGIA Versicherungsgruppe Hamburg

denz zur Rabattgewährung an Nicht-

raucher und bei gleichzeitig teilwei-

ser Anhebung der Tarife für Raucher.

Die Besserstellung der Nichtraucher soll mit zunehmendem Alter allerdings abnehmen.

SCHUTZBRIEF / Angebote beleben den Markt

Leistungen stark verbessert

Nicht alle Bundesbürger erleben ungetrübte Urlaubsfreuden; vor allem, wenn Pann, Unfall oder Erkrankung zur Unterbrechung der Reise führen.

Gegen das Risiko der damit verbundenen finanziellen Einbußen kann man sich vor Beginn einer Reise absichern mit dem Schutzbrief eines Automobilclubs oder dem der Assekuranz, bezeichnet als Verkehrs-Service-Versicherung.

Auf Wunsch des Schutzbriefinhabers kümmern sich die Versicherer im Schadensfall um vieles. Das Leistungsangebot wurde bei gleichbleibenden Beiträgen deutlich verbessert, so werden jetzt:

- für Pannenhilfe bis 200 (früher 100) Mark und
- für Abschleppen bis 300 (früher 250) Mark je Schadenfall geleistet;
- für Übernachtungskosten nach Pann, Unfall oder Diebstahl stehen pro Person und Nacht bis 40 (bisher 30) Mark zur Verfügung;
- Mietwagenkosten werden bis zu sieben (bisher drei) Tagen erstattet;
- Kosten für einen medizinisch erforderlichen Krankenrücktransport übernimmt der Versicherer jetzt für alle Fahrzeuginsassen (bisher nur für Familienangehörige) sowie in unbegrenzter Höhe (früher bis zu 25 000 Mark);
- Aufwendungen für den Rück-

transport von Kindern bei Erkrankung oder Verletzung der Eltern werden künftig nicht nur bei Auto-, jetzt auch bei Bahn-, Schiffs- oder Flugreisen ersetzt.

Nach dieser Aufbesserung ihrer Leistungen hegen die Versicherer mit ihrem Schutzbrief beim Wettlauf um die Gunst des Kunden mit den Automobilclubs etwa auf gleicher Höhe.

So schickt der ADAC (München) seinen Schutzbriefkunden gegebenenfalls auch Medikamente nach. Das kann in ausländischen Krankenhäusern ein lebensrettender Service sein.

Die Kreditbriefe des ADAC werden allerdings nicht überall angenommen; werden sie gestohlen, so trägt man als Kunde das Risiko. Als sicheres Erweisen sich hier eher Euroschecks, die gesperrt werden können. Der Euroschutzbrief des ADAC kann nur von Clubmitgliedern gegen eine Jahresprämie von 59 Mark erworben werden. Wer nur beitreten will, um einen Schutzbrief zu kaufen, wäre schlecht beraten: Er müßte dann 113 Mark bezahlen.

Nichtmitglieder fahren allerdings besser mit einem Schutzbrief der Autoversicherer. Die Jahresprämie für den umfassenden Schutzbrief (In- und Ausland) liegt bei etwa 55, für den Auslandsschutzbrief bei etwa 25 und für den Inlandsschutzbrief bei etwa 50 Mark.

Direktvertrieb: Neue Varianten für zwei Partner

Py. Saarbrücken

Nach gut zweijährigen Erfahrungen mit dem neuen Konzept des (vertriebslosen) Direktvertriebs hat die Cosmos Lebensversicherungs AG Saarbrücken ihre Angebotspalette um drei Produkte erweitert: Sowohl in der Risiko- als auch in der Kapital-Lebensversicherung können sich künftig zwei Personen (Lebens- oder Geschäftspartner) mit einem partnerschaftlichen Vertrag versichern. Mit der „flexiblen Risiko-Lebensversicherung“ läßt sich der Versicherungsschutz nach einem frei wählbaren Leistungsplan in jährlichen Abständen an den Bedarf anpassen.

Wer diese Variante mit einer herkömmlichen Kapital-Lebensversicherung mit Beitragsverrechnung der Gewinnanteile kombiniert, kann mit ungewöhnlich niedrigem Beitragsaufwand eine Altersversorgung aufbauen oder eine Baufinanzierung tilgen, ohne eine Unterversicherung in Kauf nehmen zu müssen. Sie vermeidet aber auch Überdeckung. Dies setzt jedoch genaueste Kalkulation voraus, aber auch Möglichkeiten, den Bedarf während der Laufzeit des Vertrags zu korrigieren. Im 1. Halbjahr hat Cosmos Verträge für 67 (38) Millionen Mark abgeschlossen, durchschnittliche Vertragssumme: 88 000 (75 000) Mark.

VERTRAGSAUFLÖSUNG / Häufigster Grund ist die finanzielle Notlage

Wer früh kündigt, hat nur Verlust

K. H. STEFAN, Düsseldorf

Wer eine Lebensversicherung abschließt, bindet sich für einen langen Zeitraum. Die durchschnittliche Laufzeit der Policen liegt bei 25 Jahren. Die meisten Versicherungsnehmer leisten nach Vertragsabschluß bis zum Ende ihres Berufslebens regelmäßige Zahlungen. Anderen wird erst nach Vertragsabschluß bewußt, was sie unterschrieben haben.

Die von den Lebensversicherern für 1983 ausgewiesene Stornoquote liegt nach der Zahl der Verträge bei 3,03 (3,73) und nach der versicherten Summe bei 5,35 (4,90) Prozent. Grund genug für die Versicherungsunternehmen, den Ursachen vorzeitiger Vertragsauflösung auf der Spur zu bleiben.

Fragt man nach dem Anteil der beteiligten Gruppen, so dominieren eindeutig sowohl die sogenannten jungen Verträge (mit Laufzeiten bis zu drei Jahren) als auch die Gruppe der Versicherungsnehmer mit einem Lebensalter bis zu 39 Jahren. Beispielshaft für andere berichtet die Gothaer Leben, daß die Stornoanfälligkeit in den Anfangsjahren sehr hoch ist: so partizipieren, gemessen an der Stückzahl, Kündigungen im Verlauf von drei Versicherungsjahren mit mehr

als 50 Prozent am gesamten Storno. Etwa zwei Drittel der Stornierungen entfallen auf 20-bis 39-jährige Versicherungsnehmer.

Bei weitem nicht alle Befragten äußern sich über die Gründe ihrer vorzeitigen Vertragsauflösung, wenn gleich kaum mehr zu übersehen ist, daß Arbeitslosigkeit und ein geringes Realeinkommen für mehr als die Hälfte der Stornierungen den Ausschlag geben. „Nach unserer Beobachtung“, so die Colonia Leben, „ist in ungefähr 60 Prozent der Fälle der Grund für eine vorzeitige Auflösung eines Lebensversicherungsvertrages die finanzielle Notlage, meist Arbeitslosigkeit, die Beitragszahlung nicht zuläßt.“

Zweifellos ist die Palette der darüber hinaus geltend gemachten Motive vielgestaltiger als allgemein angenommen wird. So gibt es private Gründe, die den Versicherungsnehmer im Einzelfall zu einer vorzeitigen Vertragsauflösung bewegen. Nur relativ wenige machen geltend, sie seien vor dem Vertragsabschluß vom Versicherer „schlecht beraten“ worden.

Allerdings gibt es auch Kündigungen, bei denen der Versicherungsnehmer sein Motiv schamhaft ver-

schweigt. Denn wer wäre schon bereit, zuzugeben, daß er – auch das geschieht am Versicherungsmarkt – vom Vertreter eines Konkurrenzunternehmens mit zweifelhaften Methoden abgeworben worden sei?

Wer als Versicherungsnehmer seinen Vertrag vorzeitig kündigen möchte, sollte sich vorher gründlich beraten lassen. Er verliert, und das gilt vor allem für junge Verträge, unter Umständen sehr viel Geld; der Kostenanteil für Verwaltung und Vertreterprovisionen belastet die Rückzahlungssumme erheblich. Ausgezahlt wird lediglich der sogenannte Rückkaufwert, also erheblich weniger als die Summe der geleisteten Beiträge. Bei vermögensbildenden Verträgen müssen die staatlichen Sparzulagen zurückgezahlt werden.

In dieser Lage bieten die Lebensversicherer, gewiß auch im wohlverstandenen Eigeninteresse, sachkundigen Rat an. Man kann zum Beispiel im Notfall die fälligen Beiträge stunden oder mit den Überschussanteilen verrechnen lassen, man kann die Versicherungssumme herabsetzen oder die Vertragsdauer verlängern, wodurch eine jeweils niedrigere Beitragszahlung ermöglicht wird oder den Vertrag ruhen lassen.

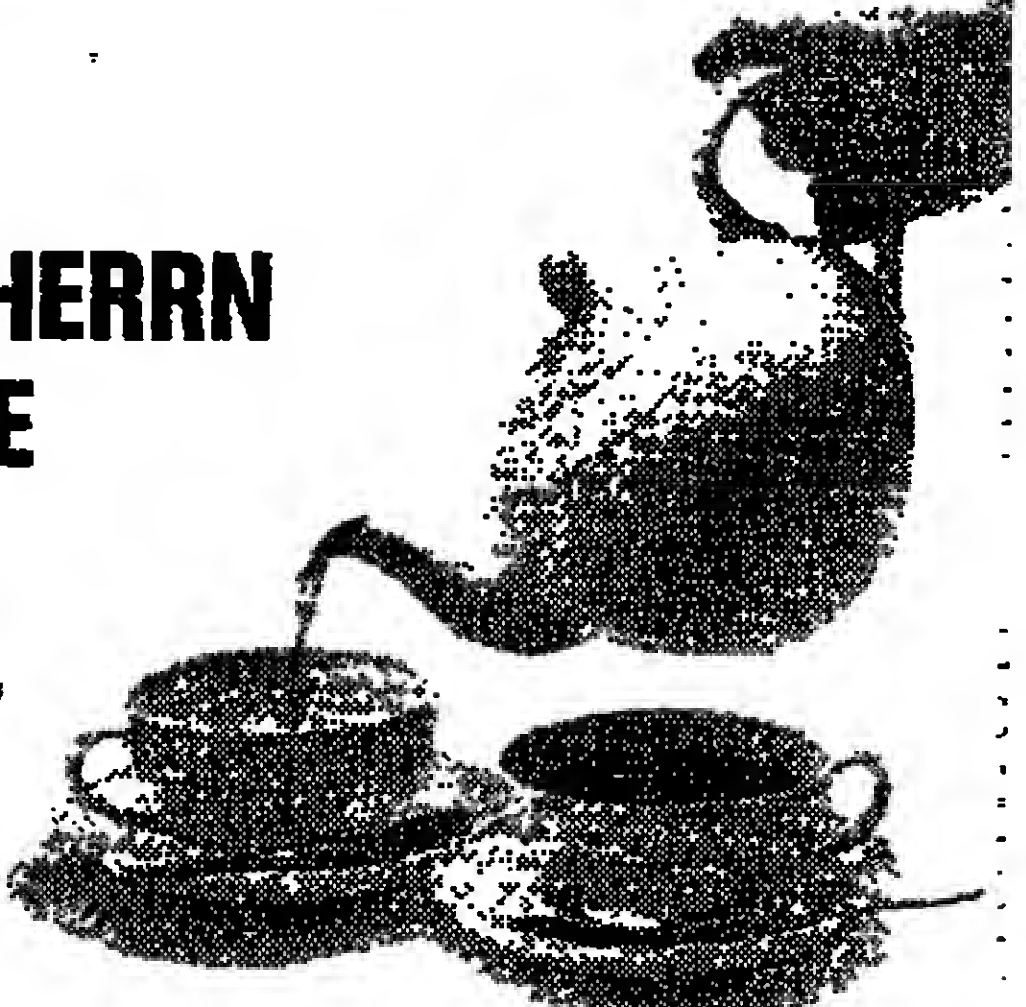
Gothaer

Die Lebensversicherung, mit der es sich gut leben läßt.



FRAU GERHARD BITTET HERRN GEISLER ZU EINER TASSE

TEE. Wie das sei, fragt sie nach dem ersten Schluck, ihre Lebensversicherung sei ja nun schon 15 Jahre alt, und



heute stünde man sich ja doch etwas besser. Vielleicht noch eine abschließen? »Nein, in Ihrem speziellen Fall wäre es vorteilhafter zu dynamisieren«, meint Herr Geisler sich zurücklehnend.

»So wie die Dinge liegen, ist das

besser«, sagt er noch einmal bekräftigend.

Der ratlosen Frau Gerhard erklärt er, was das heißt: Sie könne ihren bestehenden Vertrag jetzt umwandeln und kontinuierlich ihren steigenden Lebenshaltungskosten anpassen. Frau Gerhard wundert sich, daß ein Berater von der Gothaer nicht um jeden Preis ein gutes Geschäft machen will. Herr Geisler erklärt ihr, daß ihm eine um jeden Preis zufriedene Kundin wichtiger sei.

Donnerwetter, denkt Frau Gerhard, das nenne ich eine faire Beratung. Und von Finanzierungen und Kapitalanlagen versteht er auch viel. Donnerwetter!



Gothaer Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit - in der Gothaer Versicherungsgruppe - Gothaer Platz - Göttingen - Telefon (0551) 701

URTEILE

Gebäudeabbruch

Wird ein zum Abbruch bestimmtes Gebäude durch einen Feuerschaden zerstört, erleidet der Eigentümer dann keinen - versicherten - Schaden, wenn die Abbruchsabsicht endgültig und unwiderruflich war, zum Beispiel durch einen Antrag auf Bau oder Abbruch. Der bloße Entschluß stellt keine Wertminderung des Gebäudes dar, weil bis zum Abbruch der Gebäudewert durch Verkauf verwirklicht werden kann (OLG Hamm, Vers. R 1984, S. 151).

Berufsunfähigkeit

Eine teilweise Berufsunfähigkeit setzt nicht die tatsächliche Aufgabe der Berufstätigkeit voraus. Die Bestimmungen der besonderen Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung lassen sich auch so verstehen, daß die vereinbarte Versicherungsleistung nicht nur zum Ausgleich eines Einkommensverlustes aus der früheren Berufstätigkeit dienen soll, sondern auch zum Ausgleich des Verlusts der Fähigkeit zur Ausübung eines bestimmten oder ähnlichen Berufs (OLG Karlsruhe Vers. R 1983, S. 2181).

BILLIGANGEBOTE / Der Markt der Risiko-Versicherung ist in Bewegung geraten

Sofortrabatte ohne Langfrist-Garantie

Py/DW, Düsseldorf
Billigangebote unter Versicherern sind nicht immer aufgrund ihres niedrigen Preises auch empfehlenswert. Dabei sind die Ursachen für das Billigangebot durchaus verschieden: Unternehmen - wie Hannoversche Leben, HUK Coburg, Cosmos, Europa, National Union - arbeiten ohne Außendienst, als Versicherer, die direkt ihre Kunden ansprechen und keine hohen Personalkosten haben.

Die Prämien sind aber auch in Bewegung geraten, seitdem die Aufsichtsbehörde erlaubt hat, die zu erwartenden Überschüsse in der Risiko-Lebensversicherung (nach britischem Muster) sofort als Rabatt (zwischen 25 und 35 Prozent) gutzuschreiben. Die britische Equity & Law bietet bis zu 45 Prozent.

Bei allen hin und wieder zu lesenden Preisvergleichen: Längst nicht alle Lebensversicherer, die ihre Risikoversicherung als preiswert anbieten, verdienen auch dieses Prädikat.

Entscheidend ist der Tarifbeitrag, denn nur er wird im Versicherungschein für die gesamte Laufzeit verbindlich festgelegt. Der „Sofortra-

batt“ dagegen, um den sich der Tarifbeitrag vermindert, ist abhängig von der Höhe der Gewinn- oder der Überschußbeteiligung. Die aber garantierte die Versicherer nur für höchstens zwei Jahre. Sie hängt ebenso von der Zahl der Todesfälle wie von der sparsamen Verwaltung der Gesellschaft ab. Werden die Überschüsse geringer, müssen die Rabatte gekürzt werden.

Ähnlich ist es mit dem „Todesfall-Bonus“. Beträgt er zum Beispiel 100 Prozent der Versicherungssumme, braucht nur die Hälfte der benötigten Summe als beitragspflichtig abgeschlossen zu werden. Aber auch diese Form der Gewinnbeteiligung kann nicht fest zugesagt werden. Wenn nach einigen Jahren die Überschüsse nicht mehr die Höhe aus der Zeit des Vertragsabschlusses erreichen, dann sind zusätzliche Beiträge für eine Nachversicherung aufzuwenden, die aufgrund des dann höheren Eintrittsalters auch entsprechend höher sind.

Also: Beim Preisvergleich ist erst der niedrige Tarifbeitrag zu beachten und dann die Gewinnbeteiligung. Schließlich: Ein Kriterium für die Preiswürdigkeit eines Anbieters von Risiko-Lebensversicherungen ist seine Wettbewerbsfähigkeit bei der kapitalbildenden Lebensversicherung, die Todesfallrisiko und Altersvorsorge einschließt. Die meisten Risiko-Verträge werden mit der Absicht abgeschlossen, sie später - ohne erneute Gesundheitsprüfung - in eine Kapital-Lebensversicherung umzuwandeln. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erweist sich: Der Prämienunterschied kann über die Laufzeit einige tausend Mark ausmachen.

Nicht jeder preisgünstige Risiko-Lebensversicherer ist auch bei der Kapital-Lebensversicherung preiswert.

Auskunft über die Preiswürdigkeit gibt eine angeforderte Beispielrechnung; sie zeigt, ob sich ein Versicherungsguthaben schon im ersten Jahr bildet oder erst nach zwei Jahren. Das gilt auch für die Gewinnbeteiligung. Die Beispielrechnungen müssen jährlich vom Bundesaufsichtsamt nach einem Finanzierungsrichtlinien neu genehmigt werden. Besonders aussagekräftig ist das Verhältnis der Ablaufleistung zur Summe der Beiträge.

HUK-VERBAND / Verkehrshilfe

Wenn keiner mehr zahlt . . .

KHS, Bonn
Auf einer Landstraße mußte ein Pkw-Fahrer einem entgegenkommenden und überholenden Fahrzeug ausweichen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden. Bei diesem Manöver prallte er gegen einen Baum, wobei er so schwer verletzt wurde, daß er seitdem als Kraftfahrer nicht mehr arbeiten kann und auf Dauer zu 100

Anzeige

Rundum sicher mit ALBINGIA

ALBINGIA Versicherungsgruppe Hamburg

Prozent erwerbsunfähig ist; die Beifahrerin wurde noch schwerer verletzt. Beide Unfallgeschädigten sind jetzt ständig auf fremde Hilfe angewiesen. Der Unfallverursacher entzog sich der Strafverfolgung durch Fahrlässigkeit, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Wer kommt für den Schaden auf? Oder was geschieht, wenn für den Wagen, dessen Fahrer den Unfall verursacht hat, keine Kfz-Haftpflichtversicherung bestand und der Fahrer selbst zahlungsunfähig ist?

In beiden Fällen sprang die Verkehrshilfe ein und entschädigte die Opfer. Gezahlt wurden 300 000 Mark für Verdienstaustausch, Rentenausgleich und Schmerzensgeld. Die Verkehrshilfe (2000 Hamburg 1, Glockengießerwall 1) - eine 1963 gegründete Gemeinschaftseinrichtung der Mitglieder des HUK-Verbandes - hilft immer wieder denen, die eigentlich keine Hilfe mehr erwarten. Wer nämlich durch einen Autofahrer geschädigt wird, der entgegen den gesetzlichen Vorschriften für sein Fahrzeug keine Haftpflichtversicherung hat oder der wegen Fahrlässigkeit nicht zu ermitteln ist, kann sich an diese Einrichtung wenden.

Die Verkehrshilfe zahlt, als wäre der Schuldige mit der gesetzlichen Mindestdeckungssumme versichert. Sie darf nur dann eintreten, wenn der Geschädigte keinen anderweitigen Ersatz erhalten kann.

BÜCHER

Johannes Neuback: Steuerersparnis durch Lebensversicherung. Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe, 9. Auflage, 79 Seiten, 12 Mark.

Diese Broschüre will einen Weg weisen durch die komplexen und komplizierten, manchmal schwer verständlichen Vorschriften zur steuerlichen Behandlung der Lebensversicherung. Auf dem Gesetzesstand von Ende 1981 werden die wesentlichen steuerrechtlichen Bestimmungen in knapper und übersichtlicher Form dargestellt, so daß die Grundlagen der steuerlichen Vergünstigungen für einen privaten Lebensversicherungsvertrag klar erkennbar werden.

Ebenso deutlich herausgearbeitet sind die Ausführungen zur Direktversicherung, die im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung von Bedeutung ist und der Behandlung von Lebensversicherungsansprüchen von geschäftlichen Unternehmen. Die Schrift eignet sich auch als Nachschlagewerk, jedenfalls für den ersten Anhalt. Die Texte werden durch ein Stichwortverzeichnis und ungeachtet durch ein Textziffernsystem erschlossen.

Schweizerische Rentenanstalt

Schweizerische Rentenplan 400

So unterschiedlich die Tätigkeiten eines Selbständigen auch sind, Ihr beruflicher Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß Sie

- schwierige Situationen sicher beurteilen,
- Lösungsmöglichkeiten nach Ihren Erfolgsaussichten bewerten,
- klare Entscheidungen treffen und dafür die Verantwortung übernehmen.

Wer auch in seiner Versorgungsstrategie nach diesen Gepflogenheiten der Berufspraxis handelt, kann sich im Alter und bei Berufsunfähigkeit auf ein sicheres Fundament stützen. Und im Versorgungsfall kann seine Familie

darauf bauen, daß ihre Zukunft wirtschaftlich gesichert bleibt.

Der Schweizerische Rentenplan 400 ist der speziell für Selbstständige entwickelte Vorsorgeplan. Er überläßt nichts dem Zufall und sichert Ihnen alle Vorteile:

- notwendige Verbesserung Ihrer Versorgung im Alter,
- Sicherung der Familie,
- Rentenwahlrecht,
- Garantie der Rente bereits heute,
- Steuervergünstigungen,
- rentable Kapitalanlage.

Man erwartet von Ihnen immer ganze Arbeit. Machen Sie deshalb

aus Ihrer eigenen Vorsorge keine halbe Sache.

Wenden Sie sich deshalb mit Ihrem speziellen Versorgungswunsch an die

Schweizerische Rentenanstalt
Leopoldstr. 8-10
8000 München 40

Coupon

- ☐ Der Schweizerische Rentenplan 400 interessiert mich. Vereinbaren Sie bitte einen Gesprächstermin mit mir.
- ☐ Senden Sie mir bitte die Information über die Schweizerische Rentenanstalt „Wer wir sind und was wir tun“.

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Lebensversicherung. Durch keine andere Vorsorge zu ersetzen...

... wenn Sie den doppelten Vorteil genießen wollen: Absicherung Ihrer Familie und ein sorgenfreies Alter.

- Sofortige Sicherheit nach Zahlung des ersten Beitrages.
- Erhöhung Ihrer Familienvorsorge um Sofortüberschußanteile von z.Z. 33 1/3 %.
- Bei Unfalltod zahlen wir die doppelte Versicherungssumme.
- Später verfügen Sie über Ihr gesamtes Kapitalvermögen.
- Ihr Überschußguthaben erhöht diesen Betrag noch erheblich.

Fragen Sie uns. Wir beraten Sie gern.

Deutscher Ring, Informationszentrale
Ost-West-Straße 110, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 35 99 765

Deutscher Ring

Versicherungen Bausparen Kapitalanlagen

LEBEN INTERNATIONAL

Wenn Sie persönlichen Versicherungsschutz und Vermögensaufbau in 3 starken Währungen anstreben, dann ist LEBEN INTERNATIONAL interessant für Sie. LEBEN INTERNATIONAL basiert auf einer Lebensversicherung nach deutschem Recht, wahlweise in:

DEUTSCHER MARK
US-DOLLAR
SCHWEIZER FRANKEN

Dies sichert Ihnen Vorteile einer deutschen Lebensversicherung und Chancen in fremder Währung. Der besondere Vorteil: „Umtauschrecht“. Sie können zwischen den 3 Währungen wechseln.

LEBEN INTERNATIONAL ist ein Produkt von TRANS LEBEN, der Transatlantische Lebensversicherungs-AG, die zum Weltverbund der ITT gehört und Ihr erfahrener Partner bei Fremdwährungspolice ist.

LEBEN INTERNATIONAL:
Sicherheit - Chancen - Flexibilität

Sprechen Sie mit Ihrem Versicherungsberater oder fordern Sie unsere Informationen an.
Transatlantische Lebensversicherungs-AG
Groten-Hoff 21, 2000 Hamburg 67

TL TRANS LEBEN

Coupon bitte informieren Sie mich umfassend über LEBEN INTERNATIONAL

Name/Vorname _____

Anschrift _____

Telefon _____

Informationen über Anzeigen in Sonderveröffentlichungen und Dokumentationen erhalten Sie bei

DIE WELT
Anzeigenabteilung

Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 11 oder 3 47 41 28

Das andere Buch für den Sport in der Freizeit



Anders, weil es

- Sport und Spaß miteinander verknüpft und dennoch die medizinische Beratung nicht vergißt,
- Detailinformationen liefert und dennoch gleich 13 Sportarten beschreibt,
- wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt und dennoch mit Spaß zu lesen ist,
- 240 großzügig bebilderte Seiten umfaßt und dennoch nur 7,80 DM kostet,
- nicht im Buchhandel erhältlich ist und dennoch ganz leicht zu bekommen ist.

Gleich bestellen:
Hamburg-Mannheimer
Freizeit-Service
Überseering 45
2000 Hamburg 60

Liefen an:

Name _____
Vorname _____
Straße _____

PLZ/Ort _____
Einen Verrechnungsscheck über 780 DM (Selbstkostenpreis des Buches inklusive Porto und Verpackung) habe ich beigelegt

Garantie: Wenn mir das Buch nicht gefällt, kann ich es innerhalb von 10 Tagen zurückgeben und bekomme mein Geld zurück.

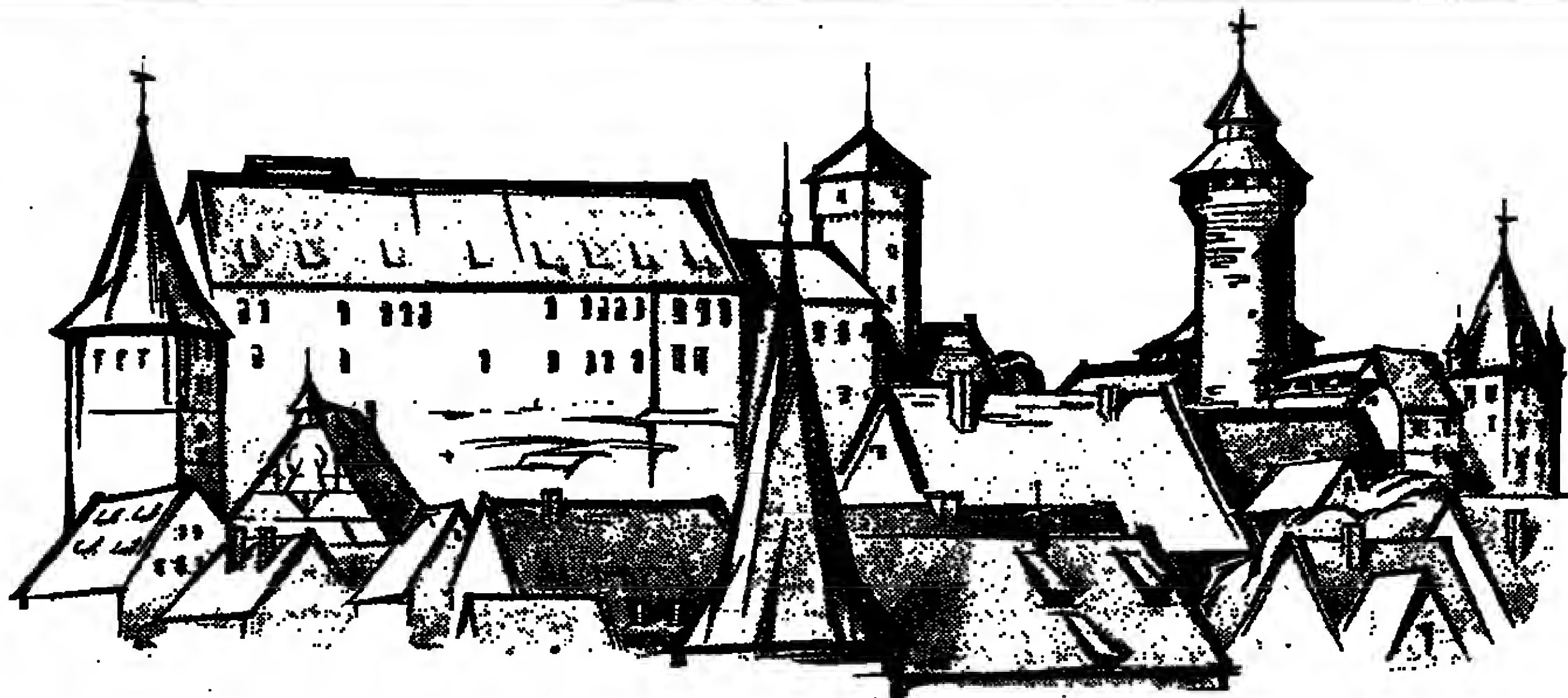
Hamburg-Mannheimer

Mehr vom Leben

100 JAHRE SCHUTZ und SICHERHEIT im Zeichen der Burg

Die NÜRNBERGER dankt ihren treuen Versicherten für das ihr während eines Jahrhunderts erwiesene Vertrauen, ihren Geschäftsfreunden für die beständig wertvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre hervorragenden Leistungen und ihr Engagement im Dienste der NÜRNBERGER Versicherungsgemeinschaft.

Die NÜRNBERGER hat ihren Ruf, Wegbereiter fortschrittlicher Versicherungs-ideen zu sein, als großer deutscher Familienversicherer und als Partner mittelständischer Unternehmen und berufsständischer Verbände erworben.



NÜRNBERGER
LEBEN

Bilanz '83

Beitragsaufnahme
860 Millionen DM
Lebensversicherungsbestand
20 Milliarden DM

NÜRNBERGER
ALLGEMEINE

Bilanz '83

Beitragsaufnahme
573 Millionen DM
Täglich zahlen wir
für Schadenfälle
weit über 1 Million DM
* einschließlich NÜRNBERGER MERKUR
Spezialversicherer für den öffentlichen Dienst

Auch in Zukunft bietet die NÜRNBERGER auf der Basis ihres modernen Tarifwerks präzise kalkulierte persönliche Sicherheitsprogramme.

Die NÜRNBERGER hält, was Versicherung verspricht. Sie garantiert finanzielle Sicherheit für alles, was Menschen sind, tun, haben und wollen. Mitarbeiter überall in der Bundesrepublik Deutschland mit Berlin (West) nehmen sich gern Zeit für Sie.

1884-1984

Schutz und Sicherheit



NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE

Rathenauplatz 16/18, 8500 Nürnberg, Tel. (0911) 501

Freitag, 10. November 1984, Nr. 270 - DIE WELT

Hagel: In 20 Minuten Milliarden-Schaden

Py. Düsseldorf

Der nur 20 Minuten dauernde Hagelsturm vom 12. Juli in und um München wird die Versicherungswirtschaft schätzungsweise 1,5 Milliarden Mark kosten. Für diesen Betrag werden die Versicherer Verletzungen an 200 Menschen, Schäden an 70.000 Gebäuden und 1000 Gewerbebetriebe, an 200.000 Autos und 150 Flugzeugen, aber auch an Ernten und Vieh zu regulieren haben.

Der Hagelsturm war nicht nur der bisher größte Unwettertschaden der deutschen Versicherungsgeschichte, es war auch das teuerste Schadenereignis überhaupt. Größter Einzelschaden: 20 Millionen Mark für die neue Boeing 757 beim Landeanflug München-Kiem.

TIPS

Guter Rat vom Fachmann muß nicht teuer sein - ein Gespräch mit Experten kann Enttäuschungen verhindern und Geld sparen. Nicht immer ist auch das „Kleingedruckte“ für den Kunden klar. Der Bundesverband deutscher Versicherungskaufleute (BVVK) hat einige Tipps zusammengestellt:

Gutachterkosten: Nach einem Versicherungsfall zahlen Gutachterkosten für den schuldigen Teil in der Regel den Unfallfolgen; sie werden von der gegenseitigen Haftpflichtversicherung gezahlt. Diese 250 Mark werden jedoch nicht erstattet, wenn der Schaden geringfügig (nach Versicherungsnehmer zwischen 1000 und 2000 Mark) ist.

Haftpflicht: Wird bei einem Verkehrsunfall ohne Absicht ein Schaden angerichtet, so zahlt die private Haftpflichtversicherung.

Sicher mit Service ALBINGIA

ALBINGIA Versicherungsgruppe Hamburg

Private Haftpflichtversicherung: Wenn der Vertrag nach Mitte 1981 abgeschlossen wurde, Ältere Verträge, bei denen Schäden unter Verwandten noch ausgeschlossen sind, müssen schriftlich geändert werden.

Einbruch: Wer private Werte im Bürosafe aufbewahrt, verzichtet bei Einbruch auf die Entschädigung. Wo sich Büro und Wohnung in einem Gebäude befinden, zahlt die Hausratversicherung nicht, weil die Werte nicht in der Wohnung waren, und die Außenversicherung ist nicht zuständig, wenn Schmuck und Wertgegenstände immer und nicht nur zeitweise im Büro sind.

Unterversicherung: Bei Versicherungen, die mehrmals innerhalb eines Jahres ihre Hausratversicherung zur Schadenregulierung in Anspruch nehmen mußten, mindert jede Schadenleistung die Versicherungssumme, so daß leicht eine Unterversicherung entstehen kann. Wertvoller Hausrat sollte mit einer kurzfristigen Nachversicherung geschützt werden, damit künftige Schäden voll ersetzt werden.

Schuldensicherung: Kommt jemand auf Gehwegen bei Schnee oder Glätte zu Schaden, tritt bei Einfamilienhäusern die Privathaftpflicht, bei Mehrfamilienhäusern die Grundstück-Haftpflicht ein. Sie zahlt aber nur, wenn das Räumen zwar schuldhaft, aber nicht absichtlich unterlassen wurde. Die Versicherung zahlt auch, wenn zum Beispiel ein Ehepaar noch am Arbeitsplatz war, als die Glätte einsetzte. Wer aber anschließend seiner Pflicht nicht nachkommt, muß den Schaden aus der eigenen Tasche zahlen. (WR)

ALTERSVORSORGE / Zwischen gesetzlicher und privater Absicherung

Viele Selbständige haben Versorgungslücken

K.-H. STEFAN, Düsseldorf

Nicht wenige Selbständige, Unternehmer wie Freiberufler, vernachlässigen ihre Alters- und Hinterbliebenenvorsorge. Die seit Jahresbeginn geltenden neuen Spargesetze brachten den freiwillig Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung erhebliche Verschlechterungen.

Bei den Lebensversicherern interessiert man sich zunehmend für die vom Gesetzgeber aufgerissene Marktlücke. Die meisten der etwa 100 Gesellschaften sind darauf bedacht, Selbständige mit noch bedarfsgerechteren Angeboten zu gewinnen. Etwa 25 Unternehmen bieten derzeit eine private Berufsunfähigkeitsversicherung für Selbständige an, wobei ausschließlich bei Eintritt der Berufs-

unfähigkeit Rentenzahlungen geleistet werden. Darüber hinaus wird die Kapitallebensversicherung beziehungsweise die Risiko-Lebensversicherung für Selbständige angeboten.

Hierzu gehört die als „Partner-Police“ etikettierte Lebensversicherung der Continental, die als „Versicherung auf zwei verbundenen Leben“ für Ehe- oder Geschäftspartner - einer gegenseitigen Absicherung entspricht.

Dem Unternehmer, der zu einer bestimmten Zeit investieren möchte, wird eine Staffelpolice angeboten. Er kann nach zwölf Jahren Versicherungsdauer über ein Fünftel beziehungsweise bis zur Hälfte der Versicherungssumme verfügen. Schließlich kann man als Selbständiger maß-

geschneiderte Pakete - beispielsweise Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeitschutz - kaufen. Ein höheres Leistungsniveau als die gesetzliche Rentenversicherung bieten die für Angehörige bestimmter freier Berufe obligatorischen berufsständischen Versorgungswerke. Bei unterschiedlicher Leistungs- und Beitragsstruktur sehen sie eine Rentenzahlung bei Berufsunfähigkeit nur dann vor, wenn die berufsbetonte Tätigkeit nicht mehr ausgeübt werden kann.

Man mag darüber rätseln, ob die Etablierung öffentlich-rechtlicher Versorgungswerke heute wirklich noch dem überwiegenden Bedürfnis der betroffenen Bundesbürger nahekommt. Tatsächlich decken die be-

stehenden Einrichtungen einen bestimmten berufsspezifischen Grundbedarf. Was darüber hinausgeht, bleibt, denkt man an den zumeist gehobenen Lebensanspruch der Betroffenen, in vielen Fällen unerfüllt; es sei denn, die Versorgungslücke wird durch eine geeignete Privatversicherung geschlossen.

So bieten die Lebensversicherer „dynamische Lebensversicherungen“ an, deren Beiträge und Versicherungssummen man jährlich anheben kann. Dabei kann jeder Selbständige einen wachsenden persönlichen Versicherungsschutz aufbauen, dessen Dynamik aus den steigenden Beiträgen sowie aus den regelmäßig vergüteten Überschüssen der Versicherer resultiert.

FREMDWÄHRUNGSPOLICEN / Umsteigen möglich

Wenn Schweizer Franken und US-Dollar locken

HARALD POSNY, Düsseldorf

Für einen Kreis von Interessenten, vor allem für Gutverdienende, die schon ausreichend in Deutscher Mark abgesichert sind, gibt es auch Möglichkeiten, sich in Fremdwährungen zu versichern. Lebensversicherungen, die auf Schweizer Franken ausgestellt sind, werden auch von Schweizerischen Gesellschaften angeboten, die - wie die Pax in München - hier zum Geschäft zugelassen sind und der deutschen Versicherungsaufsicht unterliegen.

Das ist deshalb wichtig, weil nur Verträge bei diesen Unternehmen auch die deutschen Steuervorteile garantieren: Einkommensteuerfreie Kapitalleistungen und Kapitalertragsteuerfreiheit für Zinsen und Überschüsse. Beträge werden in Franken eingezahlt, Versicherungsleistungen in Franken ausgezahlt.

Wer allein den Verlockungen der Schweiz als „Hort einer der härtesten Währungen“ erliegt und im Lande selbst eine Franken-Versicherung abschließt, muß aber auch wissen, daß die Schweizer zwar häufig niedrigere Prämien zahlen, andererseits die Leistungen um die Hälfte niedriger sind. Grund: Die Schweizer Kapitalmarkrendite ist weit niedriger.

Eine der Gesellschaften, die wie die Pax in der Bundesrepublik ganz offiziell Schweizer-Franken-Policen (ausschließlich über Makler) anbietet, ist die Transatlantische Lebensversicherungs-AG, Hamburg. Hier kann der Versicherte sogar die Versicherung jederzeit in eine DM-Police umtauschen und die Vorteile einer stabilen Auslandswährung für sich beanspruchen, aber auch einem Währungsverfall rechtzeitig ausweichen.

Für Fremdwährungs-Versicherungen haben die deutschen Versicherer nämlich einen selbständigen Deckungsstock für jede Währung nachzuweisen und in dieser Währung anzulegen. Die Überschubbeteiligung setzt sich wie bei DM-Policen aus Sterblichkeits- und Zinsgewinnen zusammen.

Die TransLeben-Franken-Police kann in monatlichen Prämienbeträgen oder als Einmalprämie bezahlt werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß bei regelmäßiger Prämienzahlung die Erträge vollkommen steuerfrei sind (sofern der Vertrag über mindestens zwölf Jahre läuft), während bei Einmalzahlung keine Steuervorteile entstehen, der Anleger jedoch Wechselkurs-Schwankungen nutzen kann. Neuerdings bietet die TransLeben unter dem Namen „Leben international“ eine Variante an, bei der der Versicherte auf Wunsch von einer auf D-Mark abgeschlossenen Police auf US-Dollar oder Schweizer Franken „umsteigen“ kann. So kann er zum Beispiel mit der Dollar-Police vom hohen US-Zinsniveau profitieren, denn TransLeben legt die Gelder in hochrentablen Dollar-Anlagen an.

Währungsrisiken werden durch regelmäßige Einzahlungen begrenzt, die den durchschnittlich günstigsten Einstandspreis nutzen (Cost-Average-Effekt). „Läßt man die Währungsrisiken unberücksichtigt“, so TransLeben-Vorstand Karl-Albert Althufldisch, „kann die Rendite der US-Dollar-Police - anhaltendes Hochzinzniveau vorausgesetzt - rund 50 Prozent höher sein als in der Bundesrepublik und rund das Dreifache der Schweizer Franken-Police betragen“.

Bund zahlt abgeschlossene Verträge

BV, München

Nach dem Arbeitsplatz-Schutzgesetz zahlt der Bund die Beiträge zur Lebensversicherung des Wehrpflichtigen während des Wehrdienstes. Sie muß ein Jahr vor Wehrdienstbeginn abgeschlossen worden sein und mindestens eine Laufzeit von zwölf Jahren haben. Gezahlt wird der durchschnittliche Beitrag der letzten zwölf Monate, begrenzt auf 40 Prozent des Höchstbetrags zur gesetzlichen Rentenversicherung. Das sind in diesem Jahr monatlich 304,90 Mark. Die Beiträge, auch die zur Vermögensbildenden Lebensversicherung, werden auch Soldaten auf Zeit mit zweijähriger Verpflichtung, Zivildienstleistenden, Dienstpflichtigen im Zivildienst und Grenzschutzpflichtigen erstattet.

Neues Modell: Versorgung statt Barbezüge

Py. Düsseldorf

Insbesondere leitenden Angestellten mit einem hohen zu versteuernden Einkommen bietet die Jauch & Hübner Beratungs GmbH, Mülheim/Ruhr die Möglichkeit an, einen Teil ihrer Bezüge in Versorgungslohn umzuwandeln. Dies geschieht nicht über den Weg der klassischen Direktversicherung, die hierfür den Jahresaufwand von 2400 Mark begrenzt. Das J & H-Modell sieht vor, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer auf der Basis der nicht in Anspruch genommenen Jahresbezüge eine Versorgungszusage erteilt. Die Barbezüge, auf die der Arbeitnehmer verzichtet, werden in einen Rückdeckungs-Versicherungsvertrag eingezahlt. Vorteile ergeben sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

DIREKTVERSICHERUNG / Einsparungen an Sozialversicherungsbeiträgen

Der Steuerprogression entgehen

WOLFGANG BÜSER, Bonn

Der besonders hohen Besteuerung der Gehaltsspitzen können Arbeitnehmer entgehen, wenn sie pro forma auf einen Teil ihrer Bezüge verzichten. Der Weg führt über den Arbeitgeber. Er kann für seine Beschäftigten einen Lebensversicherungsvertrag abschließen und bis zu 200 Mark vom monatlichen Entgelt (maximal also 2400 Mark im Jahr) als Prämie darauf einzahlen. Genau um diesen Betrag sinkt dann das lohnsteuerpflichtige Arbeitsentgelt.

Für die Prämie an die Lebensversicherung muß nur eine Steuerpauschale von zehn Prozent plus Kirchensteuer entrichtet werden - also ein Bruchteil dessen, was je nach Steuerprogression sonst fällig wäre.

Die durch eine solche Direktversicherung (die Prämien werden vom Arbeitgeber an die Lebensversicherung überwiesen) gesparten Steuern kommen der Vermögensbildung des Arbeitnehmers zugute. Allerdings sind einige Auflagen zu beachten. Um später steuerfrei die Gewinnbeteiligung aus der Versicherung einstreichen zu können, muß der Vertrag mindestens eine Laufzeit von zwölf Jahren haben. Auch darf er nicht vor

dem 60. Lebensjahr ablaufen und während der Laufzeit weder beliehen noch gekündigt oder abgetreten werden.

In der Sozialversicherung gilt folgendes: Beträge, die der Beschäftigte von seinem Arbeitsentgelt abzieht, werden zur Beitragsberechnung so herangezogen als wenn sie ausbezahlt würden. Wer allerdings mehr als 3900 Mark im Monat verdient, der ist davon hinsichtlich seiner Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (AOK, Ersatzkasse usw.) nicht betroffen, da das ohnehin der Höchstbetrag für die Beitragsberechnung ist. Entsprechendes gilt für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bei Verdiensten oberhalb von 5200 Mark pro Monat.

Ausgenommen von der Beitragsberechnung zur Sozialversicherung sind Direktversicherungsbeiträge, aber: wenn der Arbeitgeber diese Beiträge zusätzlich zum normalen Arbeitsentgelt zahlt, woraus sich eine besonders interessante Variante einer Erhöhung des Lohnes oder Gehaltes ergibt. Die Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung besteht auch dann, wenn Direktversicherungsbeiträge aus Sonderzahlungen (Weihnachts-

geld, 13. Monatsgehalt) finanziert werden.

Dies gilt nach wie vor - obwohl seit Jahresbeginn die Neuerung eingeführt wurde, daß Sonderzahlungen auf alle vorherigen Monate des betreffenden Kalenderjahrs umgelegt werden mit der Folge, daß für sie im Regelfall volle Beiträge zu entrichten sind. Die aus einer Sonderzahlung finanzierte Direktversicherung hilft also Sozialversicherungsbeiträge zu sparen.

Dabei sollte jedoch bezüglich der gesetzlichen Rentenversicherung einkalkuliert werden, daß für je 185 Mark eingesparter Beiträge, das entspricht - auf den Arbeitnehmeranteil bezogen - einer Direktversicherungsprämie von 2000 Mark, rund eine Mark später an der Rente fehlt. In der Kranken- und Arbeitslosenversicherung hat die durch eine Direktversicherung bewirkte Beitragsbefreiung nur Vorteile.

Insgesamt kann die Beitragsbefreiung für Direktversicherungsbeiträge aus Sonderzahlungen rund 415 Mark ausmachen, nämlich 17,3 Prozent von 2400 Mark. Hinzu kommen die von 2400 Mark eingesparten Steuern.

NEUE TARIFE

Kreditfälligkeit

Finanzierungsbelastung und -kosten, Steuervorteil und sofortige Kreditfälligkeit bei Tod des Kreditnehmers sind Entscheidungspunkte für eine optimale Immobilienfinanzierung, für das die Equity & Law (E & L)-Lebensversicherung AG, Wiesbaden, mit einem „Spezialprogramm 1 + V“ eine interessante wie kostengünstige Variante anbietet. Sie besteht aus einer Kombination von Kapital- und Risiko-Lebensversicherung, mit der zu 100 Prozent sowohl Darlehenstilgung als auch eine Todesfallsicherung erreicht wird.

Gestaffelte Auszahlung

Die Mannheimer Lebensver-

cherungs AG, Mannheim, bietet eine Lebensversicherung für junge Leute an, bei der nicht nur im Todesfall oder bei Vertragsablauf sondern schon während der Vertragsdauer Geld ausbezahlt wird. Trotzdem bleibt der Versicherungsschutz bei vorzeitigem Tod des Versicherten in der vereinbarten Höhe über die gesamte Dauer bestehen.

Beitragsenkung

Kostendämpfungsfolge machen es möglich: Die Partner-Gruppe Krankenversicherung AG, Offenbach, senkt zum 1. Dezember die Beiträge in allen wichtigen Teilbereichen der Vollkostenversicherung. Die Senkung macht zum Beispiel im Altersbereich 21 bis 40 Jahre bis zu 30 Prozent aus.

Sicherheit, die keine Grenzen kennt und alle Sprachen spricht



Bei Auslandsinvestitionen und internationalen Beteiligungen ist Nordstern Service International der richtige Partner in Versicherungsfragen für Industrie und Handel. Internationale Betreuung unserer Kunden im Ausland ist unsere langjährige Praxis. Unsere Experten sprechen die Sprache des Landes, kennen die Gesetze und lösen Probleme schnell und reibungslos auch vor Ort. Nordstern betreut Sie in aller Welt. Damit Sie sich auch im Ausland wie zu Hause fühlen.

Unsere Broschüre gibt nähere Informationen.

Nordstern Service International
Gereonstraße 43-65, 5000 Köln 1
Telefon (02 21) 1 48 26 44



NORDSTERN
VERSICHERUNGEN

Aachener und Münchener
Versicherungsgruppe

Autoversicherung · Haftpflichtversicherung · Lebensversicherung · Krankenversicherung · Unfallversicherung · Sachversicherung · Rechtsschutz · Bausparkasse



v.l.n.r.: Manfred Dorfchäfer, Koblenz, Filialdirektor der Aachener und Münchener Versicherung AG
Anita Scheff, Aachen, Leiterin der Mitarbeiterinformation der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG
Alexander Bruns, Köln, Prokurist/Abteilung Leistung der Central Krankenversicherung AG

Wir setzen uns zugunsten unserer Kunden klare Ziele: Wir empfehlen Versicherungsschutz mit Augenmaß, wir wollen verständlich sein, und wir bemühen uns um faire Regelungen.

Wir sprechen Ihre Sprache



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.23 Berühmte Bauwerke in der DDR
Impressionen von Schloss Sanssouci bei Potsdam

10.25 Der große Preis
11.55 Unschers
12.10 Klotz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

8.58 Parteifinanzierungsdebatte aus dem Bundestag in Bonn
14.55 Sherlock Holmes
1. Folge: Verhängnisvolle Reise

15.00 Tagesschau
16.10 Mensch, ich lieb dich doch
Die Berliner Theatergruppe „Rote Grütze“ spielt nun den zweiten Teil ihres Stücks über die Probleme drogenabhängiger Jugendlicher.

17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
20.15 Die Sunny Boys

Amerikanischer Spielfilm (1975)
Mit Walter Matthau, George Burns u. a.
Regie: Herbert Ross

Über 40 Jahre amüsierten die Komiker Willy Clark und Al Lewis mit turbulenten Sketchen ihr Publikum. Seit elf Jahren sind sie jedoch nicht mehr zusammen aufgetreten und einander spinnfeind.

Als sie für eine Fernsehshow noch einmal ihre frühere Glanznummer vorführen sollen, gibt es ein Flakko.

22.00 Gest und die Welt
Niemand ist unser Feind!
Die ökumenische Versammlung der Christen in der Friedensbewegung vom 9. bis 11. November 1984

Vieleorts war in der letzten Zeit vom Scheitern der Friedensbewegung die Rede, weil sie ihre Ziele nie habe durchsetzen können. Um diesen Eindruck zu widerlegen, trafen sich Christen aller Konfessionen auf der von verschiedenen Gruppen geleiteten Friedenswoche '84, über deren Verlauf Michael Geyer und Gerhard Widmer berichten.

22.30 Tagesschau
mit Bericht aus Bonn

23.00 Moment mal
Die ARD-Redaktion

Heute aus Hamburg
Angst und Frieden

Anschl. Tagesschau

15.00 Ich heirate eine Familie ...
Unterhaltungsserie von Curt Fichtow

16.30 Freizeithorizont
17.15 Heute / Aus den Ländern

17.45 Väter der Klimate
Die fliegenden Tanten

Anschl. heute-Schlagzeilen
Reise mal mit Rosenblatt

18.20 heute
19.00 heute

auslandsjournal
Indien: Rajivs schlimmes Erbe / Brasilien: Ein Paradies wird entlarvt / Jugoslawien: Inflation im Sozialismus / Polen: Gras über deutsche Gräber

Moderation: Rudolf Rodke
20.15 Die Feil für zwei Morgengrauen (1)

Kriminalfilm in drei Teilen
Als Privatdetektiv Matula in der Villa des Raketeningenieurs Dr. Winzer aufwacht, findet er neben sich die Leiche eines südländischen Mannes. Matula kommt sofort in den Verdacht, der Täter zu sein

21.15 Der Sport-Spiegel
Aus dem Leben eines Bundesliga-Managers

2. B. Dr. Norbert Müller von Arnim Bielefeld

21.45 heute-Journal
22.15 Aspekte

Konzert-Hinweis: Bonga Kwenda Band aus Angola / Schriftsteller in Zimbabwe / Interview mit Ralf Liebermann / Literaturpreiskandidatin Mascha Jisa / Modellversuch Populärmusik an der Hamburger Hochschule für Musik

Moderation: Hannes Kail

22.55 Sport am Freitag
23.20 Die seltsame Gräfin

Deutscher Spielfilm (1961)
Mit Uli Dager, Joachim Fuchsberger u. a.

Regie: Josef von Baky
8.50 heute

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Durch die Wüste

21.00 Wissenschaftsbau
21.45 Von Pockelstücken und wilden Pöbeln

22.15 Claire (2)
23.00 Rockpalast

Mit Herbert Grönemeyer
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Mit dem Flugzeug in die Bäume

20.00 Tagesschau
20.15 Eulen Sie uns auf

21.15 Mitternacht
22.00 III noch neu

23.00 Rockpalast
0.45 Nachrichten

HESSEN

19.45 News of the Week
20.00 Freitag von 8

20.45 Das Leben hat auf Gräber gesetzt
21.30 Drei schmale

21.45 Krimothek
22.00 Drei noch neu

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendchau

Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendchau

Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.35 Formel Eins

20.00 Der 5. regional
21.00 Postfach 520

21.15 Mikroprozessor - Mikrocomputer (7)
21.30 Nachrichten

BAYERN

19.45 Appell aus der Todeszelle
20.45 Z. I. H.

20.55 Volcanos
21.30 Rundschau

21.45 Nix für ungut
21.55 Intime vom Amt (2)

22.35 Sport heute
22.55 Don's Motel

Amerikanischer Spielfilm (1982)
0.50 Schach dem Weltmeister

0.30 Rundschau

Spezialist für elegante Schurken: Sherlock Holmes

Denken statt „Action“

Der Mann mit den messerscharfen Kombinationen, mit der diskreten Morphemacht, der ganz privaten Geige, dem dusseligen Dr. Watson und mit dem ungeheuren Erfolg bei Lesern schon vor der Jahrhundertwende - sein Schöpfer Sir Arthur Conan Doyle hat sein Bestes getan, um Sherlock Holmes durch schurkische Gegner umzubringen, denn er hatte ihn gründlich satt. Nicht so die Leser: Sie wollten ihren Holmes weiter lebendig - und Sir Arthur hat ihn gehorsam wiederkehren lassen, stets fast wie neu.

Auch eine andere Wiederkehr ist ihm nicht erspart geblieben: die auf Zelluloid. Schon 1903 stimmte er zerfasert auf der Leinwand, und 1920 spielte ihn eben dort William Powell, was auch kein reines Vergnügen war. Sir Arthur, allem Neuen ebenso zugehörig wie dem Übernatürlichen, hat sich das gewiß angesehen.

Besser in Gang jedoch kam Holmes erst in Tonfilmzeiten - mit Recht, denn bei Holmes wird viel geredet, aber nicht viel gehandelt. 1932 kamen

Sherlock Holmes - ARD, 14.55 Uhr

die Abenteuer so recht ins Kinobild, mit Clive Brook in der Hauptrolle. 1940, mit Basil Rathbone als Holmes, gab es Erfolg für ein Straußchen von Holmes-Fällen und Erfolg auch für den „Hund von Baskerville“.

Rathbone war in den USA mit britischem Akzent eigentlich ein Spezialist für elegante Schurken. Sein Holmes galt als vorbildlich, und er ist dann in den fünfziger Jahren noch in zwei anderen, sehr schwachen Holmes-Filmabenteuern aufgetreten. Das war die Zeit der britischen Horrormittel, in der „Dracula“-Regisseur Terence Fisher einen weißen Hund von Baskerville bellend ließ.

Damals geschah längere Zeit nichts, bis in den sechziger Jahren das britische Fernsehen ernsthaft stoffhungrig wurde und erst Douglas Wilmer, später Peter Cushing recht häufig (insgesamt achtundzwanzigmal) mit Abenteuer auf die Scheibe schickte, um dem kommerziellen Fernsehen Zuschauer abzugeben. Die Kommerzellen warteten auf den Ab-



Hatte seinen Holmes gründlich satt: Sir Arthur Conan Doyle

ZEICHNUNG: DAVID LEVINE

lauf der Schutzfrist und hatten dann auch ein wenig Holmes.

Holmes, dieses perfekte Produkt des viktorianisch aufgeklärten neunzehnten Jahrhunderts, ist also am Schauspielgeschäft des zwanzigsten Jahrhunderts leicht häufig beteiligt gewesen - aber niemals mit überwältigendem Erfolg. Die Seriendruckung des Fernsehens ist ihm besser bekommen als die Anstrengungen im Kino, und dies nicht allein, weil man im Kino bezahlen muß, wo man für den Bildschirm schon ein bißchen bezahlt hat. Auf dem Bildschirm läßt sich besser mit Mangel an Aktion fertig werden. Holmes ist ein Denk- und Rededetektiv, aber keiner, der sich in Aktionen abzappt, was denn doch eigentlich nötig ist, um den Kinogänger zu erfreuen. Eine bestimmte Sorte von Bücherfreunden hat sich den Holmes auch im Kino angesehen, während der Normalzuschauer es gern mehr dramatisch hatte.

Das ist auch an den deutschen Titeln abzulesen, die die schlechtesten amerikanischen Rathbone-Filme aus den fünfziger Jahren bekamen: Sherlock Holmes „jagt den Teufel von Soho“ oder „sieht dem Tod ins Gesicht“, beides Dinge, die nicht unbedingt zu Holmes' Gewohnheiten gehörten. Denn wirklich in Gefahr geriet der Wundermann nur, wenn sein Autor entschlossen war, ihn loszuwerden. CHRISTIAN FERBER

KRITIK

Neues vom Taugenichts

Es ist dem Südwestfunk zu befehlen, daß er eine Welt ins Fernsehen gebracht hat, von der die Normalverbraucher dieses Mediums selten etwas erfahren. Es ist die Geschichte junger Menschen, die hindunglos, auf eine rigide Weise selbstständig durch die Welt zu kommen versuchen, aber zum Scheitern verurteilt sind, weil ihnen die Fähigkeit der Kommunikation, der Zuwendung, ja sogar des zärtlichen körperlichen Kontaktes abhanden gekommen ist: Die Platzanweiserin (ARD).

Es ist ferner dem Sender und seinem (hauseigenen) Regisseur Peter Schulz-Rohr hoch anzurechnen, daß dieser ungewöhnliche Film mit ungewöhnlichen Gesichtern ausgestattet wurde. Außer Sigfrid Steiner waren durchwegs neue Menschen am Werk, neue Stimmen, neue Gesten, neue Erlebnisse.

Die Story erzählt von zwei Verkäuferinnen, die sich auf jede Art die Mittel zu verschaffen suchen, um eine eigene Boutique aufmachen zu können. Ihnen läuft ein völlig bindingsloser, vagabundischer Junge über den Weg. Er verliebt sich in eines der Mädchen, aber weder dieses noch im Grunde genommen auch er ist zu Hingabe und dem großen Erlebnis

Liebe fähig. „Sagst du, du magst sie, ist es ihnen zu wenig“, meditiert er, „sprichst du von Liebe, ist ihnen das Kitsch.“

Die Wege trennen sich, der Junge fährt mit einem Fernlastar davon in eine romantisch anmutende Zukunft, ziellos, aber von der unbekümmerten Lebensweisheit eines Eichendorffschen Taugenichts.

Die beiden Frauen fallen auf sich selbst und ihre Boutique zurück. Man erfährt nicht viel, es bleibt indes gegen den Augenschein die Hoffnung, daß der Junge zurückkehrt und der Kleiderladen der Mädchen floriert und so weiter ...

Dieses Märchen (ersonnen von Klaus Pöche) erzählt Schulz-Rohr mit Charly Steinbergers Kamera zwar oft an der Grenze des cineastischen Versnobens, aber immer voller Leben, das sich poetisch erklärt, bildpolitisch.

Brigitte Karner ist erschreckend gut als coole Frau, die ihr bißchen Seele im Zimmer ihres Süßbäckers versteckt, ihr Partner Thomas Anzenhofer ist von einem schweifenden und frühlichen Blick auf die Welt, der immer noch hängen läßt.

VALENTIN POLCUCCH



In Zusammenarbeit mit dem ZDF hat die deutsche Lesegesellschaft eine Buchempfehlungsliste herausgebracht, die auf 50 Seiten Tipps für Kinder- und Jugendbücher gibt. Schwerpunkthemen sind Abenteuer in fremden Ländern und Ausländer in der Bundesrepublik. Die Broschüre Schenk mir ein Buch ergänzt die gleichnamige ZDF-Sendung, die am 21. November um 15.40 Uhr zu sehen ist. Die Liste gibt es in Buchhandlungen und Bibliotheken oder - gegen Einsendung eines ausreichend frankierten Rückumschlags - bei der „Deutschen Lesegesellschaft e. V., Kernwort „Schenk mir ein Buch“, Raimundstr. 2, 6500 Mainz. DW

Mit einer Bronze-Medaille ist auf dem Internationalen Film- und TV-Festival in New York die neunteilige Serie Kathedralen der Industrie des Westdeutschen Werbefemsehung (WWF) ausgezeichnet worden. In ihrer Begründung hob die Jury insbesondere die künstlerische Gestaltung und das gelungene Zusammenwirken von Bild, Musik und Text hervor. Die Serie über denkmalgeschützte Industrieanlagen und funktionale Architektur in Europa wird vom 4. Juli kommenden Jahres an im WWF-Programm zu sehen sein. dpa

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.
- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentrallausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____



Zentrallausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Hier Nadelstreifen, da räumiger Pelz: Sammler und Kunstvolk auf der Vernissage der „Art Cologne“

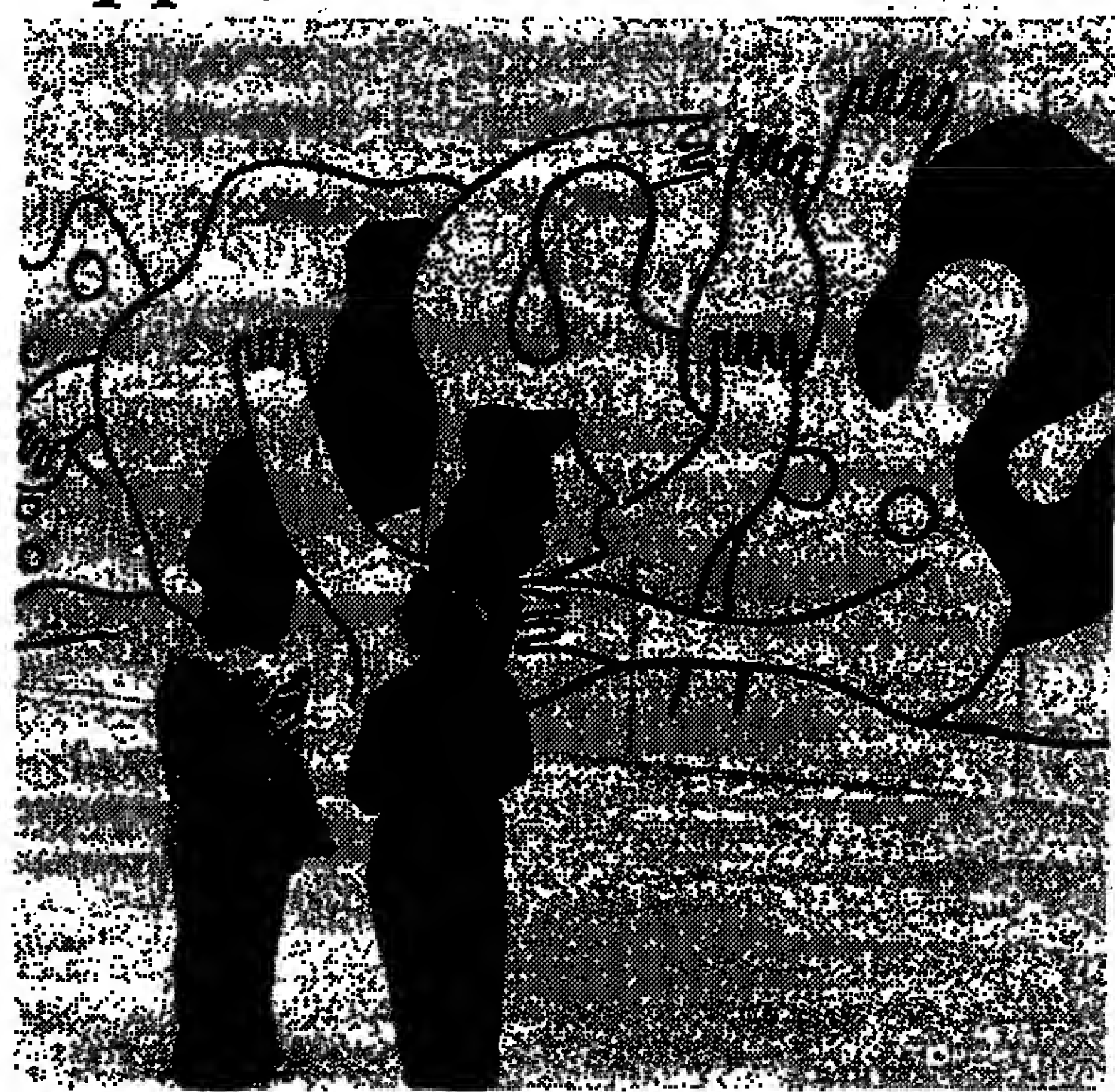
Erotik, auf Papp, Leinwand oder in der Dose

Mittwochabend, zwischen sieben und acht. In den Rheinhallen der Kölner Messe schieben sich die Menschen wie am verkaufsoffenen Samstag durchs Warenhaus: Vernissage zum Internationalen Kunstmarkt, der mit neuem Signet als „Art Cologne“ antritt und gleich auf Anhieb mehr internationales Fludum verbreitet als die bisherigen rheinländischen Messen. Der Unterschied zum Warenhaus: Die Ware ist etwas teurer und das Publikum etwas feiner. Oder zumindest schiller. Die Mischung von dunkelblauen Nadelstreifen und räumigem Pelz auf grüner Kunstseide ist wieder unnachahmlich. Ohne das „Kunstervolk“ dazwischen wäre es auch für die betuchten Sammler langweiliger. Aber langweilig darf eine solche Vernissage nicht sein. Spannung und Hektik fördern die Verkäufe.

Galerist Herbert Meyer-Ellinger konstatiert allgemeines „Hochgefühl“. Der Grund: Die 160 teilnehmenden Galerien haben ein nach Breite und Qualität fantastisches Angebot zusammengestellt. Sammler bestätigen: Auf dieser ersten „Art Cologne“ ist die Qualität des Durchschnittsangebots höher als auf der Basler „Art“. Und was den Kölnern gegenüber den Schweizern bisher fehlte, nämlich die spektakulären Spitzenwerke, das bringen nun vor allem die Londoner Galerien wie Waddington mit seinen Calder-Mobilen oder Amely Jude (z. B. Franz Kline) an den Rhein.

Meyer-Ellinger, auch in der Prüfungsjury für die angebotenen Kunstwerke, weiß, wovon er redet. Werke mit offensichtlich dubioser Herkunft oder Stücke, hinter deren Echtheitsanspruch ein größeres Fragezeichen prangt, hat man gar nicht erst auf die Messe geschmuggelt. Zwei Winzig-Skandale müssen denn auch für den Gesprächsstoff sorgen. Eine Kojle, die sich den Zeichnungen von Schröder-Sonnenstern gewidmet hat (d'Yendi aus Amsterdam), bringt den dezentesten Hinweis an, daß die Zeichnungen aus der „Werkstatt“ Schröder-Sonnenstern stammen. Als wäre nicht jeder erfahrene Sammler, daß mindestens beim Spätwerk auf einen echten drei falschen Schröder-Sonnenstern kommen. Der Alte hat halt ziemlich wahllos signiert, was man ihm vorlegte, ihm war das Geld für eine gute Flasche wichtiger als der postume Ruhm.

Das andere Skandalchen hängt bei Anna Friebe aus. Es sieht aus wie ein echter Jackson Pollock, aber stammt von dem Amerikaner Richard Hambleton. Daneben hängt sogar ein Zeitungsausschnitt mit der Dokumentation, wie Hambleton den „falschen“ Pollock in einer Aktion zusammengegriffen hat. Von Fälschung oder Verleumdung kann also gar keine Rede sein. Nur davon, daß sich die moderne Kunst-



Das größte Bild auf der „Art Cologne“: Fernand Légers „Les Plongeurs“, angeboten für 2,5 Millionen Mark

FOTO: dpa

welt von diesem nicht sehr witzigen Spiel mit dem heiligen Pollock düpiert fühlt. Für Hambleton spricht genau das: Die Anfrage, ob denn wohl alles in Ordnung sei mit der Bewertung im Kunsthandel, wenn nicht mehr das Stück, sondern nur noch die Herkunft honoriert werde.

Es ist wie im Rausch - vor allem der Farben (und der erotischen Deutlichkeiten). Expressive Malerei hat allein schon durch ihre großen Formate alles andere in den Hintergrund gedrängt. Für Bilder jenseits der vier Quadratmeter ist innerhalb der teuren Kojen ja kaum Platz. Seitenwände der Hallen werden als zusätzliche Hängfläche genutzt mit dem Verweis, wo die zugehörige Galerie zu finden ist. Nicht einmal da kommt das Auge zur Ruhe.

Wie im Rausch geht es zur abendlichen Stunde auch bei Paul Maenz zu. Offenbar ein Herz für junge, unternehmungslustige Sammler entdeck-

zend, bietet er Bilder und Objekte der Kreuzberger Gruppe „Endart“ an, das meiste zwischen 500 und 3000 Mark. Fast alles ist am Schluss der Vernissage verkauft. Bekannte und unbekannte Sammler halten die bemalten Pappstücke und verformten Blechdosen mit meist heftig erotischen Sujets für respektabel. Wer sich in Deutschland umsetzen hat, dürfte wissen warum: „Endart“ hängt seit der Eröffnung in Darmstadt der neuen deutschen Kunst gewidmeten Museumsneubau.

Süßsaure Reaktion eines anderen Kölner Galeristen: Man habe ja überhaupt nichts gegen Maenz und seine „Endart“, aber er möge doch bitte nicht erwarten, damit ernst genommen zu werden. Auch die Galeristen sind sich nicht einig, was die Kunst von heute ist und was nicht. Vielleicht die schwarze Tafel mit der Kreideaufschrift „Mensch“ von Beuys bei

Schmela, für die aus Angst vor Teilputzern kein Preis genannt wird?

Einig ist man sich indessen, was die Kunst der fünfziger und sechziger Jahre war. Was da gerade von Galerien abseits der großen Umschlagplätze für Kunst angeboten wird, reicht gut aus, damit noch einige erstklassige Sammlungen anzulegen. So gibt es etwa herrliche Manzonis, immer noch ein paar sehr gute ältere Uecker-Arbeiten, auch eine große (prä-kinetische) Holzsulptur von Heinz Mack aus dem Jahre 1954, die allerdings bei Denise René/Hans Mayer. Aber es lohnt auch, etwa das Angebot einer Luise Kröhn zu durchstöbern, mit ihren Dorazio, Girkos, Schumachers und einigen Schweizer Malern.

Noch allerdings scheint es nicht im Trend zu liegen, die damals begonnenen Sammlungen in ihrer Art auszubauen. Das wird kommen, denn daß es eine wichtige Zeit für die Kunst war, hat sich allmählich herumgesprochen. Ob es auch einen neuen Grafik-Boom geben wird, kann diese Messe auch nur fragen, nicht beantworten. Jedenfalls zeigen die Galerien mit gutem Grafik-Angebot der klassischen Moderne wieder mehr Selbstbewußtsein. Chagall, Miró, Braque und Picasso werden nicht mehr versteckt, sind sogar erstmals seit Jahren im Preis wieder leicht heraufgesetzt worden. Ob daraus eine Verknappung des Angebots spricht, ist freilich noch nicht auszumachen.

Ein wenig enttäuschend ist, was die avantgardistischen New Yorker Galerien wie Shafrazi oder Gladstone anbieten haben. Neue Trends sind da jedenfalls nicht in Sicht. Noch ein bißchen Minimal Art wie Kapoor, ansonsten auch die großformatige Malerei, teils als Graffiti, teils expressiv, teils pop-artig dazwischen - das bietet keine Überraschungen. Vielleicht ist es tatsächlich so, daß die Kunst nach vierzig Jahren in Amerika heimgekehrt ist nach Europa. Freilich muß man wohl auch hinzurechnen, was in der am Eröffnungabend kaum beachteten Sonderschau „Szene New York“ gezeigt wird, also außerhalb des offiziellen Galerieangebots. Da die Werke aber fast alle in Galeriebesitz sind, und meist auch der in Köln vertretenen Galerien, dürfte sich, bei Kaufinteresse, die Anfrage lohnen.

Ein Münchner Sammler hat sich in einen selten schönen Burri (von Sprovieri) verliebt. Der Werk wirkt als Schock. 450 000 Dollar, also 1,3 Millionen Mark. Vielleicht ist es so, daß Deutschland mit der Art Cologne jetzt endlich eine große internationale Messe hat, aber leider nicht mehr die starke Währung, die das Sammeln auf höchstem Niveau erst ermöglicht. Jedoch: Abgerechnet wird am Schluß. (Wir kommen auf die „Art Cologne“ auf unserer morgigen Kunstmarkt-Seite zurück.) REINHARD BEUTH

KULTURNOTIZEN

„Jüdische Tradition in Ungarn“ heißt ein Fotoalbum mit deutschem Text über die gleichnamige Budapest Ausstellung, das jetzt im ungarischen Fremdsprachenverlag Corvina erschienen ist.

Joseph Beuys steht im Mittelpunkt eines Tages der offenen Tür, den am Sonntag zehn Galerien und Ausstellungsinstitute in Krefeld veranstalten.

Die 31. Oberhausener Kunststiftung „Weg zum Nachbarn“, werden im kommenden Jahr vom 22. bis 27.

April veranstaltet. Erneut sollen der Ostblock und Länder der Dritten Welt stark berücksichtigt werden.

Den Weimarer Literaturpreis verliehen vom Verlag edition text + kritik (München), geht an die Fotografin Ingrid Ohlbaum. Sie erhält morgen in Göttingen 99 Flaschen eines 83er Bordeaux.

Chester Himes, der amerikanische Autor von Kriminalromanen, ist im Alter von 75 Jahren in seinem Wohnort Monrovia (Kalifornien) gestorben.

Spezi aus alten Tagen

Hermann Kant, Schriftsteller, hat sich in Ost-Berlin, 10. November, wieder einmal in Richtung West-Tun und sein Gegenüber, heute er, werde nichts daran hindern, an die alten, "Friedensgespräche" mit dem westdeutschen VS wieder anzuknüpfen, und inzwischen habe es schon schon Kontakte gegeben.

Richtig, wir erinnern uns, eine Talkrunde in Kiet über "Feindbilder" hat es gegeben, wo die Amerikaner als die großen Friedensstörer bezeichnet wurden. Just in dem Moment, als Erich Loest, Ex-DDR-Autor und heute stellvertretender Vorsitzender des VS, die schöne Möglichkeit stürzte, verließ der Mann aus Ost-Berlin den Saal. Und dann gab es noch eine zweite Talkrunde in der Wohnung des 1. VS-Vorsitzenden Bielefeld, die in Saarbrücken auf den Verbandsschuld getrickte Engelmann-Kopie.

Mit der Entspannungs-Kanone Engelmann selbst hätte sich Friedensfindung natürlich am liebsten getroffen. Erneut bedauerte er dessen Rücktritt. Daß Engelmann, der Getreue, vor der Tür des süd-deutschen Gesprächszimmers bleiben mußte, lag - kein Geheimnis - an Erich Loest, der den Auftrag der, die ihm vertrauen, ernst nimmt und (7 Jahre Bützens machen wachsam) schlecht auszuweisen ist.

Deshalb, so Kants "namenlose" Klage, sei es heute nicht mehr so einfach, mit Leuten zu reden, "die andere Leute ersetzen sollen aus ganz bestimmten Gründen". Dennoch hätte man sich in Bayern für die "Gültigkeit des Bisherigen" erklärt. Aber hier liegt Kant schief. Genau das "Bisherige" hat ja zu den "anderen Leuten", zur Korrektur, geführt. Und die paßt Kant natürlich nicht. Und deshalb hat er so betäubt und laut geträumt - vom Engelmann, dem Spezi aus alten Tagen, als alles noch seinen sozialen Gang ging und das "Bisherige" ein immerwährender Zustand war, die Friedensklage.



Von der Hoffnung, die Welt durch Spottbilder zu verändern: „Ein Leckerbissen für einen russischen Botschafter“, anonyme englische Karikatur gegen Napoleon von 1805 (ll.), und der Debucourt zugeschriebene „Epikureer“ (um 1800), der sich nicht zwischen zwei Genüssen zu entscheiden weiß, aus der Ausstellung in Hannover

„Das Bild als Waffe“ - Das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover zeigt Mittel und Motive der Karikatur in fünf Jahrhunderten

Lobenswert sind immer die Tugenden von gestern

Was ist eine Karikatur? Wie unterscheidet sie sich von der „hohen Kunst“? Gehört sie einer eigenen Ästhetik? Hat sie eigene Stil-mittel entwickelt? Muß sie komisch sein? Kritisch? Politisch? Progressiv? Die Reihe der Fragen läßt sich erheblich verlängern, denn obwohl die Karikatur eine recht alte Kunst ist, obwohl schon viel über sie geschrieben wurde, herrscht da noch längst keine Klarheit.

Nun wagt sich das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover mit der Ausstellung „Bild als Waffe“ an eine Antwort. Eine Teilantwort allerdings, denn hier geht es um Mittel und Motive der Karikatur in fünf Jahrhunderten. Dazu wurden die Beispiele thematisch angeordnet.

Am Anfang steht die Verformung der menschlichen Figur von der grotesken Übertreibung bis zur raffinierten Reduktion. Die zweite Abteilung zeigt Beispiele für die recht unterschiedlichen Formen der Porträtkarikatur. Teil drei greift fünf typische Bildmotive heraus: Schandkutsche und Staatskarosse, Weltkugel und Landkarte, der Mensch-Tier-Vergleich, die Gegensätze groß und klein sowie Bild- und Wortwitz in der Karikatur. Als Epilog werden Beispiele der verhöhnten Eitelkeit der Modekarikatur und der „häßlichen Schönen“ vorgeführt.

Insgesamt sind es 258 Blätter, größtenteils Zeichnungen. Denn die Ausstellung basiert weitgehend auf der Sammlung Ensmann. Und dieser

Sammler hat sein Hauptinteresse auf die gezeichnete Karikatur gerichtet, sei es die erste Skizze, sei es der fertige Entwurf für die Reproduktion. Ein wesentliches Element der Karikatur, die Vervielfältigung als Voraussetzung publizistischer Wirkung, wird hier deshalb ausgespart.

Durch ihre Beschränkung auf die Handzeichnung gibt die Ausstellung jedoch eine Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis der Karikatur zu den akademischen Künsten. Am Anfang stehen immerhin Akademiker wie die Caracci-Brüder oder Leonardo (hier in Nachzeichnungen von Wenzel Hollar oder anonymen Künstlern) mit ihren Grotesken. Und der Bogen spannt sich über die großen Engländer Hogarth und Rowlandson, über Goya und Spitzweg, Daumier und Grosz bis zu Seale, Flora und Steinberg. Sie alle und viele andere sind hier mit Beispielen vertreten.

Diese Künstler beherrschen nicht nur die zeichnerischen Techniken, sondern auch die künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten. Allerdings gehören sie nicht zur Avantgarde, denn die Karikatur muß, wenn sie wirken will, einen Stil benutzen, der allgemein verständlich ist. Das war bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts kein Problem, weil bis dahin die Gegenständlichkeit, eine grundlegende Voraussetzung des Karikierens, nicht in Zweifel gezogen wurde. Aber so, wie keine impressionistische Karikatur möglich ist, ist auch keine ab-

strakte denkbar. Die Karikatur ist stilistisch deshalb immer eine Kunst, die auf dem festen Boden des Überlieferten steht, selbst wenn sie den Eindruck zu erwecken versucht, daß sie dieses solide Erbreich längst unterwühlt hat.

Eine andere Quelle der Karikatur sind die volkstümlichen Bilderbogen seit der Reformation, oft von unbekannten Künstlern entworfen und in Holz geschnitten, vielfach aber auch von bedeutenden Künstlern geschaffen. So sind hier Serien oder Einzelblätter von Callot und Lucas Cranach, Romyne de Hooghe und Pieter Bruegel d. Ä. neben anonymen Flugblättern zu sehen. Sie verbinden eine drastische Darstellung und offene Polemik mit einer Fülle von Anspielungen mit - damals - allgemein vertrauten Symbolen. Auch diese Elemente leben in der gegenwärtigen Karikatur weiter, wie Beispiele von Horst Haitzinger und André François zeigen.

Zugleich belegen diese frühen Flugblätter - wie viele politische Karikaturen der späteren Jahrhunderte auch - daß Karikaturen nicht komisch sein müssen. Gerade wenn sie auf politische Wirkungen zielen, sich als Waffe verstehen, neigen sie zum Schmähblatt, dem Ironie oder Spott längst vergangen sind. Dieses Thema, obwohl es der Ausstellungstitel verspricht, wird in Hannover nicht speziell abgehandelt. Das ist aber auch ein Kapitel, zu dem es bisher keine

soliden wissenschaftlichen Untersuchungen gibt.

Das Verbot von Karikaturen und die Verurteilung von Karikaturisten wegen Majestätsbeleidigung - Napoleon hatte ihnen sogar die Todesstrafe zugesprochen - deuten zwar an, daß die Spottzeichnungen Effekt und Ärger machten, aber zugleich darf der Popularitätsgewinn für den Karikierten nicht unterschätzt werden. In den Jahrhunderten vor der Erfindung der Photographie war das Karikaturporträt oft das einzige Bild, das sich die Leute von allerhand Größen machten und machen konnten.

Aber natürlich gibt es nicht nur politische und nicht nur kritische Zeichnungen. Die Gesellschaftssatire, die in Hannover vor allem mit Modekarikaturen vorgestellt wird, macht eine andere Eigenheit dieses spöttischen Genres bewußt: Es ist nur scheinbar fortschrittlich und auf das Morgen gerichtet, in Wirklichkeit aber geht es von den alten Werten, dem Bewährten und dem Gewohnten aus, und das sind die Mode und das Schönheitsideal von gestern und heute. Und meist ist es mit den moralischen und politischen Tugenden nicht anders.

Die reformatorischen Flugblätter griffen die Papstkrone an und maßen sie an dem Christentum. Daumier ging von den republikanischen Idealen der Französischen Republik aus. Und die Polemiken des ausgehenden Mittelalters gegen die „Weibermacht“ neigten wie die meisten feministi-

schen Karikaturen heute nur zu einer Umkehrung der Mann-Frau-Beziehungen, lobten also ein recht altertümliches Vorbild. Auch das wird in der Ausstellung von Holzschnitten des frühen 17. Jahrhunderts bis zu Marie Marcks belegt. Alle diese Zeichnungen beschwören im Kern ein goldenes Zeitalter, das es einst gegeben haben soll.

Trotzdem wäre der Eindruck falsch zu glauben, im Wilhelm-Busch-Museum würde nur eine Lektion erteilt. Die Ausstellung ist so reich und so vielfältig, daß man sie auch völlig unbeschwert als ein komisches Vergnügen betrachten kann. Dabei kommt ihr zustatten, daß die Besizer der Sammlung Ensmann bislang kaum publiziert wurden. So findet selbst derjenige, der sich auf diesem Felde ein wenig auskennt, viel Unbekanntes, das einer Entdeckung wert ist. Im Katalog, der gut gebildet und mit anregenden Essays versehen ist, kann er das sogar von dannen tragen. Und wer sich vor die Tür stellt und beobachtet, wie die Leute hineingehen und wie sie herauskommen, wird feststellen, daß keiner das Haus mit trübender Miene verläßt. Karikaturen, noch dazu so geballt, sind eine gute Medizin fürs Gemüt.

PETER DITTMAR

Bis 16. Dez.: Dortmund; 18. Jan. bis 10. März 1985: Göttingen; 17. März bis 30. April: München; 9. Mai bis 28. Juli: Katalog 38 Mark, im Buchhandel, Prestel-Verlag, 58 Mark.

JOURNAL

Niels-Peter Rudolph geht doch nicht vorzeitig

War: Hamburg

Niels-Peter Rudolph, seit 1980 Intendant des Hamburger Schauspielhauses, wird nun doch erst mit Ende der Spielzeit 1985/86 aus seinem Amt ausscheiden. Das gaben gestern Kultursenatorin Helga Schuchardt als Vorsitzende des Aufsichtsrates des Schauspielhauses und Rudolph selbst in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt. Rudolph hatte noch vier Wochen bei seiner durch die Bürgermeisterentscheide ausgelösten Bitte um eine vorzeitige Vertragsauflösung darauf gedrängt, bereits mit Ende dieser Spielzeit von seinem Posten zurücktreten zu können. Zu dem jetzigen Beschluß sei man einvernehmlich gekommen, da nur so eine verantwortliche Spielzeitorbereitung für 85/86 gewährleistet sei.

Navarro ständiger Gastdirigent beim SDR

DW: Stuttgart

Garcia Navarro ist vom Süddeutschen Rundfunk Stuttgart (SDR) für drei Jahre als ständiger Gastdirigent verpflichtet worden. Damit ist er dem SDR gelungen, neben Neville Marriner, seit 1983 Chef des Orchesters, einen der hervorragendsten Dirigenten zu engagieren. Der 43jährige Spanier gelangte sowohl als Konzert- wie auch als Operndirigent zu Weltruhm. Vor allem in Amerika. Mit der weltweit ausgestrahlten Fernsehinszenierung der „Aida“ aus der San Francisco Opera 1981 erzielte er internationale Beachtung. Bei den diesjährigen Bremer Festspielen mit den Wiener Symphonikern dirigierte er die aufsehenerregende „Tosca“-Aufführung.

Moskau warnt vor westlichem Kultureinfluß

AFP: Moskau

Der Moskauer Parteichef Viktor Grischin, Mitglied des Politbüros der KPdSU, hat die sowjetischen Intellektuellen scharf vor der westlichen Kultur gewarnt, die gekennzeichnet sei von Gewalt, Apolitismus und „Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben“. Er rief zur produktiveren Schöpfung politisch einschneidender Werke für den „scharfen ideologischen Kampf auf internationaler Ebene“ auf. Die Intellektuellen sollten „vom Klassenstandpunkt aus auf überzeugende Weise die edlen Ziele der Politik unserer Partei, die Vorherrschaft der sowjetischen Lebensweise dargelegen und die Fälschungen der bürgerlichen Propagandisten enttarnen“.

Probleme des literarischen Nachlasses

DW: Basel

Um Fragen des literarischen Nachlasses geht es im jüngsten Heft (Nr. 60) der Schweizer Literaturzeitschrift „drehpunkt“. An Hand von Schweizer Autoren wie Rainer Brämbach, Hans Morgenthaler oder Albin Zollinger werden Fragen erörtert wie: Wo befinden sich die Nachlässe? Wem gehören sie? Sind sie allgemein zugänglich? Lohnt es sich, eine dem Deutschen Literaturarchiv vergleichbare Institution in der Schweiz zu gründen? Daneben werden neue Texte vorgestellt, darunter Gedichte von Bernd Jentsch und Martin Walser. Ausgegebenen Anlaß eingestreut sind Reproduktionen von Holzschnitten und Tuschezeichnungen aus dem Nachlaß von Hans Arp. Das Heft (44 S.) erscheint im Lenos Verlag, Basel, und kostet 10 Mark.

Druckgraphik der Sammlung Lütze II

DW: Sindelfingen

Kunst des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts umfaßt die Sammlung Lütze II. Sie wurde 1973 in Erinnerung an den Bauindustriellen Max Lütze gegründet, dessen Sammlung 1973 durch Erteilung aufgelöst wurde. Druckgraphik aus dieser Sammlung, die auf Grund eines Vertrages mit Sindelfingen 1985 in den Besitz der Stadt übergeht, sind jetzt bis zum 30. Dezember in der Galerie zu sehen. Anschließend wird sie vom 27. März bis 27. Mai im Salzburger Kunstverein gezeigt. Der Katalog der Ausstellung kostet 25 Mark.

Seminar zur Geschichte Ostpreußens

ma, Marburg

Neue Forschungsergebnisse zur Geschichte Ostpreußens und Danzigs wurden auf der Lehrerfortbildungsveranstaltung der „Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht e.V.“ in Marburg/Lahn vorgetragen. Festgestellt wurde auch, daß die neue Schülergeneration an ostkundlichen Fragen stärker interessiert sei als ihre Lehrer. Viele Enkel würden jedoch nicht mehr, wo ihre Großeltern herkommen. Die nächste Tagung wird sich im Frühjahr 1985 in Straubing mit der böh-misch-mährischen Geschichte beschäftigen.

Doldinger auf Tournee

Jazz im Wartesaal, weichgespült

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klaffen mitunter Abgründe. Er sei stets auf der Suche nach neuen Wegen, experimentiere gerne auch vor Publikum, lasse sich auf seinen Tourneen inspirieren, gab Klaus Doldinger, einer der Leitfiguren der deutschen Jazzszene, in einem Gespräch zu Protokoll. Doch das, was er im „Alten Wartesaal“ in Köln mit seiner Gruppe „Passport“ vor untypischem Jazzpublikum vorführte, hatte mit Jazz wenig, mit dröhnendem Disco-Rock um so mehr zu tun.

Bereits das letzte „Passport“-Album „Man in the Mirror“ wurde nicht dem Ruf gerecht, den Doldinger sich in den Jahren zuvor zurecht erworben hatte. Hier begann schon der Rutsch in die Niederungen lärmender, unstrukturierter Tanzmusik. In der kalten Umgebung des „Alten Wartesaals“ nun, der einen Fellini wohl zu bizarren Bildern inspirieren könnte, für Darbietungen dieser Art jedoch denkbar ungeeignet ist, verstärkte sich dieser Eindruck, zumal Doldinger ein ausgesprochen heterogenes Programm hatte. Jazzrock folgte auf wahrer Filmmusik: eine „Ballade“ aus der „Unendlichen Geschichte“ schwärmte wie Weichspülmittel durch den Saal; ein Gitarrensolo klang, als habe sich der unsägliche Ricky King in der Saaltribüne; einer musikalischen „Hommage an Charlie Parker“ schloß sich eine unnötige Vokalnummer an, die dank der Akustik unverstärkt blieb.

„Natürlich“, so Doldinger, „hätte ich auch unentwegt Free-Jazz-Bläser spielen können. Doch damit würde dieses Publikum wohl überfordert gewesen. Mir scheint, ich kann jazziges in der heutigen Zeit am ehesten auf der Bühne eines betonten Rhythmus den Leuten nahebringen.“

Zu diesem Zweck hatte er sich der Mitarbeit des vorzüglichen Alphons Mouzons verschrieben, der am Schlagzeug das rhythmische Gerüst baute, auf dem sich die „Passport“-Gruppe sicher bewegte. Andererseits reduzierte sein Spiel die traditionellen Soloeinlagen, was die Entfaltungsmöglichkeiten der anderen im allgemeinen und die des Bandleaders im besonderen hörbar einschränkte. „Aber solche Entwicklungsphasen“ - fast entschuldigend sich Doldinger - „sind notwendig. Sie helfen mir, zwischen den verschiedenen musikalischen Arbeiten Brücken zu bauen, so zwischen Film- und Rockmusik.“

Wie auch immer: Doldinger befindet sich in einer Sackgasse, jedenfalls hat der Jazz-Zweig dieses „Musikunternehmers“ (Doldinger über Doldinger) angeht. In letzter Zeit hat er (zu) viel Zeit für Filmmusiken geopfert. Sein Spiel ist glatt geworden, gefällig, fast ohne Ecken und Kanten. Er bietet durchaus hervorragendes Jazz-Handwerk - aber eben nur Handwerk. Und das ist für einen Klaus Doldinger zu wenig.

K. Bl./no



Skandalumwitter: Der mit immensen Summen hingestellte neue Kulturpalast im Osten Münchens

München: Das Gasteig-Kulturzentrum hat seinen Betrieb aufgenommen

Zarte Pantomimen in der Tiefgarage

Der Gasteig - ein spannendes Kapitel der Münchner Kultur- und Finanzgeschichte? Werden Kunst und Kommerz, städtische und private Subventionen, Inhalte, Programme, Besucher und Nutzer den Gasteig leben lassen? - so fragt eher zaudernd denn überzeugt Eckard Heintz, der Geschäftsführer der Gasteig-Betriebsgesellschaft im Vorwort des November-Kulturprogrammes. Seit genau vier Wochen versucht man, die Münchner in den neuen Kulturpalast im Osten der Stadt zu locken. Zu locken - denn das bisher so skandalumwitterte Kulturzentrum hat schwer zu kämpfen. Wie Zentrum lastet auf das „negative Phantom-bild“ (so Münchens Kulturreferent Jürgen Kolbe) auf diesem Gebäude.

Die Vorgeschichte ist schnell rekapituliert. Ende der 60er Jahre be-nutzen die Münchner SPD-Stadtväter das Vorhaben eines seit Kriegens- lang entbehrten Konzertsaals, um so-gleich ein gewaltiges Mehrzweck-objekt mit Stadtbibliothek, Volkshochschule, Richard-Strauss-Kon-servatorium und weiteren Sälen dar-zulegen. Die Schätzungen für die-sen Bau lauteten damals nicht einmal über hundert Millionen Mark. Für den Münchner Stadtrat eine akzep-table Summe. Aber sie war fehlerkalku-liert. Die Baumsummen kletterten ins Immense. Sie landete schließlich bei 360 Millionen Mark.

Aus berechtigter Furcht, daß dieser Kultur-Moloch München über den Kopf wachsen würde, stieß die Stadt Ende 1981 das Kulturzentrum an ein von fünf Banken getragenes Lea-

sing-Unternehmen ab. Gleichzeitig gründete sie als Generalvermieter und Hauptveranstalter die „Gasteig-Betriebsgesellschaft mbH“, die die Räumlichkeiten vermietet und „für optimale Auslastung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten Sorge tra-gen“ muß; ihr steht der Jurist und Bankkaufmann Eckard Heintz als Geschäftsführer vor. Er muß gewinn-bringend, zumindest kostendeckend arbeiten. Gleichzeitig ist aber auch das Münchner Kulturreferat unter Jürgen Kolbe angetreten, um für das kulturelle Programm mit Subventio-nen aus seinem Etat zu sorgen.

In diesem Jahr, ab Mai, begannen nun alle dort beheimateten Institu-tionen ihre Arbeit. Es ließ sich wider-erwarten gut an. Besonders die Stadtbibliothek, die bisher nur be-helfsmäßig untergebracht war, wurde von den Bürgern schnell angenom-men. Auch die Volkshochschule kann sich über Mangel an Beteiligung nicht beklagen.

Schwieriger und rauher war aller-dings die Gasteig-Wirklichkeit mit ih-rem eigentlichen Kultur-Start. Als Premiere servierte man Ende Okto-ber ein siebentägiges Kegel-Match, eine Werk-totale des Komponisten mit Film, Musik und Spiel. In der so-genannten „Black Box“ vollzog sich dunkel und verwirrend das Kegel-Hörspiel, nach einer Lektüre von Or-well. Verzerrt, überlaut dominierten Klischees und Absurdes vom Band über die Besucher. Diese Kagelesche Schwarz-Utopie verstörte nicht nur die Theaterbesucher, sondern auch arglose Bibliotheksbenutzer, sie

empörte die Kursleiter, die gegen die-ses Spektakel aufgrund fehlender Trennwände anschreien mußten.

Nach diesem eher flopigen Probe-lauf hatte der künstlerische Leiter der Betriebsgesellschaft, Jochen Zoer-nher, im Rahmen der Präsentation junger europäischer Künstler die Pa-riiser Gruppe „Les Petits Chateaux“ eingeladen, mit ihrem Tiefgaragen-epos „Parking du ciel“. Ein durchaus aufregendes Animationspiel mit Au-to-crash und Akrobatenzäuber, das in dem Tiefgaragen-Bunker stattfindend Verangstigt saß man, multimedial eingeschlossen, im Auto, das einem umherkutscherte. Man hörte Dialoge vom Tod, sah Wracks und Verkehrs-tote, dazwischen, locker eingestreut, zarte Pantomimen. Sicherlich für manchen reizvoll, bloß: Zuschauer-ströme sind mit dieser Art von Unter-haltung kaum in Bewegung zu setzen.

Mehr Zuspruch wird wohl die jetzt gerade beginnende fünf-tägige Ho-mmage à Jean Cocteau haben. Neben seinen berühmten Spielfilmen kom-men auch Videofilme über und mit Cocteau zur Aufführung. Auch wurde eine Fotoausstellung zu seinem 25. Todestag zusammengestellt.

Nach diesem ersten kulturellen Staffellauf im Gasteig steht allerdings der große Zielpunkt noch aus: die Er-öffnung der Philharmonie. Allseits läßt sich aber die bange Frage ver-nehmen: Wie wird die Akustik sein? Liegt doch der Tunnel des S-Bahn-Anschlusses haarscharf unter dem Konzertsaal!

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



**Gourmettip:
Fürstenhof
Celle lädt
ein ins
Endtenfang**

Seite VIII

**Kalifornien
für Schüler:
Ohne Pauken
Sprachen
lernen**

Seite III

**Schach mit
Großmeister
Pachman,
Rätsel und
Denkspiele**

Seite VII

**Port El
Kantaoui: Ein
Hafengarten
für den
Winter**

Seite VIII

**Auf der
uralten
Baumwoll-
Bahn durch
Togo rattern**

Seite VIII



Habt Geduld mit Frau Holle ...

Skifahrer sind ein merkwürdiges Volk. Da beschert uns Petrus nach einem verregneten Sommer den sonnigsten Spätherbst in den Bergen, und was macht die Brettlritschergilde? Sie schimpft aufs Wetter. Weiße Flecken sind gefragt. Einmal können sich diese Schneefreaks offenbar nicht leisten: einen Kalender. Der besagt nämlich, daß der Winter offiziell erst am 21. Dezember beginnt. Und nicht dann, wenn in den Schaufenstern der Sportgeschäfte Plastikskis und männliche Pistenpuppen mit dem neuesten Racing-Look, dem schicksten Overall, den bequemsten Skistiefeln und modischsten Accessoires Wedelspaß suggerieren. Auch die Stoßseutler der Fremdenverkehrsmanager, die ihre Gästebetten bereits für weiße Trainingswochen geschliffen haben, nutzen nichts, solange Frau Holle nicht das gleiche tut.

Sicher, ganz Ungeduldige tummeln sich bereits auf den Gletschern, die zum Leidwesen der Naturschützer immer mehr mit Liftverdrängung werden. Aber Pulverschnee-Verdrängung ist das Gedränge in den Eisregionen halt doch nicht.

Wenn schon aufs Wetter kein Verlaß ist, so doch wenigstens auf die Skibranche, die den Pistenpaß bekanntlich von Jahr zu Jahr sicherer, komfortabler und bequemer macht – also selbst dem ungelenkigsten Toppatsch schnellen Lustgewinn auf Brettl verspricht.

Wie anders könnte der unbedarfte Pistenfreund das Wortgeklingel verstehen vom „denkenden Ski“, der die Schwingen fast von selbst auslöst, vom „Brettl“, das sich „aggressiv, bissig und brutal“ auch mit den eisigsten Pisten auseinander setzt, oder dem „Schneefräser“, der sich auch durch „schwierigste Schneearten“ pflügt. Mit solchen Tausendstaschen-Latten wird sich mancher Brettl-Azubi wie Franz Klammer fühlen – bis zum Crash.

Die sicherste Bindung, der beste Ski nützen nämlich nichts, wenn der Käufer sein Können falsch einschätzt. Dabei gibt es heute wirklich für jeden fast „maßgeschneidert“ die richtige Ausstattung. Nie war die Auswahl an winterlichen Equipments technisch besser. Die Käufer müßten eigentlich nur so in die Sportgeschäfte drängen, um die Wunderlatten, sei es mit „Vakuum-Technik“, „Kontaktzonenantrieb“, oder was sonst noch optimales Fahrvermögen verspricht, zu erwerben. Doch was tut das undankbare Brettlvolk? Es wartet auf den einsetzenden „Preiskrieg“. Vorbei sind die Zeiten, da man sich im September neue Gleiter verpassen ließ. Die Preise fallen erst im Spätherbst wie die Blätter.

Also, abwarten und nicht ungeduldig werden, heißt die Devise der weißen Saison. Die Käufer lassen sich Zeit. Dieselbe Zeit sollten sie auch dem Winter lassen – er kommt bestimmt! Und Zeit sollte das Skivolk auch allmählich vom untrainierten Büromenschen in ein flottes Wedel-As zu verwandeln. Denn Geduld ist gesund.

HEIDI GANSER

Bayerns kleine Skireviere sind ganz groß

Oberammergau
Wer Skiforte erst ab hundert Pistenkilometern akzeptiert, wird sich hier kaum wohl fühlen. Und der Ski-Jet-Set im Gefolge des Weltcup-Trubels kann wohl noch nicht einmal ihre Namen richtig aussprechen. Doch für Kenner gibt es unter den kleineren oberbayerischen Skigebieten zwischen Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden eine ganze Reihe attraktiver Plätze: durchaus anspruchsvoll von den Pisten her, aber halt nicht sehr groß.

Oberammergau zum Beispiel. Das sommerliche Spektakel, das den frommen Titel „Passionsspiel“ trägt, hat seine Pforten geschlossen; jetzt ist der Urlauber wieder Gast. Atemberaubend ist für den ortsunkundigen Skifahrer nicht nur das Bergpanorama, wenn er sich mit der Kabinenbahn die 840 Höhenmeter auf den Lauer hat hinauftragen lassen, sondern auch der Anblick der Abfahrt zu Tal. Sie zählt zum Steilsten, was ein Skifreund in den Alpen finden kann. Gemütlicher und empfehlenswerter zum „Einschwingen“ geht es auf der anderen Talseite am Kolben zu. Insgesamt muß sich Oberammergau mit 25 Kilometern Piste auch vor manchem ausländischen Gebiet nicht verstecken. Für die Langläufer ist die 90 Kilometer lange „König-Ludwig-Loipe“ ein Winter-Traum.

Am skifreien Tag, den vor allem untrainierte Alpinisten in der ersten Urlaubswoche einlegen sollten, bietet sich ein Ausflug nach Ettal an. Die Klosterkirche gehört zu den bedeutendsten Benediktinerklöstern im Alpenraum. Während sie im Sommer Ziel großer Besuchermassen ist, hat der Wintergast den prachtvollen Raum oft ganz für sich allein.

Auch in Garmisch-Partenkirchen, Deutschlands Skifort Nummer eins, gibt es noch ein Gebiet, das kaum einer kennt: den Wank. Als die Garmischer 1978 die Skiweltmeisterschaft austrugen, mußten sie für jeden Wettbewerb eine Ersatzstrecke vorweisen. Da besannen sie sich auf den südlich gelegenen Wank, der bereits eine Sommerbergbahn besaß, und spendierten ihm eine hübsche, rund sechs Kilometer lange Piste. Für die Köhner gibt's eine schöne Tiefschneefahrt, weniger Ambitionierte finden in Gipfelnähe sonnige Übungslifte. Zum „Einkerschwingen“ laden die Esterberghütte und das Wankhaus mit bodenständiger Küche. Wer nach dem Skifahren immer noch nicht genug hat: Gegen Vorlage einer Wankbahn-Tageskarte kann man im Garmischer Wellenbad kostenlos baden.

Den Minus-Rekord an Wintergästen hält wahrscheinlich ein Tal weiter,

die Herzogstandbahn bei Kochel. An einem traumhaften Sonnentag im letzten Jahr zählten wir bei optimalen Skibedingungen bloß 16 Gäste. Dem Skifahrer kann das nur recht sein: Er zieht hier seine Schwingen fast so ungestört wie an einem Privathang. Der mögliche Grund für den spärlichen Besuch: Von der Piste zur Bahn muß man rund einen Kilometer mit dem Pendelbus zurücklegen.

Nicht entgegen lassen sollte man sich hier eine Mittagspause auf dem Herzogstandhaus. Die Wirtin, eines der letzten Originale der Bayerischen Alpen, zeigt den Gästen gern ihre Wolpertinger-Sammlung und spielt

auf Wunsch ein Ständchen auf der Ziehharmonika.

Wer mit zwei Brettl virtuos umgehen kann, der liegt im berühmten Geigenbauer-Ort Mittenwald richtig. Bis in den April hinein finden Ski-Enthusiasten im berühmten „Dammkar“ eine der ganz wenigen voll erschlossenen hochalpinen Tourenabfahrten der Bayerischen Alpen. Die Seilbahn – die einzige Deutschlands, deren Beförderungskapazität nach Gewicht und nicht nach Personen bemessen wird – bringt die Alpinisten zur 2385 Meter hohen westlichen Karwendelspitze. Von der Gipfelstation der Bahn aus geht es durch einen

Tunnel, und dann steht man vor wildromantischer Felskulisse, die eine gut sieben Kilometer lange Abfahrt mit allem „Pfeffer“ umrahmt. Über 1300 Höhenmeter muß der Skifahrer überwinden, bevor er wieder in der Talstation ankommt. Auf der anderen Seite Mittenwalds, am Hohen Kranzberg, können sich derweil die wenigen skinarischen Familien-Mitglieder tummeln. Und Mittenwald mit seinem mittelalterlichen Ortskern und den zahlreichen Luftmalereien an den Hauswänden bietet bei alledem preiswerte Unterkünfte.

Tiefer in die Tasche greifen muß der Gast am Wallberg hoch überm

Tegernseer Tal. Dafür bieten Hotels wie das „Bachmayr“ oder die „Überfahrt“ dann aber auch den passenden Rahmen für einen Winterurlaub zwischen Spielbank und Sonnenbaden, zwischen dem bayerischen „Bräustüberl“ und dem feinen französischen Lokal. Und Skifahren kann man auch recht sportlich am „Glashang“, nur wenig zäher auf der „Damenabfahrt“ vom Wallberg, deren Name dafür spricht, daß auch das weibliche Geschlecht am Tegernsee auf Skiern geboren sein muß. Unten im Tal gibt es Lüne für „Durchschnittsfahrer“: den Wiesseer Sonnenbichl, die Hirschberg-Lüne oder das rund 30 Pisten-Kilometer große Spitzing-Gebiet, das durch einen Zubringerlift von Rottach her erschlossen ist.

Auswärtigen Skigästen, die mehr Wert auf Gemütlichkeit beim Après-Ski legen, sei Lengries mit seinem Skiberg Brauneck empfohlen. Sieht man vom Wochenende ab, sind auch hier die Pisten kaum befahren. Die Besonderheit dieses Gebiets: Auf rund 30 Liften mit 40 Kilometern Abfahrten verteilen sich 22 Hütten und Brotzeitstationen! Wer da nicht spätestens um elf Uhr zum Weißwurstfrühstück die Brettl abgeschnallt hat, ist selber schuld. Das Weißwurstfrühstück hat in Bayern Tradition. Da die Würste leicht verderblich waren, mußten sie schon bis zur Mittagszeit gegessen werden. Doch auch die sportliche Seite lohnt sich: Von der gemächlichen Almwiese, dem „Idealhang“, bis zur extremen Garlandabfahrt, die selbst für Pistenraupen zu steil ist, finden Anfänger und Buckelpisten-Fans ihr Revier. Nicht nur Langläufer sollten sich das romantische Jachenau-Tal „hinterm“ Brauneck merken. In den gemütlichen Gasthäusern findet man zurück zum ursprünglichen Oberbayern, in dem die Krachlederne und der Gamsbart noch nicht vom Verkehrsverein vorgeschrieben werden müssen. H. W. RODRIAN

Oberammergau: Schneesicher bis März, Zimmer über Verkehrsbüro, 8103 Oberammergau, Eugen-Papst-Straße 9.
Wankgebiet: Schneesicher bis April, Zimmer über Verkehrsbüro, 8100 Garmisch-Partenkirchen, Bahnhofstraße 34.
Herzogstandgebiet: Schneesicher bis März, Zimmer über Verkehrsbüro, 8113 Kochel am See, Kolmbachstraße 11.
Mittenwald: Schneesicher bis Anfang Mai, Zimmer über Kurverwaltung, 8102 Mittenwald, Dammkarstraße 3.
Wallberg/Kranzberg: Schneesicher bis März, Zimmer über Kuramt Tegernsee, Haus des Gastes, 8180 Tegernsee, Hauptstraße 2, oder Kuramt, 8183 Rottach-Tegern, Nordliche Hauptstraße.
Brauneck/Lengries: Schneesicher bis Anfang April, Zimmer über Verkehrsbüro, 8172 Lengries, Rathausplatz 1.



Die meisten deutschen Winterurlauber zieht es zum Skifahren in die benachbarten Alpenländer. Aber warum in die Ferne schweifen? Zwischen Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden liegen viele kleinere Skigebiete, die fast nur den Einheimischen bekannt sind.

Die Pisten sind durchaus anspruchsvoll, sie können sich mit den Abfahrten in Österreich und der Schweiz messen. Dennoch sind manche der Skigebiete in den Bayerischen Alpen nicht überlaufen. Sie warten noch auf ihre Entdeckung. FOTO: KURT OTTO

Tips für China

Einen Führer für die vier wichtigsten Handelsstädte Chinas – Peking, Shanghai, Tianjin und Kanton – hat jetzt das Meridien-Airport-Hotel in Hongkong herausgebracht. Er enthält Stadtpläne, Adressen der Hotels, Fluggesellschaften, Banken, Botschaften und Einkaufsmöglichkeiten. Die Broschüre ist kostenlos beim Meridien-Verkaufsbüro, Friedensstraße 11, 6000 Frankfurt, erhältlich.

Run auf Weihnachtsflüge

Ein Rekordtag steht der Luftfahrt am 22. Dezember bevor. Für diesen Tag sind ab Frankfurt schon heute die Hälfte der Plätze ins europäische Ausland gebucht. Die Buchungszahlen im Touristikbereich der Westeuropäer-Strecken liegen um 24 Prozent höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Neue Fluglinie nach Kuba

Kuba will sich stärker als bisher um europäische Touristen bemühen. Wie der Leiter des kubanischen Fremdenverkehrsbüros mitteilte, richtet die Fluggesellschaft Cubana de Aviación eine zweite direkte Flugverbindung aus der Bundesrepublik ein. Zu der Strecke Köln-Havana kommt die Route Düsseldorf-Havana hinzu.

Zum Fußball nach Malta

Anlässlich des Fußball-WM-Qualifikationsspiels zwischen Malta und Deutschland am 18. Dezember führt das Deutsche Reisebüro (DER) vom 13. bis 19. Dezember 1984 eine Sonderreise nach Malta durch. Im Preis ab 895 Mark sind Linienflüge, Hotelunterkunft mit Frühstück, Transfers und Ausflüge enthalten. Eintrittskarten zum Fußballspiel werden vom DER besorgt.

Strafzettel werden teurer

Mit durchschnittlich 50 Prozent höheren Geldbußen werden vom nächsten Jahr an Straßenverkehrsdelikte in der Schweiz geahndet. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes beispielsweise soll dann rund 38 Mark kosten. Parkvergehen auf Fußgängerüberwegen werden mit rund 75 Mark und Geschwindigkeitsüberschreitungen von 15 km/h mit 150 Mark belegt.

Währungsparitäten

Ägypten	1 Pfund	2,65
Belgien	100 Franc	5,00
Dänemark	100 Kronen	28,25
Finnland	100 Fmk	48,25
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	100 Drachmen	2,70
Großbritannien	1 Pfund	2,61
Irland	1 Pfund	2,75
Israel	1 Schekel	0,011
Italien	1000 Lire	1,35
Jugoslawien	100 Dinare	1,76
Luxemburg	100 Franc	5,00
Malta	1 Pfund	6,50
Marokko	100 Dirham	33,50
Niederlande	100 Gulden	89,50
Norwegen	100 Kronen	35,00
Österreich	100 Schilling	13,54
Portugal	100 Escudos	2,30
Rumänien	100 Lei	8,25
Schweden	100 Kronen	35,50
Schweiz	100 Franken	123,00
Spanien	100 Peseten	1,32
Türkei	100 Pfund	1,10
Tunesien	1 Dinar	3,30
USA	1 Dollar	2,97
Kanada	1 Dollar	2,28

Stand vom 13. November. – Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Ihr Flug in die Sonne für nur 998,- DM. Zum flieg & spar-Tarif mit Iberia auf die Kanarischen Inseln.



Fliegen Sie den grauen Tagen einfach davon. Ab November gibt es bei Iberia den besonders günstigen flieg & spar-Tarif – für nur 998,- DM auf die Kanarischen Inseln. Im Winterhalbjahr mit verlängerter Gültigkeit für Langzeiturlauber: ohne Aufpreis! Natürlich fliegen Sie per Linie und genießen den vollen Ser-

vice einer internationalen Airline. Sie sind unabhängig von Gruppen und bestimmen Ihren Reisetag selbst. Packen Sie schon mal die Koffer, es geht täglich los! Buchen Sie bei Ihrem nächsten IATA-Reisebüro oder direkt bei Iberia. Dort erfahren Sie auch alles über die weiteren flieg & spar-Ziele in Spanien.

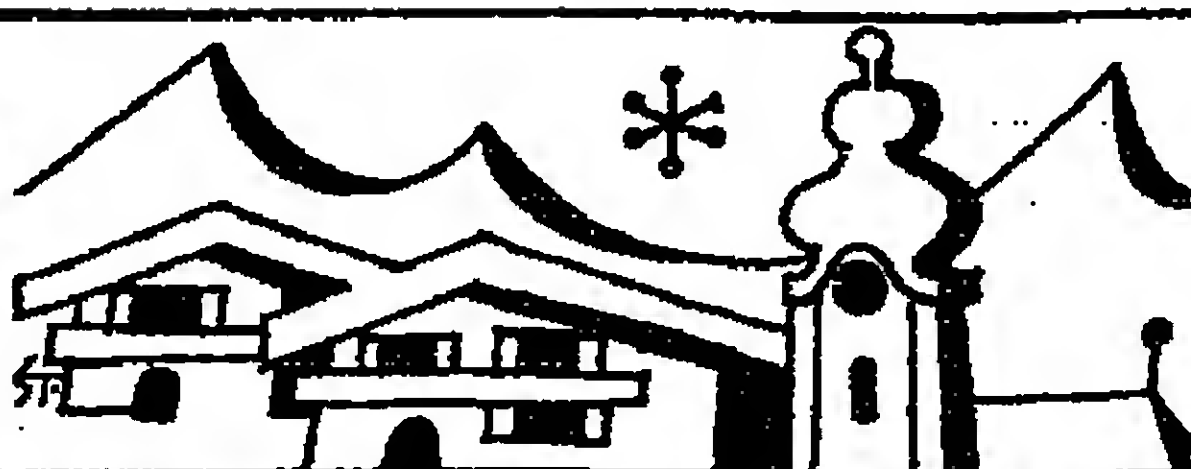
Winterflugplan Kanarische Inseln

Fr., Sa., So.	- Frankfurt	- Teneriffa
Di., Fr.	- Frankfurt	- Las Palmas
Mo., Mi., Fr., Sa.	- Düsseldorf	- Teneriffa
Di., Do., So.	- Düsseldorf	- Las Palmas

IBERIA
INTERNATIONAL AIRLINES OF SPAIN
Die Sonnenländer-Experten

An CUNARD/NAC, WW Abt. V9
Neuer Wall 54, 2000 Hamburg 36,
Tel.: 0 40/361 20 58

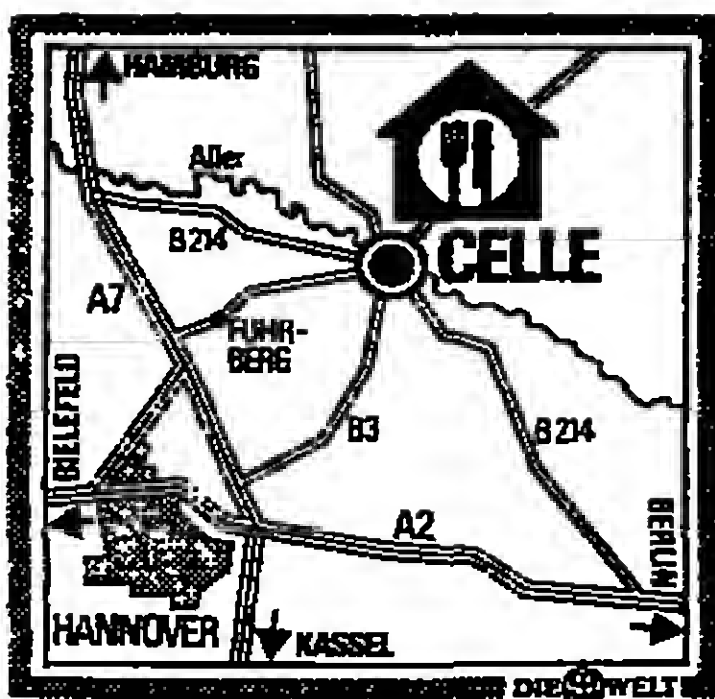
SPORT UND ENTSPANNUNG



1eL0617377011

GOURMET-TIP

Anreise: Autobahn A 7, A 2 in Richtung Hannover, Abfahrt Celle, dann Bundesstraße bis Celle (rund 30 km).
 Öffnungszeiten: täglich 12 bis 15 Uhr sowie von 18.30 bis 23.30 Uhr; Küchenannahme jeweils mittags bis 14 Uhr bzw. abends bis 21.30 Uhr.
 Anschrift: Fürstenhof Celle, Restaurant Entenfang, Hannover-Straße 55/56, 3100 Celle, Telefon: 05141/2010.



Fürstenhof in Celle

Die landschaftlichen Reize der Heide sind berühmt – weniger groß ist ihre Attraktivität für Gourmets. Die meisten von ihnen lockt nur eine Adresse zwischen Hannover und Celle: der Fürstenhof in Celle mit seinem Restaurant „Entenfang“. Enten oder – in der Schreibweise von Konrad Duden's Zeiten – „Enten“ bestimmen das Flair des gesamten Restaurants, von der Einrichtung über die Speisekarte bis hin zum Restaurant-Innenhof, den sich schon einmal ein Wildentenpaar als passenden Ort zur Aufzucht seiner Jungen ausgewählt hat. Übrigens mit unerschütterlichem Desinteresse am Küchenchef, der dies aufrichtig erwiderte, obwohl gerade dieses Federvieh seine besondere Spezialität ist.

Die Speisekarte zeugt davon, mit köstlichen Variationen von der Ente (Streifen von Entenbrust, Enten-

wildten Artgenossen in die Netze locken, das war der „Entenfang“ – heute Naturschutzgebiet. Wenn nicht der Sinn nach Ente steht, der findet auf der Tageskarte auch andere Kreationen. Gerührt werden die Terrinen – zum Beispiel eine Terrine von Meeresfrüchten mit grüner Sauce und Kräutergelee (18,50 Mark, kleine Portion 14,50 Mark) oder eine Pfannenterrine auf Mandelsauce (12,50 Mark) – und die Heidschnucken-Kompositionen. Sie sind häufig Bestandteil des alle drei oder vier Tage wechselnden „Menu du chef“, das beispielsweise diese Folge hat: Wildschwein-terrine mit Apfelfruttersalat, Tomatenessenz mit grünem Pfeffer, vier Stück warme Imperial-Austern auf Fenchelgemüse überbacken, Feigen-Joghurt-Sorbet, Heidschnuckenrückenfilet in Würstchen mit Bohnen und Steckrübenbraten, Birnenflan auf Preiselbeersabayon. Es kostet 92,50 Mark.

Küchenchef Ernst Rissmann und Direktor Horst Brühl fühlen sich dem anspruchsvollen Namen ihres Hauses verpflichtet: Der Gast speist und trinkt fürstlich im Celler Fürstenhof. Die Weinkarte enthält weit über 100 Positionen. Trockene, halbtrockene und edelsüße Weine aus allen deutschen Weinanbaugebieten werden ebenso bereitgehalten wie trockene französische Weine. Die Flaschenpreise reichen von 27,50 Mark für einen Kabinett von der Mosel bis zu 380 Mark für einen 70er Châteaux Margaux.

Zum Wohlbehagen des Gastes trägt auch die geschmackvolle und dezente Einrichtung des Restaurants bei. Das gedämpfte Licht der Jugendstil-Lampen, die Schilfwände zwischen einigen Tischen, die Entenskulpturen und -graphiken schaffen Behaglichkeit.

Ein Besuch des „Entenfangs“ im Fürstenhof Celle lässt sich gut mit einem Spaziergang durch das liebenswürdige, historische Zentrum der alten Herzogstadt verbinden. Zum Schloß ist es nicht weit. Und auch die farbenfrohen Häuserfronten zum Beispiel in der Kalandgasse, der Kanzler- und die Schutzstraße sind ohne Anstrengung zu bewundern. So werden der Fürstenhof Celle und die ehemalige Residenzstadt in der Erinnerung des Besuchers eine harmonische Einheit bilden.

JOCHEN SCHMIDT



Polis Adelsheim: heute Hotel Fürstenhof ZEICHNUNG: FÜRSTENHOF

terrine und Entenmousse für 20 Mark) und „entend“ mit einer teilweise am Tisch zubereiteten „Canard à la presse“, einer 100-Mark-Schlemmerlei für zwei Personen im Stil des numerierten Entenvergügens des „Tour d'Argent“ in Paris.

Eine andere Spezialität des Hauses, die Herzogliche Entenvesper (79 Mark für zwei Personen), besteht aus einer zarten, knusprig gebratenen Ente, deren Brust mit einem mit Zwiebeln gefüllten Apfel, Saison Gemüse und Kartoffelgratin und deren Keulchen mit Pilzen in Sahne oder einem Gemüsegratin serviert werden. Zwischen den beiden Gängen wird ein erfrischendes Sorbet gereicht. Ente war ein Lieblingsgericht der Herzöge, sie ließen dafür einen Teich mit Fangkanälen einrichten, auf denen zahme Enten die vorüberziehenden



Küchenchef Ernst Rissmann und Direktor Horst Brühl FOTO: DIE WELT

Ein Hafengarten für den Winter

Sousse

Port El Kantaoui, der modernste tunesische Yachthafen im Süden des Golfes von Hammamet, acht Kilometer nördlich von Sousse, befindet sich im Zentrum des südlichen Mittelmeers, unweit der Nahtstelle von Tyrrenischem und Ionischem Meer in überaus verkehrsgünstiger Lage. Nur 80 Seemeilen beträgt die kürzeste Distanz über die offene See (von Marsala/Sizilien nach Kélibia/Tunesien). Port El Kantaoui selbst ist nur 23 Kilometer vom Flughafen Skanes-Monastir und 140 Kilometer vom Tunis International Airport entfernt.

Die bewachte Marina ist nach modernsten technischen Gesichtspunkten angelegt, verfügt derzeit über Liegeplätze für mehr als 300 Boote (darunter bis zu sechs 40 Meter lange Großjachten) und erfüllt alle Bedingungen zur Überwinterung im Wasser und auf dem Trockenen. Neben einer Wasserversorgungsstation mit Benzin und Diesel (der Diesel zollbegünstigt) gibt es eine ständig besetzte Capitalerie, Zollstation und Yachtclub und Wert.

Duschen am Kai sind vorhanden, Bootcharter, Shipchandler und Duty-free-Shop, Magazin Général (Supermarkt), zwei Banken, Versicherungsbüro und Postamt stehen dem Segler zu Diensten. Auch für die tägliche Wettervorhersage wird gesorgt.

Nach dem Vorbild von Puerto José Banuz bei Marbella wird der Hafen von einem Dorf umschlossen. Mit seinen blendend weißen Mauern, mit maurischen Rundbögen und Innenhöfen wurde es im gleichen Stil erbaut wie das berühmte Künstlerstädtchen Sidi Bou Said zwischen Tunis und Karthago. Diese neuartige Ferienanlage, größter „Hafengarten“ Afrikas, bei dem es sich um den ersten integrierten touristischen Komplex Tunesiens handelt, bereichert das Mittelmeer um einen großen, schön gelegenen Yachthafen. Zugleich gibt er der Gesamtanlage ihren attraktiven Mittelpunkt.

Die Anlage Port El Kantaoui offeriert ihren Gästen eine breite Fächerung von Wohnmöglichkeiten. Um den Yachthafen und das Vier-Sterne-Hotel Hanibal Palace gruppieren sich die „Häuser am Meer“ mit Miet- und Eigentumswohnungen (25 Prozent der Eigentümer sind Franzosen, 30 Prozent Deutsche), die im Landesstil eingerichtet sind. Außerdem gibt es ein großes Angebot von Villen und Bungalows sowie Hotels verschiedener Kategorien. Das 50 Millionen Dinars Gesamtprojekt (183 Mill. Mark), das bis 1988 fertiggestellt sein soll, wird mit Kapital aus Kuwait und Abu Dhabi erstellt.

Es entsteht auf 300 Hektar Fläche mit einer sechs Kilometer langen Küstenlinie und wird einmal insgesamt 1000 Appartements, 400 Villen und 14

Hotels unterschiedlicher Kategorien mit insgesamt 15 000 Betten umfassen. Architektonisch fügt sich der durch Grünanlagen voller Jasmin, Pomeranzen, Mandelbäume und Rosensträucher aufgelockerte Ort gut in die Landschaft ein. Er liegt mit seiner Ostseite dem Meer zugewandt und ist in seinem Rücken umgeben von den lichten Olivenhainen, die für diese Gegend charakteristisch sind.

Neben Geschäften in typisch tunesischen Souks sorgt eine Vielzahl von Open-air-Restaurants, Pizzerias, Teestuben, Bars und Terrassencafés zu jeder Zeit des Tages dafür, daß Port El Kantaoui von Menschen, Musik und lebhaftem Treiben überquillt. Natürlich kann man Reiten, Tennis spielen. Einen 18-Loch-Golfplatz gibt es nahebei.

Port El Kantaoui ist nicht nur ein Yachthafen, wo es selbst im Winter freie Liegeplatzkapazität gibt, auch die Gebühren liegen erheblich unter denen der an der nördlichen Mittelmeerküste angesiedelten Marinas. Es ist jedem Yachteigner, der sein Schiff für ständig dorthin legt, natürlich ungenommen, sich in unmittelbarer Hafennähe auch ein Appartement oder eine Villa zu kaufen, was die Liegeplatzgebühr um 20 Prozent ermäßigt.

Doch auch für jemand, der kein Boot besitzt und nur die Hafenatmosphäre einer Yachtmarina für seinen Urlaubsaufenthalt sucht, gibt es preiswerte und verlockende Ferienangebote, wobei der Preis nicht selten der Leistung entspricht: Gäste von Vier-Sterne-Hotels haben kaum jemals Anlaß zur Klage über Unterkunft, Reinlichkeit und das Essen, während der Durchschnittstourist in einfacheren Hotels schon häufiger mal ein Haar in der Suppe findet. Oftmals beruht dies jedoch auch auf einer Diskrepanz zwischen dem an ein maurisches Schloß erinnernden Katalogbild des großräumigen Hotels – einer Erwartung von orientalischem Luxus also – und der Realität des hierfür bezahlten Preises.

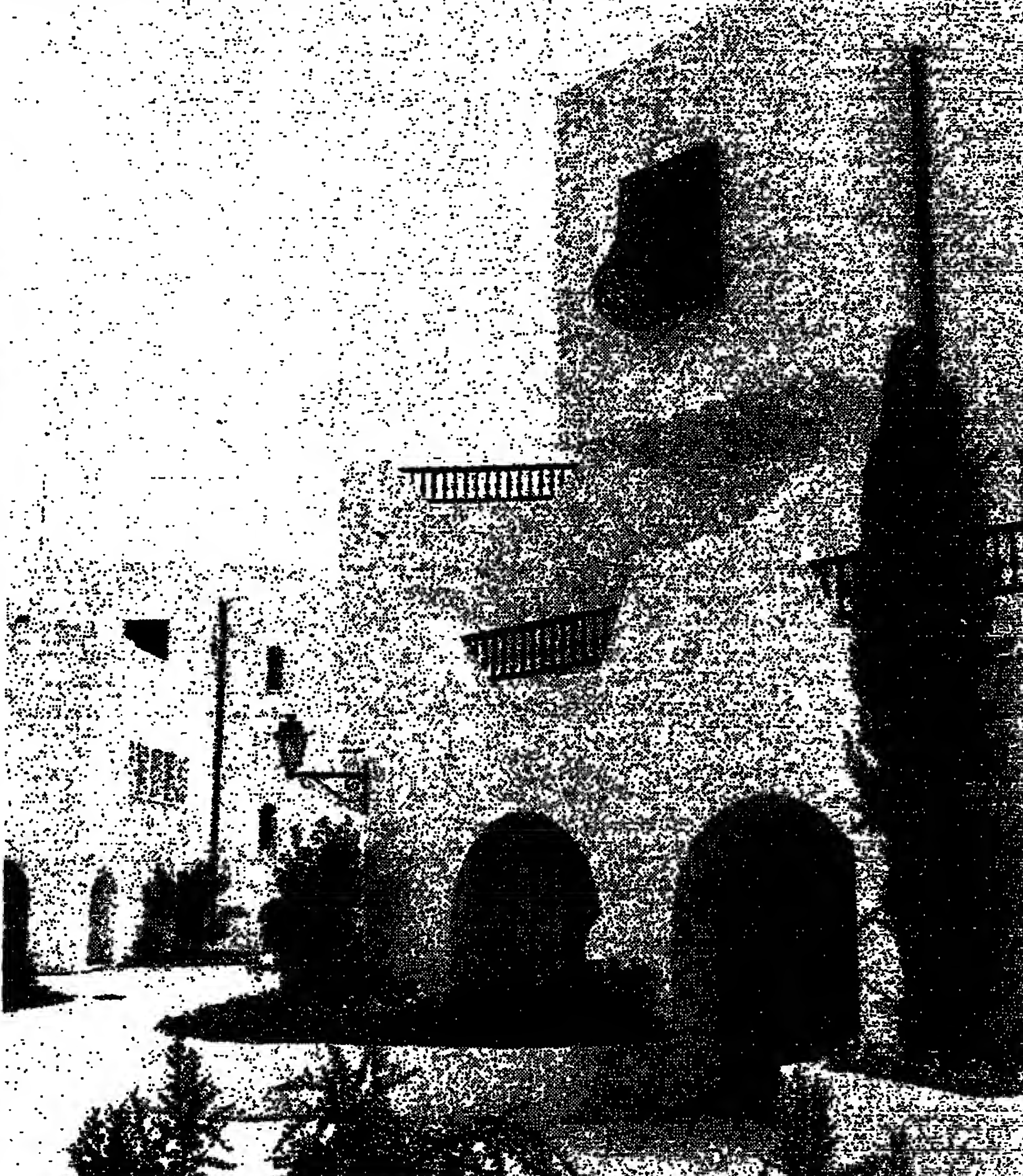
HENRY BRAUNSCHWEIG

Anreise: 624 Mark kostet das Flugticket (D) bei Tunis Air von Frankfurt nach Tunis bzw. Skanes-Monastir und zurück (Flugzeit knapp drei Stunden).

Unterkunft: Ein modern eingerichtetes Zwei-Personen-Studio an der Marina kostet in der vom 1. Oktober bis 31. März reichenden Nachsaison 205 Mark pro Woche.

Wassersport: „Seeschule“ in Port El Kantaoui bietet neben dem Verleih von Pedalos auch Wasserski, Angelruten auf Fischerbooten und Jouts 24 als Selbstfahrer zum Charter an (Auskünfte durch La Capitale/École de Mer, Port El Kantaoui, Hammam-Sousse).

Auskunft: Fremdenverkehrsamt Tunesien, Am Hauptbahnhof 6, 6000 Frankfurt, oder die Société Hôtelière de Port El Kantaoui, Les Maisons de la Mer, Port El Kantaoui, Hammam-Sousse.



Mit seinen blendend weißen Mauern und den maurischen Rundbögen wurde El Kantaoui dem berühmten Künstlerstädtchen Sidi Bou Said nachempfunden. FOTO: U. SEIFERT



Der einzige „Hafengarten“ Afrikas hat Platz für 300 Boote, darunter sechs Liegeplätze für 40-Meter-Yacht. FOTO: HENRY BRAUNSCHWEIG

In Kaiser Wilhelms Baumwollbahn durch Togo

Der Bahnsteig gleicht einem Markt. Männer, Frauen und Kinder schlendern zwischen wackligen Verkaufsständen und auf dem Boden ausgebreiteten Körben und Schüsseln zum Zug. Viele Fahrgäste warten schon die halbe Nacht auf die Abfahrt. Sie sind hungrig. Ein gutes Geschäft für die Verkäufer von Kokosmilch, Früchten, Brot und Fleischspeisen.

Die Fahrt geht von Lomé, der Hauptstadt Togos, ins 180 Kilometer entfernte Atakpamé. 4,50 Mark kostet die Karte für die „Baumwollbahn“, die Deutschland Anfang des Jahrhunderts zur Erschließung der damaligen Kolonie bauen ließ. Die drei Personenwagen lassen ihren gelbroten Anstrich nur erahnen. Sie sind

vom Rost zerfressen, an manchen Stellen klaffen große Löcher im Metall. Frauen wuchten ihre Körbe durch Fenster und Türen. Der Zug rollt an. Zwei junge Männer springen auf. Der Schalterbeamte reicht ein Baby in den letzten Wagen.

Am offenen Fenster ziehen Felder, Plantagen und Dörfer vorbei. Affenbrotbäume mit ihrem kümmerlichen Ast- und Blattwerk überragen rostrote Termitenhügel. Nahe der Hauptstadt stehen noch steinernen Häuser, aber bald sind nur noch Lehmhütten zu sehen. Unter einer Brücke erschauen sich nackte Männer beim Bad im Fluß. Sie raffen ihre Kleider hoch, als der Zug vorbeifährt.

Zwei Studenten auf dem Weg in die Semesterferien zu den Eltern kaufen

hühnerbeinähnliche Fleischstücke. Wir sollen probieren. Erst danach klären sie uns auf. Es war gebrauchtes Buschfleisch, eine örtliche Delikatesse. Als Beilage gibt es einen Fladen aus Manjok- und Hirsemehl, eingetaucht in rotes Palmöl, das überall angeboten wird. Zwei Sitze weiter schürft ein alter Mann Suppe aus einer Tasse und nagt schmatzend einen Knochen ab. Seine Frau mahnt ihn zu besserem Benehmen.

Der Zug stoppt in einem kleinen Dorf. Die Strecke gabelt sich. Noch drei Kilometer bis Atakpamé. Wir müssen über mehrere Gleise hinweg in einen anderen Zug umsteigen. Unsere alte Lok setzt sich an die Spitze, um nach 20 Minuten das letzte Stück Weg unter die Räder zu nehmen. Der

Zug nach Blitta bleibt in der prallen Mittagssonne stehen, bis die Lokomotive aus Atakpamé wieder zurückkommt. Togo, das mit 56 000 Quadratkilometer etwa ein Fünftel der Fläche der Bundesrepublik hat, hat nur wenige Zugmaschinen, die immer im Einsatz stehen. Die Eisenbahn des Landes unterhält nur knapp unter hundert Personenwagen, kein Wunder, daß sie so wenig gepflegt sind, denn auch sie sind ständig „auf Achse“. Das Schienennetz ist nicht sehr groß, es umfaßt nur rund 450 Kilometer, die zudem noch aus Kolonialzeiten stammen.

Noch drei Schienenkilometer trennen uns von Atakpamé, wenig später laufen wir im Bahnhof ein. Bis zur Rückfahrt mit dem Buschtaxi sind

nach zwei Stunden Zeit. Ein Gang durch die staubigen Straßen gewährt Einblick in das Leben einer afrikanischen Stadt. Gebäude aus der Kolonialzeit, ein bunter Kleidermarkt und fliegende Händler. Atakpamé hat nur 20 000 Einwohner, aber alle scheinen auf der Straße zu sein.

Ein Buschtaxi fährt uns zurück nach Lomé. Geht man nicht, wogende jemand ein- oder aussteigen will, Polizeikontrollen wegen überladener Fahrzeuge, Schmutzgefahren und illegaler Einwanderer verlangsamen die halbrichtige Fahrt. Am späten Nachmittag treffen wir in Lomé ein. Die Sonne blinzelt nur noch verstreut über die Wipfel der Palmen. Ein druckvoller Tag geht zu Ende.

DISTRICT LANGE

Städtische Nordsee Land im Nordwesten
 Gutscheine für Informationsmaterial
 Sonne, Wellen, Wind und Weite. Strände, Dünen, Deiche, Inseln. Küste, grünes Land, Wälder, Flüsse, Seen, Mühlen, Häfen, alte Städte. Bei uns: Erholung und Erlebnis ganzjährig. Neue Eindrücke überall.
 Herliche Gastlichkeit jederzeit. Am besten Nordwesten. Gutschein bestellen unter: FVY-NRW, Abn. Nr. 77. Telefon: 0253 299 045/046.

WINTERURLAUB AN DER SEE
Nordseebad – staatlich anerkannt für Kuren
Neuharlingersiel/Ostfriesland
 Nordsee Luft – gesunde keim- und staubfreie Luft!
 ● Ostfriesische Gastlichkeit, malerischer Fischerhafen
 ● Stille Landschaft, frische Luft, echte Erholung, Deichwandern
 ● Meerwasser-Hallenwärmehaus, Sauna, Sonnenlifter, Strand
 ● Kurmittelanstalten, Badeplatz am Ort, Schlickanwendung
 ● Freundliche Hotels, Pensionen, Haus des Gastes
 ● Preiswerte Ferienwohnungen und Häuser
 ● Camping direkt am Meer, Winter-Pauschalangebot
 Auskunft: Kurverwaltung 2943 Neuharlingersiel, Tel. (049 74) 3 55

Upstalsboom Hotels
 Friesische Gastlichkeit zu Weihnachten
 Lassen Sie das Jahr festlich und stimmungsvoll ausklingen! Bei einer beschaulichen, ostfriesischen Feiertagsstimmung oder ausgedehnten Spaziergängen über die winterlichen Inseln werden Sie Ruhe und Entspannung finden.
 Am Silvesterabend möchten wir Sie mit einem Salmenü verwöhnen, mit Musik und guter Laune feiern wir dann ins neue Jahr im Borkumer Kurhaus findet wieder einmal der große Silvesterball statt.
 Buchen Sie jetzt Ihr Upstalsboom-Silvesterarrangement! Upstalsboom Hotel an Borkum - Langeoog - Spiekeroog. Wir informieren und beraten Sie gern!
Upstalsboom Hotels + Freizeit
 Postfach 1753, 2970 Emden
 Telefon (0 49 21) 2 51 01 (auch am Wochenende)

Nordsee-Heilbad Büsum
das Meerprogramm im Winter
 7 Übernachtungen + 1 Wellenbad täglich
 Privatzimmer DM 126,-
 Pensionen (D/WC) DM 178,50
 Halbpension im Hotel DM 315,-
 2-Personen-Appartements ab DM 267,-
 Ausführliches Angebot (gegen Einsendung dieser Anzeige): Kurverwaltung - 2242 Büsum 2 - Tel. 04634/801 03.

DEICHGRAF
 ALLES UNTER EINEM DACH
 2190 CUXHAVEN-DÖSE TEL. 04721/47091
 BEAUTY-CENTER
 HALLENBAD

Cuxhaven-Döse
Najade Apartments
 Die Empfehlung unter Freunden
 strandnah, kinderfreundlich, esp. Ki-Zi, Farb-TV, Tel., Sauna, Solarium
 Pastoratsweg 17 - (0 47 51) 42 43

Upstalsboom Ferienwohnungen
 Friesische Gastlichkeit an der Südküste Nordsee
 Borkum - Nordsee - Langeoog - Dangst
 Gönnen Sie sich und Ihren Lieben Abwechslung und Entspannung und genießen Sie Weihnachts- und Silvester in bezaubernden Ferienwohnungen.
 Sie investieren 2 Urlaubstage - 11 Tage Nordsee-Erholung sind Ihnen sicher!
 Ein attraktives Weihnachtsgeschenk für die ganze Familie! Rufen Sie uns doch einmal an!
Upstalsboom Hotels + Freizeit
 Postfach 1753, 2970 Emden
 Telefon (0 49 21) 2 51 01 (auch am Wochenende)

Holländerei
 Schwanenbleich 25
 2242 Nordseeheilbad Büsum
 24 Appartements der Sandpiper
 für 2-4 Personen
 Saisonpreise: 65,- bis 95,- Tag, Silvester: 110,- bis 140,- Tag, 24.12. bis 25.12. 1984
 Telefon: 04634/8025, Büro Tel. 04634/8026
 Hausverwalter Tel. 04634/8025, Büro Tel. 04634/8026

Reiseanzeigen
 helfen mit Urlaub, Freizeit und Wochenendausflügen zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reisezeitschriften von WELT und WELT am SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.

Badhotel Sternhagen
 Urlaub direkt am Meer, für Anspruchsvolle
 Einmalig die 4 Nordseethermen:
 Meerwasserheilbad 28°, Meerwasser-Sprudelbad 36°, Meerwasser-Thermal-Quellbad 32°, Meerwasserfall 37°
 2190 Nordseeheilbad Cuxhaven-Dünen, Tel. 04721/47004

Hotel Seelust
 2190 Cuxhaven-Dünen, Cuxhavener Str. 65-67, - Das führende Komforthotel mit der persönlichen Note. Und der guten Küche, Hallenbad/Sauna/Solarium - Ganzjährig geöffnet - Telefon 04721/470 85-87.

Schwimmbadhotel Wernerwald Cuxhaven-Sahlenburg
 dir. an Wald u. Nordsee, Konferenzräume, Ferienhäuser, Appartements mit Loggia zur See - Telefon 04721/281 41, ganzjährig geöffnet